

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

AUGUST 1951

Inhalt

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im August 1951	1
Geld und Kredit	1
Öffentliche Finanzen	12
Produktion, Absatz und Beschäftigung	18
Preise und Löhne	26
Außenwirtschaft	32
Die Investitionsfinanzierung im ersten Halbjahr 1951	40
Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte des Bundesgebiets	46
Statistischer Teil	53

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im August 1951^{*)}

Geld und Kredit

Auch in den letzten Wochen sind die liquiden Reserven der Wirtschaft beträchtlich gewachsen, während gleichzeitig die Industrieproduktion weiter rückläufig war und die Beschäftigung im ganzen, wenn überhaupt, so nur noch wenig zunahm. Die wichtigsten Quellen der Geldvermehrung bildeten weiter die Kreditschöpfung der Geschäftsbanken und der anhaltend hohe Überschuß der Exporterlöse über die Importzahlungen. Soweit das bisher angefallene Zahlenmaterial erkennen läßt, ist das Geldvolumen auf diese Weise im August um etwa 700 Mill. DM (gegen — wie nun feststeht — reichlich 420 Mill. DM im Juli) gewachsen, wobei die Zunahme fast ausschließlich auf den Bargeldumlauf und auf die Bankeinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten entfiel. Allerdings dürfte sich gleichzeitig die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes abermals vermindert haben, so daß die Konsolidierung des Preisniveaus durch die anhaltende monetäre Expansion auch weiterhin nichtbeeinträchtigt wurde.

^{*)} Abgeschlossen am 22. September 1951.

Die Kreditgewährung der Geschäftsbanken

Kurzfristige Kredite

Die kurzfristigen Kredite der Geschäftsbanken haben in den letzten Wochen verstärkt zugenommen. Umfassende Angaben stehen bei Abschluß des Berichtes zwar auch für August noch nicht zur Verfügung, aber bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken, auf die ungefähr zwei Drittel des Volumens der kurzfristigen Kredite aller Banken entfallen, belief sich die Zunahme im August auf insgesamt 302 Mill. DM gegen 253 Mill. DM im Juli, 257 Mill. DM im Juni und 85 Mill. DM im Mai. In den ersten beiden Septemberwochen sind bei den 480 Repräsentativbanken die kurzfristigen Kredite sogar um nicht weniger als 659 Mill. DM gestiegen, und zwar allein in der ersten Woche um 285 Mill. DM.

Geht man den Ursachen dieser Steigerung nach, so ist es evident, daß in den ersten Septemberwochen, in denen sie besonders stark war, unter

ihnen der Geldbedarf für das am 10. September 1951 nun endlich aufgehobene Bardepot noch eine besondere Rolle spielte. Die folgende Tabelle zeigt deutlich diesen Zusammenhang: In der ersten Septemberwoche war das Bardepot um 254 Mill. DM, in der zweiten Septemberwoche um 307 Mill. DM gestiegen, da in dieser Zeit eine Reihe von Ausschreibungen wiederum erheblich überzeichnet worden waren. Allerdings

Überzeichnungen von Einfuhr Ausschreibungen zu verhindern, und wie sehr sie unter diesen Umständen vom kreditpolitischen Standpunkt aus bedenklich war. Denn diese von den Banken schon aus Konkurrenzgründen in der Regel als durchaus legitim empfundene Ausweitung des Bankkredits gewöhnte die Banken nur an hohe Kreditziffern und wirkte insofern schon aus psychologischen Gründen nur als Schrittmacher der

*Kurzfristige Kredite der Geschäftsbanken an die Nichtbankenkundschaft,
refinanzierte Exportkredite und Bardepot
Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) in Mill. DM*

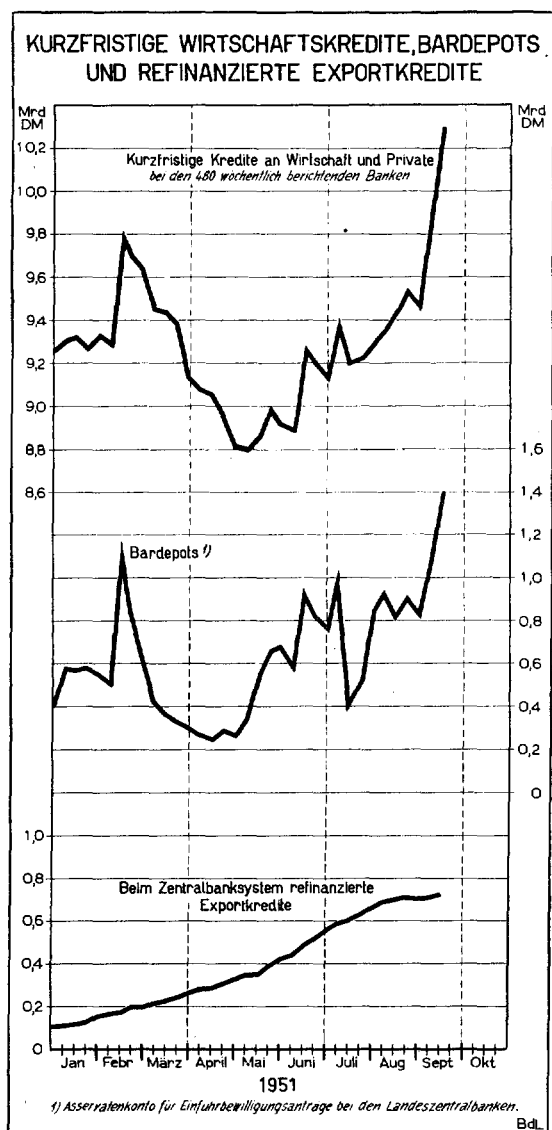
Zeit	Kurzfristige Kredite der Geschäftsbanken						Vom Zentralbanksystem refinanzierte Exportkredite	Bardepot
	alle monatlich berichtenden Banken			darunter 480 wöchentlich berichtende Banken				
	insgesamt	Kredite		insgesamt	Kredite			
an öffentl. Stellen		an Wirtschaftsunternehmen und Private	an öffentl. Stellen		an Wirtschaftsunternehmen und Private			
1951 Januar	+ 202 ¹⁾	+ 48	+ 154 ¹⁾	+ 190 ¹⁾	+ 89	+ 101 ¹⁾	+ 50	+ 138
Februar	+ 382	- 34	+ 416	+ 269	- 24	+ 293	+ 44	+ 74
März	- 598	- 8	- 590	- 480	+ 15	- 495	+ 60	- 325
April	- 311	+ 72	- 383	- 204	+ 92	- 296	+ 68	- 32
Mai	+ 28	+ 4	+ 24	+ 85	- 12	+ 97	+ 95	+ 410
Juni	+ 340	+ 62	+ 278	+ 257	+ 24	+ 233	+ 138	+ 92
Juli	+ 314	+ 68	+ 246	+ 253	+ 101	+ 152	+ 105	+ 73
August				+ 302	+ 120	+ 182	+ 41	- 7
1. August-Woche				+ 38	- 15	+ 53	+ 23	+ 89
2. August-Woche				+ 180	+ 90	+ 90	+ 10	- 111
3. August-Woche				+ 137	+ 28	+ 109	+ 16	+ 86
4. August-Woche				- 53	+ 17	- 70	- 7	- 70
1. September-Woche				+ 285	- 95	+ 380	+ 8	+ 254
2. September-Woche				+ 374	- 93	+ 467	+ 14	+ 307

¹⁾ Statistisch bereinigt.

läßt sich über den Anteil des Bankkredits an diesen Steigerungen nichts Genaues sagen. Es hat Perioden gegeben, in denen die Zunahme der Bardepots weit stärker war als die der Kredite, und es ist bekannt, daß in vielen Fällen Bardepots aus eigenen Mitteln oder mit Hilfe von Krediten, die nicht aus dem Banksystem stammten, aufgebracht wurden. Aber in vielen anderen Fällen war doch der Bankkredit die entscheidende oder sogar einzige Quelle, aus der die Bardepotmittel flossen, zumal es sich hier für die Banken um eine praktisch nahezu risikolose und daher verhältnismäßig attraktive Ausleihung handelte. Daß es bei der gegebenen Elastizität des Bankkredits in der Regel keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitete, den Bardepotanforderungen zu entsprechen, zeigt aber auch, wie ungeeignet diese Methode war, um die an sich unerwünschten

Kreditexpansion, zumal in neuerer Zeit auch die kontraktiven Tendenzen, die die Bardepotstellung an sich auf die Bankenliquidität ausübt, von anderen Faktoren auf längere Sicht mehr oder weniger kompensiert oder gar überkompensiert wurden. Das Zentralbanksystem hat sich deshalb schon vor geraumer Zeit gegen diese Methode der Verhinderung exzessiver Einfuhrbewilligungsanträge ausgesprochen und begrüßt es, daß diesem Standpunkt durch den beschlossenen Verzicht auf weitere Bardepoterhebungen für neue Einfuhranträge Rechnung getragen worden ist. In dem Maße, in dem nunmehr Bardepots frei werden — selbstverständlich wird es sich dabei um einen längerwährenden Prozeß handeln, da die bestehenden Bardepots durchweg nur in den vorgeschriebenen Fristen auslaufen werden — werden sich wahrscheinlich auch wieder massiertere Rück-

zahlungen von Krediten ergeben, ebenso wie bisher die Erhöhungen des Bardepots die Neugewährung von Krediten erheblich aufblähten. In welchem Umfang hierdurch die Entwicklung des Kreditvolumens der Banken beeinflusst werden wird läßt sich jedoch nicht voraussagen, da, wie schon oben erwähnt, unbekannt ist, wie weit das



Bardepot auf Bankkredit beruhte und auch in den Fällen der Aufbringung mittels Bankkredit völlig ungewiß ist, ob die frei werdenden Mittel wirklich zur Kreditdeckung Verwendung finden werden, ganz abgesehen davon, daß solchen eventuellen Rückzahlungen sicher erhebliche weitere Kreditnahmen für andere Zwecke gegenüberstehen dürften.

Tatsächlich hatte in den vergangenen Wochen, wie schon ein flüchtiger Blick auf die obige Tabelle zeigt, das Bardepot auch nur eine und überdies nur eine gelegentliche Ursache der Kreditexpansion gebildet. Ende August z. B. war das Bardepot um 7 Mill. DM geringer als Ende Juli, aber die Kurzkredite an Nichtbanken sind zwischen diesen beiden Zeitpunkten allein bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken um 302 Mill. DM gestiegen. Aber auch in der ersten Septemberhälfte ging die Kreditzunahme weit über die Erhöhung des Bardepots hinaus. Unter den Gründen, die hierfür maßgebend sind, ist einmal der Kreditbedarf der öffentlichen Hand zu nennen. Von der Gesamtzunahme der Kurzkredite der 480 wöchentlich berichtenden Banken im August in Höhe von 302 Mill. DM entfielen 120 Mill. DM auf Kredite an öffentliche Stellen. Eine nähere Aufgliederung dieses Betrages nach Kreditnehmern liegt nicht vor, aber man kann annehmen, daß ein erheblicher Teil hiervon auf die Befriedigung des im Abschnitt über die „Öffentlichen Finanzen“ näher geschilderten Kreditbedarfs des Bundes und der Länder entfiel, wie ja überhaupt das Bestreben des Zentralbanksystems dahin geht, die Gewährung derartiger Kredite nach Möglichkeit auf den offenen Markt abzurängen, um zu verhindern, daß durch eine Ausdehnung seines eigenen Kreditvolumens nicht nur zusätzliches Geld geschaffen, sondern auch die Liquidität und damit die Kreditschöpfungskapazität der Geschäftsbanken noch erhöht wird. In der ersten Septemberhälfte ist die Kreditgewährung der 480 Repräsentativbanken an öffentliche Stellen zwar wieder erheblich zurückgegangen. Ausschlaggebend hierfür dürfte gewesen sein, daß die üblichen Wochenschwankungen (in der ersten Woche des Monats verringert sich der Kreditbedarf der öffentlichen Hand häufig) diesmal durch den vierteljährlichen Steuertermin vom 10. September noch beträchtlich verstärkt wurden. Im Grundzug aber sind die von den Geschäftsbanken an öffentliche Stellen gewährten Kredite zweifellos im Steigen begriffen.

Auch die sogenannten Exportkredite, die bekanntlich nicht den Restriktionsbestimmungen unterliegen und in den letzten Monaten zur Deckung des Kreditbedarfs der Wirtschaft bevorzugt in Anspruch genommen wurden, haben

weiter zur Ausdehnung des Kreditvolumens der Geschäftsbanken beigetragen. Ihr Anteil an den gesamten Neukrediten war jedoch neuerlich aller Wahrscheinlichkeit nach erheblich geringer als in den vorangegangenen Monaten, da sich der bisherige Exportanstieg in den letzten Wochen nicht mehr fortgesetzt hat und infolgedessen auch der Anfall an Exportwechseln anscheinend zu stagnieren beginnt. So haben jedenfalls die bei der Bank deutscher Länder refinanzierten Exportkredite, die den einzig verfügbaren Anhaltspunkt für die Beurteilung der Exportkreditentwicklung bilden, im August nur noch um 41 Mill. DM gegen 105 Mill. DM im Juli und 138 Mill. DM im Juni zugenommen, und in den ersten beiden Septemberwochen hat sich die Zuwachsrate sogar noch weiter vermindert. Offenbar hängt es hiermit auch zusammen, daß bei der Ausweitung des Kreditvolumens in letzter Zeit die Buchkredite gegenüber den Wechselkrediten wieder sehr stark in den Vordergrund getreten sind, zumal die Akzeptkredite im Zuge der hier angestrebten Normalisierung ständig, wenn auch nur noch langsam, abnehmen.

Ein weiterer Faktor der verstärkten Kreditexpansion der letzten Wochen mag in *S a i s o n - k r e d i t e n*, vor allem in der Erntefinanzierung, liegen. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum die Länder mit einem relativ hohen Anteil der Landwirtschaft an ihrer gesamten Wirtschaftsleistung letzthin meist eine besonders starke Kreditausdehnung aufwiesen. Nähere Anhaltspunkte für die Beurteilung des Umfangs der Erntefinanzierung stehen allerdings nicht zur Verfügung, zumal die nur vierteljährlich verfügbaren Ergebnisse der sogenannten Kreditnehmerstatistik erst bis zum zweiten Vierteljahr vorliegen. Da im zweiten Vierteljahr nach der Kreditnehmerstatistik die an die Kreditnehmergruppe „Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel“ gewährten Kredite nicht unbedeutend zurückgingen, ist aber wohl anzunehmen, daß hier nun wieder eine gewisse Aufstockung des Kreditvolumens im Gange ist. Immerhin darf die Bedeutung der Erntekredite für die Entwicklung des gesamten Kreditvolumens auch nicht überschätzt werden, weil dieser saisonbedingten Zunahme gewisser Kredite normalerweise eine ebenso saisonbedingte Abnahme anderer Kredite, wie vor allem der von der Landwirtschaft für die Bestellungen-

arbeiten aufgenommenen Kredite, gegenübersteht. Untersuchungen für frühere Jahre haben daher auch ergeben, daß im gesamten Kreditvolumen im allgemeinen nur geringe Saisonschwankungen festzustellen sind. Gegenwärtig sollte der saisonmäßige Kreditbedarf überdies schon dadurch mehr oder weniger kompensiert werden, daß mit der notwendig gewordenen Einschränkung der Produktion in weiten Bereichen der Wirtschaft eigentlich Betriebsmittel frei werden müßten. Wenn trotzdem das Volumen der kurzfristigen Kredite in den letzten Wochen weiter stark gewachsen ist, so dürfte das also außer auf die Einfrierung gewisser Kredite infolge der Absatzstockung nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß, wie schon im letzten Monatsbericht dargelegt, in der Wirtschaft eine erhebliche Liquiditätsneigung besteht, die der Abdeckung von Krediten entgegenwirkt und damit den normalen Kreditumschlag verlangsamt. Ob daneben kurzfristige Kredite neuerdings auch wieder in stärkerem Maße zur Investitionsfinanzierung verwendet werden, läßt sich schwer feststellen.

Längerfristige Kredite und Geldkapitalbildung bei den Banken

Auch die längerfristigen Kredite der Geschäftsbanken dürften im August eher etwas stärker zugenommen haben als im Vormonat. Soweit die vorliegenden Teilangaben einen Schluß auf die Gesamtentwicklung gestatten, ist anzunehmen, daß sich die Ausweitung auf ungefähr 350 Mill. DM gegen — wie nunmehr feststeht — 306 Mill. DM im Juli und 416 Mill. DM im Juni stellte. Dem jahreszeitlichen Rhythmus hätte eher eine noch höhere Ziffer entsprochen, denn die Zunahme hatte bereits im Monatsdurchschnitt des 1. Quartals 1951 über 350 Mill. DM betragen.

Trotz dieser erneuten Steigerung war der Zuwachs an mittel- und langfristigen Krediten der Geschäftsbanken jedoch nicht stärker als die Erhöhung der sich bei den Banken vollziehenden Geldkapitalbildung einschließlich der zur Finanzierung von längerfristigen Durchlauf-Krediten aufgenommenen Mittel:

An *G e g e n w e r t m i t t e l n* wurden von den Banken im August an Kreditnehmer im Bundesgebiet 95 Mill. DM gegen ungefähr ebensoviel im Juli und 59 Mill. DM im Juni weiterge-

leitet. Hiervon flossen 38 Mill. DM dem Wohnungsbau und 24 Mill. DM der Landwirtschaft zu. Von der Industrie wurden dagegen von den ihr im Rahmen der bisherigen Freigaben an sich noch zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 108 Mill. DM im August nur 21 Mill. DM abgerufen, und zwar 6 Mill. DM von der Eisen- und Stahlindustrie, 5 Mill. DM von den Versorgungsbetrieben, 4 Mill. DM von Exportbetrieben und 6 Mill. DM von sonstigen Industriebetrieben. Insgesamt blieb der Einsatz von Gegenwertmitteln, wie die folgende Übersicht zeigt, im August, ebenso wie schon im Juli, hinter der Einzahlung von Gegenwerten bei der Bank deutscher Länder zurück. Insofern fand also

in diesem Bereich wiederum eine geringe Geldstilllegung statt, die jedoch das Geldvolumen als Ganzes nicht verringerte, da nach der hier verwendeten Begriffsbestimmung auch die zunächst noch ruhenden Gegenwertmittel zum Geldvolumen gerechnet werden. Immerhin ist bemerkenswert, daß im bisherigen Verlauf des Jahres 1951 die Bilanz der Ein- und Auszahlungen auf den Gegenwertkonten des Zentralbanksystems mit einem Einzahlungsüberschuß von nunmehr bereits 148 Mill. DM abschließt, während in der zweiten Hälfte von 1950 ein Auszahlungsüberschuß von 166 Mill. DM zu verzeichnen war.

Der Absatz von Bankschuldverschreibungen, der normalerweise eine der

Die Bildung der Gegenwertfonds und ihre Verwendung*)
in Mill. DM

	1951			
	1. Vj.	2. Vj.	Juli	August
A. Geldeingänge auf den Gegenwertkonten				
1. GARIOA-Konten	120	146	48	30
2. ERP-Konten	350	480	146	124
A. insgesamt (1 + 2)	470	626	194	154
B. Geldausgänge auf den Gegenwertkonten				
1. GARIOA-Konten				
für Berlin-Hilfe und sonstige Zahlungen nach Berlin	122	165	15	15
Restausfuhrzahlungen	—	—	—	—
DM-Bedarf der US-Hochkommission	35	160	—	—
Sonstige	17	27	1	1
zusammen	174	352	16	16
2. ERP-Konten				
Investitionskredite	356	150	—	200
Kreditanstalt für Wiederaufbau	(315)	(135)	—	(170)
Industriebank AG Berlin	(35)	(15)	—	(30)
Bundeshauptkasse wegen Zuschüsse für Landwirtschaft und Forschung	(6)	—	—	—
Care, Cralog	1	1	0	0
Bundesregierung	—	—	15	—
Sonstige	19	27	16	13
zusammen	376	178	31	213
B 1 Modifizierte Geldausgänge auf den Gegenwertkonten				
Tatsächlicher Abfluß der in B enthaltenen Investitionskredite aus dem Zentralbanksystem:				
Freigabe von Gegenwertmitteln für Investitionszwecke	356	150	—	200
Tatsächlicher Abruf dieser Mittel aus der Bank deutscher Länder	248	187	104	107
Überschuß der Freigaben (—)	— 108	—	—	— 93
Überschuß der Abrufe (+)	—	+ 37	+ 104	—
Geldausgänge auf den Gegenwertkonten (B)				
zuzüglich des Überschusses der tatsächlichen Abrufe von Investitionskrediten über die laufenden Freigaben	442	567	151	136
bzw. abzüglich des Überschusses der laufenden Freigaben über die Abrufe				
C. Saldo aus A und B 1				
Überschuß der Einzahlungen ins Zentralbanksystem	28	59	43	18
Überschuß der Auszahlungen aus dem Zentralbanksystem	—	—	—	—

) Gegenüber früheren Veröffentlichungen teilweise berichtigt sowie durch Hinzunahme der ECA-Verwaltungskosten ergänzt.

wichtigsten Formen der Geldkapitalbildung bei den Banken darstellt, erbrachte im August ungefähr 59 Mill. DM, d. h. nahezu den gleichen Betrag wie im Juli, dessen Ergebnis (60 Mill. DM) doppelt so hoch war wie das des Vormonats. Unter den Zeichnern der Wertpapiere war freilich das „Publikum“ wiederum nur mit einer sehr geringen Quote vertreten, wie in Anbetracht der Tatsache, daß die bisher begebenen DM-Emissionen, soweit darauf noch Sperrverpflichtungen ruhen, mit einem beträchtlichen Disagio gehandelt werden, auch kaum anders zu erwarten war. Der größte Teil der im August untergebrachten Bankschuldverschreibungen, nämlich etwa 70 vH, wurde vielmehr wiederum von öffentlichen Stellen aufgenommen und weitere 25 vH gingen an Versicherungen und andere Kapitalsammelstellen. Wie in diesen Berichten bereits mehrfach erwähnt, verbinden diese Stellen mit der Übernahme von Wertpapieren aber ganz bestimmte Auflagen hinsichtlich der Verwendung der Erlöse durch die Emittenten. Vor allem ist mit dem Absatz in diesen Fällen in der Regel ein entsprechender Ausleihungszwang verbunden. Die Emissionsinstitute können also den Erlös nicht etwa zur Verbesserung ihrer — durch frühere Überausleihungen teilweise geschwächten — Liquidität benutzen, sondern müssen in der Regel im gleichen Umfang wieder Kredite gewähren. Aber diese Kredite — sie sind in der obengenannten Ziffer über die Kreditzunahme natürlich enthalten — sind dann wenigstens durch korrespondierende Geldeingänge gedeckt und insofern nicht mit einer Tendenz zur Vergrößerung des Geldvolumens verbunden.

Am günstigsten entwickeln sich jedoch zur Zeit die *S p a r e i n l a g e n*. Näheren Aufschluß hierüber gibt die Tabelle. Man sieht, daß seit dem ersten Quartal d. J., in dem im Monatsdurchschnitt die Auszahlungen die Einzahlungen um etwa 14 Mill. DM übertroffen hatten, die Einzahlungsüberschüsse ständig gewachsen sind. Im August ist nach den bisher vorliegenden Ergebnissen für die wöchentlich berichtenden Banken (auf die allerdings nur ungefähr 50 vH der Spareinlagen aller Geldinstitute entfallen) mit einem Überschuß von insgesamt etwa 90 Mill. DM zu rechnen. Die Zuwachsrate nähert sich damit wieder ihrer Höhe vom zweiten Vierteljahr 1950, also der in der Zeit vor Ausbruch

der Korea-Krise, obwohl der August infolge der Urlaubssaison an sich noch zu den „schlechten Sparmonaten“ zählt. Die Konsolidierung der Märkte trägt also nun auch in diesem wohl empfindlichsten Teil der Kapitalbildung Früchte, die erhoffen lassen, daß die durch den starken Rückgang der Spartätigkeit im Winter teilweise nicht unerheblich betroffenen Geldinstitute die zeitweilig befürchtete drastische Einschränkung ihrer längerfristigen Ausleihungen werden vermeiden können. Durch die Inanspruch-

Zur Entwicklung der Spareinlagen¹⁾
in Mill. DM

Monatsdurchschnitt bzw. Monat	Zunahme bzw. Abnahme (—)	Ein- zahlungs- überschuß bzw. Aus- zahlungs- überschuß (—)	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen
1950 1. Vierteljahr	145,9	131,7	300,4	168,7
2. „	109,2	106,1	299,6	193,5
3. „	22,7	21,4	265,6	244,2
4. „	57,2	40,0	300,1	260,1
1951 1. Vierteljahr	— 0,4	— 13,8	257,9	271,7
April	26,7	23,9	277,4	253,5
Mai	42,1	40,7	270,6	229,9
Juni	67,6	57,1	296,0	238,9
Juli	84,7	82,3	317,7	235,4
August	90,0 ²⁾	.	.	.

¹⁾ Monatlich berichtende Banken und Postsparkasse. — ²⁾ Geschätzt.

nahme von Gegenwertmitteln, durch den Absatz von Bankschuldverschreibungen und durch den Einzahlungsüberschuß auf den Sparkonten dürften den Banken also im August etwa 240 Mill. DM an längerfristigen Mitteln zugeflossen sein. Nimmt man an, daß sich ihre Aufnahme an sonstigen längerfristigen Mitteln wenigstens auf der Höhe des Vormonats (121 Mill. DM) gehalten hat, so würde ihrer Kreditgewährung also, geldpolitisch betrachtet, eine „Geldkapitalbildung“ von ungefähr 360 Mill. DM gegenübergestanden haben. Die Zunahme der mittel- und langfristigen Ausleihungen, die, wie sich aus den nunmehr verfügbaren Statistiken ergibt, im Juli durch die „Geldkapitalbildung“ bereits um über 50 Mill. DM übertroffen wurde, nachdem sie über ein Jahr lang ständig größer gewesen war als diese, würde damit also im August wiederum hinter der „Geldkapitalbildung“, wenn auch in geringerem Maße als im Juli, zurückgeblieben sein und damit keine expansive Wirkung auf das Geldvolumen ausgeübt haben, zu dem gemäß der

hier seit einiger Zeit verwandten Begriffsbestimmung Spareinlagen nicht gerechnet werden. Die geldvermehrnde Wirkung der Kreditexpansion der Geschäftsbanken würde sich dann also ungefähr auf den Betrag der Zunahme des Volumens der kurzfristigen Kredite beschränken, der sich bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken auf 302 Mill. DM stellte und bei allen Banken wahrscheinlich noch über diese Summe hinausgegangen ist.

Die Kredite des Zentralbanksystems

Überhaupt nicht mehr ist im August jedoch das Geldvolumen durch Kredite des Zentralbanksystems an dessen Nichtbankenkundschaft vergrößert worden. Zum ersten Mal seit März sind die betreffenden Kredite im August vielmehr zurückgegangen (allerdings nur um 9 Mill. DM), nachdem sie schon im Juli nur noch geringfügig gewachsen waren. Die Abnahme bezieht sich ausschließlich auf die der öffentlichen Hand gewährten Kredite, während die Direktkredite an Wirtschaftsunternehmungen und Private (beteiligt sind hieran nur die Landeszentralbanken in der französischen Zone) und die Bestände an angekauften Ausgleichsforderungen von Versicherungsunternehmungen wieder leicht zugenommen haben. Bei den Krediten an die öffentliche Hand wieder wurde die Erhöhung der Kassenkredite um fast 60 Mill. DM durch eine Abnahme der im Portefeuille der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken befindlichen Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen um 67 Mill. DM sowie der von den Landeszentralbanken gewährten Lombardkredite um 4 Mill. DM überkompensiert.

Wie schon im letzten Bericht erwähnt, erklärt sich diese relative Stabilität der Zentralbankkredite an die öffentliche Hand, also vor allem an den Bund, die Bundesverwaltungen und die Länder, daraus, daß es auf Grund der verhältnismäßig günstigen Liquiditätslage der Banken und anderer Kapitalanleger des „offenen Marktes“ möglich war, die Befriedigung des zusätzlichen Kreditbedarfes der öffentlichen Hand ausschließlich jenen Stellen zu überlassen, ja in dem erwähnten bescheidenem Umfang sogar die ausstehenden Zentralbankkredite zu deren Lasten zu verringern. Über den Reflex dieser Entwick-

lung bei den Geschäftsbanken ist bereits oben berichtet worden. In jenem Zusammenhang wurde auch schon erwähnt, daß es sich hierbei um eine bewußte Politik des Zentralbanksystems handelt, die in nächster Zeit nach Möglichkeit noch weitere Früchte tragen soll.

Zahlungsbilanz und Geldversorgung

In sehr starkem Maße hat jedoch weiterhin die Entwicklung der Zahlungsbilanz zur Expansion des Geldvolumens beigetragen. Wie im Abschnitt „Außenwirtschaft“ näher dargelegt, war der Aktivsaldo der Zahlungsbilanz im August wieder größer als im Juli, wenn auch nicht mehr ganz so groß wie im Juni. Dementsprechend hat sich auch der DM-Auszahlungsüberschuß in der finanziellen Abwicklung des Auslandsgeschäfts erneut erhöht. Er betrug allein auf den bei der Bank deutscher Länder geführten Konten 393 Mill. DM gegen 329 Mill. DM im Juli und 317 Mill. DM im Juni. Aber auch bei den privaten Außenhandelsbanken überwogen im August, anders als im Juli, die Auszahlungen an die Devisen-Anbietenden wieder leicht die Einzahlungen der Devisen-Nachfragenden, so daß die mit den Netto-Devisenkäufen des Zentralbanksystems und der Außenhandelsbanken zusammenhängende Vergrößerung des DM-Geldvolumens auf etwa 400 Mill. DM gegen 328 Mill. DM im Juli, 395 Mill. DM im Juni und allerdings 457 Mill. DM im Mai, dem bisherigen Höhepunkt dieses Prozesses, zu veranschlagen ist.

Die Entwicklung des Geldvolumens

Unter dem Einfluß der hier geschilderten Faktoren — also vor allem der weiteren Ausdehnung der Geschäftsbankenkredite und der Überschüsse in der auswärtigen Zahlungsbilanz — sowie verschiedener weniger bedeutender Entwicklungen mit teils expansiver, teils aber auch kontraktiver Wirkung dürfte das gesamte Geldvolumen (Bargeldumlauf und Bankeinlagen, jedoch ohne Spareinlagen) im August in der Größenordnung von ungefähr 700 Mill. DM zugenommen haben. Genauer kann der Zuwachs freilich erst nach dem Vorliegen der monatlichen Bankenstatistik mit ihren umfassenden Angaben über die Einlagenhöhe angegeben werden. Immerhin steht schon jetzt fest, daß die Erweiterung wieder stärker als

Die Entwicklung des Geldvolumens
Bestimmungsgründe bzw. Veränderungen in Mill. DM

	1951						
	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
A. Expansive (+) und kontraktive (—) Einflüsse auf die Geldversorgung							
1. Bankkredite ¹⁾ an Nichtbanken							
a) kurzfristige							
Geschäftsbanken	+ 421	— 503	— 353	+ 4	+ 303	+ 261	+ 420 ⁴⁾
Zentralbanksystem ²⁾	+ 206	— 403	+ 79	+ 347	+ 75	+ 13	— 9
b) Wirkung der mittel- und langfristigen Kreditgewährung der Banken auf das Geldvolumen	+ 139	+ 182	+ 160	+ 73	+ 146	— 54	rd.— 10 ⁴⁾
Zur Erläuterung der Position A 1b):							
Zu- (+) oder Abnahme (—) der mittel- und langfristigen Bankkredite	(+ 314)	(+ 449)	(+ 391)	(+ 262)	(+ 416)	(+ 306)	(+ 350 ⁴⁾)
davon abzusetzen: Geldkapitalbildung bei den Banken, und zwar:							
Spareinlagen	(+ 6)	(— 12)	(+ 27)	(+ 42)	(+ 68)	(+ 84)	(+ 90 ⁴⁾)
Von Banken im Bundesgebiet aufgenommene Gegenwertmittel	(+ 43)	(+ 142)	(+ 49)	(+ 33)	(+ 59)	(+ 95)	(+ 95)
Absatz von Bankschuldverschreibungen	(+ 30)	(+ 33)	(+ 80)	(+ 22)	(+ 30)	(+ 60)	(+ 59)
Sonstige längerfristige Mittelaufnahme	(+ 96)	(+ 104)	(+ 75)	(+ 92)	(+ 113)	(+ 121)	(+ 120 ⁴⁾)
2. Münzgewinnschriften	+ 41	+ 31	+ 38	+ 40	+ 40	+ 23	+ 22
3. Nettodevisenankäufe (+) bzw. Nettodevisenverkäufe (—) des Zentralbanksystems und der Außenhandelsbanken	— 143	+ 108	+ 260	+ 457	+ 395	+ 328	+ 400
Saldo A	+ 664	— 585	+ 184	+ 921	+ 959	+ 571	rd.+ 820 ⁵⁾
B. Veränderung des Geldvolumens							
Zunahme (+) oder Abnahme (—)							
1. Bargeldumlauf außerhalb der Banken (Noten — ohne „B“-Noten — und Münzen)	+ 12	+ 70	+ 159	— 56	+ 386	+ 165	+ 334 ⁵⁾
2. Einlagen von Wirtschaftsunternehmungen und Privaten (ohne Spareinlagen)	+ 267	— 22	+ 214	+ 121	+ 317	+ 234	+ 375 ⁴⁾
Sichtdepositen	(+ 97)	(— 71)	(+ 149)	(+ 39)	(+ 309)	(+ 131)	(. .)
Termindepositen	(+ 170)	(+ 49)	(+ 65)	(+ 82)	(+ 8)	(+ 103)	(. .)
3. Einlagen deutscher öffentlicher Stellen (ohne Gegenwertmittel)	+ 186	— 47	— 273	+ 280	+ 218	— 106	+ 166 ⁵⁾
4. Einlagen alliierter Stellen	— 8	— 16	+ 48	— 4	+ 40	+ 15	— 151
5. Gegenwertmittel im Zentralbanksystem	+ 76	— 81	+ 44	+ 55	— 39	+ 43	+ 18
6. Bardepots für Einfuhrbewilligungen (Asservatenkonten bei den Landeszentralbanken)	+ 74	— 325	— 32	+ 410	+ 92	+ 73	— 7
Saldo B							
(Veränderung des Geldvolumens insgesamt)	+ 607	— 421	+ 160	+ 806	+ 1 014	+ 424	+ 735 ⁵⁾
C. Differenz zwischen Saldo B und Saldo A							
(Summe aller nicht in A enthaltenen expansiven (+) und kontraktiven (—) Einflüsse auf die Geldversorgung ³⁾)	— 57	+ 164	— 24	— 115	+ 55	— 147	— 85 ⁵⁾

¹⁾ Zentralbanksystem, monatlich berichtende Banken, Teilzahlungsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Finanzierungs-AG, Speyer, Postscheck- und Postsparkassenämter. — ²⁾ Einschließlich des Wertpapierverkaufs von Nichtbankenseite. — ³⁾ Enthält die Veränderungen folgender Bilanzpositionen: Ausgleichsforderungen, Wertpapiere, Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude, sonstige Aktiva; kurzfristig aufgenommene Gelder, Kapital, Rücklagen, Rückstellungen, Wertberichtigungen, sonstige Passiva; ferner die Veränderung des Saldos der Interbankverschuldung und die Veränderung des Umlaufs an „B“-Noten. — ⁴⁾ Geschätzt. — ⁵⁾ Teilweise geschätzt.

im Juli war, in dem sie nach den nunmehr vorliegenden vollständigen Ziffern 424 Mill. DM, also weniger als ursprünglich angenommen, betragen hat.

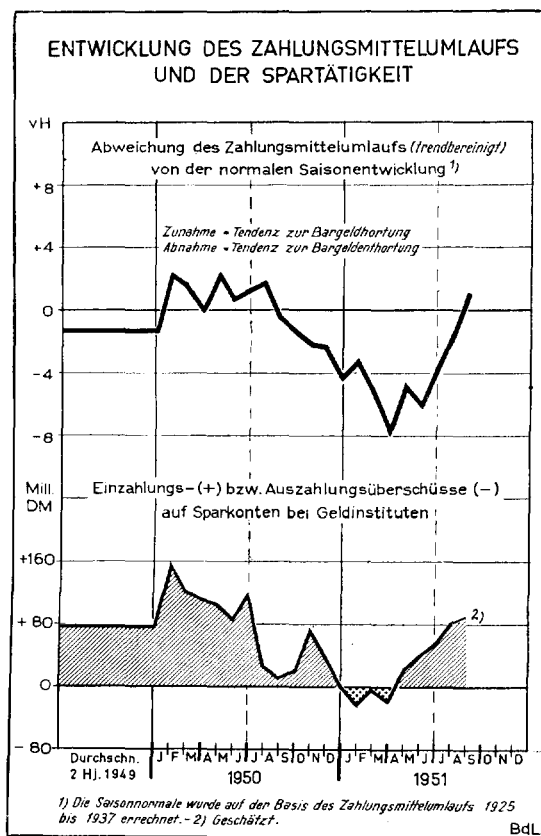
Besonders stark ist im August der Bargeldumlauf gewachsen. Er war Ende des Monats (unter Einschluß der B-Noten und der Kassenbestände der Banken, die bei der Berechnung des Geldvolumens im Bundesgebiet außer Acht bleiben) mit 9,14 Mrd. DM um 345 Mill. DM höher als Ende Juli und hat damit zum ersten Mal den Betrag von 9 Mrd. DM nicht nur erreicht, sondern

sogar nicht unbedeutend überschritten. Dabei hatte er sich bereits von Ende Mai bis Ende Juni um 356 Mill. DM und von Ende Juni bis Ende Juli um 226 Mill. DM erhöht. Gegenüber dem Stande von Ende Mai war der gesamte Bargeldumlauf Ende August also um 927 Mill. DM höher. Hiervon dürften etwa 20 Mill. DM auf die Erhöhung der Kassenbestände der Banken entfallen sein, die bei der Berechnung des Geldvolumens unberücksichtigt bleibt, weil sie nur den Gegenposten zu einer entsprechenden Einlagenerhöhung darstellt, und weitere 20 Mill.

DM resultierten aus einer Zunahme des Umlaufs an B-Noten, die in der hier gegebenen Statistik des Geldvolumens gleichfalls nicht berücksichtigt wird, weil (freilich vielleicht nicht ganz mit Recht) unterstellt wird, daß diese Erhöhung nicht die Geldversorgung des Bundesgebiets tangiert. Immerhin ist auch nach Abzug dieser Posten der Bargeldteil des Geldvolumens von Ende Mai bis Ende August um schätzungsweise 885 Mill. DM gewachsen, wovon ungefähr 334 Mill. DM allein auf den August entfallen sein dürften (vgl. hierzu die obige Tabelle). Diese Steigerung geht zweifellos über das in den Sommermonaten übliche, im wesentlichen durch die Reisezeit und die Erntearbeit bedingte Maß hinaus. Vergleicht man jedenfalls die tatsächliche Entwicklung des Zahlungsmittelumschlages mit der auf Grund der Saisonbewegung in den Jahren 1925 bis 1937 errechneten „Saisonnormalen“¹⁾, so ergibt sich, daß etwa von März 1951 ab, besonders aber in den letzten Monaten, die Zunahme ständig über die Erhöhung hinausgeht, die in der genannten Referenzperiode in den gleichen Monaten üblich war, selbst wenn man dabei die in den letzten Jahren erkennbare trendmäßige Aufwärtsentwicklung des Zahlungsmittelumschlages ausschaltet. Das Schaubild führt diese Abweichung deutlich vor Augen. Allerdings zeigt sich gleichzeitig, daß diese „übermäßige“ Steigerung allem Anschein nach nur eine Reaktion auf die relative Rückbildung war, die der Zahlungsmittelumschlag gegenüber dem „Trend“ und der „Saisonnormalen“ in der Zeit vom Ausbruch der Korea-Krise bis etwa März d. J. durchgemacht hatte, da damals bekanntlich in beträchtlichem Umfang Kassenreserven durch den Nachfrageboom absorbiert worden waren. Ob man deshalb die jetzige Ausweitung des Zahlungsmittelumschlages als eine „Renormalisierung“ der Kassenhaltungsgewohnheiten bezeichnen kann, hängt freilich davon ab, ob man die Höhe der Kassenreserven vor Ausbruch des Korea-Konflikts als „normal“ ansieht und ob überhaupt die der „Trend“-Berechnung zugrundeliegende Zunahme des Zahlungsmittelumschlages während der letzten Jahre als im Einklang mit dem Verkehrsbedarf stehend betrachtet werden darf. Manches spricht zweifellos dafür oder legt doch wenigstens den Schluß nahe, daß die Bargeld„hortung“ nicht gerade sehr beträcht-

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juni 1949, S. 38.

lich sein kann. Vergleicht man nämlich die Höhe des Bargeldumschlages mit der jeweiligen Jahresrate der Lohn- und Gehaltssumme — die zusammen mit den Zahlungsfristen normalerweise den Umfang des Bargeldumschlages bestimmt —, so ergibt sich, daß gegenwärtig der Zahlungsmittelumschlag



eher noch niedriger ist als im zweiten Vierteljahr 1950 und daß zu beiden Zeitpunkten das Verhältnis zwischen den beiden Größen bestimmt nicht die Relation der letzten Vorkriegsjahre übersteigt. Aber selbst wenn man die Frage offen läßt, ob heute bereits eine *exzessive* Kassenreserven, also Bargeldhorte im eigentlichen Sinne des Wortes, bestehen, ist klar, daß im Vergleich zum Frühjahr nicht nur die Banken, sondern auch das Publikum und die Wirtschaftsunternehmen wieder wesentlich höhere Kassenbestände unterhalten. Zweifellos reflektiert also die starke Zunahme des Zahlungsmittelumschlages bis zu einem gewissen Grade die Abschwächung, die die allgemeine Kaufneigung in den letzten Monaten erfahren hat. Insofern wirkt sie marktmäßig zunächst auch nicht störend. Aber auf der anderen Seite ist jedoch zu bedenken, daß damit

ein Kaufkraftpotential in einsatzbereitetester Form entstanden ist, das, wie die Erfahrungen des letzten Winters gezeigt haben, als latente Quelle einer plötzlichen Übernachfrage nicht unterschätzt werden darf.

Was die übrigen Formen anbelangt, in denen sich im vergangenen Monat die Zunahme des Geldvolumens niedergeschlagen hat, so ist bemerkenswert, daß der bei weitem größte Teil des Wachstums auf die Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten entfiel. Maßgebend hierfür waren vor allem zwei Umstände: einmal die Tatsache, daß im August (Monatsende mit Monatsanfang verglichen) das Bardepot für Einfuhrbewilligungen nicht zunahm, sondern sogar leicht zurückging, und zum andern, daß in diesen Monat kein vierteljährlicher Steuertermin fiel und infolgedessen zumindest über die Länderhaushalte teilweise sogar öffentliche Guthaben in private Guthaben verwandelt wurden. Hierüber darf auch nicht der überraschend starke Anstieg, den die Statistik für die Einlagen deutscher öffentlicher Stellen (+ 166 Mill. DM) ausweist, hinwegtäuschen. Er erklärt sich im wesentlichen aus einer buchungstechnischen Transaktion, nämlich der Überführung der STEG-Verkaufserlöse von einem alliierten Konto auf ein Konto des Bundesfinanzministers (das allerdings nicht frei verfügbar ist), und findet demgemäß auch sein Pendant in einem nahezu gleich starken Rückgang der Einlagen alliierter Dienststellen. Im September dürfte sich die Verteilung der Geldvermehrung auf die freien Konten von Wirtschaftsunternehmen und Privaten und die sonstigen Konten allerdings wieder entscheidend ändern. Denn erstens mußten in der ersten Septemberhälfte auf Grund der starken Überzeichnungen verschiedener Einfuhrausschreibungen in bisher noch nicht dagewesenem Umfang Bardepots gestellt werden und zum andern sind mit dem vierteljährlichen Steuertermin vom 10. September sicher die öffentlichen Konten wieder erheblich angereichert worden. Die Geld- und Kreditschöpfung wird also in allerletzter Zeit nur noch in schwächerem Maße die Mittel der Wirtschaft im engeren Sinne des Wortes vermehrt haben.

Über die Verteilung des Zuwachses der Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten auf Sichteinlagen einerseits und Terminein-

lagen andererseits liegen für den August noch keine Angaben vor. In den vorangegangenen Monaten sind jedoch die Termineinlagen keineswegs stärker gestiegen als die Sichteinlagen, obwohl man das auf Grund der wachsenden Liquidität der Wirtschaft eigentlich hätte erwarten können. Im Juni und Juli betrug der Zugang bei den Sichtdepositen vielmehr 435 Mill. DM, bei den Terminepositen dagegen nur 111 Mill. DM. Zwar mag dabei die sogenannte „Umschlagshäufigkeit“ der Sichtdepositen zurückgegangen sein, aber die Tatsache, daß Mittel nicht in stärkerem Umfang auf Termin gelegt, geschweige denn dem Kapitalmarkt zugeführt wurden, zeigt doch, wie stark die Liquiditätsvorliebe der Wirtschaft ist, wobei allerdings auch hinzugefügt werden muß, daß bisher noch nichts geschehen ist, um dem zumindest durch eine Verstärkung der Attraktion des Kapitalmarkts entgegenzuwirken.

Die Entwicklung der Bankenliquidität

Wie schon in den Vormonaten hat sich im August aber nicht nur das Geldvolumen, sondern zugleich auch die Bankenliquidität, d. h. also das Geldschöpfungspotential der Geschäftsbanken, weiter erhöht. Maßgebend hierfür war vor allem, daß mit dem Übergewicht der Devisenkäufe der Bank deutscher Länder über deren Devisenverkäufe den Banken erhebliche Beträge an Zentralbankgeld zuflossen. In gleicher Weise waren unter den näher aufzugliedernden Strömen von Zentralbankgeld vor allem die Münzgewinngutschriften zugunsten des Bundes und die der Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährten Kredite wirksam. Die — nahezu einzige — Belastung, die die Bankenliquidität im August durch die starke Zunahme des Bargeldumlaufs erfuhr, wurde durch diese Faktoren nicht unbeträchtlich überkompensiert. Saldiert man, wie das in der folgenden Übersicht geschehen ist, alle expansiven und kontraktiven Einflüsse auf die Bankenliquidität, so bleibt jedenfalls für den August eine Netto-Expansionswirkung im Betrage von 114 Mill. DM. Wie schon in den Vormonaten wurde dieser Zugang an Zentralbankgeld von den Banken wiederum überwiegend zur Verminderung ihres Rückgriffs auf das Zentralbanksystem benutzt. Ihr Obligo gegenüber den Landeszentralbanken sank damit (einschließlich der angekauften Aus-

Die Bestimmungsfaktoren des Refinanzierungsbedarfs der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem nach dem „Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken“ in Mill. DM

	1951		
	2. Vj.	Juli	August
Die einzelnen Faktoren (ohne die untenstehenden Änderungen des Reserve-Solls)	<i>Die Vorzeichen geben die Veränderung der Faktoren auf die Bankliquidität an</i>		
1. Noten- und Münzumsatz	— 513	— 226	— 345
2. Zentralbankeinlagen			
a) deutscher öffentlicher Stellen (einschl. abgegebener Ausgleichsforderungen, ohne Gegenwertkonten des Bundes)	+ 16	+ 77	— 165
b) Gegenwertmittel (Gegenwertkonten des Bundes, ERP-Sonderkonten der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Berliner Zentralbank)	— 59	— 43	— 18
c) Hohe Kommissare und alliierte Dienststellen	— 84	— 15	+ 151
d) Sonstige Einlagen (ohne Asservatenkonto Einfuhrbewilligungen)	— 11	+ 26	— 33
e) Asservatenkonto Einfuhrbewilligungen bei den Landeszentralbanken	— 470	— 73	+ 7
3. Zentralbankkredite			
a) an Nichtbanken	+ 502	+ 13	— 9
b) an Kreditanstalt für Wiederaufbau für Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramm	+ 20	+ 37	+ 19
4. Münzgewinnumschrift zu Gunsten des Bundes	+ 118	+ 23	+ 22
5. Abwicklung des Auslandsgeschäfts beim Zentralbanksystem	+ 1 116	+ 363	+ 397
6. Sonstige Faktoren, netto	— 204	+ 26	+ 88
Gesamtwirkung vorgenannter Faktoren	+ 431	+ 208	+ 114
Kreditnahme¹⁾ und Einlagen der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem	<i>Zunahme (+) Abnahme (—)</i>		
Einlagen	+ 102	+ 2	+ 12
darunter:			
Veränderung des im Monatsdurchschnitt berechneten Reserve-Solls	(+ 76)	(+ 57)	(+ 41)
Kredite	— 329	— 206	— 102
Veränderung der Nettoverschuldung (Kredite minus Einlagen)	— 431	— 208	— 114
	<i>Stand jeweils am Ende des Vierteljahres oder Monats</i>		
Einlagen	1 776	1 778	1 790
Kredite	4 411	4 205	4 103
Stand der Nettoverschuldung (Kredite minus Einlagen)	2 635	2 427	2 313
¹⁾ Einschließlich der vom Zentralbanksystem angekauften Ausgleichsforderungen von Geldinstituten.			

landswechsel) am 31. August 1951 auf 4 103 Mill. DM gegenüber 4 205 Mill. DM am 31. Juli und 5 064 Mill. DM am 28. Februar 1951, dem bisherigen Höhepunkt der Inanspruchnahme des

Zentralbanksystems durch die Geschäftsbanken. Im einzelnen setzt sich die Ziffer für den 31. August aus 0,5 Mrd. DM an angekauften Ausgleichsforderungen, 0,3 Mrd. DM an Lombardkrediten und 3,3 Mrd. DM an diskontierten Wechseln zusammen. Die Einlagen der Banken bei den Landeszentralbanken waren dagegen Ende August mit 1 790 Mill. DM nur um 12 Mill. DM höher als Ende Juli. Das — gemäß den gesetzlichen Vorschriften im Monatsdurchschnitt berechnete — Reserve-Soll belief sich im August auf 2 006 Mill. DM, die tatsächliche Reservehaltung im Monatsdurchschnitt dagegen auf 2 116 Mill. DM. Die Überschußreserven, die im Juli 121 Mill. DM betragen hatten, sind damit zwar wieder leicht gesunken, im Vergleich zu den ersten Monaten des Jahres blieben sie jedoch mit 110 Mill. DM (= 5,5 vH des Reserve-Solls) weiter nicht unbedeutend.

In der ersten Septemberhälfte hat sich infolge der starken Einzahlungen auf das bekanntlich bei den Landeszentralbanken zu unterhaltende Bardepot und in gewissem Umfang auch durch die mit dem vierteljährlichen Steuertermin in Zusammenhang stehenden Überweisungen auf die Zentralbankkonten öffentlicher Stellen wieder eine gewisse Liquiditätsanspannung ergeben. Es ist jedoch anzunehmen, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende Unterbrechung der seit Monaten zu beobachtenden Liquidisierung der Banken handelt, da mit dem kürzlich beschlossenen Verzicht auf weitere Bardepoterhebungen schon in Kürze wieder beträchtliche Rückflüsse aus dem Zentralbanksystem einsetzen und wahrscheinlich auch die öffentlichen Guthaben im Zentralbanksystem in den kommenden Wochen eher wieder zurückgehen als wachsen werden. Hinzu kommt, daß die Zahlungsbilanz nach wie vor aktiv ist und infolgedessen mit dem Überschuß der Devisenankäufe des Zentralbanksystems über seine Devisenverkäufe ständig Zentralbankgeld in den Verkehr fließt und daß die Entwicklung des Zahlungsmittelumschs in der nächsten Zeit kaum mehr im gleichen Maß wie in den letzten Monaten illiquidisierend wirken dürfte, da zumindest die Saisonfaktoren bis zum Beginn des Weihnachtsgeschäfts im Einzelhandel keinen Anlaß zu einer weiteren Ausdehnung geben.

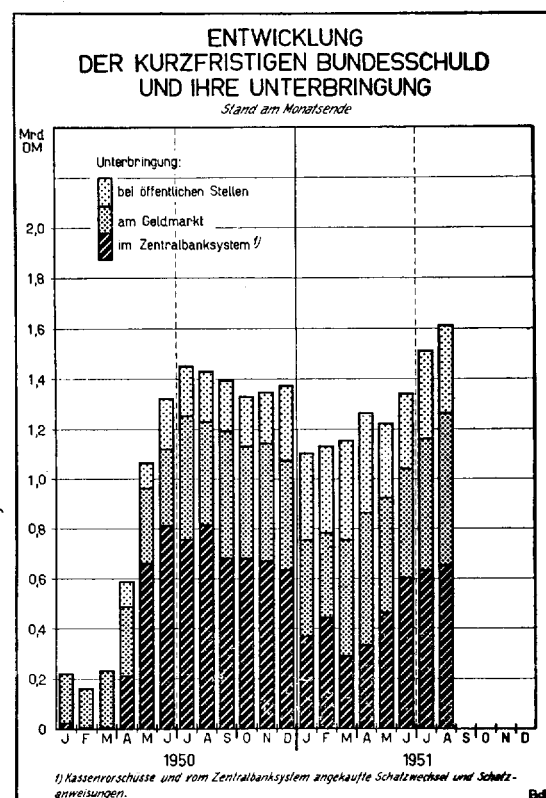
Öffentliche Finanzen

Bundeshaushalt

Wie in jedem Monat seit Beginn des laufenden Rechnungsjahres, so reichten auch im August 1951 die regulären Einnahmen des Bundes nicht aus, um die Ausgaben zu decken. Allerdings war der kassenmäßige Ausgabenüberschuß mit rd. 123 Mill. DM um fast 100 Mill. DM niedriger als im Juli, in dem er rd. 218 Mill. DM betragen hatte, was, wie unten näher dargelegt werden wird, mit einer Reihe von Sondereinflüssen zusammenhing.

Zur Deckung des Defizits konnten wiederum nur in verschwindend geringem Umfang (nämlich nur in Höhe von rd. 3 Mill. DM) verfügbare Kassenbestände herangezogen werden. Ebenso wie in den Vormonaten mußte vielmehr der bei weitem größte Teil des Fehlbetrages mit Hilfe von Kreditmitteln finanziert werden. Dabei ist bemerkenswert, daß erstmalig auch die längerfristige Verschuldung in der Form von Prämien-Schatzanweisungen mit rd. 19 Mill. DM eine etwas größere Rolle spielte, was hauptsächlich mit dem stärkeren Absatz dieser Schuldverschreibungen auf Grund der Anfang September fälligen ersten Auslosung der Zinsen im Zusammenhang gestanden haben dürfte. Insoweit als diese Schuldverschreibungen aus Ersparnissen des Publikums gezeichnet wurden, konnte der kassenmäßige Fehlbetrag ohne Kreditschöpfung gedeckt werden. Der bei weitem größte Teil der Verschuldungszunahme entfiel jedoch weiter auf die kurzfristige Bundesschuld. Diese stieg um reichlich 100 Mill. DM auf 1 614,8 Mill. DM und erreichte damit einen neuen Höchststand. Rund 1 160 Mill. DM kommen dabei auf Kredite, die auf den Kreditplafond des Bundes bei der Bank deutscher Länder in Höhe von 1,5 Mrd. DM anzurechnen sind, während der Rest von Krediten anderer öffentlicher Stellen, nämlich des Soforthilfefonds und der Postverwaltung, sowie von (nicht auf den Plafond bei der Bank deutscher Länder anzurechnenden) Schatzanweisungen gebildet wird. Von den auf den Kreditplafond bei der Bank deutscher Länder anzurechnenden Krediten (Kassenkrediten und den mit Rediskontzusage versehenen Schatzwechseln) wiederum sind 658,9 Mill. DM direkt vom Zentralbanksystem gewährt (nämlich 592,4 Mill. DM Kassenvorschüsse

und 66,5 Mill. DM Schatzwechsel im Portefeuille des Zentralbanksystems), und 501,4 Mill. DM an Schatzwechseln waren außerhalb des Zentralbanksystems untergebracht. Wie sich in den bisher abgelaufenen Monaten des neuen Rechnungsjahres, also von April bis August 1951, diese Relationen entwickelt haben, zeigt das Schaubild.



Von der in diesen Monaten zu verzeichnenden Gesamtzunahme der kurzfristigen Bundesschuld um 458 Mill. DM entfallen 365 Mill. DM oder fast 80 vH auf die direkte Inanspruchnahme des Zentralbankkredits, d. h. auf Kassenvorschüsse und vom Zentralbanksystem selbst angekaufte Schatzwechsel. Die Kreditgewährung anderer öffentlicher Stellen hat dagegen per Saldo um 50 Mill. DM abgenommen, und am Geldmarkt konnten von der Gesamtzunahme der kurzfristigen Bundesschuld in den ersten fünf Monaten des laufenden Rechnungsjahres nur ungefähr 140 Mill. DM placiert werden, ein Betrag, der um so bescheidener ist, als ein Teil hiervon auf die Anlage vorübergehend disponibler Reserven anderer Haushalte entfiel. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich mit der Ende August begonnenen Emis-

sion der neuen (bei der BdL nicht rediskontierbaren) U-Schätze des Bundes mit sechs- und zwölfmonatiger Laufzeit und $6\frac{1}{2}$ bzw. $6\frac{3}{4}$ % Diskont das Verhältnis in Zukunft stärker von der Kreditgewährung des Zentralbanksystems auf die kreditpolitisch mehr erwünschte Unterbringung am Geldmarkt verlagern wird.

Daß sich die kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts im August gegenüber dem Vormonat verbesserte, hing vornehmlich mit gewissen Sondereinflüssen sowohl auf der Einnahmeseite als auch auf der Ausgabeseite zusammen. Die kassenmäßigen Einnahmen des Bundes waren mit nahezu 1 250 Mill. DM um fast 70 Mill. DM höher als im vorangegangenen Monat, was jedoch ausschließlich auf die im August erfolgte Überweisung des Anteils des Bundes an dem im Jahre 1950 erzielten Reingewinn der Notenbank in Höhe von rd. 80 Mill. DM zurückzuführen ist.

stens 50 Mill. DM auf den im Juli fälligen Vierteljahreszahlungen der Steuerpflichtigen mit einer Jahressteuerschuld bis zu 600 DM beruht haben, während der Rest hauptsächlich aus der Vorwegnahme bestimmter Umsatzsteuerzahlungen stammte. Entsprechend wurde dadurch natürlich im August das Umsatzaufkommen beeinträchtigt, so daß es trotz der Anwendung der erhöhten Steuersätze nicht höher, sondern eher niedriger gewesen sein dürfte als im Vormonat. Im Durchschnitt der beiden Monate lag es jedoch erheblich über dem in den Vormonaten erreichten Stand.

Die kassenmäßigen Ausgaben waren im August mit rd. 1 370 Mill. DM um rd. 25 Mill. DM niedriger als im Vormonat. Dies hing damit zusammen, daß im August weniger nicht regelmäßig wiederkehrende Ausgaben fällig waren als im Vormonat. Im Juli waren an solchen vor allem

Die kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben des Bundes von April bis August 1951 und ihr Verhältnis zu den Haushaltsvoranschlägen in Mrd. DM

Zeit	Kassenmäßige Einnahmen			Kassenmäßige Ausgaben		
	im Monat	auf Jahresrate umgerechnet	Abweichung der Jahresrate vom Voranschlag in Höhe von 17,26 Mrd. DM	im Monat	auf Jahresrate umgerechnet	Abweichung der Jahresrate vom Voranschlag in Höhe von 19,34 Mrd. DM
1951 April	1,64	12,48	— 4,78	1,20	14,40	— 4,94
Mai ¹⁾	1,10	13,20	— 4,06	1,19	14,28	— 5,06
Juni	1,13	13,56	— 3,70	1,26	15,12	— 4,22
Juli	1,18	14,16	— 3,10	1,39	16,68	— 2,66
August	1,25	15,00	— 2,26	1,37	16,44	— 2,90
April bis August gesamt	5,70	13,68	— 3,58	6,41	15,38	— 3,96

¹⁾ Geschätzt.

Dagegen waren die Steuereinnahmen allem Anschein nach im ganzen nicht höher als im Vormonat, obwohl ursprünglich für August erhebliche Mehreinnahmen aus der am 1. Juli 1951 in Kraft getretenen Umsatzsteuererhöhung erwartet worden waren. Daß sich diese Erwartungen nicht erfüllten, hängt offenbar damit zusammen, daß verschiedentlich Umsätze, deren Begleichung und Versteuerung sonst in den Monat Juli gefallen wäre, bereits im Juni noch mit den alten Sätzen versteuert worden sind. Jedenfalls war das (auf den im Juni versteuerten Umsätzen beruhende) Aufkommen aus der Umsatzsteuer im Juli mit nahezu 570 Mill. DM um rd. 125 Mill. DM (= 28 vH) höher als im Juni. Hiervon dürften höch-

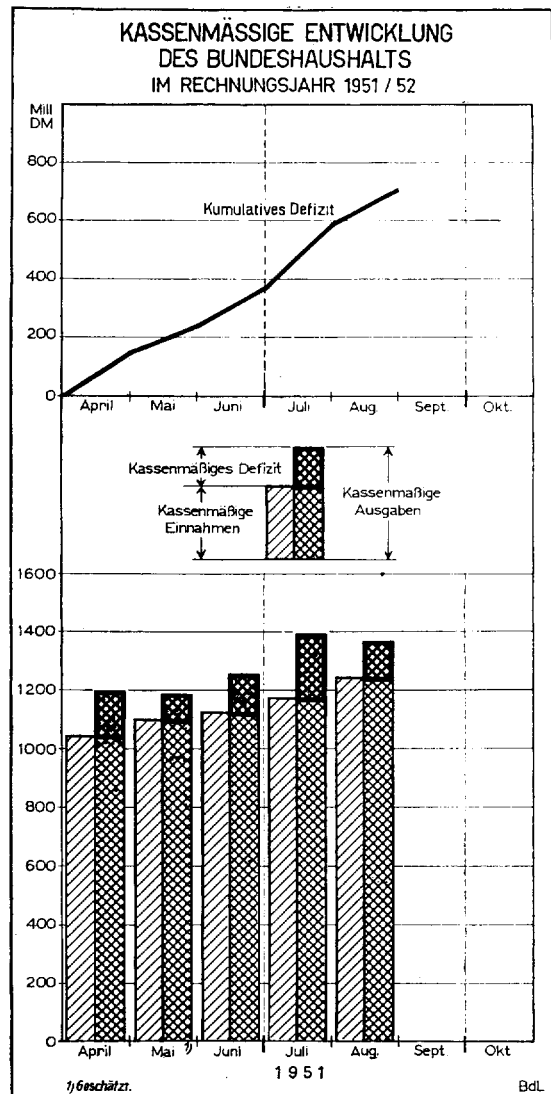
54 Mill. DM für die Verzinsung der Ausgleichsforderungen, im August nur ungefähr rd. 20 Mill. DM für die Bevorschussung der von der Arbeitslosenversicherung in Angriff genommenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu tätigen. Schaltet man diese nicht regelmäßig anfallenden Zahlungen aus, so ergibt sich also, daß die regulären Ausgaben des Bundes im August noch etwas gestiegen sind. Immerhin ist bemerkenswert, daß die Zunahme — anders als in den Vormonaten — nur sehr gering war.

Allerdings dürfte es sich dabei nur um eine vorübergehende Unterbrechung des bisherigen starken Anstiegs handeln, da die gesamte Ausgabensumme des Bundes im August, auf Jahres-

rate umgerechnet, noch um rd. 15 vH und im Durchschnitt der ersten fünf Monate des laufenden Rechnungsjahres sogar um rd. 20 vH hinter dem für das ganze Jahr auf 19,34 Mrd. DM veranschlagten Ausgabenbetrag zurückblieb. Außer den Besatzungs- und Besatzungsfolgekosten, bei denen vornehmlich die Investitionsausgaben wegen der für ihre Planung notwendigen Vorbereitungszeit noch nicht in voller Höhe angefallen sein dürften, sind vor allem die Sozialausgaben (mit Ausnahme der Aufwendungen für die Arbeitslosenfürsorge) im Monatsdurchschnitt bisher noch geringer als den Jahresansätzen des Haushaltsplans entsprechen würde. So sind z. B. die auf Grund der am 1. Juni 1951 erfolgten Erhöhung der Sozialversicherungsrenten notwendigen Mehrausgaben erstmalig im Juli in Erscheinung getreten. Die aus den neuen Versorgungsgesetzen (Kriegsopferversorgung vom Oktober 1950 und Versorgung verdrängter Beamter und ehemaliger Wehrmachtangehöriger vom Mai 1951) für das laufende Rechnungsjahr veranschlagten Mehrausgaben sind wegen der noch nicht abgeschlossenen Neuberechnung der Ansprüche zum Teil überhaupt noch nicht voll angefallen. Zweifellos steht also in entscheidenden Bereichen noch ein erheblicher Ausgabenanstieg bevor.

Auf der anderen Seite werden allerdings auch die Einnahmen, die bisher ebenfalls beträchtlich hinter den Etatansätzen in Höhe von 17,26 Mrd. DM zurückgeblieben sind (vgl. Tabelle), noch zunehmen. Wie oben ausgeführt, hat sich der Mehrertrag aus der Umsatzsteuererhöhung im August nur zum Teil auswirken können. Erst ab September dürften die erwarteten Mehreinnahmen in voller Höhe eingehen, wie überhaupt der September hohe Einnahmen für den Bund und damit eine weitere Verbesserung der Kassenlage mit sich bringen dürfte. In diesem Monat sind die vierteljährlichen Vorauszahlungen auf die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer fällig, und wenn auch der Bund bisher am Ertrag dieser Steuern nur mit 25 vH (an Stelle der im Haushaltsplan vorgesehenen und vom Bundesfinanzminister geforderten 31,3 vH) partizipiert, so werden die Einnahmen aus dieser Quelle doch erheblich ansteigen (vgl. hierzu S. 16). Die weitere Entwicklung der Einnahmen über September 1951 hinaus läßt sich allerdings kaum

voraussehen, da die Entscheidungen über einige der diesjährigen Einnahmegesetze des Bundes (Beteiligung des Bundes am Ertrag der Einkommensteuern, Aufwandsteuer, Autobahngebühr) noch ausstehen und wegen der Konjunktorempfindlichkeit einiger Steuern viel von der weiteren Wirtschaftsentwicklung abhängt. Ob die Einnah-



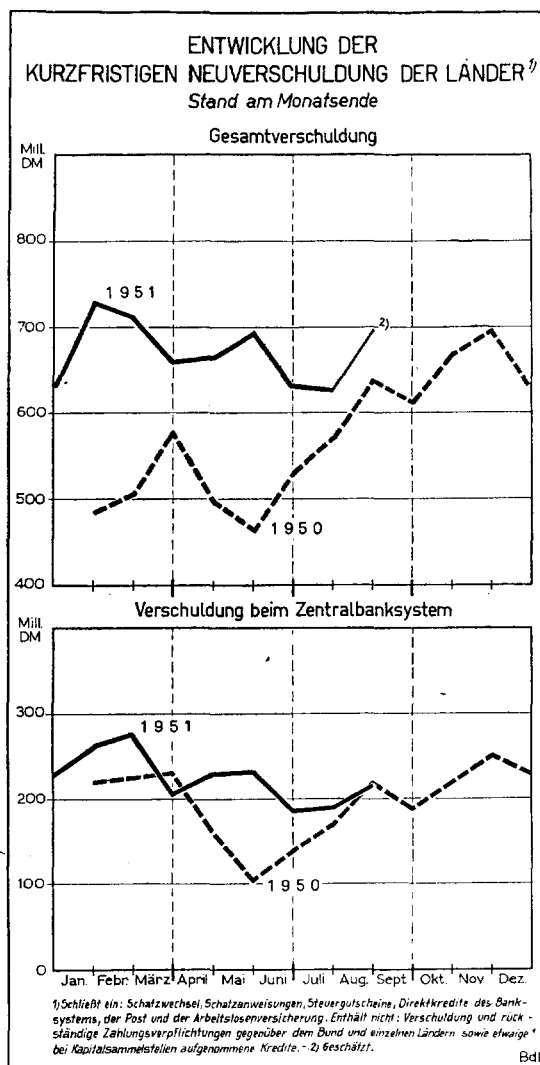
men im gleichen Verhältnis wie die Ausgaben ansteigen werden, ist jedenfalls fraglich. Aus diesem Grunde ist es möglich, daß die kassenmäßigen Ausgabenüberschüsse in den auf den September folgenden Monaten wieder stärker wachsen werden. Der — durch Kreditmittel zu finanzierende — Überschuß der Ausgaben über die ordentlichen Deckungsmittel ist jedenfalls im diesjährigen Haushaltsplan vorläufig auf nahezu 2,1 Mrd. DM (= rd. 175 Mill. DM im Monatsdurch-

schnitt) veranschlagt, während die kassenmäßigen Ausgabenüberschüsse in den ersten fünf Monaten des Rechnungsjahres demgegenüber rd. 717 Mill. DM (= 143 Mill. DM im Monatsdurchschnitt) betragen.

Die Länderhaushalte

Die Länderhaushalte haben im August 1951 turnusgemäß im ganzen offenbar mit etwas höheren Kassendefiziten als im Juli abgeschlossen, was darauf zurückzuführen ist, daß die Steuereinnahmen, wie üblich im letzten Monat vor dem vierteljährlichen Steuertermin, besonders niedrig gewesen sein dürften. Zur Finanzierung der weitgehend zahlungstechnisch bedingten Fehlbeträge griffen die finanzstarken Länder auf ihre Kassenreserven zurück, während die finanzschwachen in der Regel neue Kredite aufnehmen mußten. Die Abnahme der statistisch erfaßten Kassenbestände, d. h. der bei den Landeszentralbanken unterhaltenen bzw. von diesen für Rechnung ihres jeweiligen Landes auf dem Geldmarkt angelegten Mittel, belief sich im August auf rd. 39 Mill. DM. Allem Anschein nach sind aber auch die Einlagen der Länder bei den Geschäftsbanken zurückgegangen. Jedenfalls haben — nach den Ergebnissen der wöchentlichen Bankenstatistik — die Einlagen öffentlich-rechtlicher Körperschaften bei den wichtigsten fiscal agents der Länder, nämlich den Staatsbanken und den Girozentralen, um rd. 37 Mill. DM abgenommen, wenn gleich dabei auch die Bewegung der Einlagen anderer öffentlicher Einleger eine gewisse Rolle gespielt haben kann. Die Zunahme der Verschuldung, die sich praktisch auf vier Länder, darunter vor allem auf Bayern und Niedersachsen, beschränkte, war im August, soweit sie erfaßbar ist, mit rd. 71 Mill. DM verhältnismäßig hoch. Trotzdem blieb die gesamte erfaßbare kurzfristige Neuverschuldung der Länder ungefähr auf dem im gleichen Monat der beiden Vorvierteljahre, also im Mai und Februar 1951, erreichten Stand (vgl. Schaubild), während der Anstieg im vergangenen Jahr, und zwar vor allem in dessen zweiter Hälfte — im Zusammenhang mit den großen Einnahmeausfällen auf Grund der Einkommensteuersenkung — verhältnismäßig stark gewesen war. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Länder ihren Verpflichtungen gegenüber dem Bund — vor allem rückständige „Interessenquo-

ten“ an den Bundesausgaben des Vorjahres und Steuerablieferungen für das laufende Jahr — zum Teil nicht in vollem Umfang nachgekommen sind. Unter Einbeziehung dieser unerfüllten Verpflichtungen, die insgesamt auf etwa 150 Mill. DM zu veranschlagen sind, würde sich der Schuldenstand natürlich entsprechend erhöhen.



Nach der in den Monaten Juli und August eingetretenen, hauptsächlich durch den Einnahmerhythmus der Länderhaushalte bedingten kassenmäßigen Verschlechterung wird sich die Lage der Länderhaushalte im September auf Grund der am 10. dieses Monats fällig gewesenenen vierteljährlichen Vorauszahlungen auf die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer voraussichtlich wieder entspannen. Dies wird insbesondere deshalb der Fall sein, weil die Voraus-

Entwicklung der kurzfristigen Neuverschuldung der Länder von Ende Mai 1950 bis Ende August 1951

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Wichtigste Schuldarten						Summe ¹⁾
	Direktkredite des Banksystems			Umlauf an Schatz- wechseln, unverzinsl. Schatzan- weisungen und Steuer- gutscheinen	Kredite der Bundes- post	Kredite des Arbeits- stocks	
	gesamt	davon					
Kassenkredite des Zentral- banksystems		Kredite der Geschäfts- banken					
1950 Mai	103,0	48,7	55,2	156,8	41,5	164,9	467,1
August	229,1	115,5	113,6	218,2	40,0	152,4	639,7
November	288,0	161,8	126,2	224,9	38,5	146,8	698,2
1951 Februar	248,8	164,4	84,4	287,7	35,0	142,3	713,8
Mai	255,0	148,8	106,2	268,1	33,5	139,1	695,7
August	280,0 ²⁾	180,0	100,0 ²⁾	248,6	33,5	135,9 ²⁾	698,0 ²⁾
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)							
November 1950 gegenüber Mai 1950	+ 184,1	+ 113,1	+ 71,0	+ 68,1	— 3,0	— 18,1	+ 231,1
August 1951 gegenüber Februar 1951	+ 31,2 ²⁾	+ 15,6	+ 15,6 ²⁾	— 39,1	— 1,5	— 6,4 ²⁾	— 15,8 ²⁾

¹⁾ Nicht einbezogen in den Gesamtbetrag sind die Verpflichtungen der Länder gegenüber dem Bund und gegenüber einzelnen Ländern. —
²⁾ Geschätzt.

zahlungen entsprechend den am 1. Juli 1951 in Kraft getretenen Steuererhöhungen heraufgesetzt werden mußten. Bei der Körperschaftsteuer, die im Juni rd. 360 Mill. DM erbracht hatte, sind die Vorauszahlungen generell mit 160 vH des bisherigen Standes festgesetzt worden, um der ab 1. Januar 1951 erfolgten 20%igen Erhöhung des Steuersatzes Rechnung zu tragen. Bei der Veranlagten Einkommensteuer, bei der sich die Steuererhöhung durch den Wegfall früher bestehender Vergünstigungen vollzieht, ist die Anpassung der Vorauszahlungen von Fall zu Fall — je nach dem Umfang der bisher in Anspruch genommenen Vergünstigungen — verschieden. Wenn auch wegen der in einzelnen Sektoren der Wirtschaft bestehenden Liquiditätsschwierigkeiten der Steuerertrag vielleicht nicht ganz in dem durch die geänderten Vorauszahlungen bedingten Umfang steigen wird, so dürfte das Juni-Ergebnis (reichlich 1 Mrd. DM) im September doch beträchtlich übertroffen werden.

Die weitere Entwicklung der Länderhaushalte über den September hinaus wird, abgesehen von der konjunkturellen Entwicklung des Steueraufkommens und dem Ergebnis der Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 1950, vor allem durch den bisher in seiner Höhe noch nicht feststehenden Anteil des Bundes am Ertrag der Einkommensteuern bestimmt werden. Wie bereits

vor einem Monat an dieser Stelle ausgeführt wurde¹⁾, sind die Chancen der Länder, ihre Haushalte auch bei dem vom Bund geforderten, von den Ländern jedoch bisher nicht genehmigten Anteilsatz in Höhe von 31,3 vH auszugleichen, zumindest im ganzen genommen, weit besser als diejenigen des Bundes. Allerdings könnte ein voller Ausgleich, wenn die Steuern nicht stärker als bisher angenommen wachsen, eventuell auch im ganzen nur mit gewissen Ausgabebeschränkungen erkaufte werden, ebenso wie nicht von der Hand zu weisen ist, daß die finanzschwachen Länder in diesem Fall in erhebliche Kassenschwierigkeiten geraten könnten, sofern der für das laufende Rechnungsjahr geplante interländertmäßige Finanzausgleich nicht rechtzeitig oder nicht in ausreichendem Umfang durchgeführt werden sollte.

Sonstige öffentliche Haushalte

Die finanzielle Entwicklung des Soforthilfefonds im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet war im August weitgehend durch die am 20. des Monats fälligen Vierteljahreszahlungen auf die Soforthilfeabgaben bestimmt. Das Aufkommen aus den Abgaben war mit rd. 206 Mill. DM (230 Mill. DM im gesamten Bundesgebiet) allerdings um rd. 31 (bzw. 34) Mill. DM

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1951, S. 20.

niedriger als im Mai, dem letzten Monat mit einem Hauptzahlungstermin. Das liegt daran, daß die Entrichtung der Abgabe auf das land- und forstwirtschaftliche Vermögen im August mit Rücksicht auf die Liquiditätsentwicklung der Landwirtschaft ausgesetzt und statt dessen im November der doppelte Betrag der Abgabe erhoben wird.

Die gesamten Einnahmen des Soforthilfefonds im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet dürften unter Einbeziehung gewisser kleinerer Einnahmeposten (Zinseinnahmen, Anteil an den Umstellungsgrundschulden) schätzungsweise 210 Mill. DM betragen haben. Da die Ausgaben sich auf nur 103 Mill. DM beliefen — sie lagen um rd. 23 vH unter ihrem im Durchschnitt der ersten vier Monate des Rechnungsjahres erreichten Stand von rd. 138 Mill. DM —, ergibt sich also für August ein buchmäßiger Einnahmeüberschuß in der Größenordnung von reichlich 100 Mill. DM. Der aus der Zunahme der liquiden Mittel zu ersehende kassenmäßige Überschuß blieb mit nur rd. 46 Mill. DM weit hinter diesem Betrag zurück. Das dürfte daran liegen, daß im August, ebenso wie in früheren Monaten mit einem vierteljährlichen Zahlungstermin, ein Teil der oben erwähnten buchmäßigen Einnahmen noch nicht auf den bei der Bank deutscher Länder unterhaltenen Konten des Hauptamts für Soforthilfe eingegangen war, weil die Abgabepflichtigen nicht in allen Fällen pünktlich am 20. August 1951 gezahlt haben und außerdem die Überweisung von den Finanzämtern zur Bank deutscher Länder stets eine gewisse Zeit beansprucht. Es ist daher anzunehmen, daß sich die Guthaben der Soforthilfebehörden in gewissem Umfang auch noch im September anreichern.

Über die neuere Entwicklung der nur vierteljährlich über ihre Finanzlage berichtenden Sozialversicherungen liegen Angaben noch nicht vor. Auf Grund des bisherigen Entwicklungstrends ist jedoch anzunehmen, daß in diesem Bereich nach wie vor Überschüsse erzielt worden sind, obgleich es nicht sicher ist, ob sich

diese auf der alten Höhe gehalten haben. Den weiter angestiegenen Beitragseinnahmen stehen nämlich seit Juli 1951 erhöhte Rentenausgaben gegenüber, die sowohl im Juli als auch im August auf Grund von Nachzahlungen mit den doppelten Beträgen ausgezahlt werden mußten. Bei der Arbeitslosenversicherung waren seit dem Beginn des Rechnungsjahres (April) nach den leichten, im Frühjahr aufgetretenen Fehlbeträgen wieder beträchtliche Überschüsse zu verzeichnen. Mit insgesamt rd. 158 Mill. DM waren

Finanzentwicklung der Arbeitslosenversicherung in den Monaten April bis Juli 1950 und 1951

Zeit	Überschüsse	Die wichtigsten Faktoren für die Überschubbildung		
		1) Beitragsaufkommen	2) Unterstützungszahlungen	3) Unterstützungsempfänger ¹⁾
		Mill. DM	Mill. DM	Anzahl
1950 April	+ 5,7	72,9	55,4	541 047
Mai	+ 11,6	83,6	58,6	468 257
Juni	+ 23,1	90,0	51,6	410 579
Juli	+ 28,8	90,3	42,4	367 498
Monatsdurchschnitt	+ 17,3	84,2	52,0	446 845
1951 April	+ 38,9	95,9	40,3	378 937
Mai	+ 34,8	100,2	46,5	357 320
Juni	+ 40,7	106,9	45,3	340 884
Juli	+ 43,7	109,0	45,1	331 857
Monatsdurchschnitt	+ 39,5	103,0	44,3	352 249
in vH des Monatsdurchschnitts 1950	228,3	122,3	85,2	78,8

¹⁾ Stand am Monatsende.

sie in den Monaten April bis Juli mehr als doppelt so hoch wie in der gleichen Zeit des Vorjahres (rd. 69 Mill. DM). Dies ist um so bemerkenswerter, als die Unterstützungsleistungen ab April 1951 um durchschnittlich 10 vH erhöht worden sind. Auf der anderen Seite ist jedoch einmal das Beitragsaufkommen infolge der gestiegenen Lohn- und Gehaltssumme stark, nämlich um gut 22 vH, gewachsen, und ferner lag die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung infolge der günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes um den gleichen Prozentsatz unter der des Vorjahres.

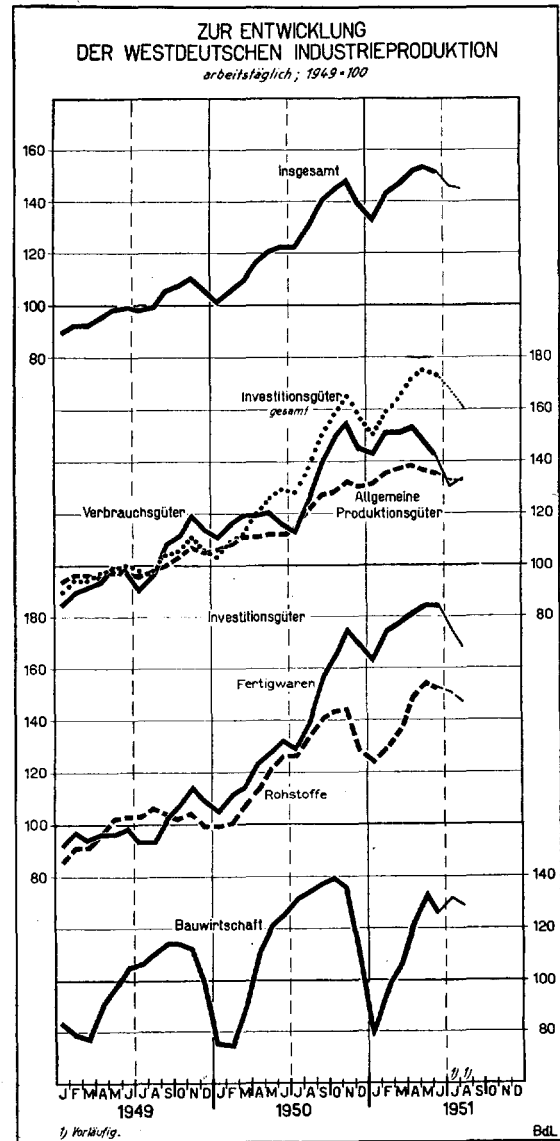
Produktion, Absatz und Beschäftigung

Erzeugung und Absatzlage

Die Industrieproduktion ist im August 1951, wie schon in den beiden Vormonaten, diesmal aber entgegen der üblichen Saisontendenz, erneut etwas zurückgegangen. Der arbeitstägliche Gesamtindex der Industrieproduktion, der die Bauwirtschaft mit umfaßt, sank von 127,5 im Juli auf 125,7 im August und lag damit um 9 Punkte unter dem bisherigen Höchststand im Mai (134,5). Schaltet man die Genußmittelindustrie und Bauwirtschaft aus, so fiel die reine Industrieproduktion von Juli auf August etwas stärker, nämlich von 131,5 auf 129,2 (1936 = 100). Im Gegensatz zu den beiden Vormonaten konzentrierte sich im August der Rückgang auf die Investitionsgüterindustrien, namentlich auf die Investitionsgüterfertigerwaren. Hier waren es insbesondere der Fahrzeugbau, Feinmechanik und Optik, die Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenindustrie, aber auch Stahl- und Maschinenbau, die größere Einbußen in ihrem Produktionsumfang zu verzeichnen hatten. Dagegen konnte sich die Erzeugung im Verbrauchsgütersektor von ihrem Tiefstand im Juli sogar wieder etwas erholen. Allerdings ist diese Erholung überwiegend dem nach den scharfen Produktionsdrosselungen der letzten Monate zu erwartenden Wiederanstieg der Leder- und Schuhindustrie zuzuschreiben, während eine Reihe anderer Verbrauchsgüterzweige ihre Produktion entgegen der üblichen Saisontendenz noch etwas einschränkten oder — wie die Textilindustrie — auf dem Vormonatsstand stagnierten. Im Durchschnitt entspricht die Steigerung der Verbrauchsgüterproduktion von 105 auf 107 vH des Standes von 1936 wohl nicht einmal ganz der saisonüblichen Belebung. Es könnte daher die Frage erhoben werden, ob diese leichte Zunahme schon als Anzeichen einer Umkehrung der bisher so eindeutig nach unten gerichteten Tendenz der Verbrauchsgütererzeugung oder aber nur als eine von Saisontendenzen unterstützte kurzfristige Schwankung angesehen werden kann.

Die Frage ist umso berechtigter, als der Auftragseingang der Verbrauchsgüterindustrien im Juli — dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen — nochmals scharf gesunken ist. Mit 103 vH seines Standes von 1949 war er damit nur noch etwa halb so hoch wie im Februar, während

sich der Umsatz der Verbrauchsgüterindustrien von Februar bis Juli nur von 185 auf 151 (1949 = 100) ermäßigt hat. Immerhin haben sich

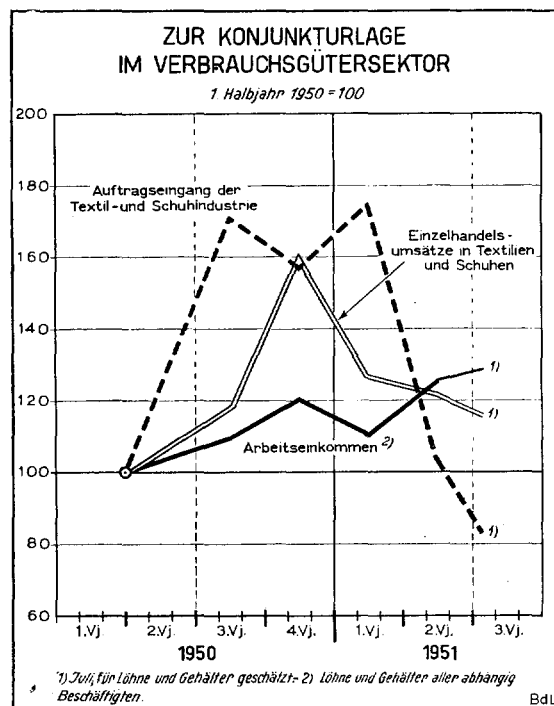


gleichzeitig im Verbrauchsgütersektor in den letzten Monaten Entwicklungen angebahnt, die darauf hindeuten, daß die Periode der Absatzflaute und ihrer stark depressiven Wirkung auf die Produktion nun im wesentlichen überwunden ist. Vergewärtigt man sich die Ursachen dieser Absatzflaute, so ergibt sich, daß zunächst als unvermeidliche Reaktion auf die verschiedenen Vordeckungswellen des vergangenen Winters ab März 1951 ein erheblicher Rückgang der Einzelhandelsumsätze eingetreten ist, der noch eine be-

sondere Unterstützung und Verstärkung durch die psychologischen Auswirkungen der Preisbaisse auf den Weltmärkten erfuh. Der Einzel- und Großhandel, der im Winter 1950 und noch in den ersten Monaten von 1951 übertrieben hohe Aufträge erteilt hatte, geriet in eine Liquiditätsklemme und versuchte, sich durch scharfe Beschneidung aller Neuaufträge, ja sogar teilweise durch Annullierung bereits erteilter Aufträge von seinen überhöhten Lagervorräten zu befreien. Diese Entwicklung ist durchaus keine Besonderheit der deutschen Lage, sondern läßt sich vielmehr in zahlreichen anderen Ländern Westeuropas ebenso wie in den Vereinigten Staaten von Amerika in ganz ähnlicher Weise feststellen. Auch die Ursachen sind überall dieselben, und im Grunde genommen besteht eine einheitliche internationale Entwicklung: Auf der einen Seite die mehrfachen Kaufpsychosen der Konsumenten unter Einsatz liquider Reserven, die zwangsläufig zu einer nachfolgenden Reaktion führen mußten. Auf der anderen Seite, und als Gegenstück hierzu, eine Preisbewegung der Verbrauchsgüterrohstoffe und eine gleichzeitige Ausweitung des Produktionsvolumens an Verbrauchsgütern, die jeden Kontakt zur möglichen Entwicklung der laufenden Masseneinkommen verloren. Die Absatzflaute und ihre Potenzierung durch den „Lagerzyklus“ im Handel läßt sich besonders gut am Beispiel der deutschen Textil- und Schuhwirtschaft verfolgen: Während im zweiten Vierteljahr 1951 die Arbeits- und sonstigen Masseneinkommen nominell um 20 bis 25 vH über dem Stand des zweiten Vierteljahres 1950 lagen, konnte aus den oben erwähnten Gründen der Einzelhandel im gleichen Vierteljahr wertmäßig nur um 6 vH mehr an Textilien und Bekleidung verkaufen als ein Jahr zuvor, mengenmäßig also sogar weniger. Die Aufträge des Handels an die Industrie sanken im Verlauf des zweiten Vierteljahres 1951 sogar noch stärker ab, so daß sie im Juli 1951 schließlich um 21 vH unter dem Stand vom zweiten Vierteljahr 1950 lagen.

Diese zweifache Diskrepanz — zwischen den Verbraucher-Einkommen und dem Einzelhandelsabsatz einerseits, den Endverkäufen und den Aufträgen an die Industrie andererseits — konnte und kann aber keinesfalls auf die Dauer anhalten. Auf längere Sicht dürfte der Absatz der Verbrauchsgüterindustrien wieder in der Hauptsache

von der Entwicklung der Masseneinkommen bestimmt sein. Diese haben nun gerade seit Frühjahr 1951, trotz des Rückgangs der industriellen Produktion, weiter erheblich zugenommen, und zwar sowohl infolge der steigenden Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft als auch vor allem infolge von Lohn-, Gehalts- und Rentenerhöhungen. So waren z. B. die durchschnittlichen Wochenarbeitslöhne in der Industrie Ende Juni 1951 um 20 vH höher als zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter in der Industrie ging dank der höheren Beschäftigung im zweiten Vierteljahr 1951 sogar um rund 35 vH über den Stand des zweiten Vierteljahres 1950 hinaus. Wenn man diese Steigerungen der Masseneinkommen dem Auftragseingang bei den Verbrauchsgüterindustrien gegenüberhält, der nach der letztverfügbaren Zahl für Juli 1951 wertmäßig sogar unter dem Stand vor dem Korea-Konflikt lag, so erhält man das ungefähre Ausmaß der Spannung, die über kurz oder lang zu einer Wiedererhöhung der Umsätze, der Aufträge und der Produktion drängen wird (vgl. Schaubild).



Man wird daher in der Stabilisierung der Verbrauchsgütererzeugung im August bereits ein erstes Anzeichen einer derartigen Ausgleichsbewegung sehen können, um so mehr, als neuer-

dings eine Reihe von anderen Symptomen in eine ähnliche Richtung weisen. So haben die Umsätze im Einzelhandel nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Bundesamtes im August gegenüber dem Tiefpunkt im Juli insgesamt um rd. 3 vH zugenommen und sich bei den industriellen Verbrauchsgütern gut behauptet, was unter Berücksichtigung der an sich gegenläufigen Saisontendenz ein erstes Anzeichen der Erholung darstellt. Im Vergleich zum August 1950, dessen Ergebnis bereits durch die erste Kaufwelle im Gefolge des Korea-Konfliktes beeinflusst war, waren die Einzelhandelsumsätze damit wertmäßig immerhin rd. 8 vH höher. Allerdings ist der Prozeß der Lagerbereinigung im Handel trotz der scharfen Drosselung der Bestellungen in den letzten fünf bis sechs Monaten offenbar noch nicht abgeschlossen; doch liegt schon seit Mai der Wareneingang beim Einzelhandel ständig unter seinem Absatz, so daß allmählich wieder mit einer Normalisierung der Bestelltätigkeit gerechnet werden kann. Dementsprechend hat z. B. der Auftragseingang in der Schuhindustrie, der in den Monaten von Februar bis Mai am stärksten von allen Industriezweigen abgesunken war, tatsächlich bereits seit Mitte des Jahres wieder rasch zugenommen, so daß in dieser in den Sommermonaten von einem besonders starken Absatzrückgang betroffenen Branche die Produktion im August wieder erheblich gestiegen ist. Auch in der Textil- und Bekleidungsindustrie ist, trotz der immer noch vorsichtigen Haltung der Käuferschaft und insbesondere des Handels auf den letzten Messen, die saisonmäßig zu erwartende Belebung in einigen Teilbereichen deutlich erkennbar. Außer durch die Lagerräumungen im Zuge der Sommerschlußverkäufe wird diese Entwicklung auch dadurch unterstützt, daß durch spürbare Preissenkungen der Industrie und des Handels die bisherige Diskrepanz zwischen den auf der vergangenen Rohstoffhausse aufgetauten Preiskalkulationen und dem Masseneinkommen verringert wurde. Die durch die zurückhaltende Kreditpolitik geförderte rasche Liquidierung einer auf die Dauer auf alle Fälle ungesunden und unhaltbaren Position hat sicher dazu beigetragen, daß somit relativ rasch eine Wiedererholung auf gesünderer Grundlage einsetzen konnte. Ob die Verbrauchsgüterproduktion bei der nun in Gang kommenden Erholung

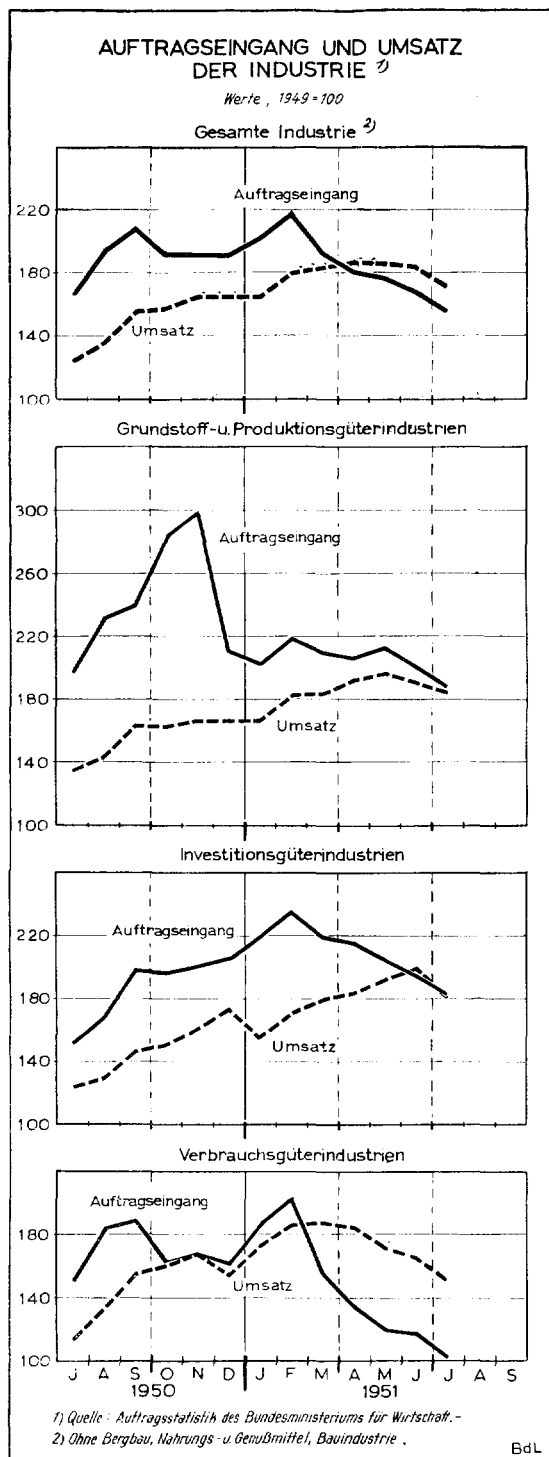
allerdings ohne weiteres wieder den Höchststand des vergangenen Winters erreichen wird, der volumenmäßig 25 bis 30 vH über dem Stand vor Ausbruch des Korea-Konflikts und rd. 15 vH über dem Stand von August 1951 lag, muß mindestens zweifelhaft erscheinen. Einerseits wird dies stark von der Preisentwicklung abhängen. Infolge der Preissteigerungen war die Verbrauchsgüterproduktion in den ersten Monaten dieses Jahres wertmäßig um etwa die Hälfte höher als Mitte 1950. Sie stand damit außer jedem Verhältnis zu einer aus allgemeinen Gründen tragbaren Entwicklung der Inlandsaufkraft. Selbstverständlich würde das Absatz- und damit das Produktionsvolumen um so eher wieder in den bereits einmal erreichten weiteren Rahmen hineinwachsen können, je größeren Umfang der bereits in einigen Sparten im Gang befindliche Preisabbau in Richtung auf den Vor-Korea-Stand annehmen würde und je mehr sich die Verbrauchsgüterindustrie des Exportventils bedienen könnte. Andererseits stünde aber einer Wiederausweitung der Verbrauchsgüterproduktion bis zum Rekordstand des vergangenen Winters für die kohlenabhängigeren Zweige vorläufig schon der Kohlenengpaß entgegen. Es ist auch keineswegs ganz sicher, ob die für eine so hohe Verbrauchsgüterproduktion erforderlichen Rohstoffe auf die Dauer beschafft werden könnten, wenn auch gegenwärtig die Entwicklung auf den Weltmärkten für Verbrauchsgüterrohstoffe einerseits, die reichlichere Ausgabe von deutschen Einfuhrlicenzen andererseits (s. hierzu Abschnitt „Außenwirtschaft“) die Rohstoffversorgung in einem etwas günstigeren Licht erscheinen lassen als noch vor wenigen Monaten.

Komplizierter liegen die Dinge hinsichtlich des Auftragsrückgangs in der Sphäre der *I n v e s t i t i o n s - u n d a l l g e m e i n e n P r o d u k t i o n s g ü t e r*. Zunächst ist auf diesen Gebieten schon das Ausmaß des Auftragsrückgangs bisher wesentlich schwächer gewesen als bei den Verbrauchsgütern (vgl. Schaubild). Im Durchschnitt lagen die im Juni und Juli eingegangenen Aufträge in diesen Zweigen immer noch auf der Höhe der gleichzeitigen Umsätze, die ihrerseits den durch den Kohle-Stahl-Engpaß gezogenen Rahmen voll ausfüllten, ja teilweise — unter Einsatz von Materialreserven — sogar darüber hinausgingen. Eine solche Anpassung an die von

der Grundstoffversorgung her gezogene Schranke kann — insbesondere angesichts des immer noch beträchtlichen Auftragsüberhangs aus den vorangegangenen Monaten — noch keinesfalls als bedrohlich angesehen werden. Sie ist im Gegenteil sogar die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die gegenwärtig der deutschen Wirtschaft ab-

verlangten Umschichtungen und Verlagerungen in der Absatzrichtung möglichst reibungslos und ohne allzu große Spannungen, insbesondere auf dem Preisgebiet, vor sich gehen können. Es handelt sich bei diesen Umschichtungen um drei verschiedenartige Bewegungen: Erstens muß von der im Augenblick nicht mehr steigerungsfähigen deutschen Gesamtproduktion ein steigender Anteil für die Ausfuhr bereitgestellt werden, um die Zahlungsbilanz auf höherem Niveau dauerhaft ausgleichen zu können; da die deutsche Ausfuhr ganz überwiegend von den kohle- und stahlabhängigen Produktions- und Investitionsgüterzweigen getragen wird, muß also die innerdeutsche Nachfrage nach deren Erzeugnissen zurückgedrängt werden. Zweitens ist in zunehmendem Maße eine Umlagerung der innerdeutschen Investitionsgütererzeugung von der privaten auf die öffentliche Sphäre unvermeidlich, insbesondere im Zusammenhang mit den steigenden Aufwendungen für die Verteidigung. Drittens schließlich setzt die Überwindung der Grundstoffengpässe eine teilweise Verlagerung des so begrenzten Investitionsvolumens auf die Engpaßbereiche voraus.

Als wichtigste Einzelursachen für den seit zwei Monaten stärker sichtbaren Rückgang der Aufträge an die Investitionsgüterindustrien müssen die folgenden genannt werden: Der Rückgang der aus den öffentlichen Haushalten für Investitionen (abgesehen von Besatzungsinvestitionen) abziehbaren Mittel; der Abfall der langfristigen Finanzierungsmittel aus Gegenwertmitteln, der einen unvermeidlichen binnenwirtschaftlichen Reflex des Rückgangs an außenwirtschaftlicher Hilfe darstellt; die steuerlichen Maßnahmen der letzten Monate, welche die für Investitionen verfügbaren Mittel der Wirtschaft insgesamt beschneiden und insbesondere die bisher begünstigte Verwendung zur Selbstfinanzierung von Investitionen weniger reizvoll machen und einschränken; schließlich die Verminderung der Gewinne zahlreicher konsumnaher Industrien durch den zweifachen Druck, der sich aus erhöhten Kosten und der Absatzflaute ergibt, ein Faktor, der sich sowohl in der Inlands- wie auch neuerdings sogar in der Auslandsnachfrage nach Maschinen für die Verbrauchsgüterindustrien stark bemerkbar macht. Nicht zuletzt kommt in den teilweise rückgängigen Auftragsziffern in den Investitions-



güterindustrien eine gewisse Reaktion auf die überhöhten Aufträge in den ersten neun Monaten nach Ausbruch des Korea-Konflikts (die bei weitem noch nicht alle abgewickelt sind) zum Ausdruck. Die daraus sich ergebende größere Zurückhaltung wird zum Teil noch dadurch verstärkt, daß sich die Betriebe im Hinblick auf die voraussichtliche Belastung durch die Investitionshilfe für die Engpaßzweige in ihren eigenen Investitionen verschiedentlich Schranken auferlegen. Prüft man alle diese Faktoren genauer, so wird man feststellen können, daß sie im großen und ganzen nur Einzelteile in dem komplizierten finanziellen Mechanismus sind, durch den sich die oben erwähnten notwendigen güterwirtschaftlichen Umschichtungen und Verlagerungen vollziehen. Es liegt auf der Hand, daß bei derartigen Umschichtungsvorgängen der Auftragszugang einzelner Investitionszweige zunächst nicht unbeträchtlich, und ohne sofort ein Gegenstück in der Auftragsentwicklung anderer Industriezweige zu finden, sinken kann. Tatsächlich liegt auch im Investitions- und Produktionsgüterbereich bei einer Reihe von Einzelzweigen der Auftragszugang heute bereits unter der laufenden Produktion.

Auftragseingang und Umsatz in einzelnen Zweigen der Produktions- und Investitionsgüterindustrien
Auftragseingang in vH des Umsatzes

Industriezweige	1951		
	1. Halbj. M.-D.	Juni	Juli
Produktionsgüter und Investitionsgüterrohstoffe			
Stahlwalzwerke	142,2	124,9	114,5
Eisen- und Stahlgießereien	133,2	122,6	115,4
Chemie	99,5	96,3	100,6
Steine und Erden	107,1	97,9	96,7
Investitionsgüterfertigwaren			
Maschinenbau	143,5	111,4	121,3
Stahlbau	169,5	103,0	154,8
Feinmechanik und Optik	103,2	98,3	98,7
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren	117,8	94,3	95,3
Elektrotechnik	103,0	85,1	89,4
Karosserie- und Anhängerbau	95,8	82,0	82,6

Dem stehen jedoch andere Industriezweige, wie z. B. der überwiegende Teil des Maschinenbaus, der Stahlbau und der Schiffsbau gegenüber, in denen die Absatzmöglichkeiten im In- und Ausland nach wie vor weit über der durch die Grundstoffengpässe begrenzten Produktion liegen. Wenn trotz dieser Auftragsbestände die Produktion in

diesen Zweigen im August größtenteils zurückgegangen ist, und neuerdings in verschiedenen Zweigen trotz hoher Aufträge größere Entlassungen vorgenommen werden mußten, so zeigt dies eindeutig die nach wie vor ausschlaggebende Bedeutung des Materialengpasses für den Produktionsstand der gesamten eisenverarbeitenden Industrie. Diese Feststellung wird noch dadurch unterstrichen, daß die Gesamtnachfrage nach den Rohstoffen des Investitionsgütersektors, also vor allem Kohle, Stahl, NE-Metallen und Holz, noch in keiner Weise weniger dringend geworden ist, daß vielmehr z. B. der Auftragsbestand bei den Walzwerken unverändert das Zehnfache einer Monatsproduktion beträgt, und daß diese Übernachfrage nach Investitionsgüterrohstoffen sich nach wie vor in entsprechenden Lieferfristen und Preisüberbietungen äußert. Die sich seit einigen Monaten anbahnende Differenzierung in der Absatzlage der einzelnen Zweige erleichtert also zwar die Verschiebung der knappen Grundstoffe zu den dringlicheren Verwendungszwecken etwas, hat aber noch keineswegs ausgereicht, um das bestehende Mißverhältnis zwischen gesamter Investitionsgüternachfrage und den Grundstoffverfügbarkeiten, mit allen seinen unliebsamen Folgen, z. B. hinsichtlich Lieferfristen und Preisen, zu beseitigen.

Dies letztere ist von besonderer Bedeutung im Hinblick auf die erwähnte Notwendigkeit, die *Ausfuhr* trotz rückgängiger Gesamtproduktion weiter zu erhöhen. Bis zum Juli 1951 ist diese Aufgabe verhältnismäßig erfolgreich gelöst worden. Der Exportanteil der deutschen Industrieproduktion hat seit Anfang 1951 dauernd zugenommen (nach der Industrieberichterstattung von 8,7 vH des Gesamtumsatzes im Januar auf 11,6 vH im Juli 1951); die Quote der letzten Vorkriegsjahre ist damit bereits nicht unerheblich überschritten. Das hat nicht nur das Zahlungsbilanzproblem trotz der verschlechterten „terms of trade“ einer Lösung nähergebracht, sondern war gleichzeitig eine wichtige Triebkraft für die Erhöhung der Beschäftigtenzahl in der gewerblichen Gütererzeugung, von deren Zunahme um rund 700 000 von Mitte 1950 bis Mitte 1951 schätzungsweise über 300 000 Beschäftigte auf die Zunahme der direkten und indirekten Beschäftigung für den Export entfielen. Neuerdings stößt jedoch eine weitere Ausweitung,

ja sogar nur eine Aufrechterhaltung des bisherigen Ausfuhrvolumens, auf zunehmende Schwierigkeiten. Das Abflauen der Korea-Nachfrage welle auf den wichtigsten Absatzmärkten hat die Wettbewerbsfähigkeit in Preisstellung und Lieferfristen wieder in den Vordergrund treten lassen. Angesichts der sehr beträchtlichen Kostensteigerungen, die sich in den letzten Monaten sowohl aus den Lohnerhöhungen (s. unt. S. 31 f.) wie auch aus der teilweisen Erhöhung der Grundstoffpreise und Verkehrstarife ergeben haben, sowie auf Grund der vielfachen Lieferverzögerungen infolge von Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung, hat sich die Wettbewerbsstellung der deutschen Industrie offenbar verschlechtert; immer öfters sind Klagen über eine Preisunterbietung durch englische, belgische oder schweizer Konkurrenten zu hören. Jedenfalls sind in den letzten Monaten die Auslandsaufträge in einer ganzen Reihe von Industriezweigen nicht unerheblich zurückgegangen, während in den Zweigen, die sich einer unverändert guten Absatzlage erfreuen, die volle Ausnutzung der gebotenen Absatzchancen häufig am Materialmangel scheitert. Es besteht also nicht nur aus binnenwirtschaftlichen, sondern auch aus ausfuhrpolitischen Gründen aller Anlaß, die Inlandsnachfrage nach kohle- und eisenabhängigen Investitionsgütern weiterhin nicht über die Produktionsmöglichkeiten, d. h. insbesondere über die von der Grundstoffbasis her gezogenen Schranken, ansteigen zu lassen.

Ein besonders illustratives und zugleich wichtiges Beispiel für das labile Gleichgewicht, das sich gegenwärtig in der westdeutschen Wirtschaft zwischen verstärkten Grundstoffengpässen und abgeschwächter Absatzlage herausgebildet hat, bietet gegenwärtig die **B a u w i r t s c h a f t**. Wie in diesen Monatsberichten des öfteren ausgeführt, ist die Wohnungsbautätigkeit, der wichtigste Teil der Bauwirtschaft (mit über 40 vH der in der gesamten Bauwirtschaft geleisteten Arbeitsstunden), seit Monaten in ihrer Entwicklung hauptsächlich von drei Faktoren bestimmt: dem Mangel an Finanzierungsmitteln, insbesondere an erststelliger Hypotheken, der 20⁰/oigen Steigerung der Baukosten seit Mitte 1950, welche den Realwert der verfügbaren Baukapitalien entsprechend mindert, sowie dem Mangel an Kohle für die Baustoffindustrien und an Baueisen. Die ersten beiden

Faktoren wirken sich nach wie vor sehr hemmend auf die Neubautätigkeit aus. Die Zahl der neugenehmigten Wohnungsbauten hat mit 44 500 im Juli zwar wiederum leicht gegenüber dem Vormonat (42 700) zugenommen, aber sie lag trotzdem erheblich unter der hohen Vergleichsziffer vom Juli 1950 (59 150). Nachdem die Arbeitsreserve aus dem großen Bauüberhang des vergangenen Jahres mehr und mehr dahinschwindet, bleibt die effektive Bauleistung (geleistete Arbeitsstunden) im Wohnungsbau bereits seit Juni hinter dem entsprechenden Vorjahresstand zurück. Auch die erhöhte Beschäftigung im öffentlichen und gewerblichen Bau konnte dies nicht völlig wettmachen, so daß mindestens seit Juli sich die gesamte Bautätigkeit etwas unter dem Stand in den entsprechenden Monaten des Vorjahres bewegt. Dementsprechend stagniert seit Mai praktisch auch die Produktion in der Baustoffindustrie, obwohl sie nach dem Saisonrhythmus noch stark hätte zunehmen müssen. Daß trotzdem der Finanzierungsengpaß gegenwärtig auch in der Bauwirtschaft unter Umständen durch andere Engpässe überdeckt werden könnte, geht aus der jüngsten Lagebeurteilung des Wohnungsbauministeriums hervor, in der es heißt: „Die Entwicklung in den kommenden Monaten wird überschattet durch die drastischen Kohlekürzungen der Baustoffindustrien, die für die kommenden Monate erhebliche Einschränkungen in der Materialversorgung auch der finanziell gesicherten Bauvorhaben befürchten lassen.“

D e r K o h l e - S t a h l - E n g p a ß

Unter den geschilderten Umständen wird für den größten Teil der gewerblichen Wirtschaft die Produktionsentwicklung auch in der nächsten Zukunft hauptsächlich durch die Belieferung mit **K o h l e** und **S t a h l** bestimmt sein. Auf beiden Gebieten lassen sich nun allerdings noch keinerlei Anzeichen einer nennenswerten Verbesserung entdecken. Die Steinkohlenförderung erreichte im August mit 27 Arbeitstagen 10,12 Mill. t gegen 9,81 Mill. t im Juli bei 26 Arbeitstagen. Der arbeitstägliche Durchschnitt sank damit auf 374 800 t (Juli 377 500 t). Bei gleichbleibender Schichtleistung (1,48 t) stiegen die Fehlschichten infolge der Auswirkungen der Urlaubszeit auf 19,4 je 100 Mann (Juli 18,5); außerdem ging die Förderung der Sonderschichten auf 54 000 t (Juli

82 000 t) zurück. Sowohl im Juli wie im August ist damit die Förderhöhe, von der bei der Zuteilungsplanung für das zweite Vierteljahr 1951 ausgegangen worden war, nämlich arbeitstäglich 379 000 t, unterschritten worden. Für die nächsten Monate ist nun allerdings schon aus jahreszeitlichen Gründen mit einer erheblichen Steigerung der Fördermenge zu rechnen. Außerdem hat der seit Mai andauernde Rückgang der Belegschaft im August zum ersten Mal wieder einem leichten Anstieg (um 1 700) Platz gemacht. Das Bundeswirtschaftsministerium hat daher die Verteilungsplanung für das vierte Vierteljahr 1951 auf einer angenommenen Durchschnittsförderung von 407 000 t arbeitstäglich aufgebaut.

Durchschnittliche Steinkohlenförderung
arbeitstäglich, einschließlich Sonderschichten, in 1000 t

1950 3. Vierteljahr	352,3
4. „	388,6
1951 1. Vierteljahr	395,1
2. „	392,5
3. „	376,2 (nur Juli und August)
4. „	407,0 (Vorausschätzung).

Nach diesem Verteilungsplan würde aus der deutschen Kohlenförderung eine etwas höhere Gesamtmenge für die Inlandsversorgung anfallen als im vierten Vierteljahr 1950, in dem die Industrieproduktion, gemessen am Produktionsindex, genau den gleichen Umfang hatte wie im August 1951 (nämlich 126 vH des Standes von 1936). Bei einem derartigen Vergleich ist aber zu berücksichtigen, daß in die Kohlenverteilung für das kommende Vierteljahr wegen der bisherigen Unterversorgung erheblich höhere Mengen für Hausbrand, Energie, Bundesbahn usw. eingesetzt werden mußten, als im 4. Vierteljahr 1950 hierfür bereitgestellt wurden, und daß eine Ergänzung der laufenden Zuteilungen aus Vorrats-

Kohlenbestände

alle Kohlenarten, in 1000 t, Stand am Monatsende

Verbrauchergruppen	1950	1951	
	Juli	Tiefpunkt im Frühjahr	Juli
Bundesbahn	553	253	413
Elektrizitätswerke	618	315	604
Gaswerke	290	114	258
Eisenschaffende Industrie	349	125	233
Sonstige Industrien	1 884	ca. 900	1 422
Insgesamt	3 703	1 707	2 930
außerdem: Zechen (Haldenbestände)	1 896	33	47

Quelle: Deutsche Kohlenbergbau-Leitung.

beständen nicht im gleichen Umfang wie im Vorjahre möglich sein wird. Selbst wenn die vom Bundeswirtschaftsministerium erwartete starke Erhöhung der Förderung sich wirklich im vollen Umfang realisieren läßt, würde nach der augenblicklichen Verteilungsplanung die Versorgung der Industrie mit Inlandskohle im vierten Quartal 1951 dennoch erheblich unter derjenigen des vierten Quartals 1950 liegen.

Bis zu welchem Umfang diese Lücke in der Kohlenversorgung der gewerblichen Wirtschaft durch Zufuhren amerikanischer Kohle ausgefüllt werden kann, läßt sich noch nicht übersehen. Die immer wieder auftretenden Verschiffungsschwierigkeiten sind ein erheblicher Unsicherheitsfaktor für jede Planung. Im zweiten Vierteljahr 1951 betrug die Einfuhr amerikanischer Kohle fast 1,2 Mill. t. Sie sollte im dritten Vierteljahr auf 2 Mill. t, eventuell sogar darüber hinaus, gesteigert werden. Tatsächlich konnten jedoch im Juli und August zusammen nur 0,8 Mill. t verschifft werden, so daß die Gesamtmenge für das dritte Vierteljahr weit hinter dem Voranschlag zurückbleiben wird. Auf Grund der augenblicklichen Transportschwierigkeiten sind denn auch die auf 2,4 Mill. t abgestellten Einfuhrerwartungen für das vierte Vierteljahr 1951 neuerdings auf rund 1,6 Mill. t herabgeschraubt worden.

Arbeitstägliche Kohlenverladungen Steinkohlen und Braunkohlenbriketts¹⁾, in t

Empfänger	1950	1951	
	4. Vierteljahr	2. Vierteljahr	August
Bahnen	31 032	33 842	37 871
Sonstiger Verkehr	6 983	7 944	8 682
Besatzungsgruppe	9 602	10 742	11 298
Elektrizitätswerke	29 414	29 012	30 981
Gas- und Wasserwerke	12 902	17 744	16 201
Eisenschaffende Industrie	44 903	50 519	45 593
Sonstige Industrie	76 094	86 961	60 541
Hausbrand und Kleinverbraucher	53 404	54 130	70 046
Bundesgebiet	264 334	290 894	281 213
Berlin	7 941	10 088	9 466
Sowjetische Zone	12	2 773	—
Ausfuhr	87 700	81 686	76 734
Gesamtabsatz	359 987	385 441	367 413
davon			
Steinkohlen	305 483	330 994	312 266
Braunkohlen	54 504	54 447	55 147

¹⁾ Verladungen aus der Gewinnung Westdeutschlands, zuzüglich Einfuhr aus dem Saargebiet, Lieferungen aus Ostdeutschland und Einfuhr amerikanischer Kohle, soweit letztere im Rahmen der Richtmengen gegen deutsche Kohle ausgetauscht wird. Quelle: Deutsche Kohlenbergbau-Leitung.

Trotz der recht enttäuschenden Entwicklung der Steinkohlenförderung im Juli und August hat sich die tatsächliche Belieferung der Inlandswirtschaft und darunter auch die der Industrie in den beiden Monaten weniger vermindert als ursprünglich befürchtet wurde (vgl. vorst. Tab.). Dank vermehrter Zusatzlieferungen von amerikanischer Kohle an die Eisen- und Stahlindustrie konnte diese ihre arbeitstägliche Erzeugung fast auf dem an sich schon hohen Stand des Vormonats halten:

Eisen- und Stahlerzeugung
in 1000 t

Erzeugung	1951			
	Juli		August	
	gesamt	arbeits-täglich	gesamt	arbeits-täglich
Roheisen	916,6	29,6	942,0	30,4
Rohstahl	1 158,2	44,5	1 185,7	43,9
Walzstahl	801,0	30,8	819,0	30,3

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Da gleichzeitig die Ausfuhrverpflichtungen etwas geringer als im Vormonat waren, konnten die Inlandslieferungen an Walzstahl von 658 000 t im Juli auf 670 000 t im August gesteigert werden. Für die Verteilungsplanung im vierten Vierteljahr 1951 geht das Bundeswirtschaftsministerium von einer durchschnittlichen Monaterzeugung an Walzstahl von nur 770 000 t aus, von denen 150 000 t für die Ausfuhrverpflichtungen abgezweigt werden müssen. Die voraussichtlichen Grundkontingente der im Rahmen der Bewirtschaftungsverordnung vorgesehenen Stahlverteilung sollen daher höchstens 80% des durchschnittlichen Verbrauchs im Jahre 1950 betragen. Neben dem allgemeinen Mangel an Stahl, der in diesen Relationen zum Ausdruck kommt und der insbesondere für die materialintensiven Verarbeitungszweige wie Schiff- und Stahlbau sowie die Bauwirtschaft immer fühlbarer wird,

Inlandslieferungen an Walzstahl und Produktionsentwicklung in den Investitionsgüterindustrien
1. Halbjahr 1950 = 100

	1950		1951			
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Juli	August
Inlandslieferungen an Walzstahl	123	123	116	122	125	127
Produktion an Investitionsgüterfertigwaren	119	143	145	154	148	141

wirkt sich für eine Reihe von Zweigen immer schärfer auch der Mangel an besonderen Walzeisensorten, wie vor allem Blechen und Draht, aus. Die Produktion der wichtigsten eisenverarbeitenden Industriezweige bewegt sich schon seit Ende des Vorjahres andauernd auf einem Stand, der erheblich über die laufende Belieferung mit Walzstahlerzeugnissen hinausgeht. Offenbar konnte zwar manche Lücke durch materialsparende Methoden und durch Einsatz von Materialreserven ausgefüllt werden. Die Schere zwischen der Inlandsbeflieferung mit Walzstahl und dem Verbrauch in den wichtigsten stahlverarbeitenden Zweigen, wie sie in den vorstehenden Zahlen zum Ausdruck kommt, läßt sich aber nicht auf unbegrenzte Dauer durch Abbau der Vorräte schließen. Bezeichnenderweise ist im August die Produktion der Investitionsgüterindustrien trotz der leicht angestiegenen Inlandslieferungen an Walzstahl stark zurückgegangen, und zwar auch in Zweigen, bei denen — wie im Maschinen- und Stahlbau — die Aufträge immer noch erheblich über der augenblicklichen Produktionshöhe liegen. Es hat daher den Anschein, daß sich der Stahlengpaß eher noch in schärferer Form als bisher produktionsdrosselnd auswirken wird, wenn es in der nächsten Zukunft nicht gelingt, durch bessere Belieferung mit Kohle bzw. Koks die noch vorhandenen Erzeugungsreserven der Stahlindustrie voll einzusetzen.

Arbeitslosigkeit und Beschäftigung

Trotz des weiteren Rückgangs der Industrieproduktion hat die Arbeitslosigkeit noch bis Mitte September abgenommen. Allerdings ist die Abnahme schon im Juli und August sehr viel geringer gewesen als im Vorjahr. In der ersten Septemberhälfte hat die Arbeitslosigkeit praktisch bereits stagniert. Die Arbeitslosenzahl von Mitte

Abnahme der Arbeitslosigkeit

Jahr	Juni	Juli	August	1. Septemberhälfte
1950	130 200	86 200	110 700	24 000
1951	61 200	33 600	32 800	4 300

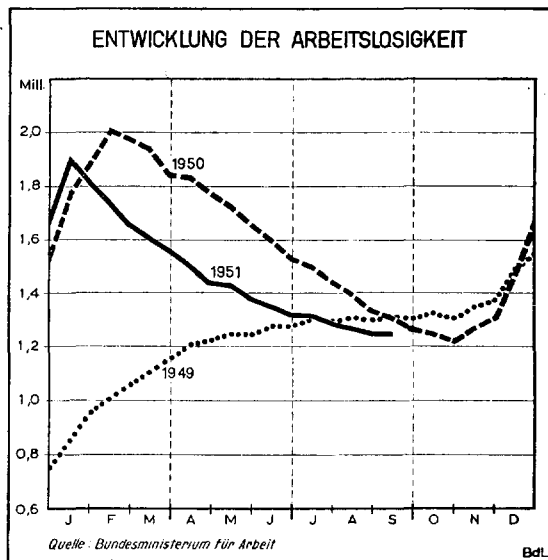
September — 1 255 000 Personen — weist infolgedessen nur noch einen geringen Abstand gegenüber dem entsprechenden Vorjahresstand (1 317 000) auf. Dabei haben die Außenberufe, insbesondere auch die Landwirtschaft, noch bis

Mitte September weitere Kräfte aufgenommen, so daß die Arbeitslosigkeit besonders in den stark landwirtschaftlich orientierten Bundesländern wie Bayern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, noch zurückgegangen ist. Dagegen nahm in den wichtigsten Industriegebieten, vor allem in Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden und den Hansestädten, die Arbeitslosigkeit im September bereits leicht zu. Auch in der Industrie hat sich bisher jedoch die Beschäftigung besser gehalten als die Erzeugung selbst. Obgleich die letztere ihren Höhepunkt bereits im

sowohl durch Abbau von Überstunden wie auch durch die Einführung von Kurzarbeit die durchschnittliche Arbeitszeit, die für Ende Juni mit 48,1 Stunden je Woche angegeben wurde, etwas verringert haben.

Arbeitslosigkeit in einigen Berufsgruppen am Monatsende, in 1 000

	1950	1951			
	Juni	April	Juni	Juli	August
Sämtliche Berufe	1 538,1	1 446,1	1 325,7	1 292,1	1 259,3
darunter:					
Metallerzeugung und -Verarbeitung	159,1	118,8	105,3	101,2	97,7
Bauberufe	140,4	189,9	145,1	134,2	127,7
Nahrungs- und Genußmittelherstellung	81,1	78,5	71,3	66,4	61,2
Textilherstellung und -Verarbeitung	83,5	73,3	87,2	93,6	98,9
Lederherstellung und -Verarbeitung	43,3	37,3	39,5	38,7	35,6
Kaufmännische und Verwaltungsberufe	216,1	189,5	179,3	178,1	174,8



Mai erreicht hatte und seitdem nicht unbeträchtlich gesunken ist, hat sich nach der Industrieberichterstattung die Zahl der in der Industrie (ohne Baugewerbe) Beschäftigten jedenfalls noch bis Juli leicht erhöht. Allerdings dürfte sich dabei

Angesichts der oben geschilderten, unverändert fortbestehenden Produktionshemmungen im kohle- und stahlabhängigen Sektor der Industrie sind die Aussichten auf eine weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit in den nächsten Wochen nur noch gering, während sich im vorigen Jahr die Arbeitslosenzahl von Mitte September bis Ende Oktober noch um 87 000 verminderte. Immerhin dürfte nicht nur der jahreszeitliche Kräftebedarf der Landwirtschaft mindestens bis zur Einbringung der Hackfruchternte weiterhin entlastend wirken, sondern auch die Verbrauchsgüterindustrien werden wohl in nächster Zeit eine gewisse Stütze für den Arbeitsmarkt darstellen, so daß zumindest eine sofortige Verschlechterung kaum zu erwarten ist.

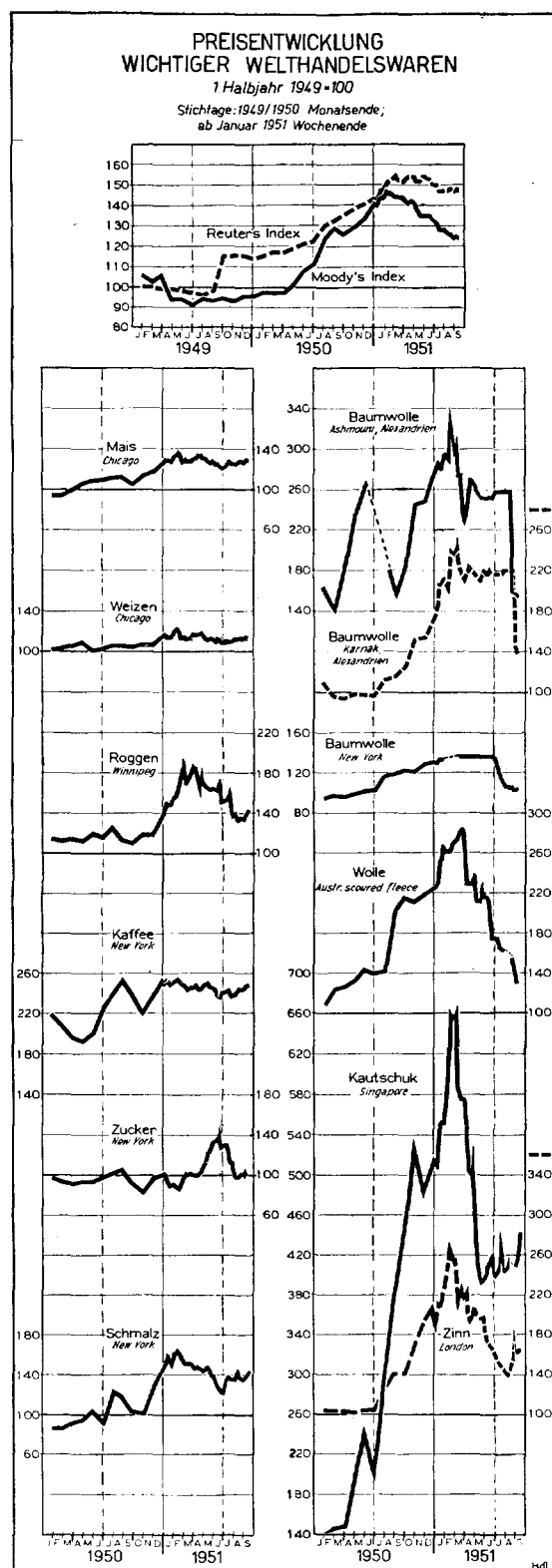
Preise und Löhne

Das allgemeine Preisniveau hat sich in den letzten Wochen nur geringfügig verändert. In den einzelnen Bereichen machen sich allerdings noch immer recht unterschiedliche Einflüsse geltend. Während sich die Grundstoffpreise nach den verschiedenen offiziellen Preisheraufsetzungen, die im Juli und August 1951 zum Zwecke einer weiteren Anpassung gewisser gebundener Preise an die tatsächlichen Kostenverhältnisse vorgenommen worden waren, im allgemeinen nicht mehr verändert haben, ist im Investitionsgüterbereich, großenteils als Folge der vorangegangenen Stei-

gerung der Grundstoffpreise, nun ebenfalls eine leichte Erhöhung des Preisniveaus zu verzeichnen. Die Verbrauchsgüterpreise dagegen sind im ganzen eher noch rückläufig, doch hat sich diese Entwicklung in den letzten Wochen merklich abgeschwächt. Nur auf einzelnen Gebieten, wie bei Textilien und bei Lederwaren, wurden die Preise auch noch im August nicht unbeträchtlich herabgesetzt.

Dieses Bild entspricht weitgehend der Lage an den internationalen Rohstoffmärkten, an denen seit einigen Wochen die allgemeinen Indizes zwar

nur geringfügige Veränderungen aufweisen, wobei aber an den einzelnen Märkten recht divergierende Entwicklungen zu verzeichnen waren.



Rückläufig waren bis in die letzte Zeit hinein vor allem noch die Preise für Textilrohstoffe, auf deren statistische Position im letzten Monatsbericht näher eingegangen wurde, für Zucker und auch für Häute und Felle. Jedoch ist auch hier die Lage gegenüber allen Einflüssen, die von der Angebotsseite ausgehen, sehr reagibel. So zogen z. B. trotz der günstigen Erntemeldungen die amerikanischen Baumwollnotierungen Mitte September an, sobald bekannt wurde, daß voraussichtlich mit einer Erhöhung der Ausfuhren und daher mit einer Verminderung des Inlandsangebots gerechnet werden könne, da die Export-Import-Bank bereit sei, ausländischen Interessenten für den Erwerb amerikanischer Baumwolle Kredite bis zu 100 Mill. \$ zur Verfügung zu stellen.

Befestigt haben sich dagegen die Getreide-notierungen. Der leichte Preisanstieg wurde hier vor allem durch die Bekanntgabe der amtlichen Erntevorschätzungen ausgelöst, die im August ungünstiger ausfielen, als es vor einigen Wochen erwartet worden war. Anhaltend günstig wird nur noch der Ausfall der kanadischen Weizenernte beurteilt. Sie wird mit 15,8 Mill. t vorläufig um ungefähr 3 Mill. t höher veranschlagt als 1950. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die kanadische Ernte bis zu ihrer relativ späten Einbringung immer der Gefahr von Frostschäden ausgesetzt ist, die im vorigen Jahr z. B. die Ernte schließlich um 2 Mill. t minderten und etwa die Hälfte der eingebrachten Menge qualitätsmäßig stark herabsetzten. Schon die Ernte der Vereinigten Staaten von Amerika wird jedoch mit knapp 27,2 Mill. t niedriger als im Vorjahr geschätzt, und die Ernten der südlichen Hemisphäre werden aller Voraussicht nach ebenfalls geringer sein als 1950/51. Hinzu kommt, daß zum mindesten auf der südlichen Halbkugel keine größeren Restbestände aus den Ernten des letzten Jahres für die Ausfuhr mehr zur Verfügung stehen, so daß, soweit es sich um Angebote aus dem Nicht-Dollarbereich handelt, die Versorgungslage als angespannt zu gelten hat. Auch bei Futtergetreide ist an den Weltmärkten kaum mit einem höheren Angebot als im Vorjahr zu rechnen. Die argentinische Maisernte wird wieder ziemlich ungünstig beurteilt, und ob aus dem Donauraum, trotz der in diesem Jahr dort recht guten Ernten, wesentliche Lieferungen an Westeuropa zu erwarten

sind, ist sehr fraglich. Die Hauptimportländer werden also für ihre Bezüge an Futtergetreide wiederum im wesentlichen auf Nordamerika angewiesen sein. Die Maisernte der Vereinigten Staaten von Amerika soll nun zwar mit 81,5 Mill. t um etwa 2 Mill. t höher sein als im Vorjahr und aus Canada können eventuell gewisse Futterlieferungen aus den Restbeständen an frostgeschädigtem Weizen erwartet werden. Allerdings wird in den Vereinigten Staaten von Amerika die höhere Maisernte weitgehend durch einen schlechteren Ausfall der übrigen Futtergetreideernten kompensiert, und vor allem ist hier zu berücksichtigen, daß auch die heimische Nachfrage höher ist als im Vorjahr, da der Viehstapel beträchtlich zugenommen hat. Im ganzen spricht also die statistische Position der Märkte eher für feste als für nachgebende Preise.

Nordamerikanische Getreideernten
in Mill. t

Getreideart	Vereinigte Staaten von Amerika		Canada	
	Schätzung 1. 8. 51	Ergebnis 1950	Schätzung 1. 8. 51	Ergebnis 1950
Weizen	27,16	27,94	15,83	12,56
Roggen	0,64	0,58	0,50	0,34
Hafer	20,22	21,27	7,66	6,48
Gerste	5,55	6,55	5,46	3,73
Mais	81,46	79,53	.	.
Futtergetreide insgesamt	107,87	107,93	13,62	10,55
Getreide insgesamt	135,03	135,87	29,45	23,11

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Preisauftriebstendenzen, und zwar noch wesentlich stärkere als an den Getreidemärkten, herrschten auch an den Metallmärkten vor, da das hier bestehende Angebotsdefizit kurzfristig nicht zu überbrücken ist, ja, mit der steigenden Rüstungsproduktion trotz verschärfter Beschränkungen des zivilen Bedarfs, sich voraussichtlich noch erweitern wird. Die amerikanische Regierung sucht allerdings dieser Entwicklung in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern durch den Ausbau der internationalen Rohstoffbewirtschaftung und eine marktkonformere Handhabung ihrer Eindeckungspolitik entgegenzuwirken. Noch im vierten Vierteljahr 1951 soll z. B. das vom NE-Metall-Ausschuß der Internationalen Rohstoffkonferenz ausgearbeitete Zuteilungssystem in Kraft treten. Auch für Nickel,

Mangan und Kobalt sollen den zuständigen Regierungen bereits Verteilungspläne zugeleitet worden sein, die aber erst Anfang 1952 durchgeführt werden dürften. Ferner ist beabsichtigt, den im dritten Vierteljahr 1951 versuchsweise eingeführten Zuteilungsplan für Wolfram und Molybdän beizubehalten und noch auf weitere Länder auszudehnen. Eine Einigung ist ferner über die internationale Verteilung so ausgesprochener Mangelprodukte wie Schwefel, Zellstoff, Papier und Holzschliff erzielt oder mindestens weitgehend vorbereitet worden. Die Bemühungen um eine internationale Zusammenarbeit in der Wollwirtschaft sind bisher allerdings an dem Widerstand Australiens und Neuseelands gescheitert. Da Wolle das einzige Sterlingprodukt war, das in den Rahmen der Internationalen Rohstoffkonferenz einbezogen wurde, hat die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen in Washington eine gewisse Ernüchterung hervorgerufen. Doch gehört Wolle, wie bereits im letzten Monatsbericht ausgeführt wurde, nicht mehr zu den wirklich knappen Rohstoffen. Der Rückgang der zivilen Nachfrage in den letzten Monaten dürfte sogar die Deckung eines steigenden militärischen Bedarfs zulassen. Das Nichtzustandekommen der Verteilungspläne hat daher auch den weiteren Rückgang der Preise auf den ersten Auktionen der neuen Wollsaison nicht aufhalten können. Besonders wichtig für eine stärkere Preisstabilität der knappen Grundstoffe ist neben den internationalen Vereinbarungen über die Rohstoffverteilung schließlich, daß die Vorratskäufe der amerikanischen strategischen Reserve mehr und mehr von Sofort- bzw. Gelegenheitskäufen, die zu einer Verknappung der im Augenblick verfügbaren Bestände führten, auf langfristige Kaufverträge umgestellt werden.

Faßt man die vom Weltmarkt ausgehenden Tendenzen auf das westdeutsche Preisniveau zusammen, so ergibt sich also, daß sie weder auf stärkere Veränderungen nach unten, noch auf solche nach oben hinwirkten. Die Entwicklung der westdeutschen Grundstoffpreise war jedenfalls im Berichtszeitraum hauptsächlich durch innerdeutsche Faktoren bestimmt. Der Gesamtindex der Grundstoffpreise (Juni 1950 = 100) ist von 124,7 im Juli auf 126,8 im August gestiegen. Er hat damit den bisher höchsten Monatsdurchschnitt, nämlich den

vom März 1951, wieder erreicht. Allerdings ist der Stand der Einzelgruppen dabei ganz verschieden. So sind zwischen März und August die Preise der inländischen Nahrungsmittelgrundstoffe stark gestiegen, die Preise der industriellen Grundstoffe dagegen in gleichem Umfang gefallen. Die Steigerung der landwirtschaftlichen

Zur Entwicklung der Grundstoffpreise
(Ehem. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
Monatsdurchschnitte, 1938 = 100

Preisgruppen	1951	
	März	August
Gesamt	251	251
Nahrungsmittel	187	207
Industrielle Grundstoffe	293	280
darunter:		
Wolle, ausländische	708	343
Baumwolle, amerikanische	554	544
Rohkautschuk	294	206
Rindshäute	593	409
Roheisen	253	329
Kupfer	410	466
Schwefelsäure	193	238

Preise beruhte teilweise auf den amtlichen Preis Anpassungsmaßnahmen (Getreide, Butter), teilweise aber auch auf ausgesprochenen Saisonfaktoren (Kartoffeln, Eier). Bei den industriellen Grundstoffen wieder standen sich im vergangenen halben Jahr zwei scharf voneinander getrennte Gruppen gegenüber: die Verbrauchsgüterrohstoffe mit ihrem der Weltmarktentwicklung folgenden starken Preissturz einerseits und die Produktionsgüter- und Investitionsgüterrohstoffe andererseits, die unverändert im Zeichen der Mangellage und des Preisanstiegs stehen, wobei die Mangellage in den meist behördlich gebundenen Preisen dieses Sektors noch gar nicht voll zum Ausdruck kommt.

Auch in der Erhöhung des Grundstoffpreis-Index um 1,6 vH von Juli zum August spiegelt sich in erheblichem Maße die Heraufsetzung einiger amtlich gebundener Preise wider. Auf landwirtschaftlichem Gebiet fiel die ab 1. August 1951 wirksam werdende Erhöhung der Preise für Brotgetreide zeitlich zusammen mit einem Anstieg der Marktpreise für Vieh, der zum Teil saisonbedingt war, zum Teil aber auch auf einer Einschränkung des Viehauftriebs infolge von Maul- und Klauenseuche beruhte. Dadurch erhöhte sich der Preisindex für Grundnahrungsmittel um 2,5 vH gegenüber dem Vormonat. Er dürfte damit aber auch ungefähr seinen höchsten

Stand erreicht haben. Die ab 1. Oktober 1951 vorgesehene Erhöhung des Fabrikabgabepreises für Zucker von 97,50 auf 120,40 DM je dz dürfte voraussichtlich durch einen saisonalen Rückgang der Viehpreise annähernd ausgeglichen werden. Der Zuckerpreis, dessen Heraufsetzung im Laufe des letzten Zuckerwirtschaftsjahres mehrfach erörtert, aber immer wieder vertagt wurde, wird auch nach der Erhöhung noch unter den zur Zeit geltenden deutschen Importpreisen liegen, so daß die bei der Zuckereinfuhr bisher gezahlten Subventionsbeträge zwar erheblich vermindert, aber nicht gänzlich fortfallen werden. Mit dieser Korrektur dürfte die Bereinigung der Agrarpreise für das laufende Wirtschaftsjahr im wesentlichen abgeschlossen und damit, abgesehen von saisonmäßigen Schwankungen, eine gewisse Stabilität der Grundnahrungsmittelpreise erreicht sein.

Wichtige Preisindexziffern im Bundesgebiet
Juni 1950 = 100¹⁾

Zeit	Grundstoffpreise ²⁾			Erzeugerpreise industrieller Produkte			Lebenshaltungskosten	
	gesamt	industrielle	landwirtschaftliche	gesamt	Grundstoffe ³⁾	Investitionsgüter	mit Obst und Gemüse	ohne Obst und Gemüse
1948								
Dezember	97,5	100,0	91,7	107,9	102,6	114,7	111,3	110,7
1949								
Dezember	98,5	93,6	107,7	101,7	100,0	104,7	103,3	104,7
1950								
Dezember	115,7	121,6	104,8	109,6	113,7	101,2	100,0	102,0
1951								
Januar	121,2	128,0	108,3	115,2	120,5	104,1	102,0	103,3
Februar	123,7	131,2	109,5	119,1	125,3	106,5	103,3	104,7
März	126,8	134,4	111,3	122,5	128,4	107,6	106,6	108,0
April	126,3	132,6	114,3	124,7	131,1	108,8	107,9	108,7
Mai	123,7	128,9	113,7	125,3	130,5	111,2	109,3	109,3
Juni	123,7	127,5	116,7	124,7	130,0	111,8	110,6	110,0
Juli	124,7	127,5	120,2	124,2	128,9	111,8	110,6	111,3
August ¹⁾	126,8	128,4	123,2	124,7	130,0	112,9	109,9	111,3

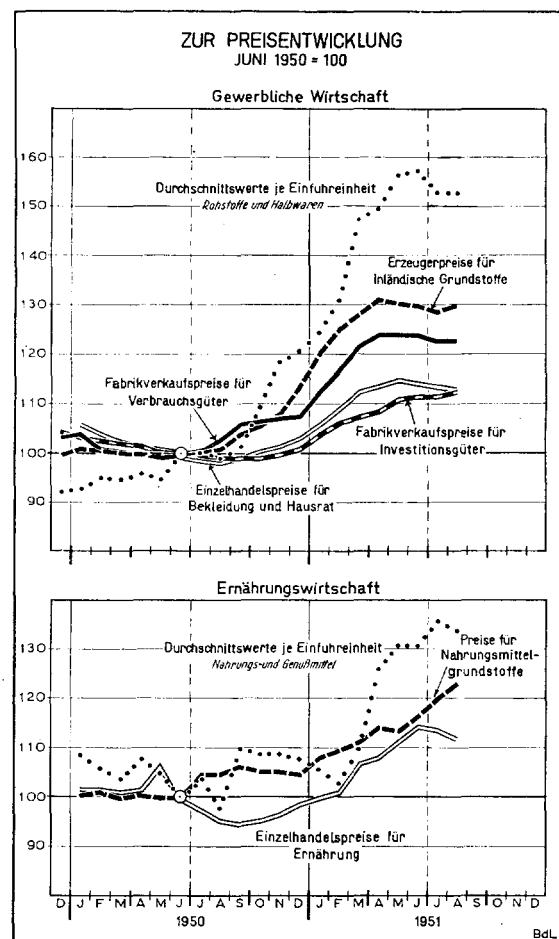
¹⁾ Umgerechnet auf Grund der Originalziffern des Statistischen Bundesamtes (1938 = 100). — ²⁾ Inländische und ausländische Grundstoffe. — ³⁾ Nur im Inland erzeugte Grundstoffe. — ⁴⁾ Vorläufig.

Im Bereich der industriellen Grundstoffpreise wurden die Preissenkungen für importabhängige Verbrauchsgüterrohstoffe im August überkompensiert durch die Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise, die auf die Einführung von Sonderaufschlägen zurückzuführen ist¹⁾, sowie einen weiteren leichten Anstieg der Preise einiger Grundchemikalien. Immerhin blieb der daraus resultierende Anstieg der Gesamtindexziffer für die Gruppe der industriellen Grundstoffe mit 0,7

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1951, S. 34.

vH verhältnismäßig gering. Im Gegensatz zum landwirtschaftlichen Sektor — auf dem die Preis-anpassungsmaßnahmen im großen und ganzen abgeschlossen sein dürften — ist allerdings auf dem gewerblichen Sektor die Anpassung der gebundenen Grundstoffpreise an die Kosten- und Marktlage noch nicht vollständig. Dies gilt insbesondere für den Kohlenpreis. Das Nebeneinander des bisherigen gebundenen Kohlenpreises, des um 35 DM je t (d. h. rund 83 vH) höheren Preises für „Spitzenkohle“ und des noch höheren Preises für amerikanische Importkohle stellt sich je länger je mehr auf die Dauer als unhaltbar heraus. Bisher trafen die Belastungen aus der inländischen „Spitzenkohle“ ausschließlich die verarbeitende Industrie (ohne die eisenschaffende Industrie). Im dritten Vierteljahr, als bei Zugrundelegung einer arbeitstäglichen Kohlenförderung von 379 000 t etwa 20 vH der der verarbeitenden Industrie zur Verfügung gestellten Kohlenmenge zu Aufpreisen zu beziehen waren, konnte die Zusatzbelastung dabei noch als tragbar gelten. Im vierten Vierteljahr 1951 wird aber bei der Planung der Kohlenverteilung von einer durchschnittlichen Tagesförderung von 407 000 t Kohle, d. h. von einer zu Spitzenpreisen zu beziehenden Kohlenmenge von 34 000 t pro Tag ausgegangen, was bei Beibehaltung des gegenwärtigen Verteilungsschemas dazu führen würde, daß die verarbeitenden Industrien für etwa 90 vH der ihnen gelieferten Inlandskohle den erhöhten Preis von rund 77,— DM je t (gegenüber einem Normalpreis von 42,— DM) zu zahlen hätten. Es steht infolgedessen die Einführung eines „Mischpreises“ für Kohle zur Debatte, von dessen Zahlung nur Hausbrand und Bundesbahn ausgenommen werden sollten, so daß sich der Aufpreis für die verarbeitende Industrie gegenüber dem bisherigen Stande wesentlich ermäßigen würde. Die bisher geübte Praxis der ausschließlichen Belastung der verarbeitenden Industrie hatte übrigens auch die unerwünschte Konsequenz, daß sich hierdurch für die betroffenen Betriebe das Verhältnis zwischen Kohlen- und Stromkosten völlig verzerrt hat. Der als Folge hiervon wie auch als Folge der Kohlenverknappung überhaupt sehr stark angestiegene Stromverbrauch für industrielle Zwecke drängt zu einer Neuordnung des ganzen Komplexes der gebundenen Kohlen- und Energiepreise.

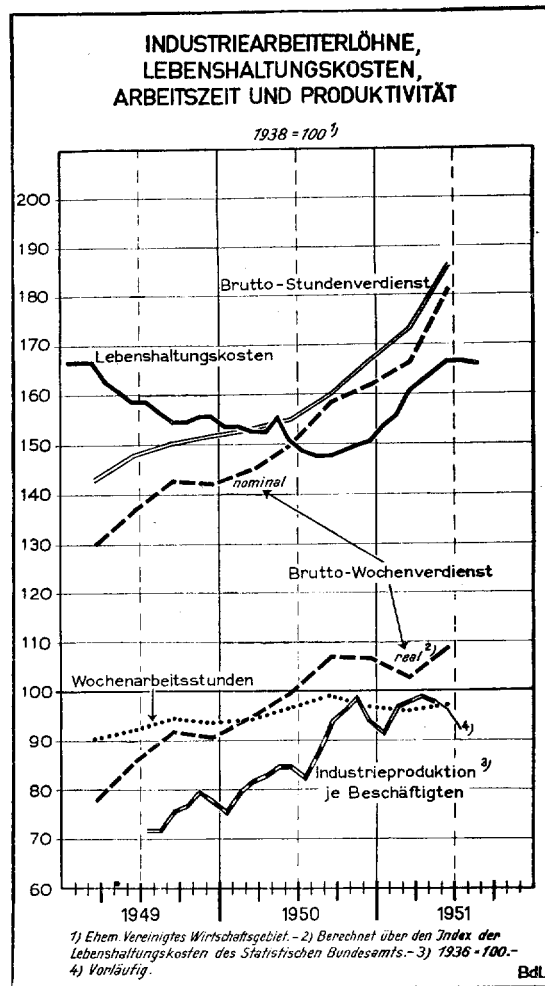
Die Unklarheit über die endgültige Regelung dieser Frage, die Ungewißheit darüber, wie hoch nach Ablauf der bis zum 30. Oktober 1951 befristeten Übergangsregelung die Stahl- und Eisenpreise sein werden und schließlich die bevorstehenden Erhöhungen der Verkehrstarife, haben zu einer großen Unsicherheit über die künftige Kostengestaltung in der Industrie geführt und in manchen Fällen die Bereitschaft, gegenwärtige Kostenerhöhungen aufzufangen, beeinträchtigt. Außerdem kann infolge der schwankenden Kohlen- und sonstigen Rohstoffbelieferung in manchen Betrieben die bisherige Arbeitsproduktivität nicht voll aufrechterhalten werden. Diese Faktoren haben, neben der Auswirkung der bereits stattgefundenen Kohlen- und Stahlpreiserhöhung, dazu beigetragen, daß die Indexziffer der Erzeugerpreise industrieller Produkte im August ihren Rückgang nicht mehr fortgesetzt hat, sondern leicht gestiegen ist (vgl. Tabelle auf S. 29). Selbst die Erzeugerpreise der Verbrauchsgüterindustrien



sind im August im Durchschnitt nicht mehr zurückgegangen, obgleich bei den Gruppen „Textil und Bekleidung“ und in der Leder- und Schuhindustrie die Preise unter der doppelten Einwirkung der nachgebenden Rohstoffpreise wie der immer noch unbefriedigenden Nachfrage nochmals sanken.

Dieser letzteren Bewegung entsprechend sind im August auch die Einzelhandelspreise, insbesondere bei den Anfang des Monats stattfindenden Sommerschlußverkäufen, nochmals zurückgegangen. Zum ersten Mal seit Herbst 1950 ist aber in diesem Monat auch die Gesamtindexziffer der Lebenshaltungskosten etwas gesunken, nämlich von 167 auf 166 (1938 = 100). Hierzu trug auch ein leichtes Fallen der Nahrungsmittelpreise bei, deren ununterbrochener Anstieg in den vorhergehenden Monaten einen besonders neuralgischen Punkt für die Preis- und Lohnentwicklung gebildet hatte. Im August sind nun vor allem die Obst- und Gemüsepreise saisonmäßig zurückgegangen, eine Bewegung, die sich in den kommenden Wochen noch fortsetzen dürfte.

Die nunmehr für Ende Juni 1951 vorliegenden Ergebnisse der vom Statistischen Bundesamt durchgeführten vierteljährlichen Erhebung über die Industriearbeiterlöhne zeigen, daß die Löhne im zweiten Vierteljahr weiter beträchtlich gestiegen sind. Die Brutto-Stundenverdienste der Industriearbeiter (ohne Bergarbeiter) sind in dieser Zeit um 8 vH, die Brutto-Wochenverdienste infolge der verlängerten Arbeitszeit sogar um 9 vH gestiegen, also mehr als in irgendeinem anderen Vierteljahr seit der Währungsreform. Im gleichen Zeitraum haben sich die Lebenshaltungskosten nur um 4 vH erhöht. Die Real-löhne der Arbeiter (Bruttowochenverdienste: Lebenshaltungskosten) sind also im zweiten Vierteljahr 1951 wieder um etwa 6 vH gewachsen und haben damit die leichte Einbuße, die sie im ersten Vierteljahr erlitten hatten, wieder mehr als wettgemacht (vgl. Schaubild). Gegenüber dem Stand vor Ausbruch des Korea-Konflikts waren sie Ende Juni 1951 (bei einer nominellen Steigerung um 20 vH) um 9 vH höher, gegenüber dem Stand bei der Währungsreform (Ende Juni 1948) um 73 vH. Ohne eine relative Stabilhaltung der Preise wäre eine solche Steigerung der Realeinkommen breiter Arbeiterschichten niemals



*Industriearbeiterlöhne und Arbeitszeit
im ehem. Vereinigten Wirtschaftsgebiet¹⁾*

Arbeitergruppen	1948	1949	1950		1951	
	Juni	Juni	Juni	Dez.	März	Juni
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste in Dpf						
Alle Arbeiter	98,5	119,6	124,4	133,9	138,3	149,4
Männer	106,5	129,9	135,5	146,9	152,1	162,8
Frauen	63,5	82,5	86,5	94,1	96,7	105,7
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste in DM						
Alle Arbeiter	40,51	55,31	59,91	64,28	65,77	71,81
Männer	44,31	61,16	66,51	71,81	73,75	80,19
Frauen	24,80	35,87	39,18	42,79	43,47	46,96
Reallöhne ²⁾ , 1938 = 100						
Alle Arbeiter	63 ³⁾	85	100	107	103	109
Durchschnittliche Arbeitszeit, in Stunden						
Alle Arbeiter	41,1	46,3	48,2	48,0	47,6	48,1
Männer	41,6	47,1	49,1	48,9	48,5	49,3
Frauen	39,0	43,5	45,3	45,5	45,0	44,4

Quelle: Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Ohne Bergbau. — ²⁾ Bruttowochenverdienste dividiert durch Lebenshaltungskosten. — ³⁾ Teilweise auf Schätzung beruhend.

möglich gewesen. Im Interesse einer weiteren Stabilhaltung der Preise liegt es nun aber auch, daß die engen Grenzen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen einer weiteren Erhöhung der Löhne gezogen sind, nicht mißachtet werden. Die Erhöhung der Nominallohne ist nur bis zum Frühjahr oder Frühsommer von einer ungefähr gleich großen Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität begleitet gewesen. Seitdem stagniert die Arbeitsproduktivität unter dem Einfluß der von den Grundstoffen ausgehenden Produktionshemmungen, ja in vielen Industrien ist sie sogar zurückgegangen. Angesichts dieser Lage und insbesondere der zunehmenden Be-

lastung der gewerblichen Wirtschaft durch die oben erwähnten sonstigen Kostenerhöhungen dürfte es daher vorläufig im allgemeinen wesentlich schwieriger als bisher sein, steigende Lohnkosten ohne Erhöhung der Verkaufspreise oder ohne stärkere Rückwirkungen auf den Produktionsumfang und damit auf das Beschäftigungsniveau zu tragen. Auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ausfuhr könnte dadurch gerade in einem Augenblick, in dem aus Gründen, auf die im nächsten Abschnitt eingegangen wird, mit verdoppelter Anstrengung um ihre Aufrechterhaltung gerungen werden muß, in Mitleidenchaft gezogen werden.

Außenwirtschaft

Die Entwicklung des Außenhandels im August 1951 bot nicht mehr das gleiche günstige Bild wie in den beiden vorangegangenen Monaten. Diese Feststellung bezieht sich nicht darauf, daß der Ausfuhrüberschuß in diesem Monat erneut zurückging; denn daß dieser sich nicht auf der anomalen Höhe der Vormonate halten würde, war zu erwarten. Während aber die Verringerung des Überschusses von Juni auf Juli der Zunahme der Einfuhr — also einer in der gegenwärtigen Situation durchaus erwünschten Entwicklung — zuzuschreiben war, geht die erneute Abnahme im August fast ausschließlich auf einen Rückschlag in der Ausfuhr zurück.

Die A u s f u h r hat von 1 348 Mill. DM im Juli auf 1 320 Mill. DM im August¹⁾ oder um 2 vH abgenommen, obwohl der Monat August einen Arbeitstag mehr als der Monat Juli hatte. Der Rückgang entfiel überwiegend auf die Fertigwarenausfuhr. Diese Unterbrechung in der bisher so stetigen und starken Aufwärtsbewegung der Ausfuhr wäre für sich genommen noch kein Anlaß zu einer weniger zuversichtlichen Beurteilung der Außenhandelslage, wenn sie nicht mit einigen anderen Erscheinungen zusammenfielen, welche die Ausfuhraussichten in einem weniger günstigen Licht als früher erscheinen lassen. Hierzu gehört vor allem die Tatsache, daß der Rückgang der deutschen Industrieproduktion immer mehr auch diejenigen Industriezweige umfaßt, die

bisher die Hauptstützen der Ausfuherpansion waren, vor allem die Gruppe der Investitionsgüterindustrien und darunter so exportintensive Industrien wie Maschinen- und Stahlbau, Optik

Der Außenhandel des Bundesgebiets¹⁾
in Mill. DM

Warengruppen	1950 M.-D. 4. Vj.	1951			
		Mon.-Durchschn. 1. Vj.	2. Vj.	Juli	August
I. Ausfuhr, gesamt	963,5	991,6	1 183,2	1 347,5	1 319,9
davon:					
Ernährungswirtschaft	33,5	42,4	30,2	34,3	34,3
Gewerbliche Wirtschaft	930,0	949,2	1 153,0	1 313,2	1 285,6
davon:					
Rohstoffe	105,6	104,5	110,4	114,3	111,1
Halbwaren	154,3	155,6	164,8	187,4	184,6
Fertigwaren	670,1	689,1	877,8	1 011,5	989,9
II. Einfuhr, gesamt	1 280,6	1 240,4	1 067,0	1 196,4	1 208,4
davon:					
Ernährungswirtschaft	517,3	473,2	440,7	514,8	501,9
Gewerbliche Wirtschaft	763,3	767,2	626,3	681,6	706,5
davon:					
Rohstoffe	385,9	447,0	399,0	406,9	410,6
Halbwaren	202,5	163,8	133,9	177,2	169,5
Fertigwaren	174,9	156,4	93,4	97,5	126,4
III. Saldo, gesamt ²⁾	- 317,1	- 248,8	+ 116,2	+ 151,1	+ 111,5
IV. Einfuhr auf Grund von Auslandshilfe	179,1	172,0	214,5	168,4	150,1
V. Einfuhr gegen Devisen	1 101,5	1 068,4	852,5	1 028,0	1 058,3
VI. Saldo des „kommerziellen“ Außenhandels ³⁾	- 138,0	- 76,8	+ 330,7	+ 319,5	+ 261,6

¹⁾ Beide Ausfuhrzahlen sind um den Mehrerlös berichtigt, der sich aus der Erhöhung der deutschen Kohle-Exportpreise für diese Monate ergab.

²⁾ Einschließlich West-Berlin. — ³⁾ Einfuhrüberschüsse = —, Ausfuhrüberschüsse = +. — ³⁾ Saldo zwischen der Einfuhr gegen Devisen und der Ausfuhr.

und Feinmechanik. Wenn auch die erst bis Juli vorliegende Warenaufgliederung der Ausfuhrstatistik noch keinen direkten Rückgang der Ausfuhr in diesen Zweigen (außer bei Feinmechanik und Optik) erkennen läßt, so muß doch befürchtet werden, daß die gegenwärtigen Materialschwierigkeiten auch an der Ausfuhr nicht spurlos vorübergehen. Die besonders kohleabhängige chemische Industrie weist in ihren Exportergebnissen trotz immer noch starker internationaler Nachfrage nach ihren Erzeugnissen bereits einen leichten Rückgang auf. Auf der anderen Seite können diejenigen Industriezweige, die wie die Verbrauchsgüterindustrien weniger stark von den innerdeutschen Engpässen betroffen sind, ihren Export nur unter größten Schwierigkeiten ausweiten, da sie unter der außerordentlich verschärften Konkurrenz und der Absatzflaute auf den internationalen Verbrauchsgütermärkten leiden. Die zunehmende Konkurrenz beschränkt sich neuerdings dabei keineswegs nur auf den Verbrauchsgütersektor, sondern sie macht sich seit dem Abflauen des Korea-Booms auch auf anderen Gebieten in einem verschärften Preiskampf geltend. Ob der deutsche Export sich dabei weiter durchsetzen können, ist angesichts der steigenden Kosten in weiten Bereichen der Industrie keineswegs sicher. Jedenfalls mehren sich die Nachrichten von einem Rückgang der Auslandsaufträge, und es bleibt abzuwarten, wie die Ausfuhr sich weiter entwickelt, wenn die Bestellungen aus der Zeit des Korea-Booms abgewickelt sind.

Zur Vorsicht in der Beurteilung der Exportaussichten muß es auch mahnen, daß eine weitere Ausdehnung der deutschen Ausfuhr auf einer Reihe von Absatzmärkten auf Zahlungsbilanzhemmungen der betreffenden Länder stößt. Dies gilt vor allem für einen Teil der zum EZU-Raum gehörenden Länder. Die Ausfuhr in die „Schuldnerländer“ der EZU, also vor allem nach den Niederlanden, Österreich, Griechenland, Norwegen usw., stagniert jedenfalls schon seit Monaten, ja teilweise ist sie sogar zurückgegangen. Dagegen konnte die Ausfuhr in die „Überschußländer“ fast durchweg (mit Ausnahme Italiens) erheblich gesteigert werden. Die größten Erfolge in dieser Hinsicht wurden in der Ausfuhr nach dem Sterling-Raum, dem früheren Hauptgläubiger der EZU, erzielt. Hier konnte vor allem die Ausfuhr nach Großbritannien selbst so gesteigert werden, daß sich im deutsch-englischen Verhältnis in den letzten Monaten wieder der in der Vorkriegszeit übliche deutsche Aktivsaldo herausgebildet hat, der im August sogar zur Abdeckung des gesamten Defizits gegenüber dem überseeischen Sterlingraum ausreichte. Allerdings darf bei der Beurteilung dieses starken Anstiegs des Exportes in den Sterling-Raum seit Ende 1950 nicht übersehen werden, daß es sich dabei zu einem großen Teil um eine Nachholentwicklung handelt, da die deutsche Ausfuhr sowohl in Großbritannien als auch vor allem im überseeischen Sterling-Raum nach dem Kriege nur mit großer Verspätung wieder Fuß fassen konnte und bis Ende 1950 hinter der Entwicklung

Die Entwicklung der deutschen Handelsbilanz gegenüber dem Sterling-Raum in Mill. DM

Länder		1950	1951			
			Monats-Durchschnitte			Juli
		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.		
Großbritannien	Einfuhr ¹⁾	64,3	51,4	32,5	44,7	37,4
	Ausfuhr	36,1	43,9	65,1	81,1	83,5
	Saldo	— 28,2	— 7,5	+ 32,6	+ 36,4	+ 46,1
Übrige Sterling-Länder	Einfuhr ¹⁾	168,3	186,2	168,6	179,7	168,7
	Ausfuhr	73,4	76,4	97,9	124,2	124,8
	Saldo	— 94,9	— 109,8	— 70,7	— 55,5	— 43,9
Sterling-Raum insgesamt	Einfuhr ¹⁾	232,6	237,6	201,1	224,4	206,1
	Ausfuhr	109,5	120,3	163,0	205,3	208,3
	Saldo	— 123,1	— 117,3	— 38,1	— 19,1	+ 2,2

¹⁾ Nach Herstellungsländern.

des übrigen Handels zurückblieb. Was die Zukunftsaussichten der deutschen Ausfuhr in diese Gebiete betrifft, so werden diese allerdings wohl von dem augenblicklichen Konjunkturrückschlag auf den Sterling-Rohstoffmärkten nicht unbeeinflusst bleiben. Die Ausfuhr in den Dollar-Raum hat seit zwei Monaten nur noch geringfügige Fortschritte machen können, was teilweise wohl auch auf das Abflauen der früheren Übernachfrage zurückzuführen sein dürfte. Die Ausfuhr in die „sonstigen Verrechnungsländer“ ist von Juli auf August erheblich zurückgegangen, was insbesondere auf einen rückläufigen Absatz in Lateinamerika zurückzuführen ist. Zusammenfassend ergibt sich der Eindruck, daß einer weiteren Exportausdehnung sowohl in der deutschen Lieferfähigkeit als auch in der Entwicklung der Absatz- und Zahlungslage in vielen wichtigen Absatzländern allmählich fühlbare Schranken erwachsen sind. Dieser Eindruck wird auch dadurch bestätigt, daß die für deutsche Exporteure eröffneten Akkreditive seit Ende Juli stagnieren oder sogar leicht zurückgehen, nachdem sie von Jahresanfang bis zu jenem Zeitpunkt einen fast ununterbrochenen Anstieg aufgewiesen hatten.

Die Einfuhr hat im August nur geringe Fortschritte machen können. Sie stieg nur um etwa 12 Mill. DM, nämlich von 1 196 auf 1 208 Mill. DM. Auffällig ist dabei die erhebliche Steigerung der Fertigwareneinfuhr um fast 30 Mill. DM, eine Folgeerscheinung der wieder in Gang gekommenen normalen Ausschreibungen für die Einfuhr aus den EZU-Ländern. Die Einfuhr von Nahrungsmitteln sowie von gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren ging dagegen zusammengekommen wertmäßig leicht zurück. Regional betrachtet erhöhte sich vor allem wieder die Einfuhr aus EZU-Ländern, so daß sie im August mit 730 Mill. DM (rund 174 Mill. \$) zum ersten Mal ungefähr den Stand erreichte, der für die Monate ab Juni 1951 durch Vereinbarung mit den Organen der OEEC und EZU als Plafond (170 Mill. \$) festgelegt worden war. Die Einfuhr aus dem Dollar-Raum blieb dagegen insgesamt fast unverändert, obgleich die durch Auslandshilfe finanzierte Einfuhr weiter auf 150,1 Mill. DM (35,7 Mill. \$) absank. Die mit freien Dollar finanzierte Einfuhr von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Kohle stieg also weiter an und

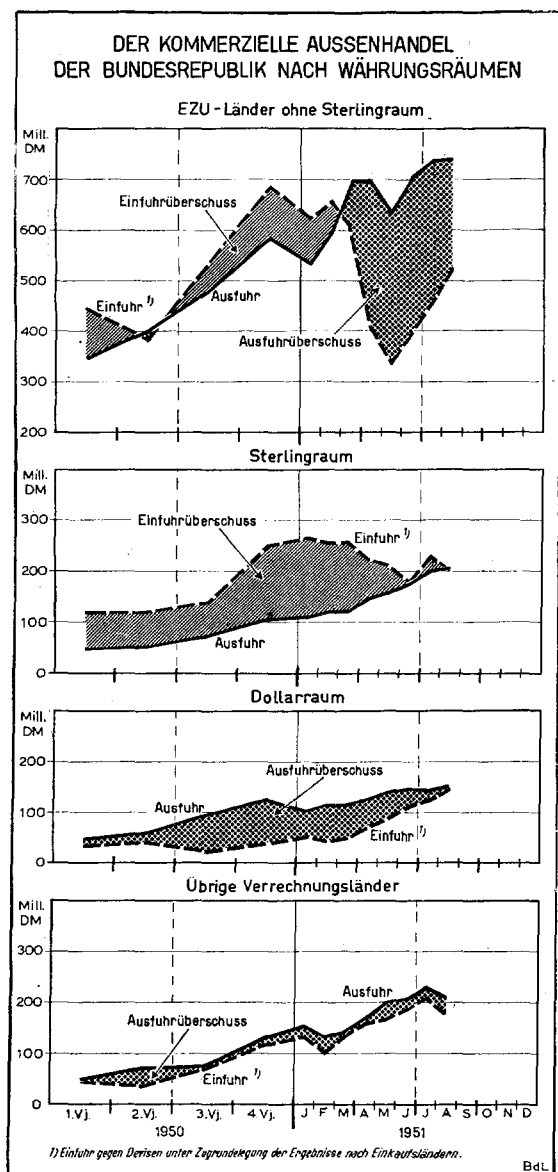
machte damit im August annähernd die Hälfte der Gesamteinfuhr aus dem Dollar-Raum aus. Stark rückläufig war die Einfuhr aus „sonstigen Verrechnungsländern“.

Dem Volumen nach erhöhte sich die Einfuhr allerdings etwas stärker als dies in den Einfuhrwerten zum Ausdruck kommt. Zum ersten Mal seit Herbst 1950 sanken nämlich im August die Durchschnittswerte der Einfuhreinheit, und zwar um etwas über 2 vH. Die Durchschnittswerte der Rohstoffeinfuhr waren dabei schon im Juli etwas zurückgegangen und haben im August dieses Niveau nur behauptet. Die Baisse auf den Welt-

Durchschnittswerte der Einfuhr- und Ausfuhr-Einheit
1. Halbjahr 1950 = 100

Zeit	Einfuhr		Ausfuhr	
	Insgesamt	Rohstoffe und Halbwaren	Insgesamt	Fertigwaren
1950 Juli	101	105	100	100
August	96	103	101	99
September	103	106	102	99
Oktober	106	114	103	101
November	110	124	103	103
Dezember	111	126	103	103
1951 Januar	113	130	106	105
Februar	114	137	107	109
März	125	154	111	113
April	135	156	113	114
Mai	140	163	117	119
Juni	141	164	117	120
Juli	142	160	121	122
August	139	160	122	122

märkten, die schon im März eingesetzt hatte, kommt mit diesem Rückgang nur sehr verspätet und sehr abgeschwächt in den deutschen Einfuhrpreisen zum Ausdruck (wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß sich in den „Durchschnittswerten der Einfuhreinheit“ nicht nur reine Preisbewegungen, sondern auch Verschiebungen in der Zusammensetzung der Einfuhr widerspiegeln). Die Gründe für diese relativ späte und schwache Auswirkung liegen einerseits darin, daß die jetzt hereinkommende Einfuhr teilweise immer noch auf weit zurückliegenden Kontrakten beruht, teilweise aber auch in der Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage ist, immer auf dem preisgünstigsten Markt einzukaufen. Immerhin hat sich im August, zumal gleichzeitig die Ausfuhrpreise weiter leicht anzogen, die schon im Juli begonnene Verbesserung der „terms of trade“ fortgesetzt.



Infolge der rückläufigen Ausfuhr und der gleichzeitig leicht zunehmenden Einfuhr ist der **Ausfuhrüberschuß** im Gesamthandel erneut zurückgegangen, nämlich von 151 Mill. DM¹⁾ im Juli auf 112 Mill. DM im August (gegenüber noch 177 Mill. DM im Juni). Im „kommerziellen“ Außenhandel allein, d.h. unter Ausschaltung der durch Auslandshilfe finanzierten Einfuhr, betrug der Überschuß im August 262 Mill. DM gegen 320 Mill. DM im Vormonat und 369 Mill. DM im Juni. Die Verringerung des Aktivsaldo spiegelt einerseits die schrittweise „Normalisierung“ der deutschen EZU-Bilanz durch Heranführung der Einfuhr an

¹⁾ Berichtigt (vgl. Anmerkung auf S. 32).

den gegebenen Zahlungsspielraum wider, zum anderen aber beruht sie auch auf dem fortschreitenden Abbau des bisherigen Aktivsaldo im kommerziellen Außenhandel mit dem Dollar-

Der Außenhandel mit dem Dollar-Raum

Monatsdurchschnitte, in Mill. \$

Zeit	Gesamteinfuhr ¹⁾	davon durch		Ausfuhr	Saldo des „kommerziellen“ Außenhandels
		Auslandshilfe finanziert	freie Devisen finanziert		
1950	44,8	40,0	4,8	15,6	+ 10,8
1951 1. Vj.	52,5	40,8	11,7	26,9	+ 15,2
2. Vj.	72,6	51,0	21,6	33,2	+ 11,6
Juli	70,1	40,0	30,1	34,8	+ 4,7
August	70,8	35,7	35,1	36,6	+ 1,5

¹⁾ Nach „Einkaufsländern“.

Raum. Dieser ist im August fast völlig verschwunden, da der Einfuhrbedarf aus dem Dollar-Raum in den letzten Monaten vor allem auch im Zusammenhang mit dem Kohlenimportbedarf sprunghaft anstieg und gleichzeitig der durch die Auslandshilfe gedeckte Einfuhranteil fortlaufend geringer wurde. Es ist vorauszusehen, daß beide Tendenzen auch in Zukunft anhalten werden. Was den deutschen Einfuhrbedarf an Rohstoffen und vor allem Nahrungsgrundstoffen anbelangt, so ist eine gewisse Rückverlagerung auf den Dollar-Raum unvermeidlich, und zwar schon deswegen, weil vor allem Getreideüberschüsse in diesem Jahr im EZU-Raum nicht mehr im gleichen Umfang vorhanden sein werden wie im Vorjahr. Außerdem soll die Kohleneinfuhr noch über den gegenwärtigen Stand hinaus gesteigert werden. Gleichzeitig wird die ECA-Hilfe voraussichtlich erheblich unter den gegenwärtigen Betrag der Hilfslieferungen herabsinken, nachdem infolge der vom Kongreß inzwischen vorgenommenen Kürzungen der Auslandshilfe nicht einmal mehr die ursprünglich in Aussicht gestellten 175 Mill. \$ für das letzte Marshallplan-Jahr (Juli 1951 bis Juni 1952) gesichert zu sein scheinen. Dabei sind die Ansprüche an die frei verfügbaren Dollarmittel schon in den letzten beiden Monaten sehr erheblich gewachsen. So nahmen die für Einfuhren gegen freie Dollar erteilten Bewilligungen von 12 Mill. \$ im Monatsdurchschnitt April/Mai auf 62 Mill. \$ im August zu. Die Ende August ausstehenden Einfuhrbewilligungen und noch nicht in Lizenzen umgewandelten Freigaben für Einfuhren aus dem Dollar-Raum betragen infolgedessen

insgesamt bereits 95 Mill. \$. Danach ist also für die nächsten Monate eine erhebliche weitere Zunahme der kommerziellen Einfuhren aus dem Dollar-Raum sowie eine entsprechende Belastung der Dollarkonten zu erwarten.

August allerdings etwas erhöht. Diese Bewegung, die im Widerspruch zu dem von der Handelsstatistik ausgewiesenen Rückgang des Warenüberschusses (von 65 Mill. \$ im Juli auf 52 Mill. \$ im August) steht, deutet auf Verschiebungen

Der „kommerzielle“ Außenhandel der Bundesrepublik nach Währungsräumen
in Mill. DM

Währungsräume	1950				1951			
	Monats-Durchschnitt				Monats-Durchschnitt		Juli	August
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.		
Freie Dollar-Länder								
Ausfuhr	50,2	63,8	96,6	128,5	113,3	139,4	146,9	154,3
Einfuhr ¹⁾	35,0	42,5	24,7	40,3	49,7	90,7	126,2	147,6
Saldo	+ 15,2	+ 21,3	+ 71,9	+ 88,2	+ 63,6	+ 48,7	+ 20,7	+ 6,7
EZU-Raum								
Ausfuhr	399,8	457,4	549,4	698,8	731,7	846,2	965,7	949,6
Einfuhr ¹⁾	571,1	508,4	677,0	941,9	892,8	590,1	691,4	730,4
Saldo	- 171,3	- 51,0	- 127,6	- 243,1	- 161,1	+ 256,1	+ 274,3	+ 219,2
Sonstige Verrechnungsländer								
Ausfuhr	50,8	73,4	76,8	133,5	144,2	195,0	232,3	213,2
Einfuhr ¹⁾	46,5	41,6	70,2	118,9	125,9	171,7	210,4	180,3
Saldo	+ 4,3	+ 31,8	+ 6,6	+ 14,6	+ 18,3	+ 23,2	+ 21,9	+ 32,9

¹⁾ Einfuhr gegen Devisen unter Zugrundelegung der Ergebnisse nach Einkaufsländern.

Zahlungsbilanz und Devisenposition

Obwohl der Ausfuhrüberschuß im kommerziellen Außenhandel im August ebenso wie schon im Juli abnahm, wies die Bilanz des internationalen Zahlungsverkehrs der Bundesrepublik im August wieder einen etwas höheren Überschuß auf als im Juli, wenn er auch nicht ganz die Höhe des Juni-Überschusses erreichte. Der frühere Überschuß auf den dem Außenhandel dienenden Dollar-Konten ist allerdings als Folge der oben geschilderten Entwicklung schon seit Juli so gut wie völlig verschwunden. Ein beachtlicher Überschuß — der erste seit September 1950 — ergab sich aber entsprechend der aktiveren Außenhandelsentwicklung auf den Devisenkonten im Verrechnungsverkehr mit „sonstigen Verrechnungsländern“. Hierauf war im wesentlichen die Verbesserung der Gesamtbilanz zurückzuführen, da sich im Zahlungsverkehr mit den EZU-Ländern der Zahlungssaldo wieder, und zwar von 69,4 Mill. \$ im Juli auf 63,7 Mill. \$ im August vermindert hat, wie aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen ist. Der aus dem reinen Waren- und Dienstleistungsverkehr stammende Saldo gegenüber dem EZU-Raum hat sich dabei von Juli auf

in den Zahlungsmodalitäten („terms of payments“) zugunsten Deutschlands hin, wie sie in den letzten Monaten schon verschiedentlich feststellbar waren. Unter anderem dürfte dieser relativ hohe Zahlungsüberschuß damit zusammenhängen, daß im August wiederum wie in den Vormonaten beträchtliche Anzahlungen auf deutsche Exporte stattfanden, und daß gleichzeitig auch die ausstehenden deutschen Ausfuhrforderungen aus vergangenen Monaten rascher hereinkamen; die Gesamtsumme der ausstehenden Ausfuhrforderungen gegen Länder des EZU-Raums ist jedenfalls im August etwas zurückgegangen. Wenn man die Zahlungsentwicklung seit Inkrafttreten der EZU, also seit Juli 1950 zusammenfassend betrachtet, so ergibt sich, daß durch die Verbesserungen der „terms of payments“ zugunsten Deutschlands seit dem Frühjahr 1951 die seinerzeitigen Verschlechterungen im Herbst und Winter 1950 wieder voll ausgeglichen worden sind, so daß sich für den gesamten Zeitraum per Saldo kein großer Unterschied zwischen Handelsbilanz und Zahlungsentwicklung in der EZU mehr ergibt.

Die Rechnungsposition in der EZU wies im August mit 51,1 Mill. \$ zwar immer noch

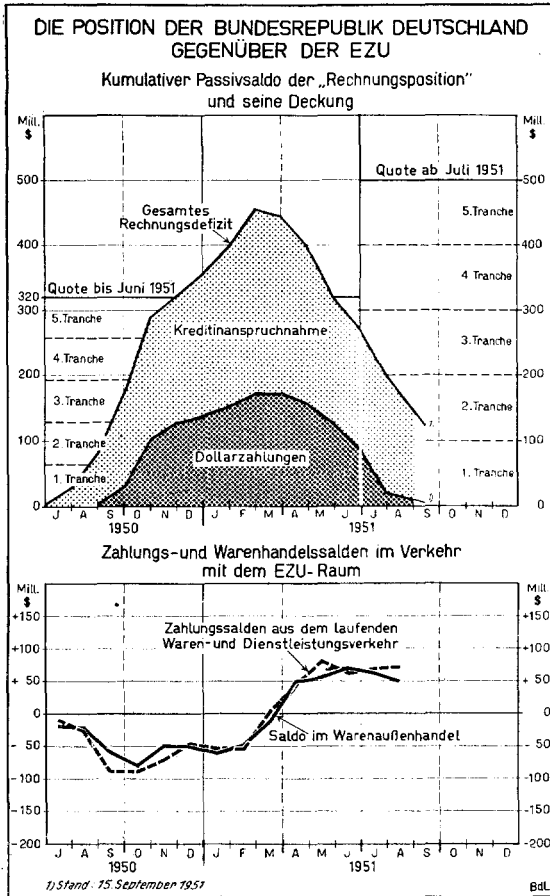
einen hohen, aber erheblich unter dem Vormonatsergebnis liegenden „Rechnungsüberschuß“ auf. Der große Unterschied zwischen gesamtem Zahlungssaldo und Rechnungsüberschuß hängt in erster Linie damit zusammen, daß Deutschland im August besonders hohe Rückzahlungen auf konsolidierte Schulden aus der Zeit vor Inkrafttreten der EZU leistete. Außerdem mußten im Laufe des August auch die nicht der zentralen Abrechnung unterliegenden Devisenkonten sowohl der Bank deutscher Länder als auch der Außenhandelsbanken erhöht werden, und zwar in der Hauptsache als Deckung für erhöhte Importakkreditiv-Verpflichtungen.

Das kumulative Gesamtdefizit Westdeutschlands betrug nach der am 13. September 1951 für den August erfolgten Abrechnung des Agenten noch 150,9 Mill. \$ und hatte damit die Grenze der dritten Tranche um fast 50 Mill. \$ unterschritten. Innerhalb der zweiten Tranche der Quote, die jetzt für die Verrechnung der deutschen kumulativen Rechnungsposition maßgebend ist, müssen Defizite nur noch zu 20 vH in Gold bzw. Dollar abgedeckt werden. Diesen Regeln entsprechend wurde der Bundesrepublik der August-Überschuß von 51,1 Mill. \$ zu 10,6 Mill. \$ von der EZU in freien Dollar vergütet und zu 40,5 Mill. \$ für die Abdeckung des bei

Zur Entwicklung der Devisenposition der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem EZU-Raum seit Juli 1950 in Mill. \$

Zahlungssalden und ihre Abdeckung	1950		1951				Juli 1950 bis August 1951
	Juli/Sept.	Okt./Dez.	Jan./März	April/Juni	Juli	August	
A. Die Entwicklung der Zahlungssalden							
1. Rechnungsposition gegenüber der EZU davon:	- 173,4	- 183,3	- 89,1	+ 173,0	+ 70,8	+ 51,1	- 150,9
a) Monatliche Nettodefizite bzw. -überschüsse aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr ¹⁾	- 186,2	- 182,2	- 76,9	+ 184,5	+ 72,1	+ 59,7	- 129,0
b) Ausgleich alter Forderungen und Schulden (netto)	+ 0,8	- 0,5 ²⁾	- 11,9	- 9,0	- 1,3 ³⁾	- 8,6	- 30,5
c) Verwendung von existing resources	+ 12,0	+ 0,3	- 0,3	-	-	-	+ 12,0
d) Zinsen auf Kreditinanspruchnahme im Rahmen der Quote	-	- 0,9	-	- 2,5	-	-	- 3,4
2. Veränderung der bei den Baseler Abrechnungen nicht berücksichtigten Konten der BDL und der Außenhandelsbanken	+ 66,9	- 25,3 ⁴⁾	- 21,2	+ 10,5	- 1,4	+ 12,6	+ 42,1
Veränderung der gesamten Zahlungsposition gegenüber dem EZU-Raum (1+2) davon:	- 106,5	- 208,6	- 110,3	+ 183,5	+ 69,4	+ 63,7	- 108,8
Zahlungssalden aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr	- 119,3	- 198,1	- 98,1	+ 195,0	+ 70,7	+ 72,3	- 77,5
B. Die Abdeckung der Rechnungsposition gegenüber der EZU							
1. Kumulatives Rechnungsdefizit seit Anfang Juli 1950	- 173,4	- 356,7	- 445,8	- 272,8	- 202,0	- 150,9	-
2. Deckung (kumulativ)							
a) Kreditinanspruchnahme im Rahmen der Quote	142,4	192,0	192,0	182,6	181,2 ⁵⁾	140,7	-
b) Kreditinanspruchnahme im Rahmen des Sonderkredits	-	24,5	80,1	-	-	-	-
c) Dollarzahlungen im Rahmen der Quote	31,0	128,0	128,0	90,2	20,8 ⁶⁾	10,2	-
d) Dollarzahlungen im Rahmen des Sonderkredits	-	12,2	45,7	-	-	-	-
¹⁾ Bis Oktober 1950 ausschließlich der Schweiz. — ²⁾ Einschließlich einer Sonderforderung gegen Norwegen, die aus dem Jahre 1949 stammt und in halbjährlichen Raten von 1,3 Mill. \$ zurückgezahlt wird. — ³⁾ Darunter Verrechnung der seit 1. Juli 1950 aufgelaufenen Forderungen gegen die Schweiz in Höhe von 9,4 Mill. \$ — ⁴⁾ Darin enthalten 9,4 Mill. \$ für Monat November, die keine Verschuldung, sondern die Verrechnung der unter ³⁾ genannten Forderungen gegen die Schweiz darstellen. — ⁵⁾ Unter Berücksichtigung der Erhöhung der deutschen Quote auf 500 Mill. \$.							

der EZU in Anspruch genommenen Kredites verwendet. Damit verringerte sich der Gesamtbetrag der an die EZU geleisteten Dollarzahlungen auf 10,2 Mill. \$ und die laufende Gesamtverschuldung an die EZU auf 140,7 Mill. \$.



Lizenzposition gegenüber dem EZU-Raum

In der ersten Septemberhälfte sind erneut Netto-Zahlungsüberschüsse auf den Verrechnungskonten mit EZU-Ländern zu verzeichnen. Sie scheinen allerdings zu einem erheblichen Teil auf der direkten und indirekten Auswirkung der zeitweiligen Gerüchte um eine abermalige Pfundabwertung zu beruhen, die einerseits zu einer schnelleren Realisierung von ausstehenden Pfundforderungen, andererseits zu einer Verzögerung in den Einfuhren bzw. Einfuhrzahlungen gegenüber Pfund-Ländern führt. Von dieser Sonderbewegung abgesehen, sprechen aber verschiedene Anzeichen dafür, daß die Zeit der hohen deutschen Zahlungsüberschüsse gegenüber dem EZU-

Raum vorbei ist. Von besonderer Bedeutung ist hier vor allem die Entwicklung der Lizenzposition gegenüber dem EZU-Raum in den letzten Wochen:

Lizenzposition gegenüber den EZU-Ländern, März bis September 1951

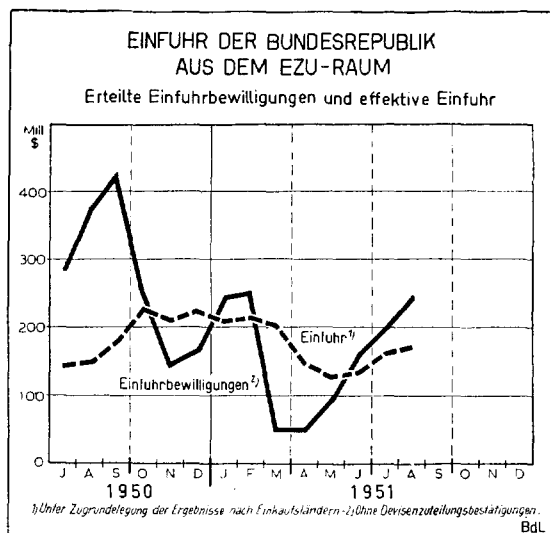
in Mill. \$

	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept. 1. Dekade
Neu ausgegebene Lizenzen ¹⁾	54	54	99	164	202	247	76
Ausstehende Lizenzen und Devisenzuteilungsbestätigungen ²⁾	472	330	308	327	373	512 (ca. 530)	

¹⁾ Ohne Devisenzuteilungsbestätigungen. — ²⁾ Monatsende bzw. Ende der Dekade. — ³⁾ Teilweise geschätzt.

Wie schon im letzten Monatsbericht ausführlich dargestellt, haben die Ausschreibungen der letzten Monate, insbesondere die komplizierten Ausschreibungen unter dem Plafonds system für die „exliberalisierten“ Erzeugnisse, nur mit sehr großen und nicht vorhersehbaren Verzögerungen zur Ausgabe von Einfuhrbewilligungen und zur effektiven Einfuhr geführt. Inzwischen hat sich mindestens die Ausgabe von Einfuhrbewilligungen stärker beschleunigt. Auf Grund der vorangegangenen Ausschreibungen wurden im August nicht weniger als 247 Mill. \$ an Einfuhrbewilligungen für den EZU-Raum ausgegeben, ein Betrag, der sich noch erhöhen würde, wenn man die gleichzeitig ausgegebenen Devisenzuteilungsbestätigungen (die ja feste Zusagen auf spätere Einfuhrbewilligungen sind) mit einbeziehen würde. Ab Mitte August wurden weitere größere Ausschreibungen im Gesamtbetrag von 380 Mill. \$ für die Einfuhr aus dem EZU-Raum durchgeführt, und zwar im Rahmen der Einfuhrplafonds für die Monate September und Oktober. Es ist also zu erwarten, daß die Ausgaberate an Einfuhrbewilligungen vorläufig noch weiter relativ hoch bleiben wird. Im Zusammenhang mit diesen großen Ausschreibungen ist das Bardepot — dessen Abschaffung nun endgültig beschlossen worden ist — Mitte September auf den Rekordstand von 1,4 Mrd. DM angestiegen. Dieser riesige Betrag an blockierten Einzahlungen ergab sich vor allem aus den hohen Überzeichnungen, die — trotz der damit verbundenen Anforderungen an Bardepots — bei zahlreichen der ausgeschriebenen Waren stattfanden. Der „An drang zu Lizenzen“, für den im letzten Monats-

bericht eine Reihe von Einzelangaben mitgeteilt wurde, ist also unverändert hoch. Es muß bei dieser Sachlage eigentlich wundernehmen, daß die so stark begehrten Einfuhrlicenzen in den vergangenen Monaten nicht schneller in Einfuhren verwandelt wurden. Maßgebend hierfür

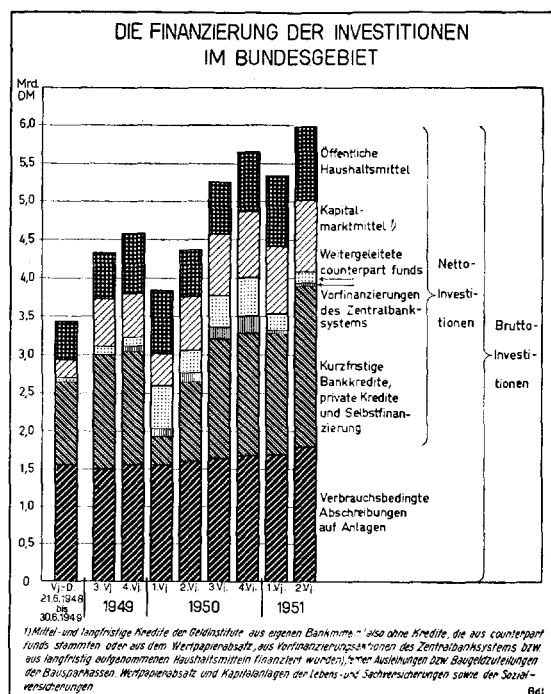


dürften wohl vor allem zwei Gründe gewesen sein: einmal vergeht aus rein technischen Gründen meist eine erhebliche Zeit vom Kontraktabschluß auf Grund der erteilten Einfuhrbewil-

ligung bis zum tatsächlichen Hereinkommen der Ware; andererseits haben aber offensichtlich die unübersichtlichen Preisverhältnisse auf zahlreichen Warenmärkten die Importeure zu großer Vorsicht bei neuen Kontraktabschlüssen veranlaßt. Jedenfalls ist aber nun zu erwarten, daß auf Grund der in den letzten Monaten ausgegebenen Einfuhrbewilligungen die Einfuhr aus dem EZU-Raum laufend weiter zunehmen wird und so in den vorhandenen Zahlungsspielraum hineinwachsen wird. Die geschilderten technischen Verzögerungen einerseits, die Zurückhaltung in der Realisierung der ausgegebenen Einfuhrbewilligungen andererseits haben die EZU-Position der Bundesrepublik in den vergangenen Monaten viel rascher verbessert, als unter normalen Umständen zu erwarten gewesen wäre. Sie haben aber gleichzeitig auch die ausstehenden Devisenverpflichtungen in Form von noch nicht realisierten Lizenzen und Devisenfreigaben erheblich anschwellen lassen. Bei Betrachtung der relativ günstigen deutschen Zahlungsentwicklung gegenüber der EZU und der damit automatisch verbundenen Anreicherung der Dollar-Reserven darf also nicht übersehen werden, daß diesen Reserven auf der anderen Seite eine erhebliche Hypothek in Gestalt dieser hohen Devisenverpflichtungen gegenübersteht.

Die Investitionsfinanzierung im ersten Halbjahr 1951

Die Investitionstätigkeit war im 1. Halbjahr 1951 stärker als im 2. Halbjahr 1950, obwohl die Durchführung von Investitionen in der ersten Jahreshälfte saisonmäßig beeinträchtigt ist. Zwar gingen auch diesmal die Bruttoinvestitionen im 1. Vierteljahr etwas zurück (nämlich auf rd. 5,3 Mrd. DM gegenüber 5,7 Mrd. DM im 4. Vierteljahr 1950), aber einmal war dieser Rückgang nur gering, wobei neben der milden Witterung auch die in vielen Bereichen verhältnismäßig reichliche Ausstattung mit Finanzierungsreserven eine Rolle gespielt haben dürfte, und außerdem war der Anstieg im 2. Vierteljahr so stark, daß hierdurch der jahreszeitlich bedingte Rückgang im 1. Vierteljahr mehr als ausgeglichen wurde.



Insgesamt stellten sich die Bruttoinvestitionen in der ersten Jahreshälfte 1951 auf über 11,3 Mrd. DM. Sie übertrafen damit die Investitionen des ersten Halbjahres nach der Währungsreform, also die der zweiten Jahreshälfte von 1948, um mehr als 60 vH. Der Rückgang im 1. Vierteljahr wie auch der starke Anstieg im 2. Vierteljahr beschränkte sich fast völlig auf die Bauwirtschaft, während die Investitionen der Industrie annähernd auf dem im 4. Vierteljahr 1950 erreichten Stand verharren. Von den gesamten

Bruttoinvestitionen des ersten Halbjahres 1951 waren etwa 3,5 Mrd. DM Ersatzinvestitionen, die in der Hauptsache aus Abschreibungen finanziert wurden, und über 7,8 Mrd. DM Neuinvestitionen.

Über die Finanzierung der Neuinvestitionen orientiert in großen Zügen die folgende Übersicht. Der Anteil der öffentlichen Haushaltsmittel war im 1. Halbjahr 1951 mit rd. 24 vH der Nettoinvestitionen etwa ebenso hoch wie in den ersten eineinhalb Jahren nach der Währungsreform, dem absoluten Betrage nach war er jedoch mit fast 1,9 Mrd. DM bedeutend höher als in den vorangegangenen Halbjahren und auch wieder etwas höher als die über den Kapitalmarkt bereitgestellten Mittel. Im Gegensatz zu unseren früheren Veröffentlichungen über die Investitionsfinanzierung ist es nunmehr möglich, unter Haushaltsmitteln nur diejenigen Beträge zu erfassen, die wirklich aus den öffentlichen Haushalten stammen, aber diese nunmehr auch vollständig. Früher ergaben sich in dieser Hinsicht insofern Schwierigkeiten, als ein Teil der im Rahmen der öffentlichen Haushalte für Investitionen verausgabten Beträge fast immer aus Bankkrediten stammt und umgekehrt bestimmte über die öffentlichen Haushalte aufgebrachte Investitionsmittel über die Banken geleitet wurden. Aus statistischen Gründen war es früher nicht in allen Fällen möglich, hier eine genaue Trennung nach der Quelle vorzunehmen, so daß unter den Kapitalmarktmitteln Beträge erschienen, die in Wirklichkeit den Haushalten zuzuordnen gewesen wären und umgekehrt unter den Haushaltsmitteln Summen, die letzten Endes von den Banken bereitgestellt worden waren. Auf Grund einer detaillierteren statistischen Erfassung ist es nunmehr möglich, hier eine klare Scheidung durchzuführen. Demgemäß sind auch unter den „Haushaltsmitteln“ Mittel des Bundes nicht vertreten. Die vom Bund durchgeführten Investitionen sind nämlich, wie in den Haushaltsplänen vorgesehen, nicht aus regulären Einnahmen, sondern durch Aufnahme von Krediten finanziert worden, wobei in Anbetracht der Lage des Kapitalmarktes zunächst nur kurzfristige Kredite erhältlich waren. Die betreffenden Beträge erscheinen daher im wesentlichen in der Unter-

Die Investitionsfinanzierung seit der Währungsreform¹⁾

Finanzierungsmittel	21. 6. 1948 bis 30. 6. 1949	2. Halbjahr 1949	1. Halbjahr 1950	2. Halbjahr 1950	1. Halbjahr 1951	21. 6. 1948 bis 30. 6. 1949	2. Halbjahr 1949	1. Halbjahr 1950	2. Halbjahr 1950	1. Halbjahr 1951
	in Mill. DM					in vH der Nettoinvestitionen				
1. Öffentliche Haushaltsmittel	1 950	1 370	1 411	1 459	1 874	25,6	23,5	28,0	19,3	23,9
2. Kapitalmarktmittel	990	1 197	1 127	1 669	1 829	13,0	20,5	22,4	22,0	23,3
davon:										
a) aus Bankmitteln stammende langfristige Kredite ²⁾	220	429	551	744	887	2,9	7,3	10,9	9,8	11,3
b) Ausleihungen bzw. Baugeldzuteilungen der Sparkassen ³⁾	76	86	180	286	204	1,0	1,5	3,6	3,8	2,6
c) Wertpapierabsatz (zur Vermeidung von Doppelzählungen: ohne Unterbringung bei öffentlichen Großzeichnern und bei Versicherungen)	260	190	147	220	288	3,4	3,3	2,9	2,9	3,7
d) Kapitalanlagen der Lebens- und Sachversicherungen	274	242	171	243	210 ⁴⁾	3,6	4,1	3,4	3,2	2,7
e) Kapitalanlagen der Sozialversicherungen	160	250	78	176	240	2,1	4,3	1,6	2,3	3,0
3. Weitergeleitete counterpart funds	193	215	862	913	364	2,5	3,7	17,1	12,0	4,6
Summe 1 bis 3	3 133	2 782	3 400	4 041	4 067	41,1	47,7	67,5	53,3	51,8
4. Vorfinanzierung des Zentralbanksystems	—	71	220	366	83	—	1,2	4,4	4,8	1,1
5. Kurzfristige Bankkredite, private Kredite und Selbstfinanzierung darunter: Aufnahme kurzfristiger Kredite durch die öffentl. Haushalte f. d. Finanzierung von Investitionen	4 477	2 986	1 421	3 178	3 690	58,9	51,1	28,1	41,9	47,1
			227	373	364			4,5	4,9	4,6
Summe 1 bis 5: Gesamte Finanzierung der Nettoinvestitionen (ohne Vorratsveränderungen)	7 610	5 839	5 041	7 585	7 840	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
6. Verbrauchsbedingte Abschreibungen auf Anlagen ⁵⁾	6 260	3 071	3 169	3 335	3 500 ⁴⁾					
Summe 1 bis 6: Gesamte Finanzierung der Bruttoinvestitionen (ohne Vorratsveränderungen)	13 870	8 910	8 210	10 920	11 340 ⁴⁾					

¹⁾ Gegenüber früheren Veröffentlichungen teilweise revidierte Zahlen. — ²⁾ Position der Bankenstatistik „mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken“ abzüglich: durch Banken verteilte counterpart funds (s. Pos. 3), Absatz von Bankschuldverschreibungen (enthalten in Pos. 2c), Vorfinanzierungskredite des Zentralbanksystems (s. Pos. 4), über Banken geleitete öffentl. Haushaltsmittel (enthalten in Pos. 1). — ³⁾ Ohne Ausleihungen, die aus Vorfinanzierungen des Zentralbanksystems ermöglicht wurden. — ⁴⁾ Vorläufige Schätzung. — ⁵⁾ Nach Schätzung des Statistischen Bundesamtes.

position „Aufnahme von Krediten durch die öffentlichen Haushalte für die Finanzierung von Investitionen“, deren Summe zum größten Teil auf den Bund entfällt. Die unter „Haushaltsmittel“ ausgewiesenen Beträge wurden hauptsächlich von den Ländern und im übrigen von den Gemeinden und den Soforthilfebehörden bereitgestellt. In den Ländermitteln sind die Zinserträge aus den Umstellungsgrundschulden enthalten.

Die übrigen für die Investitionsfinanzierung verfügbaren Fremdmittel, die in der vorstehenden Tabelle, soweit sie nicht als counterpart funds oder als Vorfinanzierungen des Zentralbanksystems gesondert aufgeführt sind, unter der Position „Kapitalmarktmittel“ zusammengefaßt werden, sind seit der Währungsreform ständig gewachsen. Während von Mitte 1948 bis Mitte 1949 aus dieser Quelle nur 990

Mill. DM zur Verfügung standen — womit 13 vH der Nettoinvestitionen finanziert werden konnten —, machten die Kapitalmarktmittel im 1. Halbjahr 1951 über 1,8 Mrd. DM bzw. reichlich 23 vH der insgesamt für die Nettoinvestition aufgewandten Beträge aus. Etwa die Hälfte dieses Betrages entfiel auf aus Bankmitteln stammende längerfristige Kredite. Hierbei handelt es sich um die in der Bankenstatistik enthaltene Position „mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken“, vermindert um die folgenden Posten, die hier — weil sie durch den Bankenapparat nur durchlaufen — als selbständige Finanzierungsquellen gesondert erfaßt sind, nämlich: counterpart funds, Wertpapierabsatz, Vorfinanzierungskredite des Zentralbanksystems und über Banken geleitete öffentliche Haushaltsmittel. Der Restposten, der aus allgemeinen Bankmitteln wie z. B. Spareinlagen, langfristig aufgenommenen Darlehen oder auch Giroeinlagen stammt, hat im 1. Halbjahr 1951 mit 887 Mill. DM bzw. 11 vH der Nettoinvestitionen einen neuen Höchststand erreicht. Die bei den Banken aufkommenden Sparkapitalien, also insbesondere die Spareinlagen, aus denen normalerweise die langfristigen Kredite gegeben werden, sind dabei in Nachwirkung der Korea-Krise allerdings auch im 1. Halbjahr 1951 noch sehr spärlich geflossen. Im 1. Vierteljahr 1951 war, wie die folgende Tabelle zeigt, ein Auszahlungsüberschuß auf Sparkonten bei Geldinstituten (in Höhe von 41 Mill. DM) zu verzeichnen, der im 2. Vierteljahr zwar wieder einem Einzahlungsüberschuß Platz machte, jedoch zunächst nur in der bescheidenen Höhe von 122 Mill. DM. Die aus Bankmitteln stammenden längerfristigen Kredite beruhten daher im 1. Halbjahr 1951 größtenteils nicht auf echter Geldkapitalbildung bei den Banken, sondern sie stellten zu ungefähr sechs Siebenteln zusätzliche Geldschöpfung dar. Die Hauptursache für die über den Zufluß an entsprechend terminierten Kundenschaftseinlagen hinausgehende Darlehensgewährung dürften die hohen Kreditzusagen gewesen sein, die die Banken im Vorjahr in der Erwartung weiter zunehmender Spartätigkeit gegeben hatten und die sie infolge des seit Ausbruch des Korea-Konfliktes scharf zurückgegangenen Sparaufkommens selbst unter Einsatz kurzfristiger Bankmittel nur teilweise hatten erfüllen können.

**Die Spartätigkeit bei Geldinstituten und
Bausparkassen im Bundesgebiet
in Mill. DM**

Zeit	Sparein- zahlungen insgesamt	davon	
		Einzahlungs-(+) bzw. Auszah- lungsüberschüsse (-) im Spar- verkehr bei Geldinstituten	Sparein- zahlungen bei Bau- sparkassen
1949 3. Vierteljahr	+ 262	+ 222	+ 40
4. „	+ 318	+ 251	+ 67
1950 1. Vierteljahr	+ 478	+ 395	+ 83
2. „	+ 430	+ 318	+ 112
3. „	+ 186	+ 64	+ 122
4. „	+ 250	+ 120	+ 130
1951 1. Vierteljahr	+ 53	- 41	+ 94
2. „	+ 203	+ 122	+ 81
Juli	.	+ 82	.
August	.	+ 90 ¹⁾	.

¹⁾ Geschätzt.

Der Anteil der Bausparkassen an der Finanzierung der Nettoinvestitionen ist im 1. Halbjahr 1951 auf 2,6 vH zurückgegangen, nachdem er von der Währungsreform bis Ende 1950 ständig gewachsen war. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, ist nämlich das Sparaufkommen bei den Bausparkassen im 1. Vierteljahr 1951 zum ersten Mal gesunken, und im 2. Vierteljahr hat

**Die Geschäftstätigkeit der Bausparkassen
im Bundesgebiet
in Mill. DM**

Zeit	Bausparkassen insgesamt		davon			
	Spar- auf- kommen	Darlehen bzw. Baugeld- zutei- lungen und Zwi- schen- finanzie- rungen	Öffentliche Bausparkassen		Private Bausparkassen	
			Spar- auf- kommen	Darlehen und Zwi- schen- finanzie- rungen	Spar- auf- kommen	Baugeld- zutei- lungen und Zwi- schen- finanzie- rungen
1948						
2. Halbj.	16,3	37,7	3,6	18,7	12,7	19,0
1949						
1. Vj.	15,8	21,8	3,3	6,3	12,5	15,5
2. „	24,9	16,5	8,7	7,4	16,2	9,1
3. „	40,2	36,5	16,5	16,3	23,7	20,2
4. „	66,7	53,5	31,0	27,8	35,7	25,7
1950						
1. Vj.	82,9	68,6	37,6	22,2	45,3	46,4
2. „	112,1	117,6	56,3	44,6	55,8	73,0
3. „	121,9	158,4	57,9	73,7	64,0	84,7
4. „	129,5	130,3	59,5	69,1	70,0	61,2
1951						
1. Vj.	94,3	101,0	35,1	39,9	59,2	61,1
2. „	80,7	103,4	34,5	59,5	46,2	43,9

Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher Sparkassen- und Girover-
bände und Girozentralen sowie Verband der privaten Bausparkassen.

sich diese Entwicklung noch fortgesetzt. Die vorübergehende Abschwächung des Sparwillens durch weltpolitische Ereignisse hat somit auch das Bausparen nicht unberührt gelassen, wenngleich infolge der Besonderheiten des Bauspargeschäfts die Beeinträchtigung hier erst später eingetreten und geringer war als beim Sparen auf Sparkonten.

Wertpapierunterbringung abgesetzt. Hiernach verbleibt ein Wertpapierabsatz bei denjenigen Stellen, die in der Finanzierungsaufstellung nicht gesondert erfaßt sind, also beim Publikum im engeren Sinne sowie bei Stiftungen, öffentlichen Fonds und anderen Kapitalsammelstellen, für das 1. Halbjahr 1951 von 288 Mill. DM gegenüber

Die Unterbringung von Wertpapieren seit Anfang Juli 1948¹⁾
in Mill. DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere						Aktien	Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien zusammen
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen	Schuldverschreibungen von Kreditinstituten	Öffentliche Anleihen	Insgesamt		
1948 3. Vierteljahr	0,3	—	—	—	—	0,3	—	0,3
4. „	6,0	2,3	10,0	—	—	18,3	1,0	19,3
1949 1. Vierteljahr	47,9	2,9	32,0	—	—	82,8	18,0	100,8
2. „	55,4	6,7	23,0	—	64,0	149,1	27,2	176,3
3. „	50,6	9,6	29,1	1,5	26,4	117,2	8,5	125,7
4. „	47,4	13,6	11,6	26,4	—	99,0	4,2	103,2
1950 1. Vierteljahr	58,8	9,3	8,1	6,7	—	82,9	7,1	90,0
2. „	45,6	18,4	6,6	2,3	—	72,9	12,7	85,6
3. „	59,8	25,4	23,2	16,0	—	124,4	9,7	134,1
4. „	58,8	33,9	15,3	3,2	—	111,2	25,2	136,4
1951 1. Vierteljahr	60,9	49,2	7,3	0,6	—	118,0	23,8	141,8
2. „	104,9	26,6	13,6	0,3	—	145,4	73,6	219,0
Anfang Juli 1948 bis Ende Juni 1951	596,4	197,9	179,8	57,0	90,4	1 121,5	211,0	1 332,5

¹⁾ Nach Ausschaltung gewisser Großzeichnungen, bei denen die Übernahme der Anleihe erkennbar lediglich der Sicherung schon vorher gewährter Darlehen diente (DM 410 Mill. der Reichsbahnanleihe und DM 60 Mill. der 5½% KfW-Anleihe). — Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen beruhen auf nachträglichen Korrekturmeldungen.

Der Wertpapierabsatz hatte im 1. Halbjahr 1951 einen gewissen Aufschwung zu verzeichnen. Nach den Ergebnissen der Emissionsstatistik war die Unterbringung mit insgesamt über 360 Mill. DM höher als in allen früheren Halbjahren seit der Währungsreform. Allerdings wurde ein bedeutender, nicht genau zu bestimmender Teil der Titel bei öffentlichen Haushalten und anderen öffentlichen Stellen „zweckgebunden“ untergebracht. Insoweit ist also, wie schon im Abschnitt „Geld und Kredit“ ausgeführt, die Wertpapieraufnahme lediglich an die Stelle einer direkten Kreditgewährung aus öffentlichen Fonds getreten. Ein weiterer Teil der Wertpapiere wurde bei Versicherungen abgesetzt, und nur ein verhältnismäßig bescheidener Bruchteil wurde beim „Publikum“ untergebracht. Soweit Anhaltspunkte für die Unterbringung bei öffentlichen Haushalten bzw. bei Versicherungen vorlagen, wurden diese Beträge in der umfassenden Übersicht über die Investitionsfinanzierung (S. 41) zur Vermeidung von Doppelzählungen von der

220 Mill. DM im 2. Halbjahr 1950. Der Anteil des Wertpapierabsatzes an der Gesamtfinanzierung der Nettoinvestitionen hat sich damit von 2,9 vH im 2. Halbjahr 1950 auf 3,7 vH im 1. Halbjahr 1951 erhöht.

Die Zunahme der Kapitalanlagen der Lebens- und Sachversicherungen hat sich im großen und ganzen seit Ende 1948 auf einer Durchschnittshöhe von etwas über 100 Mill. DM je Vierteljahr gehalten, wobei regelmäßig die Zunahme im ersten Halbjahr geringer war als im zweiten. Endgültige Ergebnisse liegen für das 1. Halbjahr 1951 noch nicht vor; der in der Übersicht auf S. 41 angegebene Betrag von 210 Mill. DM beruht lediglich auf Schätzungen. Die untenstehende Tabelle zeigt die Verteilung der Vermögensanlagen nach Anlagearten, wobei allerdings aus statistischen Gründen nur eine Aufgliederung der Bruttozugänge gegeben werden konnte. Hieraus ergibt sich, daß im Jahre 1950 rd. 36 vH der Zugänge an Vermögensanlagen als Hypotheken und 26 vH als Darlehen

Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen im Bundesgebiet¹⁾

Zugang²⁾ und Abgang³⁾ vom 21. 6. 1948 bis 31. 12. 1950
in Mill. DM

Berichtszeit	Anzahl der Unternehmen	Gesamter Zugang	davon Zugang an						Gesamter Abgang	Netto-Zugang
			Grundbesitz	Hypotheken	Schuldscheinforderungen ⁴⁾	Wertpapiere	Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine ⁵⁾	Sonstige Vermögensanlagen ⁶⁾		
1948 2. Halbjahr ⁷⁾	394	93,1	10,9	21,4	31,8	14,9	0,9	13,2	8,2	84,9
1949 1. Vierteljahr	393	101,7	9,8	20,3	35,1	18,0	1,7	16,8	8,9	92,8
2. "	393	121,0	9,9	36,6	35,7	18,2	2,5	18,1	24,8	96,2
3. "	394	146,6	11,6	58,1	43,3	24,5	3,4	5,7	21,1	125,5
4. "	386	138,5	16,8	49,5	39,8	20,5	4,2	7,7	22,8	115,7
Summe 1949		507,8	48,1	164,5	153,9	81,2	11,8	48,3	77,6	430,2
1950 1. Vierteljahr	367	110,2	10,1	41,6	32,4	15,0	4,3	6,8	10,3	99,9
2. "	368	97,7	9,6	42,0	19,8	12,7	6,0	7,6	27,2	70,5
3. "	361	133,7	21,2	44,4	30,0	26,0	7,0	5,1	26,9	106,8
4. "	355	169,9	30,0	55,6	52,0	23,0	8,0	1,3	33,7	136,2
Summe 1950		511,5	70,9	183,6	134,2	76,7	25,3	20,8	98,1	413,4

Quelle: Zonenamt des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen i. Abw.
¹⁾ Die Angaben betreffen vorläufige Ergebnisse der Lebens-, Kranken- und der Schadens- und Unfallversicherungsunternehmen und beziehen sich mit Ausnahme der auf die Lebensversicherungsunternehmen entfallenden Angaben auf die Vierteljahresberichte der Versicherungsunternehmen. Bei den Lebensversicherungsunternehmen wurden für die Berichtszeit vom 1. 7. 1950 bis 31. 12. 1950 die Ergebnisse der Vermögensanlagenstatistik zugrundegelegt. Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Ergebnissen beruhen auf nachträglich vorgenommenen Berichtigungen oder Nachmeldungen. — ²⁾ Die Angaben über den Zugang betreffen den Anschaffungswert, die Angaben über den Abgang den Verkaufserlös der Vermögensanlagen einschl. teilweise geschätzter Angaben über Kapitalrückflüsse (z. B. Tilgungsraten bei Hypotheken). — ³⁾ Vom 21. 6. bis 31. 12. 1948. — ⁴⁾ Schuldscheinforderungen gegen öffentlich-rechtliche Körperschaften, Industrieunternehmen und Kreditanstalten. — ⁵⁾ Einschl. Plicedarlehen. — ⁶⁾ Als „Sonstige Vermögensanlagen“ wurden in den Vierteljahresberichten im Gegensatz zu der Vermögensanlagenstatistik auch Industriekredite angegeben, soweit diese nicht nach ihrer rechtlichen Form unter „Hypotheken“ oder „Schuldscheinforderungen“ zu führen waren. In „Sonstige Vermögensanlagen“ sind auch Darlehen an Banken, sonstige Darlehen und teilweise auch Aufwendungen für den Wiederaufbau und Ausbau von eigenem Grundbesitz mitenthalten.

gegen Schuldschein zur Verfügung gestellt wurden, während 15 vH in Wertpapieren und 14 vH in Grundbesitz angelegt worden sind.

Die Kapitalanlagen der Sozialversicherungen haben seit ihrem Tiefstand im 1. und 2. Vierteljahr 1950, in dem sie nur 40 bzw. 38 Mill. DM betragen, ständig zugenommen. Für das 1. Vierteljahr 1951 sind sie auf rd. 100 Mill. DM und für das 2. Vierteljahr auf etwa 140 Mill. DM zu schätzen, so daß mit diesen Mitteln etwa 3 vH der Nettoinvestitionen finanziert worden sein dürften. Während bisher im allgemeinen der Hauptteil der Kapitalanlagen der Sozialversicherungen auf die Arbeitslosenversicherung entfiel, waren im 1. Halbjahr 1951 die Arbeitslosenversicherung und die Rentenversicherungen etwa je zur Hälfte an der Zunahme der Kapitalanlagen beteiligt.

Der Anteil der *counterparts* an der Finanzierung der Investitionen ist im 1. Halbjahr 1951 bedeutend zurückgegangen. Nachdem im 1. Halbjahr 1950 im Bundesgebiet 862 Mill. DM und im 2. Halbjahr sogar 913 Mill. DM an Gegenwertmitteln als Kredite bzw. in einigen Ausnahmefällen als Zuschüsse zum Einsatz gelangt waren, sind im 1. Halbjahr 1951 nur noch

364 Mill. DM zur Verfügung gestellt worden, womit 4,6 vH der Nettoinvestitionen (gegenüber 12,0 vH im 2. Halbjahr 1950 und 17,1 vH im 1. Halbjahr 1950) finanziert werden konnten. Absolut betrachtet war diese Verminderung stärker als die des Gesamtbetrages der Auszahlungen aus den Gegenwertkonten, da im 1. Halbjahr 1951 ein größerer Teil der freigegebenen Gegenwertmittel für andere Zwecke als für Investitionen — nämlich hauptsächlich zur Unterstützung Berlins — verwandt wurde. Näheren Aufschluß hierüber geben die im Abschnitt „Geld und Kredit“ unserer Monatsberichte laufend veröffentlichten Übersichten über die Bildung und Verwendung von Gegenwertmitteln.

Insgesamt sind im 1. Halbjahr 1951 aus längerfristigen Fremdmitteln sowie aus öffentlichen Haushaltsmitteln rd. 52 vH der 7,8 Mrd. DM betragenden Nettoinvestitionen, also knapp 4,1 Mrd. DM, finanziert worden. Im 2. Halbjahr 1950 war dieser Prozentsatz etwas höher. Die Erhöhung des Anfalls an längerfristigen Fremdfinanzierungsmitteln hat also mit dem Anstieg der Nettoinvestitionen nicht ganz Schritt gehalten.

Die Vorfinanzierungskredite des Zentralbanksystems auf Grund der im vorigen Jahr erteilten

— von vornherein begrenzten — Zusagen haben für die Investitionsfinanzierung im 1. Halbjahr 1951 nur noch eine geringfügige Rolle gespielt. Sie beliefen sich insgesamt auf 83 Mill. DM und machten damit nur etwas über 1 vH aller Finanzierungsmittel aus. Im 2. Halbjahr 1950 waren demgegenüber noch 366 Mill. DM oder 4,8 vH aller Investitionsbeträge aus dieser Quelle geflossen.

Der über die Summe der bisher genannten Finanzierungsmittel hinausgehende Rest der Nettoinvestitionen wurde in der Hauptsache aus eigenen Mitteln (Selbstfinanzierung) und zum kleineren Teil aus kurzfristigen Bankkrediten sowie aus Krediten, die außerhalb des Bankensystems und der Versicherungen aufgenommen wurden, finanziert. Von diesem Restbetrag läßt sich nur ein Bruchteil, nämlich die kurzfristige Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte für Investitionszwecke, unmittelbar statistisch erfassen. Im übrigen kann beim derzeitigen Stand der statistischen Erhebungen der genannte Restposten lediglich als Differenz zwischen den nach den Produktionsergebnissen der Investitionsgüterindustrien bzw. des -handwerks (unter Berücksichtigung des Außenhandels mit Investitionsgütern) und durch Abzug der verbrauchsbedingten Abschreibungen errechneten Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen minus verbrauchsbedingte Abschreibungen = Nettoinvestitionen) einerseits und den statistisch erfaßten Fremdfinanzierungsmitteln andererseits errechnet werden. Wenn somit auch eine nähere Aufteilung des Restbetrages der Finanzierungsmittel nicht möglich ist, so wird man doch annehmen können, daß von diesem Betrage ungefähr zwei Drittel auf die Selbstfinanzierung entfallen dürften. In jedem Falle kann kein Zweifel

darin bestehen, daß der bedeutende Anstieg des Restpostens im 2. Halbjahr 1950 und im 1. Halbjahr 1951 in der Hauptsache auf einem Anwachsen der für Investitionen verfügbaren eigenen Mittel beruht, wobei anzunehmen ist, daß ein Teil derjenigen Mittel, die erst im 1. Halbjahr 1951 zum Einsatz kamen, noch aus der Hausseperiode des 2. Halbjahres 1950 mit ihren verhältnismäßig hohen Gewinnen stammte. Im übrigen ist bei der Beurteilung der Selbstfinanzierung wie auch der Abschreibungen zu beachten, daß die in der Tabelle auf S. 41 genannten verbrauchsbedingten Abschreibungen gesamtwirtschaftlich errechnete, nach der Höhe der Anlagen und dem normalen Verschleiß ermittelte Größen sind, die nicht mit der Höhe der tatsächlich für Ersatzinvestitionen verwendeten (reinvestierten) Abschreibungen identisch zu sein brauchen. Es ist vielmehr denkbar, daß in einigen Wirtschaftszweigen mit günstiger Ertragslage erhöhte Abschreibungen vorgenommen und teilweise für die Erstellung neuer Anlagen, also für die Finanzierung eines Teils der Nettoinvestitionen, verwendet wurden, während in anderen Bereichen, z. B. in der Wohnungswirtschaft, die verbrauchsbedingten Abschreibungen nicht in voller Höhe verdient oder zu Ersatzbeschaffungen verwendet worden sind. Soweit die reinvestierten Abschreibungen den gesamtwirtschaftlich errechneten (verbrauchsbedingten) Abschreibungsbedarf übersteigen, sind sie in dem unter Ziffer 5 der Übersicht auf S. 41 aufgeführten Restposten enthalten; soweit sie hinter den verbrauchsbedingten Abschreibungen zurückbleiben, waren die neben den reinvestierten Abschreibungen noch für Investitionen verwendeten eigenen Mittel (Selbstfinanzierung) höher, als sie unter Ziffer 5 mit ausgewiesen werden.

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte des Bundesgebiets

Im folgenden wird versucht, einen Überblick über die Inlandsverschuldung der öffentlichen Haushalte Westdeutschlands nach dem Stande von Ende Juni 1951 zu geben. Die Ergebnisse können sich nur zum Teil auf Angaben der Schuldner stützen, da Schuldenausweise für die neuere Zeit nur von Seiten des Bundes veröffentlicht worden sind. Wesentliche Anhaltspunkte lieferten jedoch die Bankenstatistik und die Emissionsstatistik der Bank deutscher Länder. Daneben standen Angaben einzelner Gläubiger (Soforthilfe, Arbeitslosenversicherung) zur Verfügung. Nicht erfaßt ist dagegen ein Teil der Verschuldung der Haushalte untereinander, so vor allem nicht die Verschuldung der Länder an den Bund und die einzelner Länder an andere Länder. Auch etwaige von den wichtigsten Kapitalsammelstellen wie den Lebens- und Sachversicherungen an die Haushalte gewährte Direktkredite mußten mangels entsprechender Unterlagen ebenso außer Betracht bleiben wie gewisse Verpflichtungen der Haushalte an die private Wirtschaft, die aus der Nichtbezahlung von Lieferungen und Leistungen resultieren. Es ist jedoch anzunehmen, daß es sich bei diesen Lücken nur um einen verhältnismäßig kleinen Teil der Gesamtverschuldung handelt.

1. Stand der öffentlichen Verschuldung am 30. Juni 1951

Ende Juni 1951, also drei Jahre nach der Währungsreform, hatte die Inlandsverschuldung der öffentlichen Haushalte des Bundesgebiets (Gebietskörperschaften, Bundesbahn und sonstige öffentliche Unternehmungen) einen Stand von reichlich 23 Mrd. DM erreicht. Der größere Teil davon, nämlich ein Betrag von rd. 18,4 Mrd. DM, entfiel auf die mit der Währungsneueordnung im Bundesgebiet und in Berlin entstandenen bzw. umgewandelten langfristigen Schuldtitel, also vor allem auf die Ausgleichsforderungen des Banksystems und der Versicherungen, die im wesentlichen als ein Residuum der im Kriege stark angeschwollenen Reichsschuld zu betrachten sind¹⁾. Der endgültige Gesamtbestand der Ausgleichsforderungen ist allerdings wegen der bisher nicht abgeschlossenen Umstellungsrechnungen der Geldinstitute noch nicht genau bekannt. Nach einer Ende April 1951 erstatteten vorläufigen Meldung belief er sich auf insgesamt 17,37 Mrd. DM, wovon rd. 11,8 Mrd. DM auf die Länder und 5,57 Mrd. DM auf den Bund entfielen. Darüber hinaus mußte der Bund 639 Mill. DM an unverzinslichen Schuldverschreibungen übernehmen, die im Zusammenhang mit der Währungsneueordnung in West-Berlin (März

1949) entstanden waren. Endlich gehören in diese Kategorie von Schulden die im Zuge der Währungsreform ebenso wie die privaten Verpflichtungen im Verhältnis 10:1 auf Deutsche Mark umgestellten RM-Schulden der Länder und Kommunen. Ihr Nominalbetrag beläuft sich nach den Ergebnissen der amtlichen Schuldenstatistik auf rd. 420 Mill. DM.

Nach Schuldnern verteilt sich der durch die Währungsreform entstandene bzw. umgewandelte Schuldenbetrag der Gebietskörperschaften wie folgt:

Stand der durch die Währungsreform entstandenen bzw. umgewandelten Schulden der Gebietskörperschaften¹⁾
in Mill. DM

Schuldner	Ausgleichsforderungen	Unverzinsliche Schuldverschreibungen	Umgestellte RM-Schulden	Schuldtitel insgesamt
Bund	5 566	639	—	6 205
Länder	11 808	—	108	11 916
Gemeinden	—	—	312	312
Insgesamt	17 374	639	420	18 433

¹⁾ Über die Höhe der in DM umgestellten Schulden von Unternehmungen der Länder und Gemeinden liegen keine Angaben vor. Die RM-Schulden der Bundesbahn sind bisher nicht umgestellt.

Die seit der Währungsreform entstandene Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften sowie Bundesbahn und sonstige öffentliche Unternehmungen) belief sich Ende Juni 1951 auf 4,8 Mrd. DM. Sie war, wie die nachstehende Aufstellung zeigt, sehr ungleichmäßig auf die

¹⁾ Vgl. hierzu die Aufsätze „Ausgleichsforderungen“ und „Die Ausgleichsforderungen der Geschäftsbanken“, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1949 und Juni 1951.

einzelnen Haushalte verteilt, insbesondere wenn man sie zu der (an den ordentlichen Einnahmen gemessenen) Finanzkraft der Haushalte in Beziehung setzt.

Ordentliche Einnahmen und Stand der öffentlichen Neuverschuldung seit der Währungsreform

Haushalte	Ordentliche Einnahmen im Rechnungsjahr 1950/51 (brutto)	Stand der Neuverschuldung am 30. Juni 1951	
	Mill. DM	Mill. DM	in vH der ordentlichen Einnahmen
Bund	11 757	1 343	11,4
Länder	9 922	710	7,2
Gemeinden	7 000 ³⁾	740	10,6
Bundesbahn ¹⁾	3 950 ³⁾	1 757	44,5
Sonstige öffentl.-rechtl. Körperschaften		250	

¹⁾ Einschließlich der Südwestdeutschen Eisenbahnen. — ²⁾ Hauptsächlich öffentliche Unternehmungen. — ³⁾ Teilweise geschätzt.

Von der gesamten, sowohl aus der Währungsneuordnung als auch aus der anschließenden Inanspruchnahme neuer Kreditmittel resultierenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Höhe von insgesamt rd. 23,2 Mrd. DM entfielen mehr als die Hälfte auf die Länderhaushalte und ein weiteres Drittel auf den Bundeshaushalt. Über die Verteilung im einzelnen unterrichtet die nachstehende Übersicht. Bei der Beurteilung der aus dieser Verschuldung sich ergebenden Belastung

*Stand der öffentlichen Verschuldung nach Schuldnern
Ende Juni 1951
in Mill. DM*

Haushalte	Durch die Währungsreform entstandene oder umgewandelte Verschuldung	Seit der Währungsreform entstandene Neuverschuldung	Verschuldung insgesamt
Bund	6 205	1 343	7 548
Länder	11 916	710	12 626
Gemeinden	312	740	1 052
Bundesbahn	—	1 757	1 757
Sonstige öffentl.-rechtl. Körperschaften	—	250	250
Insgesamt	18 433	4 800	23 233

ist zu berücksichtigen, daß die durch die Währungsreform in Gestalt von Ausgleichsforderungen und unverzinslichen Schuldverschreibungen entstandene Schuld bis auf einen verschwindend kleinen Teil nicht tilgbar und nur relativ niedrig verzinslich ist. Die aus ihr sich ergebende Zinslast beträgt jährlich rd. 550 Mill. DM. Demgegenüber ist die Neuverschuldung grundsätzlich zu

tilgen bzw. zum größten Teil kurzfristig fällig und im allgemeinen auch wesentlich höher verzinslich. Nach dem Stande vom 30. Juni 1951 ist die mit ihr verbundene Zinslast auf jährlich etwa 300 Mill. DM zu veranschlagen.

Im folgenden wird lediglich die Neuverschuldung seit der Währungsreform behandelt, da es sich bei der aus der Währungsreform stammenden Schuld um einen starren Block handelt, der sich demgemäß auch in der Zeit nach der Währungsreform praktisch nicht verändert hat.

2. Die Entwicklung der Neuverschuldung nach Schuldnern

Trotz der den großen öffentlichen Haushalten (Bund, Länder, Gemeinden, Bundesbahn, Bundespost) im Zusammenhang mit der Währungsreform zugewiesenen Erstausrüstung in Höhe von insgesamt rd. 2,67 Mrd. DM bestand Ende 1948, also ein halbes Jahr nach der Währungsreform, schon eine Neuverschuldung von reichlich 0,8 Mrd. DM, die sich im Verlauf des Jahres 1949 um rd. 1,5 Mrd. DM erhöhte. Mit rd. 2,34 Mrd. DM erreichte sie Ende 1949, also in der Mitte des hier behandelten Zeitraums, schon nahezu 50 vH ihres Standes per Ultimo Juni 1951. Im Jahre 1950 verstärkte sich ihr Anstieg zunächst wesentlich. Im Winter 1950/51 trat dann jedoch eine Verlangsamung ein, die erst mit Beginn des neuen Rechnungsjahres (1. April 1951) einer neuen verstärkten Zunahme wich.

*Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte
seit der Währungsreform
in Mill. DM*

Haushalte	31. 12. 48	31. 12. 49	31. 12. 50	30. 6. 51
Gebietskörperschaften				
gesamt	340	931	2 585	2 793
davon:				
Bund	116	213	1 377	1 343
Länder	139	593	643	710
Gemeinden ¹⁾	85	125	565	740
Bundesbahn ²⁾	391	1 265	1 729	1 757
Sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften	95 ³⁾	140 ³⁾	208	250
Verschuldung gesamt	826	2 336	4 522	4 800

¹⁾ Nur Verschuldung gegenüber den Geschäftsbanken, wobei der — geschätzte — Betrag an in Deutsche Mark umgestellten RM-Verpflichtungen in Abzug gebracht wurde. — ²⁾ Einschließlich der Verschuldung der Südwestdeutschen Eisenbahnen. — ³⁾ Geschätzt.

In den einzelnen Haushalten war die Entwicklung dabei allerdings sehr verschieden. Während die Gebietskörperschaften — Bund, Länder und

Gemeinden — bis Ende Dezember 1949 nicht einmal mit 1 Mrd. DM (= rd. einem Drittel ihres derzeitigen Standes) verschuldet waren, wies die Bundesbahn, obwohl ihre jährlichen Ausgaben 1949 nur rd. ein Fünftel der Ausgaben-summe der Gebietskörperschaften ausmachten, zu diesem Zeitpunkt bereits eine Neuverschuldung in Höhe von nahezu 1,3 Mrd. DM (= rd. 70 vH ihres derzeitigen Standes) auf. In den darauffolgenden 1½ Jahren dagegen entfiel der größte Teil des Anstiegs der gesamten öffentlichen Verschuldung auf die Gebietskörperschaften, vor allem den Bund, während sich die Verschuldungszunahme bei der Bundesbahn erheblich verlangsamte. Der Grund lag darin, daß die Länder und Gemeinden, die bis zum Frühjahr 1950 den bei weitem größten Anteil an den öffentlichen Einnahmen und Ausgaben hatten, die nach der Währungsreform zunächst auftretenden Defizite weitgehend mit Hilfe ihrer reichlich bemessenen Erstausrüstung finanzieren und im späteren Verlauf ihre Haushalte nahezu ausgleichen konnten. Der Bund dagegen wies in seinem ersten großen Haushalt (1950/51) ein nicht unerhebliches Defizit aus, zu dessen Deckung er fast ausschließlich auf fremde Mittel zurückgreifen mußte. Umgekehrt verlief die Entwicklung bei der Bundesbahn, die nach dem baldigen Verbrauch ihrer Erstausrüstung bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 zur Aufnahme von Krediten gezwungen war und im Wirtschaftsjahr 1949 auf Grund der ständigen Defizite ihrer Betriebsrechnung und des hohen Nachhol- und Wiederaufbaubedarfs einen Verschuldungsanstieg in Höhe von nahezu 900 Mill. DM zu verzeichnen hatte. Erst im Jahre 1950 setzte eine gewisse Konsolidierung der Bundesbahnfinanzen ein, auf Grund deren seit Anfang 1951 wenigstens die Betriebsrechnung ausgeglichen ist.

3. Die Fristigkeit der Neuverschuldung

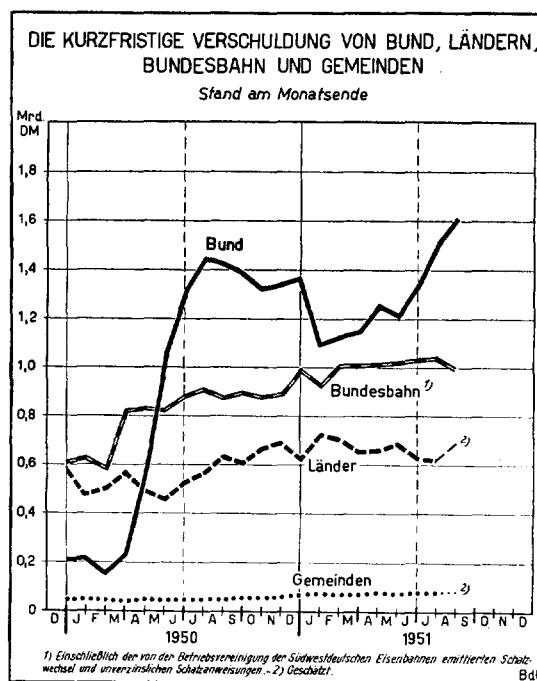
Der Fälligkeit nach war die Neuverschuldung der Haushalte am 30. Juni 1951 zu nahezu 3,15 Mrd. DM oder rd. zwei Dritteln kurzfristig, d. h. mit einer Laufzeit von bis zu sechs Monaten, eingegangen worden. 96 vH dieser kurzfristigen Verschuldung bestanden aus Schulden des Bundes, der Bundesbahn und der finanzschwachen Länder. Die mittel- und langfristige Verschuldung, die

Mitte des Jahres einen Stand von reichlich 1,65 Mrd. DM erreicht hatte, beschränkte sich dagegen vornehmlich auf nur zwei Schuldner, nämlich die Gemeinden und die Bundesbahn.

Die öffentliche Verschuldung nach Schuldnern und Fristigkeit
Stand am 30. Juni 1951

Schuldner	Gesamtverschuldung Mill. DM	davon			
		kurzfristig		mittel- u. langfristig	
		Mill. DM	vH der Gesamtverschuldung	Mill. DM	vH der Gesamtverschuldung
Gebietskörperschaften gesamt	2 793	2 060,6	73,8	732,9	26,2
davon:					
Bund	1 343	1 341,2	99,9	1,6	0,1
Länder	710	632,6	89,0	78,1	11,0
Gemeinden	740	86,8	11,7	653,2	88,3
Bundesbahn	1 757	1 033,3	58,8	723,6	41,2
Sonstige öffentl.- rechtl. Körperschaften	250	49,8	20,0	199,8	80,0
Öffentliche Verschuldung gesamt	4 800	3 143,7	65,5	1 656,3	34,5

Wie das Schaubild zeigt, ist die kurzfristige Verschuldung zeitweise sehr sprunghaft gestiegen. Mehr als ein Drittel ihres Gesamtbetrages ist in einem einzigen Vierteljahr, nämlich in der Zeit von April bis Juni 1950, entstanden, als sich der Kreditbedarf des Bundes im Zusammenhang mit der Aufstellung des ersten großen Bundeshaushalts und den Einzahlungsverpflichtungen auf die Gegenwertkonten (Juni 1950) stark erhöhte.



Umlauf an kurzfristigen öffentlichen Schuldverschreibungen
in Mill. DM

Stand am Monatsende	Schatzwechsel				Unverzinsliche Schatzanweisungen				Steuergut- scheine (Land Bayern)	Umlauf insgesamt
	Insge- samt	davon			Insge- samt	davon				
		Bund	Länder	Bundes- bahn ¹⁾		Bund	Länder	Bundes- bahn ¹⁾		
1949 Dezember	667,3	213,3	148,8	305,2	165,0	—	20,7	144,3	—	832,3
1950 März	809,1	236,0	152,7	420,4	132,2	—	20,7	111,5	—	941,3
Juni	922,4	336,4	157,9	428,1	141,3	—	—	141,3	—	1 063,7
September	1 226,6	600,2	217,6	408,8	197,2	—	—	197,2	—	1 423,8
Dezember	1 320,2	498,7	250,0	571,5	142,0	—	—	142,0	—	1 462,2
1951 März	1 302,8	457,9	213,1	631,8	348,7	196,1	—	83,4	69,2	1 651,5
Juni	1 196,6	416,0	163,5	617,1	407,6	198,5	—	116,8	92,3	1 604,2

¹⁾ Einschließlich Schatzwechsel und Schatzanweisungen der Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen.

Unter den kurzfristigen Schulden überwiegt die verbrieftete Schuld in Form von Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und Steuergutscheinen, deren Gesamtumlauf von rd. 126 Mill. DM Ende Dezember 1948 auf 1 604 Mill. DM Ende Juni 1951 und damit auf 51 vH der gesamten kurzfristigen Verschuldung anstieg. Ein großer Teil des Restes der kurzfristigen Schulden entfiel auf die Kassenvorschüsse des Zentralbanksystems an Bund, Länder und Bundesbahn, die sich Ende Juni 1951 auf 734 Mill. DM stellten. Hinzu kamen — außer den Warenwechseln der Bundesbahn (rd. 177 Mill. DM) — schließlich noch rd. 630 Mill. DM an Direktkrediten von Geschäftsbanken und verschiedenen öffentlichen Stellen, wie z. B. der Soforthilfe (vgl. hierzu S. 50). Hauptkreditnehmer der Direktkredite der Geschäftsbanken waren einzelne Länder.

Bei der mittel- und langfristigen Verschuldung war Ende Juni 1951 der Anteil der verbrieften Schuld mit insgesamt rd. 680 Mill. DM (= rd. 40 vH) geringer als bei der kurzfristigen Verschuldung, was weitgehend damit zusammenhängt, daß eine echte Unterbringung von Anleihen bisher nur in geringem Umfang möglich ist. Vom Gesamtbetrag an langfristigen Schuldverschreibungen (680 Mill. DM) kamen 504 Mill. DM auf die Bahnanleihe des Jahres 1949. Außerdem waren rd. 116 Mill. DM an verzinslichen Schatzanweisungen der Bundesbahn in Umlauf. Der Rest bestand aus einer Anleihe des Landes Nordrhein-Westfalen (rd. 57 Mill. DM) und fünfjährigen Prämien-Schatzanweisungen des Bundes (sog. Baby Bonds), die — Mitte Juni 1951 begeben — bis zum Monatsende allerdings noch keine nennenswerten Verkaufsergebnisse aufzuweisen hatten. Der nicht

verbrieftete — bei weitem größere — Teil der mittel- und langfristigen Verschuldung bestand vor allem aus Ausleihungen der Geschäftsbanken an Gemeinden (rd. 650 Mill. DM), Länder (rd. 20 Mill. DM) und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften, vor allem an öffentliche Wirtschaftsunternehmen (rd. 200 Mill. DM). Eine gewisse Rolle spielten außerdem von der Bundesbahn hauptsächlich bei öffentlichen Stellen in Anspruch genommene mittel- und langfristige Kredite.

4. Die Unterbringung der Neuverschuldung

Bei der Unterbringung der seit der Währungsreform entstandenen öffentlichen Verschuldung hat, wie die nachstehende Tabelle zeigt, das Bankensystem als Kreditgeber der öffentlichen Hand bisher die weitaus größte Rolle gespielt. Ein Betrag von 3,34 Mrd. DM oder rd. 74 vH der auf rd. 4,53 Mrd. DM angewachsenen Gesamtverschuldung (ausschließlich der Warenwechsel der Bundesbahn und der Steuergutscheine des Landes Bayern) wurde entweder in Form von Kassenkrediten oder durch eine Hereinnahme verbrieft öffentlicher Schuldtitel vom Bankensystem gewährt. Bezogen auf die bis Ende Juni 1951 vom Bankensystem an Wirtschaft und Private gewährten Kredite in Höhe von rd. 20,9 Mrd. DM stellten sich die der öffentlichen Hand eingeräumten Bankkredite also auf rd. 16 vH. Von ihrem Gesamtbetrag (3,34 Mrd. DM) entfielen 1,47 Mrd. DM (= rd. 44 vH der bankmäßigen und rd. 31 vH der gesamten Verschuldung) auf Kredite des Zentralbanksystems. Besonders bei der Gewährung der kurzfristigen Kredite ist das Zentralbankensystem im Laufe der Zeit mehr und

Die Kreditgeber für die seit der Währungsreform aufgenommenen Schulden der öffentlichen Haushalte

Stand: Ende Juni 1951

Verschuldungsart	Bankensystem				Nichtbanken		Insgesamt Mill. DM
	Mill. DM	vH	davon		Mill. DM	vH	
			Zentralbank- system	Geschäfts- banken ¹⁾			
		Mill. DM					
Aufteilbare Schulden							
kurzfristig ²⁾	1 982,0	69,0	1 132,1	849,9	892,0	31,0	2 874,0
langfristig ³⁾	1 354,2	81,8	335,0	1 019,2	302,1	18,2	1 656,3
zusammen	3 336,2	73,6	1 467,1	1 869,1	1 194,1	26,4	4 530,3
Nicht aufteilbare Schulden ⁴⁾	269,7
Gesamtverschuldung	4 800,0

¹⁾ Einschließlich Postsparkassen und Postscheckämter. — ²⁾ Ausschließlich der Warenwechsel der Bundesbahn und der Steuergutscheine des Landes Bayern, über deren Unterbringung keine vollständigen statistischen Unterlagen zur Verfügung stehen. — ³⁾ Ohne im Bankensystem untergebrachte Altverschuldung; Betrag geschätzt. — ⁴⁾ Warenwechsel der Bundesbahn und Steuergutscheine des Landes Bayern.

mehr in den Vordergrund gerückt. Ende Dezember 1949 waren die von den Geschäftsbanken (einschließlich der Postscheckämter und der Postsparkassen) an die öffentliche Hand gewährten kurzfristigen Kredite mit rd. 608 Mill. DM noch um rd. 287 Mill. DM höher als die der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken. Ende Juni 1951 betragen die Geschäftsbankkredite dagegen mit rd. 850 Mill. DM nur noch etwa 75 vH der inzwischen auf 1 132 Mill. DM angewachsenen Zentralbankkredite.

Die von Nichtbankenseite an die öffentlichen Haushalte gewährten kurzfristigen Kredite hatten am 30. Juni 1951 einen Betrag von 892 Mill. DM erreicht. Hierin sind allerdings nicht die (aus dem Gesamtumlauf nicht ausgliedernden) Beträge an Warenwechseln der Bundesbahn und an Steuergutscheinen des Landes Bayern enthalten, die außerhalb des Bankensystems untergebracht sind. Von den oben angegebenen 892 Mill. DM waren 824 Mill. DM bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften aufgenommen. Unter diesen befanden sich die Bundespostverwaltung,

die einen Betrag von 100 Mill. DM Bundesschatzanweisungen übernommen hatte, die US-Hochkommission mit einem Portefeuille von 107 Mill. DM an Bundesschatzwechseln, die Soforthilfebehörden in der französischen Zone und einzelne Landesregierungen (in erster Linie Nordrhein-Westfalen), die einen Teil ihrer liquiden Mittel, insbesondere in Monaten mit hohen kassenmäßigen Einnahmen, kurzfristig in öffentlichen Geldmarktpapieren anzulegen pflegen. Insgesamt betrug der von den öffentlichen Stellen aufgenommene Betrag an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen Ende Juni 486 Mill. DM. Zählt man hierzu noch die vom Arbeitsstock an die Länder und von den Soforthilfebehörden an den Bund gewährten Kassenkredite in Höhe von zusammen 338 Mill. DM, so bestand also am 30. Juni 1951 zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten eine Verschuldung in Höhe von rd. 824 Mill. DM oder rd. 26 vH der gesamten kurzfristigen (Brutto-) Verschuldung der öffentlichen Hand. In Wirklichkeit dürften die schwebenden Verbindlichkeiten der Haushalte

Die Unterbringung der kurzfristigen öffentlichen Verschuldung

Zeit	Kurzfristige Ver- schuldung insgesamt ¹⁾	davon untergebracht							
		im Zentralbanksystem		bei Geschäftsbanken ²⁾		bei öffentlichen Stellen		beim „Publikum“	
		Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH
1949 Dezember	1 383,6	321,1	23,2	608,5	44,0	362,0 ³⁾	26,2	92,0	6,6
1950 März	1 589,9	357,7	22,5	730,0	45,9	445,4	28,0	56,8	3,6
Juni	2 695,9	1 135,5	42,1	868,4	32,2	593,7	22,0	98,3	3,7
September	2 868,3	1 058,5	36,2	871,4	30,3	827,5	28,9	130,9	4,6
Dezember	2 972,6	1 110,6	37,3	801,4	27,0	935,5	31,5	125,1	4,2
1951 März	2 713,9	645,7	23,8	872,2	32,1	1 117,2	41,2	78,8	2,9
Juni	2 874,0	1 132,1	39,4	849,9	29,6	824,3	28,7	67,7	2,1

¹⁾ Ausschließlich der Warenwechsel der Bundesbahn und der Steuergutscheine des Landes Bayern. — ²⁾ Einschließlich Postsparkassen und Postscheckämter. — ³⁾ Teilweise geschätzt.

untereinander sogar noch erheblich größer sein, wenn man berücksichtigt, daß z. B. die Länder dem Bund gegenüber noch mit beträchtlichen Zahlungen im Rückstand waren, die, wie eingangs erwähnt, nicht in den Gesamtbetrag der hier ermittelten öffentlichen Verschuldung einbezogen wurden.

Im Vergleich zu dem beim Bankensystem und einigen leistungsfähigen öffentlichen Haushalten selbst untergebrachten Betrag von rd. 2,8 Mrd. DM war die beim „Publikum“ placierte kurzfristige öffentliche Schuld verschwindend gering. Soweit sie statistisch erfassbar ist, belief sie sich Ende Juni 1951 auf nur rd. 68 Mill. DM (oder reichlich 2 vH der gesamten kurzfristigen Verschuldung). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß von dem Betrag der öffentlichen Verschuldung, der aus statistischen Gründen nicht nach Gläubigern aufgliedert werden kann (vgl. Tabelle S. 50 oben: rd. 270 Mill. DM) ein erheblicher Teil ebenfalls in diese Kategorie gehören kann. Außerdem spricht vieles dafür, daß auch an der statistisch überhaupt nicht erfaßten öffentlichen Verschuldung andere Kreditgeber als Banken und öffentliche Haushalte selbst, zumindest in gewissem Umfang, beteiligt sind.

An der Unterbringung der langfristigen öffentlichen Neuverschuldung ist infolge der mangelnden Aufnahmebereitschaft des Kapitalmarkts das Bankensystem als Kreditgeber noch stärker beteiligt als bei der kurzfristigen Verschuldung. Rund 82 vH des Gesamtbetrages waren Ende Juni 1951 vom Bankensystem kreditiert. Der Rest (absoluter Betrag rd. 302 Mill. DM) war bei öffentlichen Stellen (vor allem bei der Bundespost) oder bei privaten Zeichnern aufgenommen. Das Zentralbanksystem war an der Placierung der langfristigen öffentlichen Schuld mit 335 Mill. DM beteiligt. Der Betrag entfällt in voller Höhe auf die im Jahre 1950 vom Bund übernommenen Stücke der Bundesbahnanleihe, deren Erlös dem Ausgleich der Gegenwertkonten diente. Vom Bunde selbst war die Anleihe mit dem GARIOA-Vermögen übernommen worden, in dessen Besitz sie zur Abdeckung von Krediten gelangt war, die die Bundesbahn 1949 aus GARIOA-Mitteln für die Bezahlung ausländischer Güterwagen-Lieferungen erhalten hatte. Der Bund hat für diese Stücke der Bank deutscher Länder gegenüber eine Rückkaufsverpflichtung

übernommen. Soweit die Geschäftsbanken der öffentlichen Hand langfristige Kredite eingeräumt haben, handelt es sich vor allem um Kreditinstitute der Gemeinden, also um Sparkassen und Girozentralen. Zum größten Teil sind die in diesem Rahmen gewährten Kredite allerdings nur Kredite auf Grund von durchlaufenden Geldern, insbesondere von ERP-Mitteln und Länderzuweisungen an die Gemeinden. In diesem Umfang hat also keine eigentliche Kreditgewährung der Geschäftsbanken, sondern vielmehr nur eine Verlagerung öffentlicher Mittel stattgefunden. Wäre eine Ausgliederung dieses Betrages möglich, so würde sich das Verhältnis zwischen den vom Bankensystem einerseits und den übrigen Kreditgebern andererseits zur Verfügung gestellten langfristigen Krediten wesentlich verbessern.

5. Gegenwärtige Entwicklungstendenzen

Seit dem Beginn des neuen Rechnungsjahres (1. April 1951) ist die öffentliche Verschuldung, wie bereits eingangs erwähnt, wieder in starkem Anstieg begriffen, nachdem sie im ersten Viertel des laufenden Kalenderjahres vorübergehend leicht abgenommen hatte. Maßgebend hierfür — ebenso wie für den Rückgang im ersten Vierteljahr — war vor allem die Entwicklung der Bundesschuld, die sich nach dem im ersten Kalendervierteljahr erfolgten Rückgang um rd. 220 Mill. DM im Verlauf der Monate April bis August um nahezu 500 Mill. DM erhöhte.

*Entwicklung der öffentlichen Neuverschuldung
in den Monaten Juli und August 1951
und Stand am 31. August 1951
in Mill. DM*

Schuldner	Stand 30. Juni 1951	Zunahme ¹⁾ Juli und August 1951	Stand ¹⁾ 31. August 1951
Bund	1 343	300	1 643
Länder	710	60	770
Gemeinden	740	40	780
Bundesbahn	1 757	— 10	1 747
Sonstige öffentlich- rechtliche Körper- schaften	250	10	260
Zusammen	4 800	400	5 200

¹⁾ Zum Teil geschätzt.

Für Ende August ist daher für die öffentliche Neuverschuldung seit der Währungsreform bereits mit einer Höhe von 5,2 Mrd. DM gegen

4,8 Mrd. DM am 30. Juni 1951 zu rechnen. Wahrscheinlich wird sich dieser Anstieg auch noch fortsetzen, da der diesjährige Bundeshaushalt nach den zur Zeit vorliegenden Voranschlägen einen durch Kreditmittel zu finanzierenden Ausgabenüberschuß in Höhe von nahezu 2,1 Mrd. DM ausweist, da ferner die Gemeinden zur Finanzierung ihrer Investitionsausgaben weiterhin auf Bankkredite, wenn auch zum Teil durchlaufender Art, zurückgreifen und da schließlich auch

die Bundesbahn ihre Ausgaben möglicherweise nicht voll aus den Betriebseinnahmen wird decken können. Allerdings ist anzunehmen, daß der Ende Juni 1951 mit reichlich 30 vH ausgewiesene Anteil des Zentralbanksystems an der Placierung der gesamten öffentlichen Neuverschuldung als Folge der unlängst eingeleiteten, auf eine stärkere Unterbringung öffentlicher Schuldverschreibungen am Geldmarkt gerichteten Maßnahmen in den kommenden Monaten zurückgehen wird.

Statistischer Teil

I. Zentralbankausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	54
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	56
3. Monatsausweise der Landeszentralbanken	57
4. Zahlungsmittelumlauf	57
5. Stückelung des Zahlungsmittelumlaufs	57
II. Mindestreservenstatistik	
1. Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen	58
2. Mindestreservesätze	58
III. Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	
Kreditvolumen und Einlagen	59
IV. Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	
1. Geschäftsbanken	
a) Zwischenausweise, zusammengefaßt nach:	
Bundesgebiet	60
Länder	62
Bankengruppen	70
b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit	78
c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr	78
2. Postscheckämter und Postsparkasse	
a) Einlagen und Vermögenswerte	79
b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern	79
3. Bausparkassen	79
Einlagen, aufgenommene Gelder und Vermögenswerte	
4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet	80
V. Kreditvolumen	
1. Kurzfristige Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems	80
2. Kredite des Zentralbanksystems an Bund, Länder und sonstige Nichtbanken	81
3. Kredite des Zentralbanksystems an Geldinstitute	82
4. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken, zusammengefaßt nach:	
a) Bundesgebiet	83
b) Länder	84
c) Bankengruppen	88
5. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG.	92
6. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen (Geschäftsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG)	92
7. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds	93
VI. Geldvolumen	
1. Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	94
2. Umschlagshäufigkeit der Bankeinlagen von Nichtbanken	95
VII. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	
1. Zinskonditionen	96
2. Festverzinsliche Wertpapiere (Durchschnittskurse und Indizes)	100
3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	100
VIII. Öffentliche Finanzen	
1. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern, Monopolabgaben und Zöllen	101
2. Kurzfristige Verschuldung des Bundes	101
3. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes	102
4. Die Hauptposten der kurzfristigen Verschuldung der Länder	102
5. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet	103
6. Umlauf von Schatzanweisungen und Schatzwechseln	103
IX. Außenhandel	
1. Außenhandel des Bundesgebiets nach Warengruppen	104
2. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	105
X. Produktion, Beschäftigung und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	106
2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	107
3. Eisen- und Stahlerzeugung	107
4. Arbeitsmarkt	107
5. Preisindexziffern	108

I. Zentralbank-

1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher in

Stand	Aktiva								
	Guthaben in ausländischer Währung ^{a)}	Sorten, ausländ. Wechsel und Schecks ^{a)}	Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Postscheckguthaben	Inlandswechsel und Schecks	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	Deutsche Scheidemünzen ⁴⁾	Lombardforderungen	
								insgesamt	darunter gegen Ausgleichsforderungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas									
1950									
31. März	657,6	(16,0)	(519,5)	28,5	(3 310,0)	228,3	.	258,8	241,4
30. Juni	1 161,5	55,7	20,9	28,7	2 874,2	218,3	.	431,3	252,5
31. Juli	1 317,8	53,7	19,6	27,8	2 776,1	179,7	21,7	240,9	231,2
31. August	1 321,4	55,1	26,2	19,8	2 590,7	226,7	27,2	261,2	239,0
30. September	1 461,2	58,0	50,3	27,1	3 235,3	297,7	29,7	312,0	287,3
31. Oktober	1 262,5	57,8	24,9	30,3	3 900,3	420,3	40,1	300,4	273,7
30. November	1 119,7	67,1	35,2	33,9	3 972,7	346,6	55,6	310,7	292,4
31. Dezember	1 046,8	68,8	43,0	51,8	4 209,1	330,3	61,9	374,3	342,3
1951									
31. Januar	936,2	71,8	40,8	23,6	3 747,6	405,6	76,5	342,8	333,2
28. Februar	932,0	75,5	31,5	34,4	4 357,8	509,8	85,3	478,2	466,5
31. März	1 087,7	78,7	18,5	135,7	4 024,8	238,7	85,0	435,2	421,9
30. April	1 278,4	88,7	15,6	39,2	3 561,3	220,7	100,0	413,0	400,4
31. Mai	1 539,1	138,5	13,6	67,9	3 529,9	450,7	92,4	389,6	383,4
30. Juni	1 614,0	185,0	23,1	28,3	3 698,6	398,0	98,1	349,6	334,2
31. Juli	1 925,7	172,7	14,7	32,2	3 565,6	342,3	90,3	285,9	222,4
31. August	2 235,9	196,3	16,7	35,4	3 472,5	274,9	96,3	277,6	251,5
Passiva									
Stand	Banknoten- umlauf bis 30. 6. 50 Zahlungs- mittelumlauf	Einlagen						von Spalte 22 entfallen	
		insgesamt (Spalte 23, 24, 29 und 30)	Kredit- institute (einschl. Postscheck- u. Postsparkassen- ämter)	öffentlich-rechtlichen Körperschaften				insgesamt	sonstige öffentl. Körperschaften
				davon					
				alliierte Dienststellen	Bund und Länder	Gemeinden und Gemeindeverbände			
21	22	23	24	25	26	27	28		
Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas									
1950									
31. März	(7 828,3)	(2 347,0)	866,8	(1 140,8)	(438,3)	(246,9)	14,2	441,4	
30. Juni	(8 160,0)	(4 248,6)	1 014,3	(2 854,8)	1 194,3	(1 294,9)	13,7	351,9	
31. Juli	8 100,8	(4 076,7)	1 036,4	(2 502,0)	964,9	(1 119,7)	9,9	407,5	
31. August	8 026,3	(4 035,9)	1 052,2	(2 583,0)	1 011,7	(1 221,2)	10,8	339,3	
30. September	8 213,1	(4 072,7)	1 055,4	(2 380,0)	1 036,0	(1 000,0)	14,2	329,8	
31. Oktober	8 122,8	(4 613,7)	1 436,1	(2 563,8)	1 039,9	(1 152,1)	10,2	361,6	
30. November	8 099,4	(4 912,3)	1 501,2	(2 741,4)	940,4	(1 361,8)	11,3	427,9	
31. Dezember	8 232,3	(5 178,8)	1 840,9	(2 523,1)	904,0	(1 240,2)	9,4	369,5	
1951									
31. Januar	7 761,0	4 992,9	1 361,9	2 686,8	1 032,6	1 386,2	8,5	259,5	
28. Februar	7 744,8	5 733,0	1 851,8	2 880,9	1 024,9	1 531,0	13,2	311,8	
31. März	7 781,0	4 959,6	1 678,4	2 380,9	1 008,8	1 115,8	14,1	242,2	
30. April	7 959,7	4 770,1	1 588,2	2 391,9	1 056,3	1 149,1	10,8	175,7	
31. Mai	7 867,1	5 557,2	1 812,5	2 429,5	1 052,3	1 167,5	10,2	199,5	
30. Juni	8 188,6	5 475,0	1 839,3	2 292,1	1 092,0	1 031,2	9,5	159,4	
31. Juli	8 383,8	5 724,4	1 845,8	2 593,0	1 106,9	1 250,8	12,9	222,4	
31. August	8 713,0	5 752,9	1 859,9	2 487,8	956,0	1 272,6	7,5	251,7	

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — ²⁾ Bei Inlandswechsel und Schecks in Spalte 2 (bis 31. 5. 1950 in Spalte 5). Ablösung des ERP-Vorlagekontos (bis 31. 5. 1950 in Spalte 3 mittel auf Grund des Vertrages über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA als Einlagen des Bundes (vgl. Spalte 26). waren bis 31. 5. 1950 in Spalte 31 enthalten. — Einbeziehung der Rücklagen und Rückstellungen der Bank deutscher Länder „sonstigen Passiven“ einbezogen.) — Am 7. 1. 1951 wurden einige Unterpositionen der Spalte 31, die im Zusammenhang mit den Ländern“ (vgl. Spalte 26) und „Guthaben sonstiger inländischer Einleger“ (vgl. Spalte 29) überführt. — ³⁾ Unter Kontrolle der findlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 1950 aktiviert. — ³⁾ Nachträglich berichtigt durch Überführung eines Kredits (49,5 Mill. DM) zentralbanken.

Ausweise

Länder und der Landeszentralbanken *) 1) 2)

Mill. DM

Aktiva										
Vorschüsse und kurzfristige Kredite				Wertpapiere			Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Vermögenswerte	Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbanksystems
insgesamt	davon an			insgesamt	darunter angekaufte Ausgleichsforderungen	Beteiligung an der BdL	insgesamt	darunter Ausgleichsforderungen		
	Bund und Bundesverwaltungen	Länder	sonstige öffentliche Stellen							
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
am 7. 6. 1950 und 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen										
129,3	—	101,9	27,4	325,2	323,5	100,0	7 920,1	7 280,9	206,7	—
841,5	632,2	87,4	121,9	745,8	382,2	100,0	8 003,4	7 364,2	279,4	—
945,7	748,2	81,4	116,1	658,3	394,9	100,0	8 137,2	7 498,0	264,9	—
1 122,5	799,8	115,5	207,2	675,9	412,0	100,0	8 139,7	7 500,5	268,4	—
946,7	597,3	85,8	263,6	772,2	430,1	100,0	8 165,4	7 526,2	274,9	—
983,6	515,5	144,7	323,4	789,0	445,6	100,0	8 234,6	7 595,4	335,3	—
1 136,8	599,9 ⁵⁾	161,8	375,1 ⁵⁾	819,8	475,5	100,0	8 233,4	7 594,2	347,0	—
1 149,1	637,5	141,9	369,7	866,5	516,8	100,0	8 438,5	7 799,3	391,9	—
840,3	255,4	178,9	406,0	854,3	502,1	100,0	8 489,3	7 850,1	249,1	18,0
978,4	374,1	164,4	439,9	860,5	507,3	100,0	8 488,0	7 848,8	215,5	—
798,0	282,1	124,6	391,3	870,3	516,1	100,0	8 350,2	7 711,0	227,4	—
889,2	351,0	140,7	397,5	878,0	508,5	100,0	8 435,7	7 796,5	254,5	—
1 020,2	458,7	148,8	412,7	913,6	540,0	100,0	8 304,0	7 676,4	233,0	—
1 142,5	606,1	127,4	409,0	914,4	541,3	100,0	8 108,7	7 481,1	257,3	40,0
1 237,8	645,0	146,7	446,1	907,9	534,5	100,0	8 318,6	7 691,0	298,7	25,7
1 316,5	671,7	179,9	464,9	895,3	522,7	100,0	8 274,3	7 646,7	303,6	50,5

Passiva							
Einlagen		Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Grundkapital der BdL und der Landeszentralbanken	Rücklagen und Rückstellungen	Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbanksystems	sonstige Verbindlichkeiten	Bilanzsumme
auf Einlagen der							
sonstigen inländischen Einleger ⁶⁾	ausländischen Einleger						
29	30	31	32	33	34	35	36
am 7. 6. 1950 und 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen							
(334,0)	5,4	(2 485,2)	385,0	(51,9)	142,9	(459,7)	13 700,0
(375,6)	3,9	(1 231,6)	385,0	289,1	86,3	360,1	14 760,7
(534,3)	4,0	(1 392,3)	385,0	312,7	65,1	410,8	14 743,4
(389,8)	10,9	(1 559,2)	385,0	313,8	99,3	415,3	14 834,8
(632,0)	5,3	(2 247,3)	385,0	369,7	47,2	395,5	15 730,5
(608,2)	5,6	(2 403,1)	385,0	381,9	156,7	415,9	16 479,1
(664,1)	5,6	(2 342,0)	385,0	381,9	24,8	433,1	16 578,5
(804,7)	10,1	(2 287,9)	385,0	393,1	110,5	544,4	17 132,0
936,5	7,7	2 114,6	385,0	386,0	—	556,4	16 195,9
997,4	2,9	2 309,3	385,0	385,8	35,4	553,6	17 146,9
895,9	4,4	2 311,7	385,0	347,7	74,2	591,0	16 450,2
781,2	8,8	2 188,7	385,0	365,3	22,2	583,3	16 274,3
1 305,6	9,6	1 987,8	385,0	559,6	53,8	382,0	16 792,5
1 335,9	7,7	1 808,4	385,0	493,2	—	607,4	16 957,6
1 281,1	4,5	1 727,9	385,0	511,2	—	585,8	17 318,1
1 394,2	11,0	1 664,9	385,0	549,2	—	480,8	17 545,8

— Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet. — ¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe der Neugliederung des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 ergaben sich folgende Veränderungen: Aktiva: Erfassung der Ausenthalten) durch Übernahme von Wertpapieren (vgl. Spalte 15). — Passiva: Übernahme der ERP/GARIOA-Gegenwert-Umbuchung der Konten der JEIA, STEG und ERP-Verwaltung als Einlagen alliierter Dienststellen (Spalte 25). Beide Positionen in Spalte 33 (bisher in den „sonstigen Verbindlichkeiten“ — Spalte 35 — erfasst. Im BdL-Ausweis sind die Rückstellungen in die ERP/GARIOA-Sonderkonten stehen bzw. reine Inlandsverbindlichkeiten darstellen, in die Positionen „Einlagen von Bund und Hohen Kommission. — ⁴⁾ Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand des Zentralbanksystems befindlichen Spalte 13 in Spalte 11. — ⁶⁾ Ab 31. 10. 1950 einschließlich des „Asservatenkontos Einfuhrbewilligungen“ bei den Landes-

2. Ausweis der Bank deutscher Länder *) 1) 2)

in Mill. DM

Stand	Aktiva												
	Guthaben in aus- ländischer Währung ³⁾	Sorten, auslän- dische Wechsel und Schecks ³⁾	Forde- rungen aus der Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Post- scheck- guthaben ⁴⁾	Inlands- wechsel	Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatzan- weisungen der Bundes- verwal- tungen	Deutsche Scheide- münzen ⁵⁾	Lombard- forde- rungen	Vor- schüsse und kurz- fristige Kredite	Wert- papiere	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Aktiva ⁴⁾
											Aus- gleichs- forde- rungen	unverzinsl. Schuld- verschrei- bungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 und am 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen													
1950													
31. 3.	657,6	(16,0)	(519,5)	27,0	(3 139,8)	19,4	.5)	1 458,4	24,0	0,2	5 057,2	639,2	75,2
30. 6.	1 161,5	55,7	20,9	26,2	2 739,1	56,9	.	1 533,0	753,8	360,7	5 137,3	639,2	156,8
30. 9.	1 461,2	58,0	50,3	25,3	3 084,3	162,8	29,7	1 349,4	860,7	335,0	5 215,6	639,2	120,4
31. 12.	1 046,8	68,8	43,0	49,2	3 652,4	171,7	61,9	1 097,6	1 006,2	335,0	5 328,3	639,2	196,5
1951													
31. 1.	936,2	71,8	40,8	21,9	3 514,5	249,0	76,5	1 153,6	659,4	335,0	5 373,5	639,2	89,2
28. 2.	932,0	75,5	31,5	32,9	3 815,4	327,0	85,3	1 104,3	811,1	335,0	5 377,4	639,2	91,1
31. 3.	1 087,7	78,7	18,5	133,4	3 782,6	78,4	85,0	1 010,8	670,2	335,0	5 289,2	639,2	91,3
30. 4.	1 278,4	88,7	15,6	38,8	3 369,4	46,4	100,0	1 211,0	746,1	335,0	5 345,9	639,2	95,7
31. 5.	1 539,1	138,5	13,6	67,5	3 125,3	303,3	92,4	870,4	869,1	335,0	5 201,9	627,6	107,6
30. 6.	1 614,0	185,0	23,1	27,9	3 257,3	241,8	98,1	799,9	1 014,6	335,0	5 016,5	627,6	122,0
31. 7.	1 925,7	172,7	14,7	31,7	3 044,7	125,7	90,3	783,0	1 090,7	335,0	5 225,7	627,6	138,9
7. 8.	1 965,5	174,7	7,7	45,3	3 126,4	130,2	92,2	472,2	1 091,9	335,0	5 290,6	627,6	140,6
15. 8.	2 084,0	176,7	19,0	42,9	2 851,5	160,0	97,9	601,2	944,0	335,0	5 237,2	627,6	142,7
23. 8.	2 152,4	184,3	8,4	57,1	2 854,5	127,1	102,6	439,5	717,2	335,0	5 253,8	627,6	141,2
31. 8.	2 235,9	196,3	16,7	35,3	2 908,5	153,9	96,3	741,9	1 136,5	335,0	5 165,2	627,6	142,5
7. 9.	2 285,2	199,5	21,0	40,6	2 932,3	186,6	93,6	478,5	1 107,4	335,0	5 138,3	627,6	143,3
15. 9.	2 189,1	214,6	38,7	43,4	3 092,9	250,6	93,2	489,4	762,3	335,0	5 175,5	627,6	144,7
Stand	Passiva												
	Bank- noten umlauf bis 30. 6. 50 Zahlungsmittelumlauf	Einlagen						Verbind- lichkeiten aus der Abwick- lung des Auslands- geschäfts	sonstige Passiva	Grund- kapital	ge- setz- liche und son- stige Rück- lagen	Bilanz- summe	
		insgesamt (Spalte 16 bis 20)	aufgegliedert in Einlagen										
			der Landes- zentral- banken	der Dienststellen des Bundes		alliiertes Dienst- stellen	sonstige						
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25		
Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 und am 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen													
1950													
31. 3.	(7 828,3)	(955,9)	308,7	—	(150,8)	(301,1)	(195,3)	(2 485,2)	(264,1)	100,0	—	11 633,5	
30. 6.	(8 160,0)	(2 791,7)	342,9	(1 097,8)	(173,6)	996,6	(180,8)	(1 231,6)	287,8	100,0	70,0	12 641,1	
30. 9.	8 213,1	(2 426,0)	186,4	(759,3)	(211,6)	840,7	(428,0)	(2 247,3)	335,5	100,0	70,0	13 391,9	
31. 12.	8 232,3	(2 554,2)	372,2	(930,3)	(309,9)	750,5	(191,3)	(2 287,9)	452,2	100,0	70,0	13 696,6	
1951													
31. 1.	7 761,0	2 657,0	330,3	1 052,7	233,1	847,2	193,7	2 114,6	458,0	100,0	70,0	13 160,6	
28. 2.	7 744,8	2 977,0	440,1	1 176,7	337,1	838,3	184,8	2 309,3	456,6	100,0	70,0	13 657,7	
31. 3.	7 781,0	2 610,2	360,5	901,6	142,5	844,8	360,8	2 311,7	427,1	100,0	70,0	13 300,0	
30. 4.	7 959,7	2 548,1	340,8	1 003,7	70,5	845,3	287,8	2 188,7	443,7	100,0	70,0	13 310,2	
31. 5.	7 867,1	2 828,6	386,8	953,9	152,0	854,1	481,8	1 987,8	317,8	100,0	190,0	13 291,3	
30. 6.	8 188,6	2 659,6	363,6	824,7	147,9	950,0	373,4	1 808,4	496,2	100,0	110,0	13 362,8	
31. 7.	8 383,8	2 793,0	277,6	1 066,9	221,4	947,7	279,4	1 727,9	491,7	100,0	110,0	13 606,4	
7. 8.	8 071,1	3 042,8	567,7	1 136,8	261,1	819,3 ⁶⁾	257,9	1 685,2	490,8	100,0	110,0	13 499,9	
15. 8.	7 836,4	3 046,6	584,5	1 139,1	300,9	806,9	215,2	1 729,5	497,2	100,0	110,0	13 319,7	
23. 8.	7 560,2	3 115,3	660,4	1 148,5	240,8	806,2	259,4	1 704,9	410,3	100,0	110,0	13 000,7	
31. 8.	8 713,0	2 782,8	218,4	980,8	383,8	814,3	385,5	1 664,9	420,9	100,0	110,0	13 791,6	
7. 9.	8 518,4	2 801,5	388,1	993,6	234,0	810,9	374,9	1 646,8	412,2	100,0	110,0	13 588,9	
15. 9.	8 301,2	3 075,4	585,6	1 071,1	255,3	805,7	357,7	1 456,5	413,9	100,0	110,0	13 457,0	

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. — Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet. — 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — 2) Bei der Neugliederung des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 ergaben sich folgende Veränderungen: Aktiva: Erfassung der Auslandswechsel und Schecks in Spalte 2 (bis 31. 5. 1950 in Spalte 5). Ablösung des ERP-Vorlagekontos (bis 31. 5. 1950 in Spalte 3 enthalten) durch Übernahme von Wertpapieren (vgl. Spalte 10). — Passiva: Übernahme der ERP/GARIOA-Gegenwertmittel auf Grund des Vertrages über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA als Einlagen des Bundes (Sonderkonten des Bundes, vgl. Spalte 17). Umbuchung der Konten der JEIA, STEG und ERP-Verwaltung als Einlagen alliierter Dienststellen (Spalte 19). Beide Positionen waren bis 31. 5. 1950 in Spalte 21 enthalten. — Herausnahme der gesetzlichen und sonstigen Rücklagen (Spalte 24) aus den „sonstigen Passiven“. — Am 7. 1. 1951 wurde die Position „Sonderkonten des Bundes“ durch die den ERP/GARIOA-Sonderkonten vorgeschalteten Sammelkonten (bisher in Spalte 21 erfaßt) zur Position „Gegenwertkonten des Bundes“ erweitert. — Ferner wurden einige Unterpositionen der Spalte 21, die reine Inlandsverbindlichkeiten darstellen, in die Positionen „sonstige Guthaben der Dienststellen des Bundes“ (vgl. Spalte 18) und „sonstige Einlagen“ (vgl. Spalte 20) überführt. — 3) Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — 4) Die Postscheckguthaben, die bis zum 31. 5. 1950 unter „Sonstige Aktiva“ erfaßt waren, wurden rückwirkend ausgegliedert. — 5) Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand des Zentralbanksystems befindlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 1950 aktiviert. — 6) Die bisher in Spalte 19 nachgewiesenen Guthaben der STEG-Verwaltung wurden auf den Bund (Spalte 18) übertragen.

3. Monatsausweise der Landeszentralbanken nach dem Stand vom 31. August 1951*)

in Mill. DM

	Baden	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Schleswig-Holstein	Württemberg-Baden	Württemberg-Hohenzollern	insgesamt
Aktiva												
Guthaben bei der BdL	17,6	57,1	17,2	65,5	15,4	27,0	0,1	17,5	7,1	33,8	7,4	265,7
Postscheckguthaben	0,0	0,0	0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	0,0	0,0	0,0	0,0
Wechsel und Schecks	37,5	9,5	57,9	189,5	5,0	17,2	228,1	5,8	2,0	8,1	3,6	564,2
Schatzwechsel	12,0	—	—	10,0	19,4	—	71,6	—	8,0	—	—	121,0
Wertpapiere	0,7	5,2	1,0	—	—	2,7	14,9	1,4	4,4	6,2	1,0	37,5
Ausgleichsforderungen	92,0	565,6	49,8	227,2	292,2	363,9	720,0	130,1	169,7	325,6	68,2	3 004,3
davon: aus der eigenen Umstellung	(76,9)	(449,5)	(40,9)	(195,6)	(245,1)	(306,1)	(631,2)	(101,1)	(123,6)	(250,1)	(59,5)	(2 481,6)
angekaufte	(15,1)	(116,1)	(8,9)	(31,6)	(47,1)	(57,8)	(88,8)	(29,0)	(44,1)	(75,5)	(8,7)	(522,7)
Lombardforderungen	5,4	70,8	0,2	10,5	44,9	23,1	11,5	54,8	11,3	35,5	9,9	277,8
darunter: gegen Ausgleichsforderungen	(5,4)	(69,9)	(0,2)	(4,1)	(34,5)	(22,7)	(11,4)	(50,1)	(10,7)	(32,7)	(3,9)	(251,6)
Kassenkredite	2,7	69,3	—	—	50,0	23,0	—	25,1	10,0	—	—	180,1
davon: an Landesregierung	(2,7)	(69,3)	(—)	(—)	(50,0)	(23,0)	(—)	(25,0)	(10,0)	(—)	(—)	(180,0)
an sonstige öffentl. Stellen	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(0,1)	(—)	(—)	(—)	(0,1)
Beteiligung an der BdL	2,5	17,5	3,0	8,0	8,5	11,5	28,0	5,5	4,5	9,0	2,0	100,0
Sonstige Vermögenswerte	5,7	16,5	2,5	5,3	22,7	15,6	63,3	9,9	10,1	6,0	3,4	161,0
Interimsforderungen aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	0,0	—	0,0
Summe der Aktiva	176,1	811,5	131,6	516,0	458,1	484,0	1 137,5	250,1	227,0	424,2	95,5	4 711,6
Passiva												
Grundkapital	10,0	50,0	10,0	10,0	30,0	40,0	65,0	20,0	10,0	30,0	10,0	285,0
Rücklagen und Rückstellungen	8,1	50,3	7,0	29,7	27,0	31,7	71,5	14,2	17,9	25,7	5,6	288,7
Einlagen	146,3	476,7	105,1	442,4	327,3	224,8	916,0	147,2	59,5	280,9	59,3	3 185,5
davon: Kreditinstitute innerh. d. Landes (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	(53,9)	(198,8)	(37,2)	(191,4)	(194,5)	(185,6)	(588,2)	(82,9)	(43,0)	(159,5)	(41,3)	(1 776,3)
Kreditinstitute in anderen dt. Ländern	(0,1)	(0,4)	(2,4)	(1,9)	(0,7)	(1,0)	(0,1)	(1,0)	(3,1)	(1,3)	(0,2)	(12,2)
Öffentliche Verwaltungen	(1,7)	(15,1)	(24,1)	(10,4)	(15,8)	(6,5)	(55,0)	(21,6)	(4,4)	(10,3)	(2,3)	(167,2)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(69,1)	(0,2)	(0,0)	(24,5)	(15,0)	(1,2)	(9,4)	(20,7)	(0,1)	(0,5)	(1,0)	(141,7)
Sonstige inländische Einleger	(20,3)	(259,2)	(40,8)	(212,7)	(95,3)	(29,8)	(267,2)	(16,9)	(9,4)	(113,7)	(14,9)	(1 080,2)
Ausländische Einleger	(0,2)	(0,1)	(—)	(1,5)	(9,1)	(0,0)	(0,1)	(0,1)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(11,1)
zwischen den Niederlassungen der LZB unterwegs befindliche Giroübertragungen	(1,0)	(2,9)	(0,6)	(—)	(—, 3,1)	(0,7)	(—, 4,0)	(4,0)	(—, 0,5)	(—, 4,4)	(—, 0,4)	(—, 3,2)
Lombardverbindlichkeiten gegenüber d. BdL	5,2	210,0	—	0,1	48,9	167,4	40,4	56,3	124,1	73,1	16,4	741,9
Sonstige Verbindlichkeiten	6,5	24,5	9,5	33,8	24,9	20,1	44,6	12,3	15,5	14,5	4,2	210,4
Interimsverbindlichkeiten aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—	—	—	0,1	—	—	—	0,1
Summe der Passiva	176,1	811,5	131,6	516,0	458,1	484,0	1 137,5	250,1	227,0	424,2	95,5	4 711,6
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	27,7	617,9	104,7	457,6	288,2	258,0	369,4	181,4	222,4	337,8	72,5	2 987,6
darunter: Auslandswechsel (einschließlich Export-Tratten)	(6,2)	(40,3)	(7,1)	(47,8)	(33,9)	(26,3)	(185,1)	(14,4)	(6,9)	(40,2)	(9,4)	(417,6)

*) Differenzen in der Kommastriche gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

4. Zahlungsmittelumlauf

in Mill. DM

Stand	im Bundesgebiet ausgegebene Zahlungsmittel		im Bundesgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel
	Banknoten und Kleingeldzeichen*)	Scheidemünzen des Bundes	
1950			
30. 11.	7 672	147	8 246
7. 12.	7 606	148	8 173
15. 12.	7 467	150	8 056
21. 12.	7 251	170	7 875
31. 12.	7 797	182	8 414
1951			
7. 1.	7 538	187	8 149
15. 1.	7 127	193	7 738
23. 1.	6 658	199	7 255
31. 1.	7 325	214	7 975
7. 2.	7 072	223	7 724
15. 2.	6 820	231	7 478
23. 2.	6 599	237	7 255
28. 2.	7 298	246	7 991
7. 3.	7 075	255	7 766
15. 3.	6 851	262	7 542
23. 3.	6 707	268	7 422
31. 3.	7 320	277	8 058
7. 4.	7 043	282	7 770
15. 4.	6 876	287	7 604
23. 4.	6 489	289	7 209
30. 4.	7 479	300	8 260
7. 5.	7 238	305	8 003
15. 5.	7 082	323	7 841
23. 5.	6 521	332	7 273
31. 5.	7 407	348	8 215
7. 6.	7 199	354	8 003
15. 6.	7 033	363	7 830
23. 6.	6 703	366	7 504
30. 6.	7 720	382	8 570
7. 7.	7 477	389	8 315
15. 7.	7 343	394	8 177
23. 7.	6 966	396	7 791
31. 7.	7 915	413	8 797
7. 8.	7 624	417	8 488
15. 8.	7 405	417	8 253
23. 8.	7 129	416	7 977
31. 8.	8 233	428	9 141
7. 9.	8 062	432	8 950
15. 9.	7 845	432	8 733

*) Mit Ablauf des 31. 1. 1951 Anspruch aus allen Kleingeldzeichen erloschen.

5. Stückelung des Zahlungsmittelumschlages nach dem Stand vom 31. August 1951

Stückelung	in Mill. DM	in vH des Gesamtumschlages	Stückelung	in Mill. DM	in vH des Gesamtumschlages
Banknoten insgesamt	8 713	95,3	Scheidemünzen insgesamt	428	4,7
davon: 100,— DM	1 460	16,0	davon: 2,— DM	100	1,1
50,— „	3 883	42,5	1,— „	183	2,0
20,— „	2 192	24,0	—,50 „	70	0,8
10,— „	703	7,7	—,10 „	50	0,5
5,— „	400	4,3	—,05 „	16	0,2
2,— „	42	0,5	—,02 „	2	0,0
1,— „	23	0,2	—,01 „	7	0,1
—,50* „	10	0,1			
			Banknoten und Scheidemünzen	9 141	100,0

*) Einschließlich Kleingeldzeichen.

II. Mindestreservenstatistik

1. Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen *)

Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken

Bankengruppen	1951				1951				1951			
	Mai	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM				Summe der Überschußreserven (brutto) in Mill. DM				Summe der Reservefehlbeträge (brutto) in Mill. DM			
1. Kreditbanken	868,8	877,1	909,5	928,8	46,3	29,1	67,6	58,1	1,4	1,2	0,9	0,8
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(537,6)	(539,4)	(557,2)	(567,4)	(30,5)	(14,5)	(39,5)	(31,0)	(0,0)	(0,0)	(—)	(—)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(255,6)	(257,4)	(266,7)	(274,2)	(8,1)	(7,7)	(19,5)	(19,2)	(0,2)	(0,2)	(0,1)	(0,1)
c) Privatbanken	(77,6)	(80,3)	(85,6)	(87,2)	(7,7)	(6,9)	(8,6)	(7,9)	(1,2)	(1,0)	(0,8)	(0,7)
2. Hypothekenbanken und öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	3,3	3,5	3,1	3,3	0,9	2,2	1,5	0,9	0,0	—	—	0,0
3. Girozentralen	146,0	156,2	163,4	163,7	10,7	5,2	34,9	33,8	0,1	—	—	—
4. Sparkassen	525,7	535,1	540,6	555,1	9,0	8,4	9,8	8,9	3,8	3,4	1,4	1,1
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	96,9	98,0	100,4	104,3	1,8	1,8	2,2	3,0	1,2	1,3	0,9	0,9
6. Gewerbliche Zentralkassen	2,9	3,0	3,2	3,3	0,3	0,3	0,5	0,3	—	—	—	—
7. Gewerbliche Kredit- genossenschaften	97,4	97,6	101,0	105,2	4,5	4,3	4,2	4,3	3,1	2,5	1,6	1,2
8. Sonstige Geldinstitute	140,9	137,5	144,0	142,7	4,8	4,7	5,3	4,3	0,0	0,1	0,0	0,0
Bankengruppen insgesamt	1 881,9	1 908,0	1 965,2	2 006,4	78,3	56,0	126,0	113,6	9,6	8,5	4,8	4,0
	Überschußreserven netto (Reservefehlbeträge netto →) in Mill. DM				Anteil der Überschußreserven (netto) in vH der gesetzlichen Mindest- reserven (Reserve-Soll)				in vH der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen			
1. Kreditbanken	44,9	27,9	66,7	57,3	5,2	3,2	7,3	6,2	65,4	58,7	55,0	52,3
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(30,5)	(14,5)	(39,5)	(21,0)	(5,7)	(2,7)	(7,1)	(5,5)	(44,4)	(30,5)	(32,6)	(28,3)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(7,9)	(7,5)	(19,4)	(19,1)	(3,1)	(2,9)	(7,3)	(7,0)	(11,5)	(15,8)	(16,0)	(17,4)
c) Privatbanken	(6,5)	(5,9)	(7,8)	(7,2)	(8,4)	(7,3)	(9,1)	(8,3)	(9,5)	(12,4)	(6,4)	(6,6)
2. Hypothekenbanken und öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	0,9	2,2	1,5	0,9	27,3	62,9	48,4	27,3	1,3	4,6	1,2	0,8
3. Girozentralen	10,6	5,2	34,9	33,8	7,3	3,3	21,4	20,6	15,4	11,0	28,8	30,8
4. Sparkassen	5,2	5,0	8,4	7,8	1,0	0,9	1,6	1,4	7,6	10,5	6,9	7,1
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	0,6	0,5	1,3	2,1	0,6	0,5	1,3	2,0	0,9	1,1	1,1	1,9
6. Gewerbliche Zentralkassen	0,3	0,3	0,5	0,3	10,3	10,0	15,6	9,1	0,4	0,6	0,4	0,3
7. Gewerbliche Kredit- genossenschaften	1,4	1,8	2,6	3,1	1,4	1,8	2,6	2,9	2,0	3,8	2,2	2,8
8. Sonstige Geldinstitute	4,8	4,6	5,3	4,3	3,4	3,3	3,7	3,0	7,0	9,7	4,4	4,0
Bankengruppen insgesamt	68,7	47,5	121,2	109,6	3,7	2,5	6,2	5,5	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen.

2. Mindestreservesätze

in vH der reservspflichtigen Einlagen ¹⁾)

Gültig ab:	Sichteinlagen		Refristete Einlagen	Spar- einlagen
	an Bank- plätzen ²⁾	an Nichtbank- plätzen		
1948 1. Juli	10	10	5	5
1. Dezember	15	10	5	5
1949 1. Juni	12	9	5	5
1. September	10	8	4	4
1950 1. Oktober	15	12	8	4

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als befristete Einlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat und die Guthaben auf Anlagekonto. Spareinlagen sind die in § 22 ff. KWG behandelten Konten. Als Sichteinlagen gelten alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)

Kreditvolumen und Einlagen *)

Repräsentativerhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 480 Kreditinstituten des Bundesgebiets
in Mill. DM

a) Kreditvolumen (nur kurzfristige Kredite)

Stand	Kurzfristige Kredite an Nichtbanken												kurzfristige Kredite an Kreditinstitute insgesamt
	insgesamt	davon			Wirtschaft und Private	Spalte 1 gliedert sich in kurzfristige Kredite an							
		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselobligo d. Kundenschaft, Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen		davon		Wechselobligo der Kundenschaft	Öffentl. rechtl. Körperschaften	davon			
		insgesamt	darunter Akzeptkredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite	Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen, sonstige Wechsel	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1951													
30. 4.	9 264,3 ¹⁾	5 451,0 ¹⁾	1 361,9	3 813,3	8 819,7 ¹⁾	5 285,5 ¹⁾	1 361,8	3 534,2	444,6	165,5	0,1	279,1	1 735,6
31. 5.	9 349,6	5 548,0	1 273,8	3 801,6	8 917,1	5 354,8	1 273,7	3 562,3	432,5	193,2	0,1	239,3	1 736,3
7. 6.	9 311,2	5 498,6	1 264,5	3 812,6	8 903,7	5 334,8	1 264,4	3 568,9	407,5	163,8	0,1	243,7	1 774,6
15. 6.	9 649,4	5 858,3	1 221,6	3 791,1	9 276,8	5 683,8	1 221,5	3 593,0	372,6	174,5	0,1	198,1	1 813,5
23. 6.	9 644,1	5 696,0	1 214,4	3 948,1	9 205,8	5 554,3	1 214,3	3 651,5	438,3	141,7	0,1	296,6	1 833,9
30. 6.	9 606,9	5 511,5	1 208,0	4 095,4	9 150,3	5 343,5	1 207,9	3 806,8	456,6	168,0	0,1	288,6	1 761,4
7. 7.	9 850,0	5 749,4	1 191,0	4 100,6	9 407,4	5 576,7	1 190,9	3 830,7	442,6	172,7	0,1	269,9	1 773,4
15. 7.	9 678,7	5 539,6	1 178,5	4 139,1	9 214,5	5 387,1	1 178,2	3 827,4	464,2	152,5	0,3	311,7	1 717,1
23. 7.	9 876,4	5 561,5	1 161,2	4 314,9	9 225,8	5 411,6	1 161,1	3 814,2	650,6	149,9	0,1	500,7	1 690,8
31. 7.	9 860,3	5 559,1	1 155,1	4 301,2	9 302,2	5 411,1	1 155,0	3 891,1	558,1	148,0	0,1	410,1	1 712,6
7. 8.	9 898,3	5 627,5	1 144,9	4 270,8	9 355,1	5 460,3	1 144,8	3 894,8	543,2	167,2	0,1	376,0	1 656,8
15. 8.	10 078,5	5 741,3	1 144,2	4 337,2	9 445,7	5 564,2	1 144,1	3 881,5	632,8	177,1	0,1	455,7	1 600,3
23. 8.	10 215,2	5 811,1	1 135,4	4 404,1	9 554,5	5 644,7	1 135,3	3 909,8	660,7	166,4	0,1	494,3	1 652,7
31. 8.	10 162,0	5 727,5	1 143,6	4 434,5	9 484,3	5 535,9	1 143,5	3 948,4	677,7	191,6	0,1	486,1	1 600,2
7. 9.	10 447,2	6 108,9	1 140,4	4 338,3	9 864,5	5 914,3	1 140,3	3 950,2	582,7	194,6	0,1	388,1	1 624,5

b) Einlagen

Stand	Nichtbanken insgesamt	davon sind			Einlagen von Kreditinstituten insgesamt
		Sicht- u. Termin-einlagen		Spar-einlagen	
		Wirtschaft und Private	Öffentl. rechtl. Körperschaften		
				1	
1951					
30. 4.	11 974,5	7 363,4	2 547,1	2 064,0	1 551,7
31. 5.	12 119,4	7 440,7	2 587,0	2 091,7	1 637,1
7. 6.	12 395,5	7 543,6	2 747,4	2 104,5	1 571,2
15. 6.	12 366,3	7 344,9	2 910,5	2 110,9	1 574,7
23. 6.	12 653,2	7 463,2	3 075,7	2 114,3	1 606,6
30. 6.	12 539,4 ²⁾	7 590,1	2 815,4	2 133,9 ²⁾	1 677,0
7. 7.	12 689,0	7 660,7	2 879,0	2 149,3	1 641,0
15. 7.	12 879,3	7 746,6	2 975,8	2 156,9	1 740,2
23. 7.	13 088,6	7 874,1	3 049,4	2 165,1	1 693,1
31. 7.	12 791,3	7 797,1	2 816,4	2 177,8	1 818,1
7. 8.	12 970,0	7 911,4	2 865,1	2 193,5	1 743,8
15. 8.	13 127,7	7 954,4	2 969,5	2 203,8	1 823,4
23. 8.	13 305,5	7 985,8	3 108,9	2 210,8	1 819,8
31. 8.	13 090,8	8 043,6	2 821,7	2 225,5	1 988,8
7. 9.	13 233,9	8 115,6	2 876,9	2 241,4	1 959,6

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Enthält statistisch bedingte Abnahme (rd. 25 Mill. DM), ²⁾ Enthält statistisch bedingte Zunahme (rd. 9 Mill. DM).

IV. Monatliche Bankenstatistik

1. Geschäfts-

a) Zwischenausweis:

Monatliche Bankenstatistik*) 1) 2); Gesamterhebung 3) der Bank deutscher Länder

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 4)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten 6)		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unverzinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder 8)	Wert- und Kon-beteili- insgesamt		
			ins-gesamt 5)	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	Hand-welsch-wel 7)	Bank-akzept-e				
																1	2
1949																	
Jan.	3 556	.	1 488,0	1 232,8	56,1	1 200,1	(1 200,1)	.	.	.	1 257,7	1 139,8	63,0	13,4	.	.	.
Juni	3 549	.	1 348,3	1 093,0	53,3	1 628,7	(1 577,6)	.	.	.	1 868,3	1 609,3	162,2	62,9	.	.	.
Dez.	3 555	.	1 388,2	1 128,8	80,6	1 557,8	(1 412,8)	440,7	.	.	1 672,8	1 418,9	154,2	169,2	.	.	.
1950																	
März	3 566	.	936,3	676,8	46,7	1 709,7	(1 480,6)	119,5	.	.	1 818,0	1 548,8	162,5	280,3	.	.	.
Juni	3 571	25 202,3	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5	.	.
Sept.	3 565	28 037,7	1 216,0	923,8	47,9	2 059,4	1 698,7	264,6	1,4	147,5	2 332,9	2 067,2	140,3	286,3	328,3	.	.
Nov.	3 565	30 099,5	1 618,3	1 290,7	44,6	2 178,1	1 839,7	214,9	0,8	165,3	2 280,7	2 028,2	118,6	181,0	344,7	.	.
Dez.	3 564	30 835,1	1 962,2	1 669,3	82,8	2 113,1	1 844,3	177,8	1,8	242,0	2 564,7	2 283,1	142,1	154,4	356,1	.	.
1951																	
Jan.	3 563	31 014,2	1 516,1	1 189,0	44,8	2 156,3	1 839,1	181,0	0,8	168,8	2 717,5	2 478,8	100,2	187,9	376,0	.	.
Febr.	3 561	31 834,1	1 917,9	1 598,0	45,8	2 178,2	1 858,0	205,0	0,7	183,1	2 509,0	2 275,6	89,7	183,2	387,7	.	.
März	3 561	31 799,4	1 839,4	1 536,9	53,6	2 061,7	1 759,9	215,1	1,6	201,8	2 599,6	2 370,9	79,7	205,8	401,1	.	.
April	3 562	32 090,0	1 768,7	1 442,5	52,0	2 120,1	1 789,8	183,9	1,0	231,1	2 745,0	2 529,1	71,9	294,5	420,9	.	.
Mai	3 562	32 622,6	1 891,5	1 534,9	50,1	2 164,0	1 876,4	163,2	0,8	228,5	2 781,1	2 552,0	92,2	258,8	433,4	.	.
Juni	3 559	33 448,3	1 960,7	1 642,4	60,2	2 371,3	2 037,4	164,4	3,1	346,7	2 819,7	2 584,0	89,5	311,3	445,6	.	.
Juli	3 559	34 309,6	2 028,4	1 649,9	54,6	2 564,4	2 206,4	157,6	0,9	230,0	3 039,7	2 796,8	82,8	434,7	474,8	.	.

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 4)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								aufgenommene Gelder 15)						
			mit	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten	Einlagen auf Fest-konto	ins-gesamt	darunter				
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Spar-einlagen				für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereinge-nommene Gelder	seitens der Kundschaft bei aus-ländischen Banken benutzte Kredite 16)			
						insgesamt	darunter Anlage-konto										
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44				
1949																	
Jan.	3 556	.	10 235,6	9 104,4	7 381,5	5 270,8	329,9	2 110,7	1 722,9	1 131,2	298,5	642,9
Juni	3 549	.	12 819,8	11 222,3	8 829,6	6 389,2	383,5	2 440,4	2 392,7	1 597,5	46,3	796,6	(46,2)
Dez.	3 555	.	14 106,1	12 752,3	9 786,1	7 105,8	318,9	2 680,3	2 966,2	1 353,8	14,6	1 462,4	(77,6)
1950																	
März	3 566	.	14 493,8	13 095,0	9 712,2	6 919,5	312,0	2 792,7	3 382,8	1 398,8	10,2	1 495,7	(102,6)
Juni	3 571	25 202,3	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	21)	1 752,7	276,2	9,3	.	.	.
Sept.	3 565	28 037,7	17 304,1	15 735,3	11 972,9	9 097,6	287,6	2 875,3	3 762,4	1 568,8	.	1 799,1	239,5	15,6	.	.	.
Nov.	3 565	30 099,5	17 976,4	16 389,2	12 516,8	9 572,2	.	2 944,6	3 872,4	1 587,2	.	2 057,4	263,2	12,3	.	.	.
Dez.	3 564	30 835,1	18 432,1	16 684,2	12 752,8	9 614,1	289,0	3 138,7	3 931,4	1 747,9	.	2 005,5	275,8	5,5	.	.	.
1951																	
Jan.	3 563	31 014,2	18 518,7	16 772,2	12 835,7	9 753,9	.	3 081,8	3 936,5	1 746,5	.	2 097,2	294,8	5,3	.	.	.
Febr.	3 561	31 834,1	18 904,4	17 102,0	13 159,5	9 974,5	.	3 185,0	3 942,5	1 802,4	.	2 202,4	313,4	13,3	.	.	.
März	3 561	31 799,4	18 713,1	17 016,4	13 085,7	9 915,2	283,8	3 170,5	3 930,7	1 696,7	.	2 284,2	312,2	6,4	.	.	.
April	3 562	32 090,0	19 033,0	17 240,8	13 286,0	10 145,6	.	3 140,4	3 954,8	1 792,2	.	2 097,8	303,8	5,6	.	.	.
Mai	3 562	32 622,6	19 329,6	17 467,8	13 474,0	10 263,4	.	3 210,6	3 993,8	1 861,8	.	2 145,8	314,8	7,7	.	.	.
Juni	3 559	33 448,3	19 924,0	18 030,1	13 975,7	10 533,2	279,7	3 442,5	4 054,4	1 893,9	.	2 116,0	341,9	10,7	.	.	.
Juli	3 559	34 309,6	20 414,7	18 366,0	14 236,1	10 809,2	.	3 426,9	4 129,9	2 048,7	.	2 158,1	393,7	10,9	.	.	.

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzu- ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute. — 2) Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — 3) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag schließlich selbständig berichtenden Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe „Über- Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 5) Kasse und Landeszentralbankguthaben. — 6) Einschließlich mittel- Mai 1949 sind nur Schatzwechsel erfaßt. — 9) Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichsforderungen. — 10) Bis Mai 1950 einschließlich enthalten die Debi- RM-Zeit mit enthalten, Stand August 1949: 267 Mill. DM. — 12) Einschließlich Kapitalwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM: z. B. haben einige als verlagert anerkannte Institute im Juni 1950 erstmalig Ausgleichsforderungen fristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte und gegen Kommunaldeckung und Abgang bei den sonstigen langfristigen Ausleihungen.) — 13) Ab August Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — 18) Es handelt sich um Institute, die und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — 20) Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ lichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten.

(Bilanzstatistik)

**banken
Bundesgebiet**

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ¹⁰⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Gebäude	son- stige Aktiva ¹²⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁹⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	davon				darunter							
				ins- gesamt ¹¹⁾	Wirt- schaft und Private	Öffent- lich- recht- liche Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
.	.	.	4 318,0	(3 914,2)	(3 312,5)	(157,7)	(444,0)	1949
.	.	4 920,7	.	(4 855,1)	(4 135,2)	(170,9)	(549,0)	.	.	685,8	114,6	454,8	.	.	Jan.
.	.	5 138,6	.	(7 859,5)	(6 658,7)	(489,9)	(710,9)	(800,4)	1 074,5	195,8	434,3	.	.	.	Juni
.	.	5 204,9	.	(8 818,6)	(7 482,8)	(531,9)	(803,9)	(1 703,5)	1 369,6	333,9	561,5	.	.	.	Dez.
44,8	25,8	5 273,5 ¹³⁾	5 603,8	8 736,2	7 640,2	395,9	700,1	2 914,7	1 862,3 ¹⁴⁾	476,8 ¹⁴⁾	621,0	77,2	376,9	964,2	1950
65,4	43,8	5 315,8	5 696,2	9 784,7	8 545,4	421,6	817,7	3 896,8	2 415,3 ¹⁴⁾	641,9 ¹⁴⁾	825,1	82,5	400,9	1 003,8	März
62,8	49,1	5 399,6	5 823,6	10 523,5	9 218,2	414,1	891,2	4 703,2	2 923,3	848,7	885,2	81,8	421,9	1 006,8	Juni
66,7	48,8	5 391,6	5 855,3	10 179,3	8 978,4	358,6	842,3	5 069,6	3 155,0	908,2	970,3	85,5	440,2	994,9	Sept.
79,7	46,1	5 417,5	5 878,5	10 410,5	9 099,1	353,4	958,0	5 283,3	3 298,4	941,1	1 033,6	87,5	449,8	936,7	Nov.
82,7	48,0	5 445,6	5 902,4	10 640,5	9 326,4	333,9	980,2	5 487,3	3 408,2	975,8	1 090,9	89,0	469,3	952,9	Dez.
83,4	47,3	5 432,1	5 903,5	10 299,4	8 900,9	325,0	1 073,5	5 736,1	3 546,5	1 034,8	1 164,1	94,1	480,9	965,7	1951
90,1	44,6	5 433,3	5 920,9	9 996,7	8 651,5	325,3	1 019,9	5 985,5	3 671,1	1 071,6	1 231,2	98,7	489,2	993,6	Jan.
92,3	43,9	5 424,6	5 938,7	10 088,3	8 717,7	364,5	1 006,1	6 167,1	3 782,3	1 101,2	1 290,8	104,0	494,8	1 037,7	Febr.
93,6	48,7	5 421,0	5 943,5	10 114,2	8 739,1	373,8	1 001,3	6 363,5	3 881,1	1 145,8	1 326,3	107,4	508,7	1 075,5	März
109,0	48,9	5 432,0	5 943,8	10 203,4	8 851,6	325,9	1 025,9	6 552,5	3 985,2	1 171,7	1 368,4	111,3	512,9	1 095,1	April
															1951
															Jan.
															Febr.
															März
															April
															Mai
															Juni
															Juli

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuld- verschrei- bungen	aufge- nommene lang- fristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durch- laufende Kredite (nur Treu- hand- geschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ¹⁰⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ²⁰⁾ (ohne Zahlen d. ländl. Kreditgenoss.)				Verbind- lichkeiten aus Bürg- schaften u. a.	eigene Zie- hungen im Umlauf	Indossa- ments- verbind- lichkeiten	Stand am Mo- nats- ende
				insgesamt	darunter			Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Kredit- institute (ohne Sp. 53)	Öffent- lich- rechtliche Körper- schaften	sonstige				
					Neu- bildung seit dem 21. 6. 1948 ¹⁷⁾	Eigenkap. von neuge- gründeten Instituten ¹⁸⁾									
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	
517,3	.	.	483,3	313,2	33,5	1 350,9	1949
661,8	726,4	200,9	467,9	816,9	278,9	147,9	403,4	54,9	1 138,7	Jan.
1 850,6	901,4	526,0	467,9	816,9	278,9	147,9	1 120,8	112,7	2 197,9	Juni
1 729,3	1 137,5	919,1	598,2	878,0	299,1	153,3	884,3	141,6	2 473,4	Dez.
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 047,0	404,3	164,9	1 679,8	679,2	545,3	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	1950
1 690,8	1 324,7	2 071,4	825,1	1 097,3	414,7	164,1	1 925,2	1 044,1	740,0	1 253,6	173,5	1 217,8	132,4	2 428,8	März
1 900,3	1 380,7	2 596,6	885,2	1 126,1	421,5	163,8	2 176,8	1 367,5	856,0	1 445,3	143,8	1 396,4	133,1	2 945,9	Juni
1 784,1	1 444,7	2 806,2	970,3	1 110,2	394,3	170,8	2 282,0	1 516,4	896,3	1 566,0	154,2	1 379,3	131,3	3 279,1	Sept.
1 489,8	1 467,3	2 930,1	1 033,6	1 178,4	458,0	184,0	2 299,1	1 564,3	944,8	1 663,1	159,3	1 401,4	114,7	3 146,0	Nov.
1 491,6	1 503,0	3 035,7	1 090,9	1 214,3	484,8	187,3	2 391,8	1 611,7	979,5	1 744,5	169,0	1 442,3	105,5	3 603,0	Dez.
1 279,5	1 531,3	3 179,4	1 164,1	1 238,2	497,8	193,6	2 409,6	1 657,5	1 040,2	1 833,2	183,7	1 453,1	95,7	3 391,1	1951
1 096,4	1 596,0	3 279,2	1 231,2	1 243,5	495,1	193,6	2 512,9	1 700,8	1 065,0	1 914,1	191,8	1 422,2	86,2	3 089,3	Jan.
1 040,7	1 616,8	3 384,9	1 290,8	1 256,7	504,8	195,6	2 557,3	1 736,5	1 111,8	2 012,3	197,4	1 490,3	79,7	3 037,6	Febr.
1 023,2	1 647,4	3 478,0	1 326,3	1 280,7	523,1	201,8	2 652,7	1 775,8	1 149,6	2 081,9	206,2	1 526,8	69,2	3 380,8	März
905,0	1 710,8	3 602,4	1 368,4	1 334,2	574,7	246,9	2 816,0	1 804,9	1 199,4	2 210,2	212,1	1 569,8	75,1	3 354,8	April
															Mai
															Juni
															Juli

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Einregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt, sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang und langfristige Guthaben. — ⁷⁾ Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechselaufgaben enthalten. — ⁸⁾ Bis einschließlich 1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. — ¹⁰⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ¹⁷⁾ In der Neubildung enthalten nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ¹⁹⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen enthaltene, noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — ²¹⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto je nach dem Charakter der ursprüng-

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Postscheckguthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁵⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweis. des Bundes und der Länder	Wert und Konbeteili- insgesamt
			insgesamt ⁴⁾	darunter Giro-guthaben bei der LZB		insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				insgesamt	darunter			
												Handelswechsel	Bankakzente		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1951 Bundesgebiet															
März	3 561	31 799,4	1 839,4	1 536,9	53,6	2 061,7	1 759,9	215,1	1,6	201,8	2 599,6	2 370,9	79,7	205,8	401,1
April	3 562	32 090,0	1 768,7	1 442,5	52,0	2 120,1	1 789,8	183,9	1,0	231,1	2 745,0	2 529,1	71,9	294,5	420,9
Mai	3 562	36 622,6	1 891,5	1 534,9	50,1	2 164,0	1 876,4	163,2	0,8	228,5	2 781,1	2 552,0	92,2	258,8	433,4
Juni	3 559	33 448,3	1 960,7	1 642,4	60,2	2 371,3	2 037,4	164,4	3,1	346,7	2 819,7	2 584,0	89,5	311,3	445,6
Juli	3 559	34 309,6	2 028,4	1 649,9	54,6	2 564,4	2 206,4	157,6	0,9	230,0	3 039,7	2 796,8	82,8	434,2	474,8
Baden															
März	170	707,5	60,1	52,2	1,7	31,0	29,5	0,8	0,0	2,6	41,9	35,3	1,3	10,8	6,4
April	170	713,1	52,1	43,9	1,9	34,8	33,6	1,1	0,1	3,8	42,5	36,3	1,5	9,9	6,1
Mai	170	722,3	64,9	55,8	2,3	29,5	27,9	0,4	0,0	4,0	38,7	32,7	1,4	9,5	6,2
Juni	169	746,8	53,9	45,7	1,9	50,9	49,6	0,7	0,1	6,6	43,8	37,4	1,6	9,8	5,6
Juli	169	754,0	61,2	50,7	1,8	50,5	48,4	1,8	0,0	5,7	45,3	39,2	-1,5	10,0	5,4
Bayern															
März	576	5 174,0	306,7	250,1	8,7	212,2	199,1	6,8	0,9	37,2	248,0	200,3	18,1	27,6	80,7
April	576	5 173,5	262,0	203,8	8,4	210,2	197,4	5,6	0,3	38,1	264,4	218,7	15,8	30,3	91,8
Mai	576	5 284,0	306,9	237,9	7,3	204,3	187,7	5,3	0,4	35,6	253,3	212,7	10,8	24,1	94,2
Juni	575	5 348,6	299,7	241,5	8,9	244,3	226,6	8,8	0,8	52,1	270,0	227,2	13,3	15,4	97,3
Juli	576	5 617,9	341,2	272,2	9,6	261,9	242,8	8,9	0,4	32,1	303,3	257,6	13,9	9,9	119,4
Bremen															
März	28	993,3	44,2	38,4	1,7	49,9	44,9	34,0	—	5,1	79,0	76,0	0,1	—	6,7
April	28	932,7	35,7	28,7	1,6	49,8	44,8	14,0	—	5,9	72,1	70,2	—	—	6,9
Mai	28	942,2	39,9	32,5*	1,1	50,8	48,3	9,8	0,0	5,9	77,3	73,0	2,6	—	10,0
Juni	28	975,3	45,4	39,4	1,5	54,3	51,5	17,6	0,0	7,3	74,7	72,1	—	—	10,2
Juli	28	978,8	35,7	26,8	1,3	55,7	53,0	18,3	—	4,7	88,0	85,3	0,4	—	10,1
Hamburg															
März	55	2 500,8	132,5	114,9	3,5	178,6	163,4	92,9	0,0	14,5	209,0	198,1	2,9	11,8	28,5
April	55	2 550,3	124,1	104,7	1,6	173,7	157,0	94,9	0,0	19,7	259,8	248,2	2,8	20,8	29,0
Mai	55	2 561,2	145,8	126,9	1,4	201,4	177,3	86,1	0,0	14,3	233,6	225,7	4,1	10,8	30,7
Juni	54	2 670,5	162,2	142,6	3,0	223,6	185,6	74,4	0,2	21,4	208,7	201,5	1,3	10,8	34,1
Juli	54	2 756,3	106,1	85,4	2,1	264,0	220,9	64,4	0,1	13,9	265,3	254,1	3,0	12,8	32,1
Hessen															
März	306	2 784,2	178,7	150,0	5,6	325,9	317,2	14,7	0,2	25,4	296,7	252,3	26,0	16,3	53,0
April	307	2 866,5	170,7	142,6	5,2	406,7	382,6	15,0	0,1	25,1	282,8	237,9	25,5	23,3	54,6
Mai	307	2 954,6	198,5	166,7	6,5	441,1	424,8	12,3	0,0	26,2	296,9	234,1	42,6	12,5	56,4
Juni	307	2 972,9	209,3	179,0	7,5	394,8	354,3	14,4	0,2	36,1	293,3	241,7	32,4	11,4	58,0
Juli	307	3 043,2	206,4	170,2	5,5	490,7	441,0	11,2	0,1	25,1	279,0	241,2	18,7	14,3	59,1
Niedersachsen															
März	610	3 019,9	184,5	147,5	6,0	110,5	104,5	4,1	0,1	18,5	179,9	160,4	3,7	12,6	28,4
April	610	3 011,9	171,1	131,9	5,7	113,0	106,5	3,0	0,0	25,6	195,8	177,6	3,0	16,7	29,0
Mai	610	3 103,5	175,2	134,2	6,3	157,7	146,8	2,8	0,0	25,1	198,7	181,5	3,2	18,5	30,9
Juni	610	3 173,6	195,6	157,5	6,3	173,1	163,1	1,8	0,1	31,2	204,4	185,7	4,1	18,1	31,1
Juli	610	3 223,3	221,5	177,5	6,4	165,7	149,6	3,4	0,1	23,9	208,2	193,4	2,2	26,0	30,7

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Kasse und Landeszentral- mittelfristige Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 4) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzaus-

banken

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papier- sortial- lungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁵⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- perschaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Bundesgebiet															
83,4	47,3	5 432,1	5 903,5	10 299,4	8 900,9	325,0	1 073,5	5 736,1	3 546,5	1 034,8	1 164,1	94,1	480,9	965,7	März
90,1	44,6	5 433,3	5 920,9	9 996,7	8 651,5	325,3	1 019,9	5 985,5	3 671,1	1 071,6	1 231,2	98,7	489,2	993,6	April
92,3	43,9	5 424,6	5 938,7	10 088,3	8 717,7	364,5	1 006,1	6 167,1	3 782,3	1 101,2	1 290,8	104,0	494,8	1 037,7	Mai
93,6	48,7	5 421,0	5 943,5	10 114,2	8 739,1	373,8	1 001,3	6 363,5	3 881,1	1 145,8	1 326,3	107,4	508,7	1 075,5	Juni
109,0	48,9	5 432,0	5 943,8	10 203,4	8 851,6	325,9	1 025,9	6 552,5	3 985,2	1 171,7	1 368,4	111,3	512,9	1 095,1	Juli
Baden															
1,5	1,5	176,6	199,5	266,8	220,6	18,0	28,2	51,0	33,1	7,0	9,8	1,8	9,9	34,8	März
1,2	1,5	178,0	200,8	271,4	221,9	23,7	25,8	51,4	34,5	7,3	13,6	1,9	10,0	33,0	April
1,2	1,6	178,0	200,9	270,6	224,4	19,7	26,5	52,9	36,0	7,5	14,6	1,8	10,2	37,1	Mai
0,6	1,5	178,1	201,6	274,4	228,3	20,2	25,9	55,7	36,9	8,0	15,6	1,9	10,2	36,1	Juni
0,5	1,6	178,6	201,6	272,5	226,0	21,6	24,9	60,6	39,4	8,2	13,5	1,8	10,2	33,5	Juli
Bayern															
17,3	13,0	1 023,4	1 120,5	1 723,1	1 447,1	84,6	191,4	1 121,6	775,6	158,5	87,9	16,0	112,1	148,1	März
23,3	14,7	1 025,1	1 129,0	1 685,5	1 411,0	86,3	188,2	1 167,8	803,4	163,0	90,7	16,1	114,7	147,8	April
24,2	14,2	1 027,6	1 131,0	1 711,5	1 416,5	104,2	190,8	1 211,1	825,2	169,8	94,8	17,9	115,3	160,2	Mai
25,7	14,6	1 025,9	1 132,1	1 682,9	1 399,1	94,1	189,7	1 256,0	852,2	176,1	69,6	18,9	119,9	163,5	Juni
38,3	15,2	1 029,9	1 130,6	1 754,6	1 430,5	69,0	255,1	1 305,2	882,0	183,7	70,5	19,2	121,3	215,3	Juli
Bremen															
0,1	1,6	125,2	140,2	313,4	269,5	0,8	43,1	275,9	109,9	54,0	11,7	2,4	14,3	28,2	März
0,1	1,8	124,9	137,6	281,2	241,3	0,7	39,2	278,5	113,8	54,8	13,0	2,4	14,3	30,6	April
0,1	1,9	116,7	137,5	269,6	240,7	0,6	28,3	289,5	116,8	54,7	16,4	2,6	14,5	36,2	Mai
0,1	1,9	115,5	137,5	279,7	248,0	0,1	31,6	294,8	118,9	55,2	18,2	2,7	14,9	36,6	Juni
0,1	2,0	115,2	137,6	274,3	254,2	0,4	19,7	303,1	122,8	56,5	17,9	3,8	13,8	34,9	Juli
Hamburg															
1,1	9,9	287,7	326,7	1 166,1	1 108,5	2,4	55,2	205,8	165,5	6,7	49,2	6,9	29,0	74,9	März
1,1	2,7	286,9	326,1	1 152,0	1 099,5	2,3	50,2	219,7	174,4	6,7	49,6	8,0	30,2	77,6	April
1,1	2,0	289,1	328,3	1 162,3	1 111,7	2,4	48,2	226,9	181,4	6,6	48,9	8,0	30,6	69,3	Mai
1,1	5,6	286,1	325,5	1 240,7	1 189,3	2,4	49,0	232,4	185,3	13,2	52,3	8,9	31,2	74,9	Juni
1,1	3,9	286,0	325,2	1 284,5	1 227,4	2,8	54,3	239,7	190,0	13,2	59,7	9,1	31,5	81,1	Juli
Hessen															
4,5	4,8	462,0	497,0	923,6	811,4	10,5	101,7	302,2	185,1	69,1	54,1	9,9	42,9	68,2	März
4,7	5,4	458,4	496,8	927,6	806,6	12,6	108,4	318,3	192,4	74,2	55,7	11,3	44,3	62,0	April
4,7	5,2	456,3	498,4	922,8	798,6	12,7	111,5	327,8	198,8	76,2	58,8	13,8	44,3	75,2	Mai
5,4	5,2	457,1	498,9	948,6	820,9	17,3	110,4	332,1	204,2	77,4	63,7	14,1	46,2	80,9	Juni
5,3	5,7	459,7	499,2	941,3	806,6	22,2	112,5	343,2	207,2	77,5	63,3	15,0	46,8	76,8	Juli
Niedersachsen															
8,4	4,1	679,0	736,6	835,1	676,6	35,4	123,1	753,5	460,7	183,2	93,1	4,1	46,1	60,3	März
8,4	4,6	682,0	742,2	763,0	636,4	25,9	100,7	785,7	479,2	188,0	103,8	4,1	46,8	62,0	April
9,5	4,7	683,6	745,6	774,4	638,9	36,1	99,4	799,5	495,6	191,5	110,0	4,3	48,5	63,3	Mai
9,8	4,9	686,3	748,1	774,3	656,8	23,5	94,0	817,4	506,3	194,6	117,1	4,3	49,2	58,4	Juni
9,7	5,6	687,9	748,6	768,0	655,7	24,3	88,0	834,9	517,6	197,2	122,5	4,9	49,0	64,6	Juli

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
„Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
bankguthaben. — ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁶⁾ Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichsforderungen. — ⁷⁾ Kurz- und
gleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes.

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheckgut-haben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Gut-haben bei der BdL für ge-stellte Akkreditive	fällige Zins- und Di-viden-den-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und un-ver-zins-liche Schatz-anweis.-des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-zeilei- ins-gesamt
			ins-gesamt ⁴⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Mo-naten				ins-gesamt	darunter			
												Hand-els-wechsel	Bank-akzepte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1951															
Nordrhein-Westfalen															
März	831	8 557,4	536,2	454,4	15,1	757,8	563,0	52,2	0,2	60,6	1 145,5	1 086,9	16,7	108,1	115,8
April	831	8 721,6	562,4	469,3	16,0	725,1	527,8	41,7	0,0	70,9	1 204,1	1 155,6	10,4	175,6	119,8
Mai	831	8 759,7	525,8	428,6	16,2	661,9	530,3	38,6	0,0	71,5	1 249,6	1 207,9	9,3	166,3	120,5
Juni	831	9 057,3	587,0	499,7	20,1	754,4	611,1	39,3	0,4	130,3	1 269,1	1 208,0	22,6	218,3	125,2
Juli	831	9 285,8	609,3	504,7	16,5	760,2	612,1	33,9	0,1	80,5	1 356,9	1 281,9	29,3	335,6	132,1
Rheinland-Pfalz															
März	278	1 302,4	81,7	67,6	2,4	40,0	38,5	1,1	0,0	7,4	73,5	67,7	0,8	5,8	9,9
April	278	1 300,5	79,3	64,6	2,5	39,3	37,8	0,6	0,1	9,0	77,1	71,2	0,7	5,2	10,0
Mai	278	1 310,4	91,4	75,5	2,0	40,0	38,5	1,1	0,0	9,8	74,4	68,2	0,7	3,2	9,7
Juni	278	1 324,8	87,1	72,3	2,3	43,6	43,1	1,1	0,0	13,2	75,3	69,3	0,7	6,8	10,0
Juli	278	1 359,2	98,4	81,2	2,6	61,9	59,5	1,2	0,0	10,4	79,8	74,0	0,7	7,3	11,1
Schleswig-Holstein															
März	185	1 037,1	51,2	38,2	2,3	31,0	29,1	0,3	0,0	5,6	45,8	43,1	0,5	—	3,4
April	185	1 027,2	51,5	36,8	2,0	23,3	21,8	0,1	—	7,4	46,3	43,4	0,6	—	3,4
Mai	185	1 063,7	64,7	49,3	1,5	23,0	21,0	0,1	—	5,9	50,3	47,3	0,4	—	3,6
Juni	185	1 081,4	48,8	35,3	2,1	24,1	21,9	0,0	0,0	7,1	64,2	61,0	0,6	2,0	3,6
Juli	185	1 110,4	57,0	41,3	2,6	27,6	25,0	0,1	—	5,6	62,6	59,4	0,6	0,0	3,7
Württemberg-Baden															
März	364	3 546,3	196,8	167,2	4,5	210,5	170,5	2,3	0,2	22,2	190,1	175,3	5,2	9,1	41,2
April	364	3 575,9	193,2	159,9	5,7	236,6	188,8	2,2	0,1	22,3	194,3	177,7	6,8	9,1	43,3
Mai	364	3 651,8	204,0	166,1	4,4	241,0	179,2	2,5	0,1	26,8	197,1	173,4	11,9	10,2	43,7
Juni	364	3 756,2	205,3	173,8	4,6	271,0	219,6	4,6	0,6	35,8	208,9	182,7	8,2	14,9	42,8
Juli	364	3 826,1	212,2	173,6	5,3	278,1	231,2	4,5	0,1	23,7	225,6	207,8	6,7	14,9	43,4
Württemberg-Hohenzollern															
März	145	654,3	49,6	39,8	1,0	48,4	41,5	0,2	0,0	2,0	30,7	27,9	1,0	1,7	5,1
April	145	677,3	46,0	36,6	0,9	55,8	44,7	0,1	0,0	2,3	29,3	26,4	1,4	1,7	4,9
Mai	145	682,2	54,4	42,5	0,7	56,1	42,7	0,0	0,0	2,3	27,4	25,2	0,9	1,7	4,7
Juni	145	690,9	50,2	40,3	0,9	55,0	42,3	0,0	0,1	4,1	29,9	28,3	0,4	1,8	4,3
Juli	144	688,6	54,2	42,2	0,8	51,2	39,0	0,2	0,0	2,8	29,9	27,8	0,8	1,8	4,0
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
März	13	1 522,2	17,4	16,6	1,0	65,9	58,7	5,9	0,0	0,7	59,5	47,7	3,5	2,0	21,9
April	13	1 539,6	20,7	19,8	0,5	51,8	46,9	5,5	0,0	1,0	76,6	66,0	3,5	2,0	22,6
Mai	13	1 587,2	20,0	18,9	0,5	57,2	51,8	4,1	0,1	1,1	83,7	70,2	4,2	2,0	22,8
Juni	13	1 650,0	16,3	15,4	1,3	82,2	68,7	1,5	0,6	1,5	77,5	69,2	4,2	2,0	23,2
Juli	13	1 665,9	25,1	24,0	0,2	96,9	83,8	9,8	0,1	1,5	96,0	75,1	5,2	2,0	23,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Kasse und Landeszentral- mittelfristige Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 4) Einschließlich Kapitalwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzaus-

banken
Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Aktiva

papierer- sortial- ungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva 8)	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wär- tiger Be- stand e)	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schaft und Private	Öffentl. rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Nordrhein-Westfalen															1951
27,0	4,9	1 274,4	1 342,6	2 575,9	2 358,1	28,2	189,6	1 123,4	572,9	280,1	456,1	27,2	113,7	190,3	März
27,4	4,8	1 282,4	1 355,2	2 511,0	2 288,3	37,2	185,5	1 195,8	597,1	294,7	476,9	28,0	115,7	191,4	April
27,5	4,9	1 274,9	1 356,6	2 536,1	2 326,0	39,1	171,0	1 243,5	620,8	307,5	497,9	28,5	117,2	206,3	Mai
26,9	5,0	1 274,9	1 356,9	2 446,2	2 231,3	45,3	169,6	1 290,1	638,2	323,3	525,5	29,1	121,1	221,3	Juni
29,7	5,0	1 276,1	1 356,7	2 462,8	2 261,7	44,5	156,6	1 318,2	654,6	327,8	542,1	29,2	123,1	204,2	Juli
Rheinland-Pfalz															
2,4	0,0	293,8	323,1	529,1	415,7	13,0	100,4	161,7	96,8	29,8	19,3	1,2	23,0	52,5	März
2,2	1,2	296,4	324,8	510,0	400,8	11,5	97,7	169,3	101,4	30,4	20,9	1,2	23,1	55,3	April
1,9	1,3	297,6	327,2	505,4	398,1	10,2	97,1	173,5	105,7	31,1	21,9	1,2	23,1	54,8	Mai
1,8	1,3	296,7	326,0	500,6	394,8	10,9	94,9	177,8	107,3	32,3	22,6	1,2	23,2	62,0	Juni
1,8	1,3	298,3	327,5	493,3	400,6	10,6	82,1	181,9	109,8	32,5	23,0	1,3	23,1	64,3	Juli
Schleswig-Holstein															
0,2	0,7	196,4	230,7	328,7	277,0	13,3	38,4	247,5	103,5	40,4	76,9	4,4	20,5	22,4	März
0,2	0,7	196,8	230,8	302,8	255,4	16,5	30,9	264,7	116,3	42,4	80,1	5,1	20,6	22,4	April
0,2	0,7	200,3	234,3	298,1	251,9	16,7	29,5	273,4	118,8	43,1	89,6	5,1	20,8	26,6	Mai
0,2	0,8	200,3	234,3	302,0	258,2	13,1	30,7	282,2	124,4	44,6	92,1	5,4	21,1	25,6	Juni
0,2	0,7	200,3	234,3	303,0	261,2	13,9	27,9	302,3	128,0	46,2	94,2	5,8	21,5	23,4	Juli
Württemberg-Baden															
0,2	4,9	587,6	647,1	1 180,0	995,1	55,5	129,4	821,9	595,6	99,4	101,3	12,4	53,1	108,2	März
0,2	5,1	586,1	647,9	1 145,0	964,9	55,7	124,4	848,7	601,3	101,5	112,8	12,6	53,4	105,4	April
0,2	5,2	584,4	648,9	1 168,4	988,1	54,5	125,8	869,6	619,8	102,6	117,4	12,6	53,9	110,5	Mai
0,2	5,6	583,6	649,2	1 158,0	981,5	58,5	118,0	913,0	636,1	107,7	123,7	12,8	55,1	115,9	Juni
0,4	5,5	583,0	648,8	1 173,0	989,9	61,7	121,4	936,7	650,5	114,4	127,8	13,0	55,5	123,8	Juli
Württemberg-Hohenzollern															
0,7	—	145,6	153,9	245,0	202,0	9,7	33,3	71,8	40,7	16,4	5,4	1,0	8,8	38,0	März
0,7	—	146,0	154,3	238,6	197,2	10,1	31,3	76,5	43,3	17,0	5,7	1,0	8,8	59,7	April
0,7	—	146,0	154,3	240,7	195,0	11,9	33,8	79,0	45,0	17,3	6,2	1,1	8,8	53,1	Mai
0,5	—	146,3	154,6	245,3	195,9	12,1	37,3	82,1	46,5	18,3	6,4	1,1	9,1	54,3	Juni
0,1	—	146,4	154,6	246,1	198,7	14,3	33,1	84,7	47,8	19,3	7,1	1,1	9,1	49,2	Juli
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
20,0	2,0	180,4	185,7	212,6	119,4	53,6	39,6	599,8	407,1	90,2	199,5	6,8	7,3	139,5	März
20,7	2,1	170,3	175,7	208,7	128,2	42,9	37,6	609,1	414,0	91,6	208,4	6,9	7,2	146,2	April
20,9	2,2	170,3	175,7	228,5	127,9	56,4	44,2	620,4	418,5	93,3	214,4	7,2	7,5	145,2	Mai
21,3	2,2	170,2	178,7	261,6	135,0	76,3	50,3	629,9	425,0	95,1	219,6	7,1	7,6	145,7	Juni
21,8	2,4	170,6	179,1	229,8	139,0	40,5	50,3	641,9	435,5	95,3	226,8	7,0	7,9	124,1	Juli

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
 ditinstitute ist nicht von Bedeutung. —²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
 „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
 bankguthaben. —⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. —⁶⁾ Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichsforderungen. —⁷⁾ Kurz- und
 gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes.

Passiva

Beträge in

Stand am Mo- nats- ende	Zahl der berich- tenden In- stitute)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)								aufgenommene Gelder ⁵⁾			
			mit	ohne	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kredit- instituten	ins- gesamt	darunter		
					Einlagen von Kreditinstituten	Sicht- und Termin- einlagen	davon		Spar- einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereinge- nommene Gelder	seitens der Kundschaft bei aus- ländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾	
							Wirtschaft und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften						insgesamt
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43		
1951														
Bundesgebiet														
März	3 561	31 799,4	18 713,1	17 016,4	13 085,7	9 915,2	283,8	3 170,5	3 930,7	1 696,7	2 284,2	312,2	6,4	
April	3 562	32 090,0	19 033,0	17 240,8	13 286,0	10 145,6	.	3 140,4	3 954,8	1 792,2	2 097,8	303,8	5,6	
Mai	3 562	32 622,6	19 329,6	17 467,8	13 474,0	10 263,4	.	3 210,6	3 993,8	1 861,8	2 145,8	314,8	7,7	
Juni	3 559	33 448,3	19 924,0	18 030,1	13 975,7	10 533,2	279,7	3 442,5	4 054,4	1 893,9	2 116,0	341,9	10,7	
Juli	3 559	34 309,6	20 414,7	18 366,0	14 236,1	10 809,2	.	3 426,9	4 129,9	2 048,7	2 158,1	393,7	10,9	
Baden														
März	170	707,5	567,4	528,7	362,7	259,8	10,7	102,9	166,0	38,7	39,3	5,3	0,1	
April	170	713,1	569,3	532,5	365,8	267,6	.	98,2	166,7	36,8	37,5	6,5	0,1	
Mai	170	722,3	567,1	532,7	365,4	260,1	.	105,3	167,3	34,4	44,1	6,6	0,1	
Juni	169	746,8	597,7	543,7	375,0	264,3	10,4	110,7	168,7	54,0	39,5	8,5	0,1	
Juli	169	754,0	604,1	553,5	381,8	275,1	.	106,7	171,7	50,6	39,7	9,0	0,0	
Bayern														
März	576	5 174,0	2 816,2	2 574,0	1 894,5	1 381,6	49,5	512,9	679,5	242,2	402,9	43,3	0,1	
April	576	5 173,5	2 837,7	2 603,4	1 922,3	1 416,0	.	506,3	681,1	234,3	356,2	46,0	0,1	
Mai	576	5 284,0	2 909,1	2 651,9	1 966,2	1 423,7	.	542,5	685,7	257,2	369,0	51,3	0,2	
Juni	575	5 348,6	2 969,6	2 706,2	2 015,0	1 467,2	48,5	547,8	691,2	263,4	361,0	59,8	0,2	
Juli	576	5 617,9	3 049,2	2 753,2	2 052,5	1 515,3	.	537,2	700,7	296,0	385,0	57,9	0,1	
Bremen														
März	28	993,3	453,3	407,5	354,7	290,3	3,9	64,4	52,8	45,8	72,8	0,5	0,5	
April	28	932,7	420,4	365,4	311,8	250,2	.	61,6	53,6	55,0	65,7	0,6	0,0	
Mai	28	942,2	406,9	347,2	293,1	248,3	.	44,8	54,1	59,7	76,6	1,1	0,3	
Juni	28	975,3	440,9	372,6	317,5	267,5	3,8	50,0	55,1	68,3	67,4	1,0	—	
Juli	28	978,8	438,4	364,3	307,7	258,5	.	49,2	56,6	74,1	65,6	1,0	0,3	
Hamburg														
März	55	2 500,8	1 533,2	1 397,2	1 252,4	1 105,4	10,8	147,0	144,8	136,0	158,7	17,1	3,1	
April	55	2 550,3	1 577,7	1 422,5	1 275,2	1 130,7	.	144,5	147,3	155,2	170,4	16,6	3,2	
Mai	55	2 561,2	1 583,6	1 427,5	1 277,7	1 130,7	.	147,0	149,8	156,1	163,9	15,7	4,1	
Juni	54	2 670,5	1 627,3	1 470,9	1 320,5	1 156,5	10,4	164,0	150,4	156,4	202,1	17,6	3,6	
Juli	54	2 756,3	1 695,4	1 498,1	1 342,9	1 168,8	.	174,1	155,2	197,3	220,2	17,1	3,3	
Hessen														
März	306	2 784,2	1 892,6	1 638,1	1 306,3	1 045,8	24,5	260,5	331,8	254,5	190,1	5,7	—	
April	307	2 866,5	1 967,6	1 664,8	1 332,0	1 063,8	.	268,2	332,8	302,8	166,6	5,5	—	
Mai	307	2 954,6	2 045,6	1 723,7	1 386,1	1 104,0	.	282,1	337,6	321,9	162,5	6,5	—	
Juni	307	2 972,9	2 071,4	1 757,7	1 413,8	1 124,0	24,2	289,8	343,9	313,7	148,1	5,8	—	
Juli	307	3 043,2	2 129,2	1 798,0	1 445,4	1 152,4	.	293,0	352,6	331,2	156,2	6,4	—	
Niedersachsen														
März	610	3 019,9	1 716,8	1 596,7	1 095,8	894,9	42,5	200,9	500,9	120,1	219,0	10,3	0,0	
April	610	3 011,9	1 713,4	1 619,2	1 116,5	934,0	.	182,5	502,7	94,2	183,3	10,5	0,0	
Mai	610	3 103,5	1 796,1	1 661,4	1 153,6	944,2	.	209,4	507,8	134,7	180,7	12,5	0,0	
Juni	610	3 173,6	1 837,9	1 696,0	1 179,6	957,0	42,8	222,6	516,4	141,9	172,4	12,6	0,1	
Juli	610	3 223,3	1 875,1	1 756,7	1 232,6	1 016,4	.	216,2	524,1	118,4	154,3	12,7	0,0	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Auch die Einlagen auf Fest- aus der RM-Zeit. — 4) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 5) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landes- wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 6) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzaus- zweckgebundene Mittel.

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverschreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁶⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Zielungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	darunt. Eigenkap. von neugegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Bundesgebiet⁷⁾															
1 279,5	1 531,3	3 179,4	1 164,1	1 238,2	497,8	193,6	2 409,6	1 657,5	1 040,2	1 833,2	183,7	1 453,1	95,7	3 391,1	März
1 096,4	1 596,0	3 279,2	1 231,2	1 243,5	495,1	193,6	2 512,9	1 700,8	1 065,0	1 914,1	191,8	1 422,2	86,2	3 089,3	April
1 040,7	1 616,8	3 384,9	1 290,8	1 256,7	504,8	195,6	2 557,3	1 736,5	1 111,8	2 012,3	197,4	1 490,3	79,7	3 037,6	Mai
1 023,2	1 647,4	3 478,0	1 326,3	1 280,7	523,1	201,8	2 652,7	1 775,8	1 149,6	2 081,9	206,2	1 526,8	69,2	3 380,8	Juni
905,0	1 710,8	3 602,4	1 368,4	1 334,2	574,7	246,9	2 816,0	1 804,9	1 199,4	2 210,2	212,1	1 569,8	75,1	3 354,8	Juli
Baden															
17,7	0,0	10,0	9,8	20,1	4,0	—	43,2	5,1	14,2	6,6	0,7	15,2	2,4	46,6	März
16,3	0,0	9,4	13,6	20,3	4,2	—	46,7	5,2	13,8	9,5	1,8	15,7	2,1	46,9	April
17,4	0,0	9,6	14,6	20,5	4,3	—	49,0	5,2	15,9	8,5	1,9	14,8	1,8	49,2	Mai
17,2	0,0	10,1	15,6	20,8	4,2	—	45,9	5,5	17,8	9,5	1,9	15,5	1,9	52,0	Juni
12,6	0,0	14,2	13,5	20,8	4,5	—	49,1	5,8	17,5	11,8	2,2	16,0	1,8	53,7	Juli
Bayern															
266,6	383,4	571,9	87,9	195,7	80,5	1,0	449,4	280,8	141,4	265,9	24,4	221,6	26,8	510,1	März
241,0	398,7	586,2	90,7	196,9	80,6	1,0	466,1	287,7	145,1	278,7	25,9	203,8	21,4	474,9	April
227,9	406,4	607,0	94,8	203,2	84,1	1,0	466,6	294,9	156,0	287,7	26,0	216,3	20,1	473,3	Mai
211,3	415,2	617,6	69,6	204,8	85,6	1,0	499,5	299,4	160,6	277,4	28,0	216,7	16,1	499,4	Juni
187,6	445,1	658,1	70,5	250,4	130,0	45,0	572,0	304,9	167,9	302,5	28,3	227,1	22,6	460,2	Juli
Bremen															
70,9	122,2	163,4	11,7	26,4	6,5	4,0	72,6	92,3	41,7	40,0	3,2	54,2	0,4	132,1	März
50,3	123,9	165,1	13,0	26,4	6,6	4,1	67,9	93,1	42,7	40,2	3,8	46,2	0,5	126,0	April
40,3	124,0	172,6	16,4	26,6	7,7	5,1	78,8	93,4	48,5	43,4	6,0	48,7	0,5	114,9	Mai
37,0	125,6	174,4	18,2	26,7	8,0	5,1	85,1	95,3	49,9	44,6	5,7	60,3	0,4	121,6	Juni
37,6	130,5	179,6	17,9	26,8	8,0	5,1	82,4	97,2	50,6	47,5	5,9	62,1	0,4	124,4	Juli
Hamburg															
292,3	57,7	113,4	49,1	73,6	29,0	1,0	222,8	88,6	18,6	42,5	31,2	294,6	1,6	445,7	März
267,7	64,7	114,1	49,6	74,6	30,2	1,0	231,5	89,7	18,1	43,6	30,4	291,7	1,6	392,6	April
276,2	65,7	116,0	48,9	75,7	31,1	1,0	231,2	91,4	17,7	44,5	28,6	308,5	1,4	425,1	Mai
276,0	70,7	117,4	52,3	81,8	34,2	1,0	242,9	93,1	19,0	45,3	30,8	324,4	1,2	487,6	Juni
258,7	70,8	119,6	59,7	82,2	34,7	1,0	249,7	94,7	27,6	46,1	29,2	298,7	1,1	460,1	Juli
Hessen															
97,4	112,0	122,1	54,1	88,6	19,3	2,0	227,3	83,9	51,5	39,4	12,4	117,3	13,5	221,0	März
90,1	118,2	128,9	55,7	89,3	19,7	2,0	250,1	85,8	55,4	43,5	12,8	119,9	12,9	224,8	April
90,4	119,0	134,6	58,8	90,6	20,9	2,0	253,1	91,0	57,4	46,1	12,7	126,2	12,3	220,4	Mai
91,3	119,3	138,0	63,7	91,2	21,4	2,0	249,9	93,7	56,5	44,1	16,3	136,6	10,3	233,3	Juni
80,8	121,9	146,3	63,3	91,8	21,7	2,0	253,7	92,8	60,7	46,0	18,7	142,5	10,2	245,9	Juli
Niedersachsen															
53,1	176,6	492,5	93,1	89,3	14,1	—	179,5	132,0	164,4	271,6	30,3	74,3	22,0	247,7	März
42,7	183,7	505,4	103,8	89,4	14,4	—	190,2	135,6	172,9	284,2	30,0	76,2	21,6	209,6	April
34,9	185,5	515,4	110,0	90,1	13,8	—	190,8	137,5	180,3	292,6	31,5	75,4	19,3	200,1	Mai
35,2	188,4	525,7	117,1	90,8	15,6	—	206,1	140,5	181,5	303,2	31,3	76,0	16,1	222,6	Juni
32,3	192,7	533,9	122,5	91,8	16,6	—	220,7	142,0	182,9	312,3	31,1	79,5	16,2	225,0	Juli

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringen Beträgen — die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. — ⁵⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen der Kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder
noch: Passiva Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto ⁴⁾)							aufgenommene Gelder ⁵⁾			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termineinlagen	davon Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften			Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾
			insgesamt	darunter Anlagekonto									
			31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41
Nordrhein-Westfalen													
März	831	8 557,4	5 893,9	5 433,7	4 288,5	3 215,6	68,0	1 072,9	1 145,2	460,2	513,9	133,7	2,6
April	831	8 721,6	6 050,8	5 557,7	4 400,1	3 326,6	.	1 073,5	1 157,6	493,1	489,3	128,3	2,1
Mai	831	8 759,7	6 067,8	5 591,8	4 418,0	3 368,5	.	1 049,5	1 173,8	476,0	485,3	120,0	2,9
Juni	831	9 057,3	6 273,4	5 840,2	4 648,6	3 452,0	67,3	1 196,6	1 191,6	433,2	491,2	125,5	6,6
Juli	831	9 285,8	6 449,4	5 963,5	4 746,4	3 528,7	.	1 217,7	1 217,1	485,9	462,9	129,4	7,2
Rheinland-Pfalz													
März	278	1 302,4	769,5	700,1	455,7	340,1	19,6	115,6	244,4	69,4	166,9	8,0	0,0
April	278	1 300,5	776,6	708,1	464,4	345,7	.	118,7	243,7	68,5	161,7	8,8	—
Mai	278	1 310,4	799,9	724,9	479,5	354,9	.	124,6	245,4	75,0	154,5	9,6	0,0
Juni	278	1 324,8	810,1	733,4	484,9	352,4	19,1	132,5	248,5	76,7	153,8	10,6	0,0
Juli	278	1 359,2	852,0	766,3	514,0	374,5	.	139,5	252,3	85,7	131,9	12,2	—
Schleswig-Holstein													
März	185	1 037,1	470,0	433,6	302,8	246,3	13,4	56,5	130,8	36,4	92,5	18,7	—
April	185	1 027,2	458,2	430,7	298,5	249,3	.	49,2	132,2	27,5	80,1	8,4	—
Mai	185	1 063,7	463,7	437,2	303,9	250,0	.	53,9	133,3	26,5	84,9	9,7	—
Juni	185	1 081,4	478,1	449,5	314,2	251,0	13,3	63,2	135,3	28,6	82,5	10,2	—
Juli	185	1 110,4	482,6	454,8	317,2	258,8	.	58,4	137,6	27,8	79,8	10,8	—
Württemberg-Baden													
März	364	3 546,3	1 922,4	1 738,9	1 339,1	865,2	30,2	473,9	399,8	183,5	300,5	28,9	—
April	364	3 575,9	1 942,1	1 755,1	1 352,6	876,8	.	475,8	402,5	187,0	247,9	29,3	—
Mai	364	3 651,8	1 972,9	1 784,0	1 379,8	892,2	.	487,6	404,2	188,9	253,5	31,3	—
Juni	364	3 756,2	2 064,9	1 843,9	1 426,3	937,9	29,0	488,4	417,6	221,0	238,7	31,1	—
Juli	364	3 826,1	2 103,3	1 863,6	1 438,8	959,5	.	479,3	424,8	239,7	264,3	58,9	—
Württemberg-Hohenzollern													
März	145	654,3	492,9	424,6	290,2	190,3	10,4	99,9	134,4	68,3	46,6	8,0	—
April	145	677,3	518,9	438,9	304,6	195,3	.	109,3	134,3	80,0	42,6	8,1	—
Mai	145	682,2	519,7	439,8	305,3	198,3	.	107,0	134,5	79,9	49,7	14,9	—
Juni	145	690,9	516,2	438,5	303,0	199,8	10,3	103,2	135,5	77,7	54,2	14,3	—
Juli	144	688,6	508,3	432,3	295,2	202,7	.	92,5	137,1	76,0	60,8	26,0	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
März	13	1 522,2	184,9	143,3	143,1	79,9	0,4	63,2	0,2	41,6	81,0	32,7	—
April	13	1 539,6	200,3	142,6	142,4	89,8	.	52,6	0,2	57,7	96,6	35,0	—
Mai	13	1 587,2	197,2	145,7	145,5	88,6	.	56,9	0,2	51,5	121,2	35,5	—
Juni	13	1 650,0	236,5	177,5	177,2	103,3	0,4	73,9	0,3	59,0	105,2	45,1	—
Juli	13	1 665,9	227,7	161,5	161,2	98,4	.	62,8	0,3	66,2	137,4	52,4	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 4) Auch die Einlagen auf Fest- aus der RM-Zeit. — 5) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 6) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung des Landes an zwei Landes- wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 7) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzaus- zweckgebundene Mittel.

**banken
Länder**

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: P a s s i v a

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	Eigenkapital von neu-gründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Nordrhein-Westfalen															1951
200,9	224,0	558,1	456,1	207,0	25,3	2,9	503,5	220,1	342,8	582,4	20,5	434,8	4,7	675,7	März
129,5	235,8	589,4	476,9	210,1	27,6	2,9	539,8	235,1	349,3	607,4	20,2	443,0	4,7	542,1	April
104,6	239,5	609,3	497,9	211,8	27,9	2,9	543,5	234,7	357,9	629,7	21,1	457,4	4,9	494,8	Mai
121,1	243,6	632,6	525,5	214,0	29,8	2,9	555,9	249,1	368,3	664,3	21,8	459,7	4,4	638,9	Juni
90,6	251,0	645,3	542,1	214,7	30,7	2,9	629,8	254,0	367,6	688,5	21,9	482,9	4,1	562,5	Juli
Rheinland-Pfalz															
65,9	33,2	65,9	19,3	38,0	7,7	—	143,7	31,7	41,1	21,9	1,6	33,9	6,6	155,5	März
58,0	39,5	68,2	20,9	38,4	8,0	—	137,2	33,1	43,9	21,9	1,6	34,1	5,9	146,0	April
53,3	39,5	70,3	21,9	38,8	7,8	—	132,2	33,9	44,4	23,8	1,7	37,1	6,3	147,0	Mai
53,5	41,8	68,7	22,6	38,9	7,6	—	135,4	34,0	43,2	24,9	1,8	39,8	6,2	146,5	Juni
47,2	46,7	70,6	23,0	39,5	8,0	—	148,3	34,5	43,1	27,9	1,9	39,8	5,9	144,0	Juli
Schleswig-Holstein															
45,7	30,2	203,2	76,9	38,0	13,4	5,4	80,6	99,1	98,6	93,0	9,5	31,7	6,9	218,5	März
42,6	33,7	217,4	80,1	39,0	14,3	5,3	76,1	100,8	91,6	96,5	18,0	31,2	6,0	218,7	April
40,2	34,2	223,4	89,6	40,0	15,5	6,3	87,7	103,0	101,2	98,9	20,4	35,9	4,9	227,1	Mai
37,6	34,2	231,6	92,1	40,3	15,7	6,3	85,0	108,8	102,5	102,1	20,3	37,6	4,5	216,6	Juni
36,2	34,2	248,7	94,2	41,4	16,8	7,3	93,3	114,5	113,4	104,7	20,9	37,3	4,5	224,7	Juli
Württemberg-Baden⁷⁾															
141,9	189,5	365,9	101,3	208,8	116,6	—	316,0	129,3	72,7	287,7	11,4	126,0	9,6	289,3	März
132,5	206,2	377,5	112,8	201,3	107,9	—	355,6	130,6	78,4	301,3	12,7	114,4	8,0	295,0	April
134,2	209,1	397,9	117,4	201,5	110,2	—	365,3	132,3	77,1	326,6	12,7	124,8	7,1	294,4	Mai
122,4	213,0	423,6	123,7	205,4	112,9	—	364,5	134,6	84,4	348,7	12,9	111,3	7,0	332,5	Juni
103,0	215,1	437,0	127,8	208,5	115,7	—	367,1	135,9	97,0	378,4	13,9	124,8	7,3	326,6	Juli
Württemberg-Hohenzollern															
18,2	—	31,0	5,4	15,6	4,0	—	44,6	6,1	24,3	15,0	0,0	13,7	1,0	50,0	März
15,1	—	32,8	5,7	15,8	4,2	—	46,4	6,4	24,8	16,0	0,1	14,0	1,4	50,9	April
12,8	—	33,3	6,2	16,0	4,4	—	44,5	11,7	25,4	25,3	0,2	14,8	1,0	50,2	Mai
13,0	—	34,8	6,4	16,4	4,5	—	49,9	6,8	24,7	26,4	0,6	16,6	0,9	51,9	Juni
11,8	—	35,8	7,1	16,6	4,5	—	48,2	7,2	26,3	38,0	0,6	17,5	1,0	53,3	Juli
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
8,8	202,3	481,9	199,5	237,2	177,3	177,3	126,6	488,6	28,5	167,4	38,5	35,9	0,0	398,8	März
10,5	191,7	484,7	208,4	241,9	177,3	177,3	105,5	497,8	29,1	171,1	34,1	32,1	0,0	362,0	April
8,6	193,8	495,4	214,4	241,9	177,3	177,3	114,7	507,6	29,9	185,0	34,7	30,5	0,1	340,9	Mai
7,8	195,6	503,5	219,6	249,5	183,4	183,4	132,3	514,7	41,0	191,6	35,2	32,2	0,1	378,0	Juni
6,6	202,7	513,3	226,8	249,7	183,6	183,6	101,7	521,6	44,6	206,3	37,7	41,8	0,1	474,3	Juli

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Konto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ³⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder
 Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheckgut-haben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁵⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividen- schein	Schecks und Inkasso- wechsel	Wechsel		Schatz- wech- sel und unver- zins- liche Schatz- anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon- beitei- lung in- gesamt	
			ins- gesamt ⁴⁾	darunter Giro- gut- haben bei der LZB		ins- gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins- gesamt	Hand- wch- sel			Bank- akzept
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1951															
Alle Banken															
März	3 561	31 799,4	1 839,4	1 536,9	53,6	2 061,7	1 759,9	215,1	1,6	201,8	2 599,6	2 370,9	79,7	205,8	401,1
April	3 562	32 090,0	1 768,7	1 442,5	52,0	2 120,1	1 789,8	183,9	1,0	231,1	2 745,0	2 529,1	71,9	294,5	420,9
Mai	3 562	32 622,6	1 891,5	1 534,9	50,1	2 164,0	1 876,4	163,2	0,8	228,5	2 781,1	2 552,0	92,2	258,8	433,4
Juni	3 559	33 448,3	1 960,7	1 642,4	60,2	2 371,3	2 037,4	164,4	3,1	346,7	2 819,7	2 584,0	89,5	311,3	445,6
Juli	3 559	34 309,6	2 028,4	1 649,9	54,6	2 564,4	2 206,4	157,6	0,9	230,0	3 039,7	2 796,8	82,8	434,7	474,8
Kreditbanken *)															
März	255	11 824,9	883,8	778,4	23,9	752,1	743,0	180,6	1,2	147,0	1 719,9	1 608,1	38,4	43,6	174,6
April	256	11 904,4	869,2	753,9	22,3	735,7	726,2	157,2	0,6	158,0	1 823,7	1 718,5	37,5	95,2	185,1
Mai	256	12 044,3	893,7	768,7	22,4	711,4	700,5	141,6	0,5	157,2	1 830,4	1 715,0	55,3	83,2	190,8
Juni	255	12 401,0	971,5	863,3	26,4	813,8	803,5	149,4	1,8	256,6	1 803,6	1 695,8	40,4	80,9	201,4
Juli	254	12 718,4	955,2	820,4	25,1	948,7	936,6	132,6	0,7	162,5	1 980,9	1 874,9	28,3	104,0	209,8
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
März	38	2 401,3	4,0	3,4	0,7	207,0	161,0	—	0,0	0,0	0,3	0,1	—	15,0	4,2
April	38	2 493,3	6,6	6,0	0,5	224,5	171,6	—	0,0	0,1	0,4	0,1	—	17,3	9,0
Mai	38	2 542,3	6,4	5,7	0,3	238,2	165,6	—	0,0	0,0	0,5	0,2	—	17,3	8,9
Juni	38	2 613,7	10,8	10,2	1,0	249,4	182,8	—	0,0	0,0	0,6	0,2	—	22,5	8,7
Juli	38	2 694,4	3,4	2,8	0,3	265,7	205,3	—	0,0	0,0	0,6	0,2	—	23,5	26,3
Girozentralen															
März	18	4 476,4	140,8	130,5	6,7	430,4	297,8	17,2	0,2	8,8	407,4	373,2	26,0	100,6	65,6
April	18	4 357,0 ⁹⁾	71,7	63,6	5,2	418,9	281,2	10,7	0,0	14,9	423,6	395,4	19,0	140,1	66,3
Mai	18	4 458,1	107,1	98,9	5,3	414,5	347,8	6,6	0,1	15,6	426,7	401,8	17,2	115,2	67,5
Juni	18	4 677,9	106,0	97,0	4,8	458,4	367,0	8,4	0,4	20,4	495,9	448,8	30,4	161,4	68,3
Juli	18	4 896,6	131,7	121,9	5,4	410,2	314,3	5,1	0,0	11,7	517,6	470,2	38,1	254,7	68,1
Sparkassen															
März	883	8 016,2	612,5	471,5	11,9	403,2	304,9	0,1	0,2	25,2	251,2	237,5	2,4	41,6	110,5
April	884	8 226,6 ¹⁰⁾	598,7	451,5	13,1	459,7	353,3	0,0	0,2	31,2	255,5	238,5	3,5	36,7	113,0
Mai	884	8 377,7	638,6	473,8	11,2	505,5	387,7	0,0	0,0	31,3	269,2	248,6	6,4	38,5	118,1
Juni	882	8 481,7	638,0	490,1	14,9	518,1	381,7	—	0,1	35,5	270,5	251,2	5,9	41,7	118,7
Juli	882	8 623,9	667,1	496,6	12,1	580,6	418,9	—	0,0	28,8	273,9	255,6	5,4	44,6	121,0
Zentralkassen ^{o)}															
März	31	850,1	38,7	34,9	1,9	28,4	24,4	0,1	0,0	4,2	53,6	26,8	7,2	0,8	6,6
April	31	846,6	47,7	43,7	1,6	28,6	24,3	0,1	0,0	5,8	53,8	28,1	6,8	0,8	6,9
Mai	31	848,6	50,7	46,4	1,7	31,7	27,3	0,1	0,0	4,8	54,0	28,4	7,2	0,3	7,0
Juni	31	831,1	46,8	43,2	1,9	26,3	21,8	—	0,0	7,0	53,0	27,1	8,1	0,3	6,8
Juli	31	835,0	64,1	59,5	1,7	30,1	25,5	0,1	0,0	6,2	52,7	29,5	5,3	0,3	7,1
Kreditgenossenschaften ^{o)}															
März	2 294	2 329,6	129,4	90,1	7,3	99,6	96,0	0,1	0,0	15,3	86,6	58,4	0,3	2,2	13,2
April	2 294	2 346,7	144,9	96,0	8,4	109,0	105,3	0,0	0,1	19,6	91,6	63,8	0,4	2,2	13,2
Mai	2 294	2 375,5	165,1	113,8	8,4	106,1	100,4	0,4	0,0	18,1	95,4	68,2	0,3	2,2	13,1
Juni	2 294	2 409,1	154,5	107,7	9,6	132,4	125,8	0,3	0,1	24,2	96,3	69,6	0,2	2,5	13,4
Juli	2 294	2 454,4	169,9	114,0	9,4	148,0	139,2	1,1	0,0	18,7	96,1	69,6	0,2	2,5	13,5
Sonstige Kreditinstitute															
März	29	378,8	12,7	11,5	0,4	75,2	74,2	11,2	—	0,4	21,1	19,2	1,9	—	4,5
April	28	375,9	9,1	7,9	0,4	91,8	80,7	10,4	—	0,4	19,8	18,5	1,2	0,4	5,0
Mai	28	388,9	9,9	8,7	0,3	99,3	95,1	10,5	—	0,3	21,2	19,7	1,5	0,1	5,1
Juni	28	383,8	16,8	15,5	0,4	90,5	86,1	4,8	—	1,5	22,3	22,0	0,3	0,1	5,2
Juli	29	420,9	11,9	10,6	0,3	84,2	82,8	9,0	—	0,6	21,9	21,6	0,3	3,1	5,3
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
März	13	1 522,2	17,4	16,6	1,0	65,9	58,7	5,9	0,0	0,7	59,5	47,7	3,5	2,0	21,9
April	13	1 539,6	20,7	19,8	0,5	51,8	46,9	5,5	0,0	1,0	76,6	66,0	3,5	2,0	22,6
Mai	13	1 587,2	20,0	18,9	0,5	57,2	51,8	4,1	0,1	1,1	83,7	70,2	4,2	2,0	22,8
Juni	13	1 650,0	16,3	15,4	1,3	82,2	68,7	1,5	0,6	1,5	77,5	69,2	4,2	2,0	23,2
Juli	13	1 665,9	25,1	24,0	0,2	96,9	83,8	9,8	0,1	1,5	96,0	75,1	5,2	2,0	23,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ³⁾ Kasse und Landeszentral- mittelfristige Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — ⁴⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzaus- Landesbank Wiesbaden über das Sparkassengeschäft und ihr Geschäft als Girozentrale getrennt berichtet (Rückgang bei den Girozentralen und Zunahme nal- und Lokalbanken“ und „Privatbankiers“ umseitig. — ⁵⁾ Aufgliederung umseitig.

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papier- sortial- ungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfund- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuhän- de- geschäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Gebäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Monats- ende
		gegen- wärtiger Bestand ⁶⁾	Best- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	Wirt- schaft und Private	Öffentl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	darunter							
								ins- gesamt	gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kommunal- dek- kung					
Alle Banken															
83,4	47,3	5 432,1	5 903,5	10 299,4	8 900,9	325,0	1 073,5	5 736,1	3 546,5	1 034,8	1 164,1	94,1	480,9	965,7	März
90,1	44,6	5 433,3	5 920,9	9 996,7	8 651,5	325,3	1 019,9	5 985,5	3 671,1	1 071,6	1 231,2	98,7	489,2	993,6	April
92,3	43,9	5 424,6	5 938,7	10 088,3	8 717,7	364,5	1 006,1	6 167,1	3 782,3	1 101,2	1 290,8	104,0	494,8	1 037,7	Mai
93,6	48,7	5 421,0	5 943,5	10 114,2	8 739,1	373,8	1 001,3	6 363,5	3 881,1	1 145,8	1 326,3	107,4	508,7	1 075,5	Juni
109,0	48,9	5 432,0	5 943,8	10 203,4	8 851,6	325,9	1 025,9	6 552,5	3 985,2	1 171,7	1 368,4	111,3	512,9	1 095,1	Juli
Kreditbanken ⁴⁾															
16,9	7,1	1 423,6	1 474,7	5 205,6	4 980,5	81,1	144,0	705,3	270,7	14,5	102,8	49,8	161,8	242,2	März
22,2	10,3	1 430,2	1 482,7	5 104,0	4 871,0	85,0	148,0	747,2	269,3	14,6	111,0	52,9	165,1	236,7	April
23,7	8,9	1 434,6	1 487,8	5 222,1	4 957,2	104,3	160,6	773,8	278,4	14,8	108,2	55,6	166,3	243,6	Mai
24,7	9,0	1 433,3	1 485,8	5 233,8	4 977,2	98,2	158,4	818,7	284,9	15,2	91,8	58,0	173,8	277,2	Juni
32,2	9,1	1 433,4	1 485,4	5 315,8	5 076,5	80,3	159,0	842,5	293,3	16,3	96,1	59,1	175,4	267,5	Juli
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
0,0	21,7	310,8	420,6	39,1	22,3	3,4	13,4	1 618,9	1 357,7	148,2	126,4	2,0	15,7	35,5	März
0,0	22,5	306,9	423,6	47,1	22,5	9,3	15,3	1 662,2	1 394,4	151,9	136,2	2,4	16,5	41,1	April
0,0	23,9	297,2	421,6	45,0	21,4	8,8	14,8	1 702,4	1 428,9	155,0	144,0	2,4	16,7	39,1	Mai
0,0	24,7	292,3	421,3	44,0	20,9	9,0	14,1	1 751,1	1 470,3	159,9	151,4	2,4	16,8	38,0	Juni
7,2	26,1	292,0	420,4	42,1	20,2	7,8	14,1	1 803,5	1 511,5	168,3	157,3	2,5	16,9	34,2	Juli
Girozentralen															
37,2	16,6	258,4	294,3	1 199,3	576,6	120,9	501,8	1 156,1	333,6	599,1	529,4	3,3	25,9	109,7	März
37,7	9,8	212,2 ⁹⁾	248,1 ⁹⁾	1 088,4 ⁹⁾	515,8 ⁹⁾	113,3	459,3	1 202,4	355,1	619,5	546,0	3,5	26,1	117,2	April
38,5	8,9	214,9	249,6	1 091,5	536,0	128,9	426,6	1 235,5	368,1	632,4	579,6	3,6	26,2	139,3	Mai
39,3	12,7	213,7	249,5	1 097,6	556,4	116,5	424,7	1 270,9	377,0	662,5	604,0	3,6	26,5	124,9	Juni
40,1	11,4	213,5	249,5	1 126,5	566,1	120,7	439,7	1 320,8	390,7	675,6	616,2	4,0	26,6	173,1	Juli
Sparkassen															
7,4	—	2 462,6	2 685,7	1 983,1	1 909,3	58,6	15,2	1 465,1	1 135,4	178,0	156,9	6,6	182,7	302,8	März
7,2	—	2 518,9 ¹⁰⁾	2 747,7 ¹⁰⁾	1 953,5 ¹⁰⁾	1 873,7 ¹⁰⁾	67,1	12,7	1 565,3	1 194,6	189,2	177,1	6,8	185,6	311,3	April
7,1	—	2 507,2	2 755,3	1 917,9	1 847,9	58,3	11,7	1 633,0	1 233,9	200,1	189,5	6,9	188,7	322,1	Mai
6,3	—	2 510,9	2 758,1	1 910,7	1 830,6	69,1	11,0	1 685,7	1 263,7	207,4	200,9	7,1	192,8	336,1	Juni
5,8	—	2 521,7	2 760,5	1 903,6	1 816,2	72,4	15,0	1 732,3	1 293,3	210,5	210,7	8,7	194,0	324,8	Juli
Zentralkassen ⁵⁾															
0,7	—	55,6	58,5	505,8	160,1	0,4	345,3	80,4	14,7	—	2,9	4,6	14,6	51,9	März
0,7	—	54,4	58,0	483,2	146,5	0,4	336,3	86,0	13,8	—	1,9	4,7	15,2	55,9	April
0,5	—	54,9	58,0	472,6	134,5	0,4	337,7	85,8	23,2	—	2,3	7,0	15,2	60,5	Mai
0,5	—	54,7	57,0	459,6	127,0	0,3	332,3	87,6	28,4	0,2	2,6	7,1	15,5	61,9	Juni
0,5	—	54,7	57,8	436,6	131,7	0,3	304,6	88,6	28,3	0,1	2,7	7,8	15,6	66,7	Juli
Kreditgenossenschaften ⁵⁾															
1,0	—	719,2	762,7	977,8	963,3	7,0	7,5	89,6	24,8	4,9	41,6	9,1	65,5	73,1	März
1,0	—	719,9	762,6	946,6	932,9	7,3	6,4	95,1	27,4	4,9	46,0	9,4	66,5	74,2	April
0,8	—	720,9	764,0	945,7	931,6	7,3	6,8	96,5	27,7	5,5	49,8	9,9	68,0	75,9	Mai
0,9	—	721,5	766,2	942,1	931,2	4,4	6,5	99,9	28,2	5,5	53,0	10,2	69,5	79,6	Juni
0,8	—	721,6	764,3	952,7	942,3	3,8	6,6	103,0	28,9	5,6	55,7	10,3	70,3	81,6	Juli
Sonstige Kreditinstitute															
0,3	—	21,5	21,4	176,0	169,4	0,0	6,6	21,0	2,5	—	4,6	11,9	7,4	10,9	März
0,6	—	20,4	22,7	165,2	160,7	0,0	4,5	18,3	2,5	—	4,6	12,0	7,0	11,1	April
0,6	—	24,6	26,9	165,1	161,2	0,0	3,9	19,7	3,7	—	3,1	11,5	6,2	12,0	Mai
0,6	—	24,5	26,9	164,8	160,7	0,0	4,1	19,8	3,8	—	3,0	11,9	6,2	12,0	Juni
0,6	—	24,5	26,9	196,3	159,5	0,0	36,8	19,9	3,7	—	3,0	11,9	6,2	22,8	Juli
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
20,0	2,0	180,4	185,7	212,6	119,4	53,6	39,6	599,8	407,1	90,2	199,5	6,8	7,3	139,5	März
20,7	2,1	170,3	175,7	208,7	128,2	42,9	37,6	609,1	414,0	91,6	208,4	6,9	7,2	146,2	April
20,9	2,2	170,3	175,7	228,5	127,9	56,4	44,2	620,4	418,5	93,3	214,4	7,2	7,5	145,2	Mai
21,3	2,2	170,2	178,7	261,6	135,0	76,3	50,3	629,9	425,0	95,1	219,6	7,1	7,6	145,7	Juni
21,8	2,4	170,6	179,1	229,8	139,0	40,5	50,3	641,9	435,5	95,3	226,8	7,0	7,9	124,1	Juli

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
„Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als e in Institut gezählt.
bankguthaben. — ³⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁴⁾ Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichsforderungen. — ⁷⁾ Kurz- und
gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁹⁾ Der Rückgang ist überwiegend dadurch verursacht, daß ab April 1951 die Nassauische
bei der Bankengruppe Sparkassen). — ¹⁰⁾ Vgl. Anmerkung ⁹⁾. — ⁴⁾ Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen“, „Staats-, Regio-

Aktiv a

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheckgut-haben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁵⁾		Währungs- und DM-Gut-haben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividen-den-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unverzinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili- insgesamt
			ins-gesamt ⁴⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	Handels-wechsel	Bank-akzepte		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Kreditbanken, Aufgliederung:															
1951															
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen															
März	30	6 543,8	480,2	424,5	13,3	449,7	444,3	105,6	0,6	103,5	1 187,0	1 137,2	11,1	13,4	49,0
April	30	6 630,5	523,2	461,2	12,0	428,6	423,2	85,1	0,3	109,3	1 230,8	1 185,5	7,9	68,1	52,6
Mai	30	6 741,7	507,5	440,5	12,3	457,5	452,4	82,7	0,2	116,2	1 266,2	1 211,4	26,1	61,0	54,3
Juni	30	6 892,5	559,8	502,8	15,0	478,7	473,3	87,4	1,2	186,5	1 182,7	1 131,1	19,5	62,6	60,0
Juli	30	7 017,8	539,5	463,9	13,8	521,3	515,2	76,9	0,4	119,7	1 315,0	1 266,4	8,8	96,0	64,8
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
März	78	3 930,6	299,3	257,6	8,5	196,0	192,5	23,1	0,5	33,7	377,4	320,8	25,3	29,4	87,7
April	79	3 929,1	255,3	211,0	8,1	208,4	204,5	21,8	0,3	36,5	413,7	359,5	27,4	26,2	92,4
Mai	79	3 960,9	276,4	229,0	8,1	152,6	146,8	18,6	0,2	30,4	401,3	350,8	22,5	21,3	95,5
Juni	79	4 071,5	286,9	246,3	9,1	215,4	210,9	22,0	0,5	48,5	446,6	395,6	19,0	15,4	98,3
Juli	79	4 237,2	327,4	278,6	9,2	285,5	279,8	18,9	0,2	33,3	467,6	416,1	17,4	6,8	100,4
Privatbankiers															
März	147	1 350,5	104,3	96,3	2,1	106,4	106,2	51,9	0,1	9,8	155,6	150,1	2,1	0,8	37,9
April	147	1 344,8	90,8	81,7	2,2	98,7	98,5	50,3	0,1	12,1	179,2	173,5	2,2	0,8	40,1
Mai	147	1 341,8	109,8	99,2	2,0	101,3	101,3	40,3	0,1	10,6	162,9	152,8	6,7	0,8	41,2
Juni	146	1 437,0	124,8	114,2	2,3	119,7	119,3	40,0	0,1	21,6	174,3	169,1	1,9	2,9	43,1
Juli	145	1 463,4	88,3	77,9	2,1	141,9	141,6	36,8	0,1	9,5	198,3	192,4	2,1	1,3	44,6
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
März	12	227,7	2,1	1,7	0,5	20,3	16,3	0,1	0,0	2,4	24,4	9,3	4,1	0,7	2,2
April	12	227,5	3,1	2,6	0,4	19,1	14,8	0,1	0,0	2,5	26,7	11,2	4,5	0,7	2,3
Mai	12	239,6	3,5	3,1	0,5	24,6	20,2	0,1	0,0	2,5	24,4	8,9	3,9	0,3	2,5
Juni	12	237,6	5,5	4,9	0,5	21,2	16,7	—	0,0	3,9	23,2	8,1	3,8	0,3	2,5
Juli	12	243,0	6,9	6,4	0,4	22,5	17,9	0,1	0,0	3,3	27,0	10,5	3,0	0,3	2,7
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
März	667	1 424,7	94,8	71,4	4,5	53,6	50,0	0,1	0,0	10,3	71,5	45,6	0,2	2,2	10,1
April	667	1 440,3	106,5	75,6	5,3	61,0	57,3	0,0	0,1	13,3	75,5	50,1	0,3	2,2	10,2
Mai	667	1 460,9	124,1	92,1	5,3	55,1	49,4	0,4	0,0	12,5	78,0	53,3	0,3	2,2	10,2
Juni	667	1 482,1	114,8	86,0	6,3	76,0	69,4	0,3	0,1	16,4	77,3	53,2	0,2	2,5	10,4
Juli	667	1 510,7	125,3	90,4	5,7	82,8	74,0	1,1	0,0	12,8	77,3	53,3	0,1	2,5	10,5
Ländliche Zentralkassen															
März	19	622,4	36,6	33,2	1,4	8,1	8,1	0,0	0,0	1,8	29,2	17,5	3,1	0,1	4,4
April	19	619,1	44,6	41,1	1,2	9,5	9,5	0,0	—	3,3	27,1	16,9	2,3	0,1	4,6
Mai	19	609,0	47,2	43,3	1,2	7,1	7,1	—	0,0	2,3	29,6	19,5	3,4	—	4,5
Juni	19	593,5	41,3	38,3	1,4	5,1	5,1	—	0,0	3,1	29,8	19,0	4,3	0,0	4,3
Juli	19	592,0	57,2	53,1	1,3	7,6	7,6	—	0,0	2,9	25,7	19,0	2,3	0,0	4,4
Ländliche Kreditgenossenschaften⁶⁾															
März	1 627	904,9	34,6	18,7	2,8	46,0	46,0	—	—	5,0	15,1	12,8	0,1	—	3,1
April	1 627	906,4	38,4	20,4	3,1	48,0	48,0	—	—	6,3	16,1	13,7	0,1	—	3,0
Mai	1 627	914,6	41,0	21,7	3,1	51,0	51,0	—	—	5,6	17,4	14,9	0,0	—	2,9
Juni	1 627	927,0	39,7	21,7	3,3	56,4	56,4	—	—	7,8	19,0	16,4	0,0	—	3,0
Juli	1 627	943,7	44,6	23,6	3,7	65,2	65,2	—	—	5,9	18,8	16,3	0,1	—	3,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fälligen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen ent-
3) Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichsforderungen. — 4) Kurz- und mittelfristige Auslei-
5) Erfasst sind 1627 Institute von insgesamt 11 216 ländlichen Kreditgenossenschaften am 31. 12. 1950.

banken
Bankengruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wär- tiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Kreditbanken, Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen															
0,1	—	831,7	832,4	2 919,5	2 825,0	8,1	86,4	203,0	18,6	0,1	20,6	11,8	68,1	86,8	März
0,4	—	831,6	833,8	2 866,0	2 772,5	8,1	85,4	226,0	8,6	0,1	23,9	14,2	68,7	90,1	April
1,0	—	831,2	834,0	2 919,6	2 816,4	13,4	89,8	235,6	10,1	0,2	25,1	14,2	68,6	88,5	Mai
1,5	—	830,5	833,2	2 920,4	2 814,0	16,3	90,1	269,6	9,8	0,3	29,9	15,6	69,9	122,7	Juni
6,8	—	830,6	833,4	2 921,9	2 816,7	17,0	88,2	279,6	10,0	0,6	28,5	15,9	70,1	123,8	Juli
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
16,6	6,8	520,2	567,9	1 606,6	1 493,1	72,6	40,9	465,9	249,5	14,3	46,8	19,6	74,5	134,6	März
21,6	10,0	526,4	573,8	1 575,8	1 454,7	76,5	44,6	481,1	257,1	14,4	49,6	20,1	76,9	126,5	April
22,4	8,6	531,2	578,8	1 638,9	1 494,8	90,6	53,5	496,4	264,7	14,5	50,2	20,3	77,9	133,0	Mai
22,8	8,7	530,5	577,5	1 622,2	1 491,3	81,4	49,5	505,1	271,5	14,8	26,4	20,7	83,1	132,1	Juni
25,0	8,8	530,5	577,3	1 679,0	1 564,5	62,7	51,8	518,1	279,8	15,5	25,2	20,8	84,3	121,2	Juli
Privatbankiers															
0,2	0,3	71,6	74,4	679,5	662,5	0,3	16,7	36,4	2,6	0,1	35,4	18,4	19,2	20,8	März
0,2	0,3	72,3	75,1	662,2	643,8	0,4	18,0	40,0	3,5	0,1	37,4	18,7	19,5	20,1	April
0,3	0,3	72,2	75,0	663,5	646,0	0,3	17,2	40,8	3,6	0,1	32,9	21,1	19,8	22,2	Mai
0,4	0,3	72,3	75,1	691,2	671,9	0,5	18,8	44,0	3,6	0,1	35,5	21,7	20,8	22,4	Juni
0,4	0,3	72,2	74,7	714,9	695,3	0,6	19,0	44,8	3,6	0,1	42,4	22,4	21,0	22,5	Juli
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
0,4	—	7,8	8,1	116,6	11,0	—	105,6	28,7	5,6	—	0,9	1,1	1,7	18,2	März
0,4	—	7,8	8,1	109,9	11,8	—	98,1	30,3	2,8	—	0,9	1,1	1,7	20,9	April
0,4	—	7,8	8,1	112,3	11,7	—	100,6	30,7	3,6	—	1,0	3,4	1,8	24,2	Mai
0,4	—	7,6	7,9	110,1	10,9	—	99,2	30,8	3,7	—	1,3	3,5	1,9	25,3	Juni
0,4	—	7,6	7,9	100,2	10,1	—	90,1	31,6	3,7	—	1,3	4,1	1,8	33,2	Juli
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
0,4	—	362,7	380,8	645,9	631,7	7,0	7,2	50,0	24,8	4,8	30,4	5,9	38,8	43,9	März
0,5	—	362,9	380,2	624,6	611,2	7,3	6,1	54,0	27,4	4,9	33,8	6,1	39,4	45,4	April
0,3	—	363,2	380,6	624,8	611,2	7,3	6,3	55,5	27,7	5,5	36,4	6,3	41,0	45,9	Mai
0,4	—	363,3	382,4	619,9	609,3	4,4	6,2	57,6	28,2	5,5	38,9	6,6	42,2	49,5	Juni
0,3	—	363,2	380,1	629,0	619,3	3,8	5,9	59,2	28,9	5,6	40,5	6,7	42,5	51,6	Juli
Ländliche Zentralkassen															
0,3	—	47,8	50,4	389,2	149,1	0,4	239,7	51,7	9,1	—	2,0	3,5	12,9	33,7	März
0,3	—	46,6	49,9	373,3	134,7	0,4	238,2	55,7	11,0	—	1,0	3,6	13,5	35,0	April
0,1	—	47,1	49,9	360,3	122,9	0,4	237,0	55,1	19,6	—	1,3	3,6	13,4	36,3	Mai
0,1	—	47,1	49,1	349,5	116,1	0,3	233,1	56,8	24,7	0,2	1,3	3,6	13,6	36,6	Juni
0,1	—	47,1	49,9	336,4	121,6	0,3	214,5	57,0	24,6	0,1	1,4	3,7	13,8	33,5	Juli
Ländliche Kreditgenossenschaften ⁹⁾															
0,6	—	356,5	381,9	331,9	331,6	—	0,3	39,5	—	—	11,2	3,2	26,7	29,3	März
0,5	—	357,0	382,4	322,0	321,7	—	0,3	41,1	—	—	12,2	3,3	27,1	28,8	April
0,5	—	357,7	383,4	320,9	320,4	—	0,5	41,0	—	—	13,4	3,6	27,0	30,0	Mai
0,5	—	358,2	383,8	322,2	321,9	—	0,3	42,3	—	—	14,1	3,6	27,3	30,1	Juni
0,5	—	358,4	384,2	323,7	323,0	—	0,7	43,8	—	—	15,2	3,6	27,8	30,0	Juli

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. —
stehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁵⁾ Ein-
hungen (bis zu 4 Jahren). — ⁸⁾ Einschließlich Kapitalwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber

Stand am Mo- nats- ende	Zahl der berich- tenden In- stitute)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto ⁴⁾)							aufgenommene Gelder ⁵⁾			
			mit	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kredit- instituten	ins- gesamt	darunter	
					Sicht- und Term- einlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Spar- einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereinge- nommene Gelder	seitens der Kundschaft bei aus- ländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾
						insgesamt	darunter Anlage- konto						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
1951													
Alle Banken													
März	3 561	31 799,4	18 713,1	17 016,4	13 085,7	9 915,2	283,8	3 170,5	3 930,7	1 696,7	2 284,2	312,2	6,4
April	3 562	32 090,0	19 033,0	17 240,8	13 286,0	10 145,6	.	3 140,4	3 954,8	1 792,2	2 097,8	303,8	5,6
Mai	3 562	32 622,6	19 329,6	17 467,8	13 474,0	10 263,4	.	3 210,6	3 993,8	1 861,8	2 145,8	314,8	7,7
Juni	3 559	33 448,3	19 924,0	18 030,1	13 975,7	10 533,2	279,7	3 442,5	4 054,4	1 893,9	2 116,0	341,9	10,7
Juli	3 559	34 309,6	20 414,7	18 366,0	14 236,1	10 809,2	.	3 426,9	4 129,9	2 048,7	2 158,1	393,7	10,9
Kreditbanken ⁷⁾													
März	255	11 824,9	8 166,0	7 438,9	6 946,4	6 058,1	30,7	888,3	492,5	727,1	589,9	85,1	5,9
April	256	11 904,4	8 338,2	7 586,4	7 087,1	6 204,7	.	882,4	499,3	751,8	593,7	87,7	5,3
Mai	256	12 044,3	8 456,1	7 681,9	7 175,1	6 259,0	.	916,1	506,8	774,2	613,6	85,3	7,3
Juni	255	12 401,0	8 751,7	7 922,1	7 405,1	6 428,2	29,2	976,9	517,0	829,6	628,9	87,2	10,4
Juli	254	12 718,4	9 004,0	8 094,0	7 567,1	6 571,5	.	995,6	526,9	910,0	660,9	89,4	10,9
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
März	38	2 401,3	25,6	11,9	11,6	4,3	0,1	7,3	0,3	13,7	50,1	7,4	—
April	38	2 493,3	32,8	17,0	16,7	4,4	.	12,3	0,3	15,8	48,3	7,3	—
Mai	38	2 542,3	28,6	15,6	15,3	3,7	.	11,6	0,3	13,0	43,3	7,4	—
Juni	38	2 613,7	30,3	16,0	15,7	3,6	0,0	12,1	0,3	14,3	44,3	9,6	—
Juli	38	2 694,4	30,4	19,1	18,8	3,6	.	15,2	0,3	11,3	49,8	13,6	—
Girozentralen													
März	18	4 476,4	2 068,6	1 450,7	1 397,8	464,3	6,7	933,5	52,9	617,9	441,6	114,5	0,5
April	18	4 357,0 ¹³⁾	1 977,4 ¹¹⁾	1 327,8 ¹¹⁾	1 320,7 ¹¹⁾	401,3 ¹¹⁾	.	919,4 ¹¹⁾	7,1 ¹¹⁾	649,6	332,7	105,7	0,1
Mai	18	4 458,1	1 972,4	1 281,3	1 274,1	411,8	.	862,3	7,2	691,1	363,3	103,2	0,4
Juni	18	4 677,9	2 115,3	1 477,2	1 469,6	410,1	3,0	1 059,5	7,6	638,1	379,2	114,3	0,2
Juli	18	4 896,6	2 183,8	1 492,4	1 484,7	430,8	.	1 053,9	7,7	691,4	434,3	136,0	0,1
Sparkassen													
März	883	8 016,2	6 216,8	6 126,9	3 410,1	2 193,7	188,6	1 216,4	2 716,8	89,9	518,3	44,8	—
April	884	8 226,6 ¹²⁾	6 391,3 ¹²⁾	6 293,5 ¹²⁾	3 513,2 ¹²⁾	2 302,1 ¹²⁾	.	1 211,1 ¹²⁾	2 780,3 ¹²⁾	97,8	473,9	39,8	—
Mai	884	8 377,7	6 552,8	6 447,2	3 638,6	2 339,0	.	1 299,6	2 808,6	105,6	439,9	46,5	—
Juni	882	8 481,7	6 597,3	6 497,4	3 646,9	2 390,7	190,7	1 256,2	2 850,5	99,9	449,3	51,5	—
Juli	882	8 623,9	6 692,8	6 600,3	3 695,3	2 464,5	.	1 230,8	2 905,0	92,5	421,8	69,7	—
Zentralbanken ⁸⁾													
März	31	850,1	306,5	115,5	104,9	87,8	2,1	17,1	10,6	191,0	279,0	6,6	0,0
April	31	846,6	328,2	122,9	112,2	95,2	.	17,0	10,7	205,3	251,4	9,3	—
Mai	31	848,6	335,2	126,8	116,0	99,7	.	16,3	10,8	208,4	257,3	15,6	0,0
Juni	31	831,1	362,8	126,2	115,4	98,9	2,1	16,5	10,8	236,6	216,2	13,5	0,0
Juli	31	835,0	393,2	134,8	124,0	103,1	.	20,9	10,8	258,4	184,3	12,8	—
Kreditgenossenschaften ⁹⁾													
März	2 294	2 329,6	1 604,1	1 592,9	941,6	899,0	53,5	42,6	651,3	11,2	298,5	14,1	—
April	2 294	2 346,7	1 629,9	1 619,3	968,0	926,2	.	41,8	651,3	10,6	280,5	14,4	—
Mai	2 294	2 375,5	1 651,4	1 638,6	984,1	938,7	.	45,4	654,5	12,8	286,4	16,9	—
Juni	2 294	2 409,1	1 686,1	1 673,6	1 011,0	967,0	52,6	44,0	662,6	12,5	272,5	16,1	—
Juli	2 294	2 454,4	1 734,4	1 723,0	1 049,2	1 004,0	.	45,2	673,8	11,4	248,1	15,3	—
Sonstige Kreditinstitute													
März	29	378,8	140,5	136,3	130,2	128,1	1,7	2,1	6,1	4,2	25,7	7,0	—
April	28	375,9	134,9	131,3	125,8	122,0	.	3,8	5,5	3,6	20,6	4,5	0,1
Mai	28	388,9	136,0	130,8	125,5	123,0	.	2,5	5,3	5,2	20,8	4,4	—
Juni	28	383,8	144,0	140,1	134,9	131,5	1,6	3,4	5,2	3,9	20,3	4,5	—
Juli	29	420,9	148,4	140,8	135,7	133,3	.	2,4	5,1	7,6	21,5	4,3	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
März	13	1 522,2	184,9	143,3	143,1	79,9	0,4	63,2	0,2	41,6	81,0	32,7	—
April	13	1 539,6	200,3	142,6	142,4	89,8	.	52,6	0,2	57,7	96,6	35,0	—
Mai	13	1 587,2	197,2	145,7	145,5	88,6	.	56,9	0,2	51,5	121,2	35,5	—
Juni	13	1 650,0	236,5	177,5	177,2	103,3	0,4	73,9	0,3	59,0	105,2	45,1	—
Juli	13	1 665,9	227,7	161,5	161,2	98,4	.	62,8	0,3	66,2	137,4	52,4	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
²⁾ Einschließlich selbstständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe
 — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Auch die Einlagen auf Fest-
 aus der RM-Zeit. — ⁵⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁷⁾ In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landes-
 wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ⁸⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzaus-
 zweckgebundene Mittel. — ¹¹⁾ Der Rückgang ist überwiegend dadurch verursacht, daß ab April 1951 die Nassauische Landesbank Wiesbaden über das
 — ¹²⁾ Vgl. Anmerkung ¹¹⁾. — ⁺ Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen“, „Staats-, Regional- und Lokalbanken“ und

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Passiva

44	45	46	47	Eigenkapital § 11 KWG		51	52	53	54	55	56	57	58					
				insgesamt	darunter										sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)		
																Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	Eigenkap. von neu gegründeten Instituten ⁸⁾	Kreditanstalt für Wiederaufbau
Alle Banken ⁷⁾																		
1 279,5	1 531,3	3 179,4	1 164,1	1 238,2	497,8	193,6	2 409,6	1 657,5	1 040,2	1 833,2	183,7	1 453,1	95,7	3 391,1	März			
1 096,4	1 596,0	3 279,2	1 231,2	1 243,5	495,1	193,6	2 512,9	1 700,8	1 065,0	1 914,1	191,8	1 422,2	86,2	3 089,3	April			
1 040,7	1 616,8	3 384,9	1 290,8	1 256,7	504,8	195,6	2 557,3	1 736,5	1 111,8	2 012,3	197,4	1 490,3	79,7	3 037,6	Mai			
1 023,2	1 647,4	3 478,0	1 326,3	1 280,7	523,1	201,8	2 652,7	1 775,8	1 149,6	2 081,9	206,2	1 526,8	69,2	3 380,8	Juni			
905,0	1 710,8	3 602,4	1 368,4	1 334,2	574,7	246,9	2 816,0	1 804,9	1 199,4	2 210,2	212,1	1 569,8	75,1	3 354,8	Juli			
Kreditbanken ⁺																		
973,1	213,5	516,8	102,8	275,6	74,6	5,5	987,2	427,9	134,3	95,8	57,8	1 126,7	12,2	1 773,2	März			
815,5	217,2	547,0	111,0	278,3	77,3	5,5	1 003,5	447,0	141,7	101,6	62,6	1 092,2	11,6	1 581,8	April			
782,4	219,1	568,4	108,2	285,9	82,0	6,5	1 010,6	456,1	150,4	107,4	62,7	1 140,7	9,7	1 575,8	Mai			
794,1	221,1	589,3	91,8	292,0	89,4	6,5	1 032,1	464,0	157,5	94,0	67,3	1 162,6	8,3	1 882,3	Juni			
702,0	233,4	606,0	96,1	297,2	93,2	6,5	1 118,8	473,1	166,5	97,7	68,4	1 193,0	7,1	1 771,8	Juli			
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten ⁷⁾																		
—	815,4	801,4	126,4	240,8	142,6	6,2	341,6	258,1	113,2	558,5	19,3	7,6	—	—	März			
—	866,5	816,0	136,2	233,2	134,1	6,2	360,3	263,1	116,1	581,6	19,9	7,9	—	—	April			
—	874,1	854,0	144,0	233,3	134,1	6,2	365,0	268,2	123,4	610,0	21,7	7,8	—	—	Mai			
—	887,0	882,5	151,4	235,3	136,2	6,2	382,9	274,5	124,2	640,6	22,0	7,8	—	—	Juni			
—	919,1	929,2	157,3	236,0	137,4	7,2	372,6	279,5	124,7	688,8	23,0	7,7	—	—	Juli			
Girozentralen																		
23,7	299,4	833,2	529,4	62,9	18,2	—	217,6	464,2	269,1	728,1	36,7	72,2	0,8	329,6	März			
25,0	319,8	863,8	546,0	62,7	19,0	—	229,6	473,3	268,3	753,8	45,6	63,4	1,6	271,8	April			
22,6	329,1	883,7	579,6	62,7	19,0	—	244,7	484,9	278,5	782,5	46,9	83,5	1,4	286,2	Mai			
15,3	343,0	902,2	604,0	62,7	19,0	—	256,2	501,5	282,4	812,6	50,1	87,9	1,4	279,2	Juni			
7,4	354,9	937,9	616,2	62,7	19,0	—	299,4	509,9	297,6	853,6	51,4	81,0	4,2	280,4	Juli			
Sparkassen																		
45,1	—	408,1	156,9	217,4	3,8	—	453,6	5,9	376,8	240,8	13,4	51,6	8,9	231,4	März			
38,9	—	428,0	177,0	221,2	5,3	—	496,3	6,1	390,3	260,6	13,5	58,7	8,6	231,8	April			
39,0	—	441,1	189,5	222,2	4,7	—	493,2	6,4	401,4	279,3	13,8	61,3	7,6	207,4	Mai			
32,6	—	454,6	200,9	223,1	4,3	—	523,9	6,8	416,8	292,5	14,0	65,2	7,4	207,6	Juni			
31,3	—	468,1	210,7	223,7	4,1	—	575,5	6,7	437,0	312,2	14,3	73,1	6,8	201,5	Juli			
Zentralkassen ⁹⁾																		
89,1	0,5	71,2	2,9	32,5	16,3	—	68,4	7,0	65,4	4,4	4,2	90,0	14,0	379,5	März			
82,0	0,5	73,4	1,9	32,5	16,4	—	76,7	7,4	66,9	4,5	5,9	92,7	12,7	363,0	April			
68,6	0,5	74,0	2,3	33,2	17,7	—	77,5	7,5	74,1	4,5	6,1	91,2	12,1	351,3	Mai			
59,4	0,5	75,8	2,6	34,0	17,9	—	79,8	7,8	74,1	4,5	6,1	93,4	6,4	351,7	Juni			
52,3	0,5	76,7	2,7	34,7	18,7	—	90,6	7,9	74,8	4,2	6,1	93,2	6,7	352,8	Juli			
Kreditgenossenschaften ⁹⁾																		
83,1	0,2	43,5	41,6	145,5	57,9	0,3	113,1	3,8	37,7	27,7	6,5	48,9	52,1	217,6	März			
76,2	0,2	45,7	46,0	148,5	59,5	0,3	119,7	3,9	39,7	30,0	6,3	51,8	48,8	212,9	April			
71,7	0,2	46,2	49,8	151,2	62,7	0,4	118,6	3,9	41,2	32,9	7,5	52,9	45,5	203,3	Mai			
65,9	0,2	47,8	53,0	154,9	65,5	0,4	128,7	4,2	40,9	35,4	7,4	54,2	42,6	205,3	Juni			
59,5	0,2	49,0	55,7	156,9	67,2	0,4	150,6	4,4	41,5	36,1	7,3	56,2	42,6	206,0	Juli			
Sonstige Kreditinstitute																		
56,6	—	23,3	4,6	26,3	7,0	4,3	101,8	2,0	15,1	10,6	7,2	20,2	7,5	60,9	März			
48,3	—	20,6	4,6	25,3	6,3	4,3	121,6	2,0	13,0	10,8	3,9	23,4	2,9	66,1	April			
47,7	—	22,1	3,1	26,2	7,3	5,2	133,0	2,0	12,7	10,8	4,1	22,4	3,3	72,7	Mai			
48,1	—	22,2	3,0	29,3	7,3	5,2	116,9	2,0	12,7	10,8	4,2	23,5	3,1	76,8	Juni			
46,0	—	22,1	3,0	73,3	51,7	49,2	106,6	2,0	12,6	10,9	3,9	23,8	7,7	68,0	Juli			
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																		
8,8	202,3	481,9	199,5	237,2	177,3	177,3	126,6	488,6	28,5	167,4	38,5	35,9	0,0	398,8	März			
10,5	191,7	484,7	208,4	241,9	177,3	177,3	105,5	497,8	29,1	171,1	34,1	32,1	0,0	362,0	April			
8,6	193,8	495,4	214,4	241,9	177,3	177,3	114,7	507,6	29,9	185,0	37,3	30,5	0,1	340,9	Mai			
7,8	195,6	503,5	219,6	249,5	183,4	183,4	132,3	514,7	41,0	191,6	35,2	32,2	0,1	378,0	Juni			
6,6	202,7	513,3	226,8	249,7	183,6	183,6	101,7	521,6	44,6	206,3	37,7	41,8	0,1	474,3	Juli			

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringeinstufigen sind nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten sind, sind jedoch alle Institute stets nur als e in Institut gezählt. Konto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ⁵⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete Sparkassengeschäft und ihr Geschäft als Girozentrale getrennt berichtet (Rückgang bei den Girozentralen und Zunahme bei der Bankengruppe Sparkassen). „Privatbankiers“ umseitig. — ⁹⁾ Aufgliederung umseitig.

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) ⁴⁾							aufgenommene Gelder ⁵⁾			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften			Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁶⁾
						insgesamt	darunter Anlage-konto						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Kreditbanken, Aufgliederung:													
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen													
1951													
März	30	6 543,8	4 880,5	4 447,6	4 189,8	3 889,3	10,1	300,5	257,8	432,9	353,3	55,4	0,5
April	30	6 630,5	5 020,5	4 568,4	4 305,3	4 018,1	.	287,2	263,1	452,1	371,4	57,4	0,4
Mai	30	6 741,7	5 135,4	4 660,0	4 392,3	4 093,6	.	298,7	267,7	475,4	361,4	53,4	0,2
Juni	30	6 892,5	5 226,5	4 740,1	4 465,6	4 139,4	9,9	326,2	274,5	486,4	365,0	50,0	0,7
Juli	30	7 017,8	5 307,9	4 807,2	4 527,3	4 204,0	.	323,3	279,9	500,7	399,0	50,7	1,8
Staats-, Regional- und Lokalbanken													
März	78	3 930,6	2 485,1	2 258,8	2 057,1	1 484,3	16,9	572,8	201,7	226,3	116,9	24,8	0,0
April	79	3 929,1	2 522,1	2 290,9	2 088,2	1 507,5	.	580,7	202,7	231,2	101,7	25,0	0,0
Mai	79	3 960,9	2 528,2	2 300,6	2 095,5	1 495,4	.	600,1	205,1	227,6	127,1	26,4	0,0
Juni	79	4 071,5	2 674,9	2 409,0	2 201,4	1 568,3	15,6	633,1	207,6	265,9	112,1	31,5	0,0
Juli	79	4 237,2	2 826,8	2 497,5	2 286,1	1 633,8	.	652,3	211,4	329,3	119,1	32,9	0,0
Privatbankiers													
März	147	1 350,5	800,4	732,5	699,5	684,5	3,7	15,0	33,0	67,9	119,7	4,9	5,4
April	147	1 344,8	795,6	727,1	693,6	679,1	.	14,5	33,5	68,5	120,6	5,3	4,9
Mai	147	1 341,8	792,5	721,3	687,3	670,0	.	17,3	34,0	71,2	125,0	5,4	7,1
Juni	146	1 437,0	850,3	773,0	738,0	720,5	3,7	17,5	35,0	77,3	151,8	5,7	9,7
Juli	145	1 463,4	869,4	789,4	753,7	733,7	.	20,0	35,7	80,0	142,8	5,9	9,1
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:													
Gewerbliche Zentralkassen													
März	12	227,7	85,9	23,8	23,7	18,3	0,3	5,4	0,1	62,1	74,1	—	—
April	12	227,5	108,2	26,7	26,6	21,3	.	5,3	0,1	81,5	48,1	0,1	—
Mai	12	239,6	107,0	25,1	25,0	19,7	.	5,3	0,1	81,9	60,5	5,5	—
Juni	12	237,6	128,0	26,9	26,8	21,6	0,3	5,2	0,1	101,1	37,4	3,3	—
Juli	12	243,0	140,6	28,7	28,6	21,2	.	7,4	0,1	111,9	18,8	2,8	—
Gewerbliche Kreditgenossenschaften													
März	667	1 424,7	953,9	944,3	614,2	571,6	25,3	42,6	330,1	9,6	161,8	14,1	—
April	667	1 440,3	975,3	966,4	635,4	593,6	.	41,8	331,0	8,9	151,7	14,4	—
Mai	667	1 460,9	990,1	978,9	645,1	599,7	.	45,4	333,8	11,2	158,0	16,9	—
Juni	667	1 482,1	1 011,1	1 000,6	661,6	617,6	24,7	44,0	339,0	10,5	149,2	16,1	—
Juli	667	1 510,7	1 036,6	1 026,9	681,5	636,3	.	45,2	345,4	9,7	137,9	15,3	—
Ländliche Zentralkassen													
März	19	622,4	220,6	91,7	81,2	69,5	1,8	11,7	10,5	128,9	204,9	6,6	0,0
April	19	619,1	220,0	96,2	85,6	73,9	.	11,7	10,6	123,8	203,3	9,2	—
Mai	19	609,0	228,2	101,7	91,0	80,0	.	11,0	10,7	126,5	196,8	10,2	0,0
Juni	19	593,5	234,8	99,3	88,6	77,3	1,8	11,3	10,7	135,5	178,8	10,2	0,0
Juli	19	592,0	252,6	106,1	95,4	81,9	.	13,5	10,7	146,5	165,5	9,9	—
Ländliche Kreditgenossenschaften ¹⁰⁾													
März	1 627	904,9	650,3	648,7	327,4	327,4	28,2	—	321,3	1,6	136,7	—	—
April	1 627	906,4	654,6	652,9	332,6	332,6	.	—	320,3	1,7	128,8	—	—
Mai	1 627	914,6	661,3	659,7	339,0	339,0	.	—	320,7	1,6	128,4	—	—
Juni	1 627	927,0	675,0	673,0	349,4	349,4	27,9	—	323,6	2,0	123,3	—	—
Juli	1 627	943,7	697,8	696,1	367,7	367,7	.	—	328,4	1,7	110,2	—	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen ent-
Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — 3) Einschließlich Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit. — 4) Nur
Rentenbank etc. — 5) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen
1627 Institute von insgesamt 11 216 ländlichen Kreditgenossenschaften am 31. 12. 1950.

banken

Bankengruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁸⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948	Eigenkap. von neu gegründeten Instituten ⁷⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Kreditbanken, Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen															
415,6	—	204,8	20,6	90,1	14,5	—	578,9	212,4	63,3	11,3	1,7	746,8	1,8	806,6	März
301,9	—	222,6	23,9	90,3	14,8	—	599,9	226,4	65,8	12,1	4,0	720,3	2,0	698,1	April
290,7	—	233,3	25,1	90,6	15,1	—	605,2	229,9	73,8	14,3	3,9	757,5	1,2	678,4	Mai
316,8	—	249,7	29,9	93,3	17,8	—	611,3	235,4	76,7	15,0	6,9	780,2	1,2	962,2	Juni
245,9	—	258,0	28,5	93,8	18,3	—	684,7	239,4	76,3	16,4	9,4	800,0	1,1	884,7	Juli
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
342,8	213,5	278,2	46,8	126,4	40,9	5,5	320,9	189,3	44,4	80,0	38,9	240,3	5,4	563,9	März
312,0	217,2	288,1	49,6	127,6	42,1	5,5	310,8	191,6	46,0	84,9	42,7	224,0	5,1	522,9	April
296,6	219,1	297,3	50,2	130,2	42,1	6,5	312,2	196,3	50,6	88,0	43,3	225,2	4,6	537,2	Mai
276,0	221,1	300,5	26,4	132,2	45,3	6,5	328,3	197,4	51,8	73,7	45,4	227,6	3,2	550,8	Juni
258,5	233,4	308,2	25,2	135,4	47,2	6,5	330,6	202,1	53,9	75,8	44,2	234,5	2,3	530,9	Juli
Privatbankiers															
214,7	—	33,8	35,4	59,1	19,2	—	87,4	26,2	26,7	4,4	17,2	139,6	5,0	402,7	März
201,6	—	36,4	37,4	60,4	20,4	—	92,8	29,0	29,9	4,6	15,9	147,9	4,5	360,8	April
195,1	—	37,8	32,9	65,2	24,8	—	93,3	29,9	26,0	5,0	15,5	158,0	3,9	360,2	Mai
201,3	—	39,1	35,5	66,5	26,3	—	92,5	31,3	28,9	5,3	15,0	154,8	3,9	369,3	Juni
197,6	—	39,9	42,4	68,0	27,7	—	103,3	31,6	36,3	5,7	14,8	158,5	3,7	356,1	Juli
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
3,5	—	28,6	0,9	8,9	6,2	—	25,8	5,6	22,1	1,9	0,0	23,5	5,0	148,7	März
3,0	—	30,0	0,9	9,0	6,4	—	28,3	6,0	23,1	1,9	0,1	23,9	4,5	139,4	April
2,9	—	30,5	1,0	9,2	6,5	—	28,5	6,1	29,0	1,9	0,1	25,6	4,1	134,7	Mai
2,5	—	30,9	1,3	9,5	6,9	—	28,0	6,1	28,0	1,9	0,1	25,0	1,7	136,6	Juni
2,1	—	31,8	1,3	9,5	7,0	—	38,9	6,2	28,0	1,9	0,2	25,7	1,4	127,4	Juli
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
59,6	0,2	28,9	30,4	102,5	49,9	0,3	87,4	3,8	37,7	27,7	6,5	42,0	41,3	187,4	März
52,3	0,2	29,9	33,8	104,4	51,0	0,3	92,7	3,9	39,7	30,0	6,3	44,5	39,8	182,1	April
48,0	0,2	30,5	36,4	106,0	54,3	0,4	91,7	3,9	41,2	32,9	7,5	45,8	38,2	173,5	Mai
45,2	0,2	31,4	38,9	107,9	55,7	0,4	98,2	4,2	40,9	35,4	7,4	46,5	37,0	176,1	Juni
39,8	0,2	31,9	40,5	109,2	56,7	0,4	114,6	4,4	41,5	36,1	7,3	48,4	37,1	176,8	Juli
Ländliche Zentralkassen															
85,6	0,5	42,6	2,0	23,6	10,1	—	42,6	1,4	43,3	2,5	4,2	66,5	9,0	230,8	März
79,0	0,5	43,4	1,0	23,5	10,0	—	48,4	1,4	43,8	2,6	5,8	68,8	8,2	223,6	April
65,7	0,5	43,5	1,3	24,0	11,2	—	49,0	1,4	45,1	2,6	6,1	65,6	8,0	216,6	Mai
56,9	0,5	44,9	1,3	24,5	11,0	—	51,8	1,7	46,1	2,6	6,0	68,4	4,7	215,1	Juni
50,2	0,5	44,9	1,4	25,2	11,7	—	51,7	1,7	46,8	2,2	6,0	67,5	5,3	225,4	Juli
Ländliche Kreditgenossenschaften¹⁰⁾															
23,5	—	14,6	11,2	43,0	8,0	—	25,6	6,9	10,8	30,2	März
23,9	—	15,8	12,2	44,1	8,5	—	27,0	7,3	9,0	30,8	April
23,7	—	15,7	13,4	45,2	8,4	—	26,9	7,1	7,3	29,8	Mai
20,7	—	16,4	14,1	47,0	9,8	—	30,5	7,7	5,6	29,2	Juni
19,7	—	17,1	15,2	47,7	10,5	—	36,0	7,8	5,5	29,2	Juli

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. —
stehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Auch die Einlagen auf Festkonto sind je nach dem
Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁷⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche
außerhalb des Landes. — ⁸⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — ¹⁰⁾ Erfaßt sind

noch: 1. Geschäftsbanken

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung2) der Bank deutscher Länder
und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
in Mill. DM

b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet
(ohne Spareinlagen)

Stand am Monatsende	Einlagen von Nichtbanken (ohne Spareinlagen)						die Spalten 4 und 6 ¹⁾ gliedern sich in Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von:							
	insgesamt ²⁾	davon					30 Tagen bis 89 Tage		90 Tagen bis 179 Tage		180 Tagen bis 359 Tage		360 Tagen und darüber (einschl. Anlagekonten)	
		Sichteinlagen (bis weniger als 30 Tage)		befristete Einlagen ³⁾			Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften
		Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	insgesamt	darunter Anlagekonten	Öffentlich-rechtliche Körperschaften								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1950														
Jan.	9 532,0	5 632,2	1 660,2	1 162,0	316,8	1 077,6	306,9	563,0	243,5	174,7	160,9	226,2	417,4	113,7
März	9 712,2	5 610,3	1 542,1	1 309,2	312,0	1 250,6	328,1	637,8	296,6	227,6	202,2	232,8	447,2	152,4
Mai	10 572,8	6 042,5	1 540,9	1 496,3	308,8	1 493,1	421,8	785,0	312,6	248,9	246,0	272,2	481,4	187,0
Juni	10 611,0	6 073,6	1 375,2	1 757,0	291,7	1 405,2	497,1	641,5	409,1	323,8	285,5	295,0	531,7	144,9
Juli ⁴⁾	11 076,1
Aug.	11 779,7
Sept.	11 972,9	7 017,8	1 338,8	2 079,8	287,6	1 536,5	601,2	744,8	513,7	346,7	360,2	273,1	570,9	171,9
Okt.	12 471,6
Nov. ⁵⁾	12 516,8	7 293,8	1 296,8	2 278,4	.	1 647,8
Dez.	12 752,8	7 191,3	1 405,3	2 422,8	289,0	1 733,4	720,4	695,2	613,7	491,8	391,1	322,3	661,1	224,1
1951														
Jan.	12 835,7	7 178,2	1 281,0	2 575,7	.	1 800,8
Febr.	13 159,5	7 228,7	1 317,8	2 745,8	.	1 867,2
März	13 085,7	7 120,6	1 287,2	2 794,6	283,8	1 883,3	877,9	736,7	770,1	515,3	417,4	398,0	689,8	233,3
April	13 286,0	7 282,5	1 202,0	2 863,1	.	1 938,4
Mai	13 474,0	7 318,2	1 260,2	2 945,2	.	1 950,4
Juni	13 975,7	7 579,9	1 272,6	2 953,3	279,7	2 169,9	958,2	850,3	847,7	558,5	469,7	498,9	666,6	262,2
Juli	14 236,1	7 752,7	1 187,5	3 056,5	.	2 239,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Bis einschließlich Mai 1950 ohne Festkonto. — ⁴⁾ Ohne die in den Spalten 1 und 4 enthaltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenossenschaften, für die eine Aufgliederung auf die Spalten 7 bis 14 nicht vorliegt. — ⁵⁾ In den befristeten Einlagen ist im Gegensatz zu bisherigen Publikationen auch das Anlagekonto mit erfaßt. — ⁶⁾ Infolge Änderung des Erhebungsschemas der monatlichen Bankenstatistik werden ab Juni 1950 die Einlagen jeweils nur zum Quartalsultimo nach der Fristigkeit aufgegliedert; ab November 1950 fällt die Aufteilung der Einlagen in Sichteinlagen und befristete Einlagen wieder monatlich an, die weitere Aufgliederung der befristeten Einlagen (Sp. 7 bis 14) jedoch weiterhin nur vierteljährlich.

c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Kreditinstituten

Stand	Spar-einlagen-bestand am Monats-anfang ¹⁾	Ein-zahlungen	Aus-zahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus Zinsen	Sonstige ⁴⁾ Veränderungen (z. B. Umstellung, Umbuchung, Zu- bzw. Abgang von Instituten usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende	
							insgesamt ²⁾	darunter steuerbegünstigte Spareinlagen
	1	2	3	4	5	6	7	8
1950								
März	3 267,2	286,6	178,2	+ 108,4	4,5	+ 2,7	3 382,8	122,6
April	3 382,7	278,5	173,8	+ 104,7	2,0	+ 1,9	3 491,3	132,2
Mai	3 491,2	272,6	187,4	+ 85,2	1,4	+ 1,0	3 578,8	142,3
Juni	3 566,9	303,4	189,4	+ 114,0	1,4	+ 12,8	3 695,1	172,4
Juli	3 695,1	254,8	230,0	+ 24,8	0,7	+ 1,1	3 721,7	184,8
Aug.	3 721,7	240,8	225,3	+ 15,5	0,6	— 1,3	3 736,5	194,0
Sept.	3 736,5	255,3	231,1	+ 24,2	0,2	+ 1,5	3 762,4	207,3
Okt.	3 762,4	289,0	215,2	+ 73,8	0,1	— 3,1	3 833,2	222,8
Nov.	3 833,2	265,7	226,8	+ 38,9	0,7	— 0,4	3 872,4	237,6
Dez.	3 872,4	307,5	300,3	+ 7,2	53,0	— 1,2	3 931,4	278,2
1951								
Jan.	3 931,4	267,6	287,9	— 20,3	25,2	+ 0,2	3 936,5	296,5
Febr.	3 936,5	228,9	231,9	— 3,0	8,0	+ 1,0	3 942,5	307,4
März	3 942,5	239,8	255,7	— 15,9	4,3	— 0,2	3 930,7	319,3
April	3 930,7	263,2	241,8	+ 21,4	1,8	+ 0,9	3 954,8	332,6
Mai	3 954,8	254,4	216,8	+ 37,6	0,6	+ 0,8	3 993,8	344,4
Juni	3 993,8	275,5	225,2	+ 50,3	0,6	+ 9,7	4 054,4	360,3
Juli	4 054,4	291,4	218,1	+ 73,3	0,4	+ 1,8	4 129,9	371,2

*) ¹⁾ ²⁾ Siehe die entsprechenden Anmerkungen der vorstehenden Tabelle b). — ³⁾ Bis Mai 1950 auftretende Differenzen gegenüber dem Endbestand des Vormonats erklären sich aus Umbuchungen verschiedener Institute, die ab Juni 1950 in einer Sonderposition erfaßt werden (Spalte 6). — ⁴⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung.

2. Postscheckämter und Postsparkasse

a) Einlagen und Vermögenswerte in Mill. DM

Stand am Monatsende	Einlagen der Postscheck- und Postsparkassenämter ¹⁾											Vermögenswerte ²⁾							
	Einlagen (einschl. Anlagekonto) insgesamt mit/ohne Einlagen von Kreditinstituten (Sp. 3+7+8) (Sp. 3+8)		Spalte 1 gliedert sich in:						Einlagen auf Festkonto bei den Post-spar-kassen-ämtern			Kasse und Bank-gut-haben	Schatz-wechsel des Bundes und der Länder	verzin-sliche Wert-papiere	Aus-gleichs-forderungen (einschl. ange-kaufte)	mittel- und langfristige Ausleihungen			
			Einlagen auf Postscheckkonto			Ein-lagen auf Post-spar-konto	davon									davon			
			Einlagen von Nichtbanken		Öffentl.-rechtl. Körper-schaften		ins-gesamt	Wirt-schaft und Private								dar. Anl.-konto	ins-gesamt	dar. An-lage-konto	Post-scheck-ämtern
	ins-gesamt	Wirt-schaft und Private	Öffentl.-rechtl. Körper-schaften	ins-gesamt		dar. An-lage-konto			Post-scheck-ämtern	Post-spar-kassen-ämtern									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18		
1949																			
Jan.	812,4	653,3	604,9	481,0	7,4	123,9	159,1	48,4	3,9	15,0	12,2	—	—	—	—	—	—		
März	840,9	673,4	608,7	487,2	8,7	121,5	167,5	64,7	5,8	5,2	7,1	—	—	—	—	—	—		
Juni	792,6	679,2	595,1	493,4	8,6	101,7	113,4	84,1	7,6	2,3	1,9	—	—	—	—	—	—		
Sept.	812,3	699,3	600,7	498,4	6,1	102,3	113,0	98,6	7,5	1,6	1,2	—	—	—	—	—	—		
Dez.	874,1	746,3	645,5	525,1	5,1	120,4	127,8	100,8	6,4	1,3	0,9	—	—	—	—	—	—		
1950																			
März	827,7	713,7	591,7	474,6	5,0	117,1	114,0	122,0	6,5	1,1	0,9	175,2	112,7	136,0	308,9	—	61,8	35,1	
Juni	899,7	783,6	645,6	527,8	4,1	117,8	116,1	138,0	6,5	· ^{b)}	· ^{b)}	158,5	112,7	137,0	319,2	—	142,2	30,1	
Sept.	922,3	804,3	665,7	552,0	4,1	113,7	118,0	138,6	6,7	·	·	132,3	232,7	164,1	214,4	—	149,2	29,6	
Dez.	1 028,3	873,8	732,9	603,0	4,0	129,9	154,5	140,9	6,8	·	·	104,9	367,0	168,1	214,2	—	145,0	29,1	
1951																			
Jan.	932,9	811,1	670,9	565,6	4,0	105,3	121,8	140,2	6,8	·	·	105,3	272,0	168,6	214,4	—	143,5	29,1	
Febr.	953,6	831,1	690,9	581,8	3,9	109,1	122,5	140,2	6,8	·	·	96,6	302,7	169,1	213,8	—	142,3	29,1	
März	1 098,5	873,2	732,9	585,9	3,9	147,0	225,3	140,3	6,8	·	·	154,1	392,3	169,1	213,8	—	140,1	29,1	
April	963,7	839,2	696,4	588,0	3,9	108,4	124,5	142,8	6,7	·	·	86,5	342,1	141,0	213,8	—	161,2	19,1	
Mai	988,8	834,7	688,7	579,1	3,9	109,6	154,1	146,0	6,8	·	·	138,6	309,0	147,5	213,8	—	160,8	19,1	
Juni	999,5	879,5	726,5	611,2	3,8	115,3	120,0	153,0	6,8	·	·	118,7	269,0	151,0	214,2	—	227,5	19,1	
Juli	978,2	858,5	696,3	594,9	3,8	101,4	119,7	162,2	6,8	·	·	155,4	211,0	151,0	214,2	—	227,5	19,1	

1) Lt. Meldungen der Postscheck- und Postsparkassenämter zur Bankenstatistik. — 2) Lt. Angaben des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen. — 3) Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto in den Spalten 3 und 4 bzw. 8 mit enthalten.

b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern in Mill. DM

Stand	Sparein-lagenbe-stand am Monats-anfang	Ein-zah-lungen	Aus-zah-lungen	Saldo der Ein- und Aus-zah-lungen	Zugänge aus Zinsen	sonstige ¹⁾ Veränd-e-rungen (z. B. Um-stellung, Umbu-dung usw.)	Sparein-lagen-be-stand am Monats-ende
1949							
Januar	38,8	·	·	·	·	·	44,5
März	51,9	·	·	·	·	·	58,9
Juni	71,9	8,7	7,7	+ 1,0	—	+ 3,6	76,5
September	88,1	11,5	9,9	+ 1,6	0,0	+ 1,4	91,1
Dezember	93,7	9,0	8,9	+ 0,1	0,1	+ 0,5	94,4
1950							
Januar	94,4	14,0	6,3	+ 7,7	0,8	+ 0,4	103,3
Februar	103,3	12,2	6,9	+ 5,3	0,6	+ 0,3	109,5
März	109,5	14,4	8,8	+ 5,6	0,1	+ 0,3	115,5
April	115,5	11,9	8,2	+ 3,7	0,0	+ 0,2	119,4
Mai	119,4	13,8	10,0	+ 3,8	0,1	+ 0,2	123,5
Juni	123,5	18,8	11,9	+ 6,9	0,1	+ 0,2	130,7
Juli	130,7	16,7	14,4	+ 2,3	0,1	+ 0,2	133,3
August	133,3	15,6	17,0	— 1,4	0,1	+ 0,2	132,2
September	132,2	13,7	14,8	— 1,1	0,2	+ 0,2	131,5
Oktober	131,5	14,4	12,1	+ 2,3	0,3	+ 0,2	134,3
November	134,3	13,2	11,9	+ 1,3	0,1	+ 0,3	136,0
Dezember	136,0	10,6	14,2	— 3,6	1,6	+ 0,1	134,1
1951							
Januar	134,1	13,0	13,9	— 0,9	0,1	+ 0,1	133,4
Februar	133,4	11,6	12,2	— 0,6	0,5	+ 0,1	133,4
März	133,4	12,9	13,6	— 0,7	0,7	+ 0,1	133,5
April	133,5	14,2	11,7	+ 2,5	0,0	+ 0,1	136,1
Mai	136,1	16,2	13,1	+ 3,1	0,0	+ 0,0	139,2
Juni	139,2	20,5	13,7	+ 6,8	0,0	+ 0,2	146,2
Juli	146,2	26,3	17,3	+ 9,0	0,0	+ 0,2	155,4

1) Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung.

3. Zur Entwicklung der Bausparkassen im Bundesgebiet in Mill. DM

Stand am Monatsende	Ausleihungen		Ausgleichs-forderungen		Einlagen und aufgenommene Gelder	
	Hypo-theken	Zwischen-kredite	im Bestand	verkaufte	Sparein-lagen	aufgen.-Fremd-mittel
Bausparkassen insgesamt						
1950 Dezember	217,2	190,6	50,3	12,7	502,6	35,8
1951 Januar	235,5	202,1	51,3	11,7	527,6	39,3
Februar	252,7	198,6	51,8	11,1	538,6	40,2
März	265,6	204,9	52,1	10,8	553,6	47,5
April	287,4	204,0	53,8	9,3	560,8	60,2
Mai	307,0	204,1	54,4	8,9	564,3	67,5
Juni	326,7	199,9	54,3	8,8	573,2	72,0
Juli	344,3	204,1	54,5	8,6	578,0	78,3
Private Bausparkassen						
1950 Dezember	132,2	48,4	35,4	11,4	274,7	1,1
1951 Januar	143,3	53,7	36,4	10,4	287,7	1,3
Februar	154,4	49,5	37,0	9,8	294,0	1,3
März	166,2	47,3	37,4	9,5	307,3	1,8
April	178,8	45,0	38,8	8,0	311,6	2,2
Mai	187,8	47,8	39,0	7,7	316,5	2,1
Juni	196,0	48,5	39,0	7,6	325,8	2,6
Juli	208,4	49,9	39,2	7,4	332,0	3,1
Öffentl. Bausparkassen						
1950 Dezember	85,0	142,2	14,9	1,3	227,9	34,7
1951 Januar	92,2	148,4	14,9	1,3	239,9	38,0
Februar	98,3	149,1	14,8	1,3	244,6	38,9
März	99,4	157,6	14,7	1,3	246,3	45,7
April	108,6	159,0	15,0	1,3	249,2	58,0
Mai	119,2	156,3	15,4	1,2	247,8	65,4
Juni	130,7	151,4	15,3	1,2	247,4	69,4
Juli	135,9	154,2	15,3	1,2	246,0	75,2

4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet *)

Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Bilanzsumme	Aktiva					Passiva								Kreditvolumen insgesamt
			Barreserve und Bankguthaben ²⁾	Wechsel	Debitoren	sonstige Aktiva ³⁾	Einlagen	Verpflichtungen aus Anweisungenheften	aufgenommene Gelder	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	Eigenkapital § 11 KWG	sonstige Passiva ⁴⁾	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Zielhungen im Umlauf	Indossamentverbindlichkeiten	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1950																
Sept.	64	131,2	2,5	64,3	57,5	6,9	17,2	8,3	70,1	1,9	9,4	24,3	3,4	6,2	36,4	164,5
Okt.	65	150,0	3,2	69,7	69,7	7,4	18,5	11,2	78,6	2,6	10,0	29,1	3,8	7,8	51,4	198,8
Nov.	66	172,6	3,7	75,6	85,5	7,8	25,3	14,4	89,6	3,0	10,3	30,0	0,1	10,0	53,3	224,6
Dez.	67	180,8	5,7	60,8	105,1	9,2	15,5	15,9	100,4	5,2	10,8	33,0	0,0	10,3	73,1	249,6
1951																
Jan.	71	188,0	3,5	67,5	107,8	9,2	16,1	10,8	111,3	5,4	11,3	33,1	0,0	12,0	72,1	259,7
Febr.	72	187,9	4,2	66,2	108,3	9,2	16,4	10,2	109,6	5,4	11,6	34,7	0,0	13,7	79,4	267,9
März	73	211,3	4,3	87,1	110,3	9,6	16,9	12,4	111,5	3,3	12,1	55,1	0,0	14,7	60,6	273,0
April	73	216,3	5,2	92,9	108,3	9,9	17,7	13,3	111,6	2,6	13,6	57,5	0,0	15,3	63,7	280,9
Mai	74	226,2	5,8	97,8	111,1	11,5	18,5	14,2	116,9	1,4	13,8	61,4	0,1	15,2	65,3	288,6
Juni	76	226,6	5,0	102,3	106,9	12,4	18,8	11,6	119,0	0,6	14,8	61,8	0,1	15,3	67,1	292,4
Juli	77	223,6	5,7	101,4	103,9	12,6	19,4	9,8	116,3	0,3	14,9	62,9	0,1	15,8	75,9	297,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. —
¹⁾ Veränderungen entstehen durch Zugang neu berichtender Institute. — ²⁾ Einschließlich Postscheckguthaben. — ³⁾ Nicht identisch mit der gleichnamigen Bilanzposition. Einbezogen sind alle diejenigen Positionen des Ausweises, die in der Tabelle nicht gesondert aufgeführt sind.

V. Kreditvolumen

1. Kurzfristige Kredite¹⁾ der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Geschäftsbanken ²⁾				Zentralbanksystem (BdL und LZB) ⁴⁾	insgesamt
	nach der monatlichen Bankenstatistik		Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾	insgesamt		
	insgesamt	darunter Valutaforderungen aus der RM-Zeit				
1950						
Januar	10 218	275	161	10 379	374	10 753
Februar	10 604	281	165	10 769	388	11 157
März	10 986	282	169	11 155	420	11 575
April	11 128	284	171	11 299	601	11 900
Mai	11 222	285	172	11 394	1 008	12 402
Juni	11 420 ⁶⁾	.	175	11 595	1 592 ⁵⁾	13 187 ⁵⁾
Juli	11 595 ⁶⁾	.	177	11 772	1 418	13 190
August	11 784 ⁶⁾	.	179	11 963	1 564	13 527
September	12 377 ⁶⁾	.	185	12 562	1 483	14 045
Oktober	12 981	.	190	13 171	1 583	14 754
November	13 272 ⁶⁾	.	193	13 465	1 559	15 024
Dezember	13 524 ⁶⁾	.	196	13 720	1 580	15 300
1951						
Januar	13 706 ⁶⁾	.	198	13 904	1 311	15 215
Februar	14 088 ⁶⁾	.	202	14 290	1 517	15 807
März	13 490 ⁶⁾	.	196	13 686	1 114	14 800
April	13 179 ⁶⁾	.	192	13 371	1 193	14 564
Mai	13 208 ⁶⁾	.	192	13 400	1 540	14 940
Juni	13 548	.	196	13 744	1 614	15 358
Juli	13 862	.	200	14 062	1 627	15 689
August	1 618	.

¹⁾ Ohne Kredite an Geldinstitute. — ²⁾ Ohne Teilzahlungsfinanzierungsinstitute (s. vorst. Tabelle); Kontokorrent-, Akzept-, Wechselkredite, Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen, sonstige kurzfristige Kredite. — ³⁾ Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. — ⁴⁾ Schatzwechsel, Kassenvorschüsse, Lombardkredite an die öffentliche Hand, Wertpapiere (einschl. der von Versicherungsunternehmen und Bausparkassen angekauften Ausgleichsforderungen) und Direktkredite an Wirtschaft und Private (letztere nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone). — ⁵⁾ Zunahme in Höhe von 400 Mill. DM bedingt durch die Übertragung des „suspense account-Kredits“. — ⁶⁾ Berichtigte Zahlen.

2. Kredite des Zentralbanksystems an Bund, Länder und sonstige Nichtbanken

V. Kreditvolumen

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kredite und Wertpapierankäufe des Zentralbanksystems										
	Bund und Bundesverwaltungen					Länder				Sonstige ¹⁾	
	insgesamt	insgesamt	davon			insgesamt	davon			insgesamt	darunter: von Versicher. u. Bauspar- kassen ange- kaufte Aus- gleichsford.
			Schatzwechsel und unver- zinsl. Schatz- anweisungen	Kassen- vor- schüsse	ange- kaufte Wert- papiere		Schatz- wechsel	Kassen- vor- schüsse	Lom- bard- kredite		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1949											
Januar	86,5	28,0	—	28,0	—	8,0	1,1	6,9	—	50,5	.
Februar	69,3	—	—	—	—	22,9	0,6	22,3	—	46,4	.
März	172,4	87,8	35,0	52,8	—	38,7	0,3	38,4	—	45,9	.
April	342,3	268,6	50,0	218,6	—	42,5	—	42,5	—	31,2	.
Mai	310,9	227,6	49,8	177,8	—	55,0	0,8	54,2	—	28,3	.
Juni	401,8	294,9	100,8	194,1	—	79,0	0,8	78,2	—	27,9	.
Juli	313,6	233,7	99,7	134,0	—	53,6	1,2	52,4	—	26,3	.
August	238,7	142,9	142,9	—	—	68,2	0,2	68,0	—	27,6	.
September	263,6	153,1	153,1	—	—	80,3	0,3	57,4	22,6	30,2	.
Oktober	258,8	150,7	150,7	—	—	79,8	7,7	45,6	26,5	28,3	4,7
November	232,2	90,0	90,0	—	—	102,3	42,3	47,6	12,4	39,9	8,4
Dezember	388,9	93,8	93,8	—	—	239,9	132,6	86,5	20,8	55,2	15,6
1950											
Januar	373,5	85,9	85,9	—	—	229,7	143,4	80,5	5,8	57,9	17,2
Februar	387,5	88,9	88,9	—	—	232,7	149,2	77,7	5,8	65,9	18,8
März	420,3	101,7	77,7	24,0	—	237,7	130,0	101,9	5,8	80,9	21,5
April	601,3	311,7	107,6	204,1	—	181,6	91,5	69,9	20,2	108,0	28,1
Mai	1 007,9	775,2	131,2	644,0	—	126,0	57,1	48,7	20,2	106,7	30,4
Juni	1 592,0	1 294,1	154,9	779,2 ²⁾	360,0	161,5	53,9	87,4	20,2	136,4	32,6
Juli	1 418,2	1 090,9	82,7	748,2	260,0	177,6	90,3	81,4	5,9	149,7	41,7
August	1 564,2	1 172,8	113,0	799,8	260,0	235,5	105,7	115,5	14,3	155,9	43,9
September	1 482,5	1 115,4	183,1	597,3	335,0	197,2	105,5	85,8	5,9	169,9	46,8
Oktober	1 582,8	1 185,0	334,5	515,5	335,0	229,3	76,3	144,7	8,3	168,5	47,7
November	1 588,7	1 182,1	247,2	599,9	335,0	258,0	91,9	161,8	4,3	118,6	50,4
Dezember	1 580,0	1 204,5	232,0	637,5	335,0	238,4	89,0	141,9	7,5	137,1	54,8
1951											
Januar	1 311,3	901,1	310,7	255,4	335,0	273,7	85,7	178,9	9,1	136,5	53,7
Februar	1 517,0	1 096,1	387,0	374,1	335,0	282,5	115,0	164,4	3,1	138,4	53,3
März	1 113,9	772,4	155,3	282,1	335,0	211,0	83,4	124,6	3,0	130,5	49,6
April	1 193,2	815,5	129,5	351,0	335,0	234,8	91,2	140,7	2,9	142,9	49,4
Mai	1 539,7	1 159,9	366,2	458,7	335,0	236,1	84,5	148,8	2,8	143,7	49,0
Juni	1 614,4	1 278,6	337,5	606,1	335,0	187,9	60,5	127,4	—	147,9	49,6
Juli	1 627,3	1 278,8	298,8	645,0	335,0	209,6	43,5	146,7	19,4	138,9	49,0
August	1 618,2	1 244,2	237,5	671,7	335,0	232,3	37,4	179,9	15,0	141,7	50,5

¹⁾ Darin sind enthalten — außer Spalte 11 — Direktkredite an Wirtschaft und Private (nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone), Schatzwechsel der südwestdeutschen Eisenbahn, Kassenkredite an sonstige öffentliche Körperschaften und Wertpapiere, soweit diese nicht in Spalte 5 erfaßt sind. — ²⁾ Einbezogen sind 147,0 Mill. DM Lombardkredit der Landeszentralbanken zu Gunsten des Bundes.

3. Kredite des Zentralbanksystems an Geldinstitute

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Geschäftsbanken des Bundesgebietes (ohne KfW)				Kreditanstalt für Wiederaufbau	Berliner Zentralbank ³⁾
	insgesamt ¹⁾	davon				
		Wechselkredite ¹⁾²⁾	Lombarkredite	angekaufte fremde Ausgleichsforderungen		
1	2	3	4	5	6	
1949						
Januar	1 481,2	1 279,5	162,2	39,5	—	—
Februar	1 538,6	1 294,0	201,2	43,4	—	—
März	1 565,2	1 357,4	163,6	44,2	—	—
April	1 566,7	1 328,9	190,2	47,6	—	—
Mai	1 353,2	1 119,5	183,9	49,8	—	—
Juni	1 213,1	1 008,6	144,3	60,2	—	4,7
Juli	1 426,9	1 176,2	181,5	69,2	—	7,8
August	1 797,8	1 535,0	173,9	88,9	—	5,2
September	2 059,7	1 810,5	149,2	100,0	—	3,5
Oktober	2 736,0	2 424,5	205,1	106,4	—	0,5
November	3 394,1	2 908,5	355,8	129,8	—	—
Dezember	3 753,1	3 198,0	335,6	219,5	58,4	—
1950						
Januar	3 774,5	3 216,9	298,4	259,2	—	—
Februar	3 852,5	3 197,7	376,9	277,9	—	—
März	3 820,8	3 262,7	244,5	313,6	—	20,4
April	3 678,8	3 118,9	231,1	328,8	—	20,0
Mai	3 546,2	2 937,4	264,7	344,1	20,0	31,4
Juni	3 439,3	2 829,4	246,2	363,7	77,6	36,5
Juli	3 340,9	2 742,2	231,4	367,3	65,0	13,3
August	3 190,7	2 564,8	243,4	382,5	151,2	8,2
September	3 879,4	3 199,9	280,6	398,9	205,8	34,7
Oktober	4 548,3	3 846,4	287,5	414,4	273,7	33,0
November	4 646,6	3 906,1	297,9	442,6	374,5	56,0
Dezember	4 960,0	4 119,4	360,6	480,0	368,7	75,2
1951						
Januar	4 435,7	3 652,5	316,8	466,4	404,0	97,3
Februar	5 063,7	4 169,5	422,1	472,1	437,0	168,4
März	4 740,4	3 835,6	419,8	485,0	388,1	130,0
April	4 283,6	3 413,6	372,4	497,6	395,1	143,7
Mai	4 238,9	3 345,2	384,2	509,5	410,4	143,1
Juni	4 411,1	3 570,3	325,1	515,7	408,5	112,8
Juli	4 205,0	3 438,9	262,1	504,0	445,7	112,7
August	4 103,4	3 354,4	258,8	490,2	464,8	94,0

¹⁾ Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen beruhen auf der Einbeziehung der angekauften Auslandswechsel, die in früheren Veröffentlichungen nur bis Mai 1950 in den Wechselkrediten enthalten waren. —
²⁾ Einschließlich der seit Januar 1951 vom Zentralbanksystem angekauften Exporttratten. — ³⁾ Die Kredite an die BZB umfassen — z. T. abweichend von früheren Angaben — angekaufte Inlands- und Auslandswechsel sowie Exporttratten und lombardierte Ausgleichsforderungen.

4. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

a) Bundesgebiet

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kredite an Nichtbanken														
	insgesamt						von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:								
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)	Wirtschaft und Private								
		insgesamt	darunter Akzeptkredite				kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		11	12		13	14
1950															
Jan.	10 217,6	6 911,8	2 020,7	3 305,8	2 370,9	9 614,7	6 626,1	1 944,0	2 988,6			2 067,8			
März	10 986,3	7 276,1	2 139,4	3 710,2	2 879,9	10 078,4	6 799,4	2 038,4	3 279,0			2 463,5			
Mai	11 221,9 ⁶⁾	7 261,5	2 027,0	3 960,4 ⁶⁾	3 326,9	10 315,6	6 845,8	1 924,6	3 469,8			2 836,8			
Juni	11 419,5	7 375,4	2 001,8	4 044,1	735,2	3 001,4	10 549,0	7 022,4	2 000,4	3 526,6	687,1	618,4	68,7	2 572,2	
Juli	11 595,2	7 469,0	2 034,6	4 126,2	773,2	3 270,2	10 785,9	7 144,5	2 034,2	3 641,4	712,9	635,6	77,3	2 825,8	
Aug.	11 784,4	7 649,0	2 082,7	4 135,4	815,1	3 669,8	11 025,5	7 330,9	2 082,2	3 694,6	753,0	673,4	79,6	3 181,3	
Sept.	12 376,9 ⁶⁾	8 200,1	2 326,6	4 176,8	853,5	4 019,3	11 611,5 ⁶⁾	7 845,1	2 326,2	3 766,4	782,1	700,5	81,6	3 485,3	
Okt.	12 980,5	8 669,1	2 570,5	4 311,4	897,8	4 424,8	12 303,9	8 305,6	2 568,3	3 998,3	822,6	743,3	79,3	3 797,4	
Nov.	13 271,6	8 787,5	2 504,2	4 484,1	922,5	4 751,8	12 630,3	8 444,3	2 502,9	4 186,0	848,1	774,3	73,8	4 100,5	
Dez.	13 524,1	8 458,6	2 343,9	5 065,5	962,0	5 148,3	12 964,0	8 175,0	2 342,9	4 789,0	883,7	803,5	80,2	4 440,0	
1951															
Jan.	13 705,5 ¹⁰⁾	8 548,6 ¹⁰⁾	2 166,2	5 156,9	992,3 ¹¹⁾	5 395,8	13 097,1 ¹⁰⁾	8 273,5 ¹⁰⁾	2 165,2	4 823,6	910,6 ¹¹⁾	825,9 ¹¹⁾	84,7	4 662,0	
Febr.	14 087,7	8 703,5	2 058,4	5 384,2	1 042,8	5 630,9	13 513,6	8 452,2	2 057,8	5 061,4	956,9	874,3	82,6	4 857,8	
März	13 490,0	8 154,4	1 838,9	5 335,6	1 167,2	5 916,5	12 923,7	7 914,2	1 838,7	5 009,5	1 078,6	987,0	91,6	5 118,8	
April	13 179,3	7 849,0	1 684,0	5 330,3	1 227,6	6 201,8	12 541,1	7 612,3	1 683,9	4 928,8	1 135,8	1 039,5	96,3	5 376,7	
Mai	13 207,7	7 924,1	1 575,2	5 283,6	1 268,3	6 407,9	12 565,7	7 652,2	1 575,1	4 913,5	1 164,3	1 066,0	98,3	5 556,3	
Juni	13 547,9	7 887,0	1 494,2	5 660,9	1 340,7	6 647,9	12 844,0	7 619,2	1 494,1	5 224,8	1 223,5	1 120,2	103,3	5 765,7	
Juli	13 861,6	7 928,0	1 422,6	5 933,6	1 370,0	6 859,3	13 089,8	7 715,6	1 422,5	5 374,2	1 245,1	1 136,7	108,4	5 949,0	
	noch: Kredite an Nichtbanken						Kredite an Kreditinstitute								
	von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:						davon								
	Öffentlich-rechtliche Körperschaften						kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)	
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon			insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite		
	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29
1950															
Jan.	602,9	285,7	317,2			303,1		1 730,2	656,0	21,3	1 074,2			218,3	
März	907,9	476,7	431,2			416,4		1 732,8	664,8	19,7	1 068,0			262,8	
Mai	906,3 ⁶⁾	415,7	490,6 ⁶⁾			490,1		1 762,2 ⁷⁾	684,5	17,0	1 077,7 ⁷⁾			331,6	
Juni	870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 728,7	662,4	20,7	1 066,3	41,0	37,2	3,8	456,5
Juli	809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	444,4	1 765,1	667,5	22,8	1 097,6	49,1	41,6	7,5	496,0
Aug.	758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	488,5	1 759,7	679,4	22,5	1 080,3	47,8	40,3	7,5	543,7
Sept.	765,4	355,0	410,4	71,4	66,6	4,8	534,0	1 835,2	779,7	23,0	1 055,5	45,4	37,8	7,6	608,6
Okt.	676,6	363,5	313,1	75,2	70,2	5,0	627,4	1 856,1	865,9	23,3	990,2	46,3	39,8	6,5	638,4
Nov.	641,3	343,2	298,1	74,4	70,9	3,5	651,3	1 875,6	848,9	24,4	1 026,7	76,6	41,9	34,7	724,6
Dez.	560,1	283,6	276,5	78,3	75,0	3,3	708,3	1 810,6	789,4	19,5	1 021,2	87,8	52,8	35,0	773,1
1951															
Jan.	608,4	275,1	333,3	81,7	78,3	3,4	733,8	1 920,3	892,9	18,4	1 027,4	99,9	64,8	35,1	797,9
Febr.	574,1	251,3	322,8	85,9	82,6	3,3	773,1	1 964,2	920,2	24,1	1 044,0	96,0	59,9	36,1	825,3
März	566,3	240,2	326,1	88,6	84,8	3,8	797,7	1 989,1	999,5	24,0	989,6	110,1	73,7	36,4	851,9
April	638,2	236,7	401,5	91,8	88,6	3,2	825,1	1 902,4	940,8	20,3	961,6	116,1	78,8	37,3	878,1
Mai	642,0	271,9	370,1	104,0	92,6	11,4	851,6	1 903,8	922,4	21,1	981,4	120,3	83,2	37,1	903,2
Juni	703,9	267,8	436,1	117,2	106,0	11,2	882,2	1 937,6	914,7	19,3	1 022,9	97,1	86,3	10,8	916,6
Juli	771,8	212,4	559,4	124,9	113,5	11,4	910,3	1 920,0	930,0	20,3	990,0	103,7	95,2	8,5	933,3

*1) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ⁴⁾ Hypotheken, Kommundarleihen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Nachträglicher Zugang in Höhe von 25 Mill. DM durch Korrekturmeldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel). — ⁷⁾ Vgl. Anmerkung ⁶⁾. — ⁸⁾ Zunahme im September 1950 rd. 682 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe von rd. 89 Mill. DM ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist verursacht durch den Abgang von 8 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichten. — ⁹⁾ Vgl. Anmerkung ⁶⁾. — ¹⁰⁾ Enthält statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 21 Mill. DM (nachträgliche Korrekturmeldung einer Girozentrale). — ¹¹⁾ Hierin enthalten statistisch bedingte Zunahme in Höhe von rd. 21 Mill. DM (nachträgliche Korrekturmeldung einer Girozentrale).

Stand am Monatsende	Kredite an														
	insgesamt										von den Spalten 1				
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaft und Private							
		Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft				kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		insgesamt	darunter Akzeptkredite						insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
1951															
Bundesgebiet															
März	13 490,0	8 154,4	1 838,9	5 335,6	1 167,2	5 916,5	12 923,7	7 914,2	1 838,7	5 009,5	1 078,6	987,0	91,6	5 118,8	
April	13 179,3	7 849,0	1 684,0	5 330,3	1 227,6	6 201,8	12 541,1	7 612,3	1 683,9	4 928,8	1 135,8	1 039,5	96,3	5 376,7	
Mai	13 207,7	7 924,1	1 575,2	5 283,6	1 268,3	6 407,9	12 565,7	7 652,2	1 575,1	4 913,5	1 164,3	1 066,0	98,3	5 556,3	
Juni	13 547,9	7 887,0	1 494,2	5 660,9	1 340,7	6 647,9	12 844,0	7 619,2	1 494,1	5 224,8	1 223,5	1 120,2	103,3	5 765,7	
Juli	13 861,6	7 928,0	1 422,6	5 933,6	1 370,0	6 859,3	13 089,8	7 715,6	1 422,5	5 374,2	1 245,1	1 136,7	108,4	5 949,0	
Baden															
März	295,1	212,7	38,8	82,4	28,0	55,7	269,9	198,4	38,8	71,5	24,1	22,2	1,9	48,5	
April	301,3	218,4	36,2	82,9	30,0	59,2	272,4	199,6	36,2	72,8	24,6	22,3	2,3	51,7	
Mai	298,7	216,6	34,5	82,1	31,1	61,0	274,3	202,0	34,5	72,3	25,2	22,4	2,8	53,2	
Juni	307,6	218,3	29,1	89,3	33,5	64,7	283,7	204,5	29,1	79,2	26,3	23,8	2,5	55,7	
Juli	309,8	216,4	24,5	93,4	35,6	66,3	285,1	202,1	24,5	83,0	27,5	23,9	3,6	57,7	
Bayern															
März	2 055,9	1 368,6	384,1	687,3	174,0	1 106,8	1 948,6	1 289,3	383,9	659,3	166,4	158,0	8,4	958,9	
April	1 978,8	1 301,1	351,5	677,7	206,1	1 152,5	1 862,4	1 220,9	351,4	641,5	198,6	190,3	8,3	998,1	
Mai	1 990,2	1 325,9	323,2	664,3	204,7	1 198,4	1 859,7	1 227,6	323,1	632,1	197,3	189,1	8,2	1 036,3	
Juni	1 982,7	1 295,2	311,8	687,5	206,8	1 244,7	1 867,3	1 205,8	311,7	661,5	200,6	193,4	7,2	1 075,6	
Juli	1 977,7	1 295,0	298,0	682,7	213,9	1 292,2	1 891,3	1 230,0	297,9	661,3	208,1	200,6	7,5	1 115,1	
Bremen															
März	461,8	262,5	90,4	199,3	8,7	248,3	461,0	261,7	90,4	199,3	8,7	7,8	0,9	241,1	
April	424,5	234,1	64,4	190,4	9,2	251,8	423,8	233,4	64,4	190,4	9,2	7,9	1,3	244,5	
Mai	415,8	232,8	54,5	183,0	12,5	257,8	415,2	232,2	54,5	183,0	12,5	8,5	4,0	250,6	
Juni	426,3	239,7	47,1	186,6	13,7	263,6	426,1	239,6	47,1	186,5	13,7	8,4	5,3	256,5	
Juli	444,6	246,9	48,9	197,7	12,1	271,0	444,2	246,5	48,9	197,7	12,1	7,7	4,4	263,9	
Hamburg															
März	1 646,2	1 014,3	386,6	631,9	105,9	229,9	1 632,1	1 012,1	386,6	620,0	105,7	96,4	9,3	229,0	
April	1 639,9	1 002,4	364,6	637,5	108,2	244,7	1 617,0	1 000,3	364,6	616,7	108,0	99,2	8,8	243,9	
Mai	1 641,8	1 009,8	351,2	632,0	111,1	253,2	1 628,8	1 007,6	351,2	621,2	110,9	104,1	6,8	252,4	
Juni	1 747,7	1 073,6	347,4	674,1	125,9	260,3	1 734,8	1 071,5	347,4	663,3	125,6	117,8	7,8	259,5	
Juli	1 812,0	1 111,5	351,6	700,5	134,4	268,3	1 796,7	1 109,0	351,6	687,7	134,1	118,4	15,7	267,5	
Hessen															
März	1 150,8	703,6	127,0	447,2	130,9	323,9	1 128,9	699,0	127,0	429,9	125,0	112,4	12,6	265,8	
April	1 141,5	692,6	117,8	448,9	139,2	334,3	1 111,0	686,2	117,8	424,8	133,0	120,4	12,6	277,8	
Mai	1 113,0	686,4	109,3	426,6	138,5	345,8	1 092,8	679,3	109,3	413,5	132,9	119,5	13,4	287,7	
Juni	1 151,7	700,6	102,4	451,1	151,8	357,1	1 129,1	691,5	102,4	437,6	143,6	129,4	14,2	297,9	
Juli	1 150,7	689,1	95,9	461,6	152,9	367,0	1 121,4	676,5	95,9	444,9	143,3	130,6	12,7	307,8	
Niedersachsen															
März	1 059,6	679,9	65,6	379,7	40,9	749,3	1 009,6	645,4	65,6	364,2	39,3	31,2	8,1	639,9	
April	998,1	628,9	54,5	369,2	44,7	786,4	953,4	604,0	54,5	349,4	43,0	32,4	10,6	673,0	
Mai	1 014,0	640,1	50,3	373,9	46,5	806,2	957,2	605,0	50,3	352,2	44,8	33,9	10,9	690,0	
Juni	1 043,8	644,4	50,7	399,4	47,3	830,4	998,6	621,3	50,7	377,3	46,4	35,6	10,8	712,0	
Juli	1 056,1	643,2	50,5	412,9	47,9	850,6	1 002,9	619,3	50,5	383,6	47,0	36,5	10,5	730,1	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute betrug 0,1%. — 2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, KommunalDarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute											Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁶⁾				
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wech- sel- obliga der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite					
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite						26	27	28	
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29				
Bundesgebiet																1951		
566,3	240,2	326,1	88,6	84,8	3,8	797,7	1 989,1	999,5	24,0	989,6	110,1	73,7	36,4	851,9	März			
638,2	236,7	401,5	91,8	88,6	3,2	825,1	1 902,4	940,8	20,3	961,6	116,1	78,8	37,3	878,1	April			
642,0	271,9	370,1	104,0	92,6	11,4	851,6	1 903,8	922,4	21,1	981,4	120,3	83,2	37,1	903,2	Mai			
703,9	267,8	436,1	117,2	106,0	11,2	882,2	1 937,6	914,7	19,3	1 022,9	97,1	86,3	10,8	916,6	Juni			
771,8	212,4	559,4	124,9	113,5	11,4	910,3	1 920,0	930,0	20,3	990,0	103,7	95,2	8,5	933,3	Juli			
Baden																		
25,2	14,3	10,9	3,9	3,7	0,2	7,2	44,2	23,8	—	20,4	4,4	4,4	—	3,0	März			
28,9	18,8	10,1	5,4	4,9	0,5	7,5	41,5	21,4	—	20,1	4,4	4,4	—	3,0	April			
24,4	14,6	9,8	5,9	5,1	0,8	7,8	40,6	22,0	—	18,6	4,5	4,5	—	2,9	Mai			
23,9	13,8	10,1	7,2	6,4	0,8	9,0	40,7	21,1	—	19,6	4,8	4,8	—	3,3	Juni			
24,7	14,3	10,4	8,1	7,3	0,8	8,6	39,5	20,2	—	19,3	4,7	4,7	—	3,4	Juli			
Bayern																		
107,3	79,3	28,0	7,6	5,3	2,3	147,9	305,2	175,8	1,5	129,4	45,4	15,4	30,0	62,0	März			
116,4	80,2	36,2	7,5	6,1	1,4	154,4	291,0	172,3	1,0	118,7	45,9	15,7	30,2	66,1	April			
130,5	98,3	32,2	7,4	5,9	1,5	162,1	289,8	174,9	1,0	114,9	45,9	15,7	30,2	67,6	Mai			
115,4	89,4	26,0	6,2	4,7	1,5	169,1	297,8	177,7	1,0	120,1	14,4	11,9	2,5	69,7	Juni			
86,4	65,0	21,4	5,8	4,0	1,8	177,1	363,8	243,2	1,0	120,6	13,4	11,8	1,6	72,6	Juli			
Bremen																		
0,8	0,8	0,0	—	—	—	7,2	52,7	40,6	—	12,1	2,5	2,5	—	38,4	März			
0,7	0,7	0,0	—	—	—	7,3	45,1	36,7	—	8,4	2,5	2,5	—	38,4	April			
0,6	0,6	0,0	—	—	—	7,2	37,6	28,3	—	9,3	0,0	0,0	—	44,1	Mai			
0,2	0,1	0,1	—	—	—	7,1	41,7	31,6	—	10,1	0,0	0,0	—	44,1	Juni			
0,4	0,4	0,0	—	—	—	7,1	35,3	19,6	—	15,7	0,1	0,1	—	45,6	Juli			
Hamburg																		
14,1	2,2	11,9	0,2	0,2	—	0,9	93,0	51,8	4,4	41,2	5,7	3,4	2,3	13,5	März			
22,9	2,1	20,8	0,2	0,2	—	0,8	89,4	46,6	4,0	42,8	5,9	3,6	2,3	13,6	April			
13,0	2,2	10,8	0,2	0,2	—	0,8	88,1	44,1	3,7	44,0	6,3	4,1	2,2	13,6	Mai			
12,9	2,1	10,8	0,3	0,3	—	0,8	85,1	45,2	3,3	39,9	7,3	3,8	3,5	13,1	Juni			
15,3	2,5	12,8	0,3	0,3	—	0,8	93,9	50,6	3,3	43,3	5,9	3,7	2,2	13,2	Juli			
Hessen																		
21,9	4,6	17,3	5,9	5,9	—	58,1	208,9	92,1	10,5	116,8	10,7	9,6	1,1	18,7	März			
30,5	6,4	24,1	6,2	6,2	—	56,5	207,7	95,4	9,2	112,3	14,1	13,0	1,1	26,0	April			
20,2	7,1	13,1	5,6	5,6	0,0	58,1	231,8	97,3	10,7	134,5	15,1	14,0	1,1	26,3	Mai			
22,6	9,1	13,5	8,2	8,2	0,0	59,2	216,1	98,1	10,6	118,0	13,5	12,3	1,2	23,3	Juni			
29,3	12,6	16,7	9,6	9,6	0,0	59,2	207,2	100,3	11,7	106,9	13,0	11,7	1,3	25,5	Juli			
Niedersachsen																		
50,0	34,5	15,5	1,6	0,9	0,7	109,4	209,6	119,9	0,1	89,7	3,2	3,2	—	88,5	März			
44,7	24,9	19,8	1,7	1,0	0,7	113,4	182,4	98,7	0,1	83,7	2,0	2,0	—	91,8	April			
56,8	35,1	21,7	1,7	1,0	0,7	116,2	170,4	96,5	0,0	73,9	2,9	2,9	—	91,7	Mai			
45,2	23,1	22,1	0,9	0,4	0,5	118,4	159,7	90,2	0,0	69,5	3,7	3,7	—	92,8	Juni			
53,2	23,9	29,3	0,9	0,4	0,5	120,5	154,5	84,0	—	70,5	3,9	3,9	—	95,8	Juli			

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾.

Stand am Monats- ende	Kredite an von den Spalten 1															
	insgesamt						Wirtschaft und Private									
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- ende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- ende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		
		Debitoren						Wechsel- obligo der Kund- schaft	kurz- fristige Kredite insgesamt	Debitoren		Wechsel- obligo der Kund- schaft	Debitoren		durch- laufende Kredite	
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite							ins- gesamt						darunter Akzept- kredite
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			
1951																
Nordrhein-Westfalen																
März	3 777,6	2 093,7	353,4	1 683,9	320,9	1 299,5	3 659,3	2 084,2	353,4	1 575,1	302,2	273,9	28,3	1 070,8		
April	3 717,3	2 019,4	333,3	1 697,9	334,9	1 387,9	3 523,7	2 002,5	333,3	1 521,2	314,6	285,8	28,8	1 150,4		
Mai	3 724,3	2 043,3	304,1	1 681,0	348,8	1 447,5	3 542,0	2 028,6	304,1	1 513,4	324,4	297,4	27,0	1 200,1		
Juni	3 762,9	1 932,9	271,4	1 830,0	372,4	1 511,7	3 526,5	1 916,1	271,4	1 610,4	343,9	315,2	28,7	1 252,5		
Juli	3 934,2	1 961,9	242,4	1 972,3	370,8	1 554,9	3 582,6	1 947,1	242,4	1 635,5	341,1	314,7	26,4	1 287,4		
Rheinland-Pfalz																
März	557,9	385,4	82,9	172,5	44,6	162,9	539,2	374,3	82,9	164,9	42,7	41,4	1,3	138,6		
April	539,6	370,0	73,9	169,6	43,7	171,5	522,2	360,0	73,9	162,2	42,2	40,8	1,4	144,5		
Mai	530,3	364,5	69,8	165,8	45,4	176,8	517,2	356,9	69,8	160,3	42,8	41,2	1,6	148,9		
Juni	535,0	362,3	66,2	172,7	45,2	180,6	517,2	354,1	66,2	163,1	42,5	40,7	1,8	152,8		
Juli	543,7	367,0	60,4	176,7	46,0	185,0	525,7	359,3	60,4	166,4	43,1	41,3	1,8	156,5		
Schleswig-Holstein																
März	457,5	244,6	51,1	212,9	49,4	305,9	445,9	233,6	51,1	212,3	46,9	43,4	3,5	265,3		
April	449,2	236,1	47,8	213,1	39,4	326,4	434,3	221,9	47,8	212,4	36,9	33,5	3,4	283,9		
Mai	456,9	232,9	45,4	224,0	47,9	336,2	442,1	218,7	45,4	223,4	37,4	33,2	4,2	292,9		
Juni	465,1	235,4	42,4	229,7	48,1	347,5	452,0	225,0	42,4	227,0	37,4	33,2	4,2	302,8		
Juli	473,1	239,2	41,0	233,9	48,2	369,8	461,1	227,9	41,0	233,2	37,6	33,3	4,3	323,6		
Württemberg-Baden																
März	1 308,2	894,9	228,2	413,3	168,5	871,8	1 282,6	878,6	228,2	404,0	128,9	116,5	12,4	719,7		
April	1 291,5	863,7	210,2	427,8	171,5	907,0	1 265,8	847,4	210,2	418,4	131,7	117,5	14,2	751,0		
Mai	1 311,6	877,5	204,8	434,1	180,4	931,6	1 284,4	860,9	204,8	423,5	142,1	127,2	14,9	773,4		
Juni	1 365,8	869,9	199,5	495,9	186,8	980,1	1 334,2	853,7	199,5	480,5	144,2	127,8	16,4	817,5		
Juli	1 377,2	871,6	187,3	505,6	197,0	1 007,3	1 345,9	855,5	187,3	490,4	151,1	134,4	16,7	837,6		
Württemberg-Hohenzollern																
März	272,1	200,2	21,8	71,9	13,6	63,7	260,8	190,6	21,8	70,2	13,5	11,4	2,1	51,4		
April	266,8	194,5	18,3	72,3	14,7	68,2	255,1	184,6	18,3	70,5	14,5	12,6	1,9	55,3		
Mai	264,6	193,2	16,8	71,4	15,4	71,4	251,1	181,5	16,8	69,6	15,2	13,5	1,7	58,1		
Juni	268,8	193,7	16,4	75,1	15,9	74,8	255,1	181,9	16,4	73,2	15,6	14,0	1,6	60,6		
Juli	273,3	197,0	15,3	76,3	17,9	77,4	258,5	184,2	15,3	74,3	16,4	14,5	1,9	62,6		
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																
März	447,4	94,1	9,1	353,3	81,7	498,8	285,8	46,9	9,1	238,9	75,3	72,5	2,8	489,9		
April	430,7	87,8	11,6	342,9	86,0	512,0	299,9	51,4	11,6	248,5	79,5	76,8	2,7	502,7		
Mai	446,5	101,3	11,3	345,2	85,7	522,4	301,0	52,0	11,3	249,0	78,6	75,9	2,7	513,0		
Juni	490,2	120,8	9,8	369,4	93,3	532,3	319,1	54,0	9,8	265,1	83,8	81,0	2,8	522,1		
Juli	509,2	89,2	6,8	420,0	93,3	549,4	374,6	58,3	6,8	316,3	83,7	80,7	3,0	539,2		

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre-
— ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige

Kredite der Geschäftsbanken

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute									Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)		
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wech- sel- obligo der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite			
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite							
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29		
Nordrhein-Westfalen															1951	
118,3	9,5	108,8	18,7	18,7	—	228,7	468,4	176,4	1,0	292,0	14,0	13,2	0,8	250,9	März	
193,6	16,9	176,7	20,3	20,3	—	237,5	465,8	170,0	1,4	295,8	16,3	15,5	0,8	255,2	April	
182,3	14,7	167,6	24,4	24,4	—	247,4	461,2	153,8	—	307,4	18,1	17,2	0,9	266,0	Mai	
236,4	16,8	219,6	28,5	28,5	—	259,2	531,9	151,8	—	380,1	18,7	17,8	0,9	274,3	Juni	
351,6	14,8	336,8	29,7	29,7	—	267,5	485,2	136,4	—	348,8	21,0	20,1	0,9	278,1	Juli	
Rheinland-Pfalz																
18,7	11,1	7,6	1,9	1,9	—	24,3	169,5	98,5	1,5	71,0	1,9	1,9	—	16,8	März	
17,4	10,0	7,4	1,5	1,5	—	27,0	163,8	95,9	1,9	67,9	1,8	1,8	—	17,3	April	
13,1	7,6	5,5	2,6	2,6	—	27,9	163,6	94,9	0,8	68,7	2,2	2,2	—	17,0	Mai	
17,8	8,2	9,6	2,7	2,7	—	27,8	156,9	91,7	0,1	65,2	3,2	3,2	—	18,0	Juni	
18,0	7,7	10,3	2,9	2,9	—	28,5	141,5	78,2	0,1	63,3	3,9	3,9	—	18,1	Juli	
Schleswig-Holstein																
11,6	11,0	0,6	2,5	2,3	0,2	40,6	95,7	37,2	0,0	58,5	2,9	1,2	1,7	13,1	März	
14,9	14,2	0,7	2,5	2,3	0,2	42,5	87,9	29,7	—	58,2	2,9	1,2	1,7	13,1	April	
14,8	14,2	0,6	10,5	2,5	8,0	43,3	87,9	28,5	—	59,4	2,5	1,0	1,5	13,1	Mai	
13,1	10,4	2,7	10,7	2,7	8,0	44,7	87,6	29,5	—	58,1	2,7	1,2	1,5	13,1	Juni	
12,0	11,3	0,7	10,6	2,6	8,0	46,2	85,6	26,8	0,0	58,8	2,5	1,1	1,4	13,0	Juli	
Württemberg-Baden																
25,6	16,3	9,3	39,6	39,2	0,4	152,1	212,4	123,8	4,7	88,6	6,0	5,6	0,4	38,2	März	
25,7	16,3	9,4	39,8	39,4	0,4	156,0	205,2	118,5	2,3	86,7	6,8	5,9	0,9	39,0	April	
27,2	16,6	10,6	38,3	37,9	0,4	158,2	205,7	119,4	2,1	86,3	7,3	6,4	0,9	39,2	Mai	
31,6	16,2	15,4	42,6	42,3	0,3	162,6	188,4	109,8	1,9	78,6	9,2	8,2	1,0	38,9	Juni	
31,3	16,1	15,2	45,9	45,6	0,3	169,7	185,9	109,2	1,8	76,7	13,1	12,2	0,9	39,3	Juli	
Württemberg-Hohenzollern																
11,3	9,6	1,7	0,1	0,1	—	12,3	40,5	28,2	0,4	12,3	5,1	5,1	—	11,4	März	
11,7	9,9	1,8	0,2	0,2	—	12,9	38,5	26,2	0,4	12,3	5,1	5,1	—	12,1	April	
13,5	11,7	1,8	0,2	0,2	—	13,3	39,0	28,7	0,2	10,3	5,1	5,1	—	12,1	Mai	
13,7	11,8	1,9	0,3	0,3	—	14,2	42,6	32,2	0,2	10,4	5,1	5,1	—	12,1	Juni	
14,8	12,8	2,0	1,5	1,5	—	14,8	38,5	28,0	0,2	10,5	5,1	5,1	—	12,5	Juli	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																
161,6	47,2	114,4	6,4	6,4	—	8,9	89,0	31,4	—	57,6	8,4	8,2	0,2	297,5	März	
130,8	36,4	94,4	6,5	6,5	—	9,3	84,3	29,4	—	54,9	8,6	8,2	0,4	302,4	April	
145,5	49,3	96,2	7,1	7,1	—	9,4	88,2	34,0	2,7	54,2	10,4	10,2	0,2	309,5	Mai	
171,1	66,8	104,3	9,5	9,5	—	10,2	89,3	36,0	2,2	53,3	14,6	14,3	0,3	314,1	Juni	
134,6	30,9	103,7	9,6	9,6	—	10,2	88,9	33,3	2,2	55,6	17,1	17,0	0,1	316,2	Juli	

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
dinstitute ist nicht von Bedeutung. — 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
durchlaufende Kredite. — 5) Vgl. Anmerkung 4).

Stand am Monatsende	Kredite an													
	insgesamt						Wirtschaft und Private							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon Debitoren		Wechsel-obligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre ³⁾)	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)
		insgesamt	darunter Akzeptkredite					insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechsel-obligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1951														
Alle Banken														
März	13 490,0	8 154,4	1 838,9	5 335,6	1 167,2	5 916,5	12 923,7	7 914,2	1 838,7	5 009,5	1 078,6	987,0	91,6	5 118,8
April	13 179,3	7 849,0	1 684,0	5 330,3	1 227,6	6 201,8	12 541,1	7 612,3	1 683,9	4 928,8	1 135,8	1 039,5	96,3	5 376,7
Mai	13 207,7	7 924,1	1 575,2	5 283,6	1 268,3	6 407,9	12 565,7	7 652,2	1 575,1	4 913,5	1 164,3	1 066,0	98,3	5 556,3
Juni	13 547,9	7 887,0	1 494,2	5 660,9	1 340,7	6 647,9	12 844,0	7 619,2	1 494,1	5 224,8	1 223,5	1 120,2	103,3	5 765,7
Juli	13 861,6	7 928,0	1 422,6	5 933,6	1 370,0	6 859,3	13 089,8	7 715,6	1 422,5	5 374,2	1 245,1	1 136,7	108,4	5 949,0
Kreditbanken +)														
März	8 162,9	4 773,4	1 524,7	3 389,5	332,1	7 29,2	8 040,8	4 697,9	1 524,5	3 342,9	324,7	282,6	42,1	712,4
April	7 989,0	4 610,6	1 396,3	3 378,4	393,1	774,6	7 812,0	4 532,5	1 396,1	3 279,5	384,2	338,5	45,7	757,5
Mai	8 056,9	4 690,4	1 312,1	3 366,5	414,2	803,2	7 874,9	4 596,1	1 312,0	3 278,8	402,0	361,1	40,9	785,6
Juni	8 310,4	4 675,1	1 258,8	3 635,3	446,4	854,5	8 135,7	4 587,9	1 258,7	3 547,8	433,4	389,3	44,1	836,2
Juli	8 463,7	4 742,9	1 196,1	3 720,8	466,7	878,3	8 283,5	4 674,0	1 196,0	3 609,5	453,3	402,5	50,8	858,8
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten														
März	25,0	9,7	—	15,3	22,0	1 689,2	8,1	7,8	—	0,3	20,5	14,5	6,0	1 524,9
April	34,3	16,7	—	17,6	21,3	1 742,1	9,5	9,2	—	0,3	19,5	13,3	6,2	1 571,9
Mai	32,5	14,8	—	17,7	21,8	1 790,0	8,0	7,6	—	0,4	20,2	13,8	6,4	1 614,4
Juni	39,0	16,0	—	23,0	20,4	1 845,9	8,9	8,4	—	0,5	19,0	12,5	6,5	1 665,1
Juli	39,4	15,4	—	24,0	19,3	1 900,5	9,1	8,6	—	0,5	18,3	11,6	6,7	1 710,6
Girozentralen														
März	949,7	488,5	36,4	461,2	231,8	1 241,4	773,2	415,4	36,4	357,8	182,7	161,2	21,5	833,2
April	910,4 ⁶⁾	426,9 ⁶⁾	37,2	483,5	224,1	1 289,6	702,9 ⁶⁾	362,8 ⁶⁾	37,2	340,1	174,5	153,0	21,5	875,2
Mai	926,6	458,5	36,7	468,1	241,9	1 327,3	730,7	380,6	36,7	350,1	182,6	155,4	27,2	902,2
Juni	974,6	445,3	28,6	529,3	264,1	1 379,4	751,3	386,8	28,6	364,5	197,8	169,6	28,2	936,4
Juli	1 118,6	457,4	28,9	661,2	263,1	1 436,5	803,7	399,5	28,9	404,2	192,0	166,6	25,4	978,8
Sparkassen														
März	2 196,3	1 665,8	45,4	530,5	313,6	1 597,3	2 111,5	1 624,6	45,4	486,9	295,5	284,7	10,8	1 401,8
April	2 169,3 ⁷⁾	1 636,1 ⁷⁾	41,3	533,2	317,0	1 713,5	2 081,3 ⁷⁾	1 586,8 ⁷⁾	41,3	494,5	298,5	286,9	11,6	1 503,3
Mai	2 120,1	1 601,7	38,2	518,4	317,2	1 789,5	2 037,7	1 559,8	38,2	477,9	299,9	288,1	11,8	1 569,5
Juni	2 106,3	1 582,0	36,6	524,3	330,9	1 852,7	2 016,7	1 536,1	36,6	480,6	306,9	294,5	12,4	1 626,5
Juli	2 085,7	1 562,3	36,0	523,4	341,1	1 905,5	1 992,5	1 515,9	36,0	476,6	314,0	300,3	13,7	1 676,0
Zentralkassen °)														
März	305,2	157,5	94,3	147,7	3,0	24,0	304,1	157,2	94,3	146,9	2,9	2,9	0,0	24,0
April	286,4	143,5	83,5	142,9	3,5	26,5	285,3	143,2	83,5	142,1	3,4	3,4	0,0	26,5
Mai	269,6	130,9	72,0	138,7	4,0	27,5	269,0	130,6	72,0	138,4	3,9	3,9	0,0	27,5
Juni	265,2	123,3	63,1	141,9	4,0	28,3	264,6	123,0	63,1	141,6	4,0	4,0	0,0	28,3
Juli	275,0	127,5	57,0	147,5	4,5	27,9	274,5	127,3	57,0	147,2	4,4	4,4	0,0	27,9
Kreditgenossenschaften °)														
März	1 176,2	822,0	71,0	354,2	155,4	124,4	1 173,0	821,1	71,0	351,9	149,3	142,5	6,8	120,5
April	1 143,7	792,7	63,4	351,0	155,0	133,9	1 140,4	791,7	63,4	348,7	148,7	141,5	7,2	130,0
Mai	1 133,6	791,6	57,2	342,0	155,5	138,6	1 130,3	790,6	57,2	339,7	149,2	141,5	7,7	134,6
Juni	1 133,8	790,4	49,9	343,4	153,2	145,2	1 129,7	788,9	49,9	340,8	150,3	142,6	7,7	141,5
Juli	1 143,9	800,7	47,9	343,2	153,5	151,3	1 140,1	799,5	47,9	340,6	150,9	143,5	7,4	147,7
Sonstige Kreditinstitute														
März	227,1	143,3	57,9	83,8	27,6	12,3	227,1	143,3	57,9	83,8	27,6	26,1	1,5	12,3
April	215,6	134,7	50,8	80,9	27,6	9,6	209,7	134,7	50,8	75,0	27,6	26,0	1,6	9,6
Mai	221,9	134,9	47,7	87,0	27,9	9,6	214,1	134,9	47,7	79,2	27,9	26,3	1,6	9,6
Juni	228,3	134,1	47,4	94,2	28,1	9,7	217,9	134,1	47,4	83,8	28,1	26,6	1,5	9,7
Juli	226,2	132,6	49,7	93,6	28,5	9,9	211,9	132,6	49,7	79,3	28,5	26,9	1,6	9,9
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
März	447,4	94,1	9,1	353,3	81,7	498,8	285,8	46,9	9,1	238,9	75,3	72,5	2,8	489,9
April	430,7	87,8	11,6	342,9	86,0	512,0	299,9	51,4	11,6	248,5	79,5	76,8	2,7	502,7
Mai	446,5	101,3	11,3	345,2	85,7	522,4	301,0	52,0	11,3	249,0	78,6	75,9	2,7	513,0
Juni	490,2	120,8	9,8	369,4	93,3	532,3	319,1	54,0	9,8	265,1	83,8	81,0	2,8	522,1
Juli	509,2	89,2	6,8	420,0	93,3	549,4	374,6	58,3	6,8	316,3	83,7	80,7	3,0	539,2

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. -- 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
- 2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, KommunalDarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige bank Wiesbaden über das Sparkassengeschäft und ihr Geschäft als Girozentrale getrennt berichtet (Abnahme bei den Girozentralen und Zunahme nal- und Lokalbanken“ und „Privatbankiers“ umseitig. — °) Aufgliederung umseitig.

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gruppen
und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute											Stand am Monate- ende
bis 6 entfallen auf:							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾				
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wech- sel- obligo der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite					
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite									
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29				
Alle Banken																1951		
566,3	240,2	326,1	88,6	84,8	3,8	797,7	1 989,1	999,5	24,0	989,6	110,1	73,7	36,4	851,9	März			
638,2	236,7	401,5	91,8	88,6	3,2	825,1	1 902,4	940,8	20,3	961,6	116,1	78,8	37,3	878,1	April			
642,0	271,9	370,1	104,0	92,6	11,4	851,6	1 903,8	922,4	21,1	981,4	120,3	83,2	37,1	903,2	Mai			
703,9	267,8	436,1	117,2	106,0	11,2	882,2	1 937,6	914,7	19,3	1 022,9	97,1	86,3	10,8	916,6	Juni			
771,8	212,4	559,4	124,9	113,5	11,4	910,3	1 920,0	930,0	20,3	990,0	103,7	95,2	8,5	933,3	Juli			
Kreditbanken +)																		
122,1	75,5	46,6	7,4	5,6	1,8	16,8	350,8	133,5	17,9	217,3	43,1	10,5	32,6	2,4	März			
177,0	78,1	98,9	8,9	6,9	2,0	17,1	336,8	133,0	14,3	203,8	48,4	15,0	33,4	2,5	April			
182,0	94,3	87,7	12,2	10,0	2,2	17,6	369,6	142,7	15,4	226,9	51,2	17,9	33,3	2,4	Mai			
174,7	87,2	87,5	13,0	11,0	2,0	18,3	363,5	141,7	15,0	221,8	23,7	16,7	7,0	2,9	Juni			
180,2	68,9	111,3	13,4	11,4	2,0	19,5	366,1	142,5	16,1	223,6	21,1	16,5	4,6	2,9	Juli			
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																		
16,9	1,9	15,0	1,5	1,5	—	164,3	1,3	1,2	—	0,1	12,3	12,2	0,1	50,0	März			
24,8	7,5	17,3	1,8	1,8	—	170,2	4,2	4,1	—	0,1	11,2	11,2	0,0	50,1	April			
24,5	7,2	17,3	1,6	1,6	—	175,6	3,8	3,7	—	0,1	11,1	11,1	0,0	50,0	Mai			
30,1	7,6	22,5	1,4	1,4	—	180,8	3,8	3,7	—	0,1	10,4	10,4	0,0	50,1	Juni			
30,3	6,8	23,5	1,0	1,0	—	189,9	3,7	3,6	—	0,1	10,5	10,5	0,0	53,6	Juli			
Girozentralen																		
176,5	73,1	103,4	49,1	47,8	1,3	408,2	865,6	470,9	4,0	394,7	32,7	30,9	1,8	419,5	März			
207,5	64,1	143,4	49,6	49,2	0,4	414,4	820,8	428,1	3,7	392,7	33,0	31,2	1,8	435,1	April			
195,9	77,9	118,0	59,3	51,0	8,3	425,1	785,6	394,3	2,4	391,3	34,3	32,3	2,0	450,2	Mai			
223,3	58,5	164,8	66,3	58,0	8,3	443,0	842,5	391,8	1,4	450,7	35,1	32,9	2,2	456,8	Juni			
314,9	57,9	257,0	71,1	62,8	8,3	457,7	820,3	400,2	1,4	420,1	41,7	39,5	2,2	464,6	Juli			
Sparkassen																		
84,8	41,2	43,6	18,1	17,4	0,7	195,5	21,1	10,3	—	10,8	4,9	4,9	—	13,2	März			
88,0	49,3	38,7	18,5	17,8	0,7	210,2	16,5	7,0	—	9,5	5,7	5,7	—	16,6	April			
82,4	41,9	40,5	17,3	16,4	0,9	220,0	22,0	8,3	—	13,7	3,4	3,4	—	20,3	Mai			
89,6	45,9	43,7	24,0	23,2	0,8	226,2	21,5	7,6	—	13,9	3,4	3,4	—	20,7	Juni			
93,2	46,4	46,8	27,1	26,0	1,1	229,5	24,6	11,7	—	12,9	3,3	3,3	—	22,7	Juli			
Zentralkassen °)																		
1,1	0,3	0,8	0,1	0,1	—	—	640,9	342,1	1,6	298,8	3,2	3,2	0,0	59,3	März			
1,1	0,3	0,8	0,1	0,1	—	—	619,9	332,4	1,7	287,5	3,8	3,8	0,0	61,4	April			
0,6	0,3	0,3	0,1	0,1	—	—	613,5	333,4	0,2	280,1	4,3	4,3	0,0	60,6	Mai			
0,6	0,3	0,3	0,0	0,0	—	—	598,9	328,0	0,2	270,9	4,3	4,3	0,0	61,9	Juni			
0,5	0,2	0,3	0,1	0,1	—	—	566,1	300,1	0,2	266,0	4,5	4,5	0,0	63,4	Juli			
Kreditgenossenschaften °)																		
3,2	0,9	2,3	6,1	6,1	—	3,9	8,9	4,3	0,6	4,6	2,9	2,9	—	—	März			
3,3	1,0	2,3	6,3	6,3	—	3,9	7,7	3,0	0,6	4,7	3,1	3,1	—	—	April			
3,3	1,0	2,3	6,3	6,3	0,0	4,0	7,8	3,1	0,4	4,7	3,2	3,2	—	—	Mai			
4,1	1,5	2,6	2,9	2,9	0,0	3,7	7,1	3,1	0,5	4,0	3,1	3,1	—	—	Juni			
3,8	1,2	2,6	2,6	2,6	0,0	3,6	7,3	2,8	0,4	4,5	3,1	3,1	—	—	Juli			
Sonstige Kreditinstitute																		
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	11,7	5,9	—	5,8	2,4	0,7	1,7	10,1	März			
5,9	0,0	5,9	—	—	—	—	12,0	3,7	—	8,3	2,4	0,8	1,6	10,1	April			
7,8	0,0	7,8	—	—	—	—	13,4	3,0	—	10,4	2,4	0,9	1,5	10,1	Mai			
10,4	0,0	10,4	—	—	—	—	11,2	3,0	—	8,2	2,6	1,1	1,5	10,1	Juni			
14,3	0,0	14,3	—	—	—	—	43,0	35,8	—	7,2	2,4	1,0	1,4	10,0	Juli			
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																		
161,6	47,2	114,4	6,4	6,4	—	8,9	89,0	31,4	—	57,6	8,4	8,2	0,2	297,5	März			
130,8	36,4	94,4	6,5	6,5	—	9,3	84,3	29,4	—	54,9	8,6	8,2	0,4	302,4	April			
145,5	49,3	96,2	7,1	7,1	—	9,4	88,2	34,0	2,7	54,2	10,4	10,2	0,2	309,5	Mai			
171,1	66,8	104,3	9,5	9,5	—	10,2	89,3	36,0	2,2	53,3	14,6	14,3	0,3	314,1	Juni			
134,6	30,9	103,7	9,6	9,6	—	10,2	88,9	33,3	2,2	55,6	17,1	17,0	0,1	316,2	Juli			

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — °) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfasst.
durchlaufende Kredite. — °) Vgl. Anmerkung 4). — °) Der Rückgang ist überwiegend dadurch verursacht, daß ab April 1951 die Nassauische Landes-
bei der Bankengruppe Sparkassen). — °) Vgl. Anmerkung 6). — +) Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen“, „Staats-, Regio-

Stand am Monatsende	Kredite an von den Spalten 1													
	insgesamt						Wirtschaft und Private							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre ³⁾)	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)
		insgesamt	darunter Akzeptkredite					insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Kreditbanken, Aufgliederung:														
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen														
1951														
März	4 681,1	2 708,8	798,9	1 972,3	133,6	211,8	4 663,0	2 704,6	798,9	1 958,4	129,5	120,4	9,1	211,8
April	4 615,4	2 642,9	724,1	1 972,5	149,2	235,9	4 542,9	2 638,9	724,1	1 904,0	144,6	133,6	11,0	235,9
Mai	4 663,3	2 679,8	668,7	1 983,5	161,9	247,3	4 596,1	2 674,4	668,7	1 921,7	153,4	142,0	11,4	247,3
Juni	4 850,6	2 668,3	619,7	2 182,3	175,2	283,8	4 778,9	2 660,4	619,7	2 118,5	166,3	153,6	12,7	283,7
Juli	4 943,7	2 676,0	573,4	2 267,7	170,2	293,1	4 837,1	2 667,8	573,4	2 169,3	160,9	148,9	12,0	293,0
Staats-, Regional- und Lokalbanken														
März	2 303,0	1 429,3	457,9	873,7	141,9	476,9	2 200,1	1 358,3	457,7	841,8	140,1	134,8	5,3	460,1
April	2 233,4	1 354,4	418,4	879,0	182,1	494,4	2 130,2	1 280,7	418,2	849,5	179,2	174,0	5,2	477,4
Mai	2 278,5	1 400,3	400,4	878,2	190,4	510,3	2 164,9	1 311,7	400,3	853,2	188,3	183,1	5,2	492,8
Juni	2 302,6	1 373,0	391,2	929,6	205,8	520,3	2 202,8	1 294,0	391,1	908,8	203,4	197,3	6,1	502,1
Juli	2 333,8	1 411,5	382,1	922,3	222,4	533,8	2 261,8	1 351,1	382,0	910,7	220,1	213,4	6,7	514,4
Privatbankiers														
März	1 178,8	635,3	267,9	543,5	56,6	40,4	1 177,7	635,0	267,9	542,7	55,2	27,5	27,7	40,4
April	1 140,1	613,3	253,8	526,8	61,7	44,3	1 138,9	612,9	253,8	526,0	60,3	30,9	29,4	44,3
Mai	1 115,1	610,3	243,0	504,8	61,8	45,6	1 114,0	610,0	243,0	504,0	60,3	36,0	24,3	45,6
Juni	1 157,2	633,8	247,9	523,4	65,4	50,4	1 154,0	633,5	247,9	520,5	63,7	38,4	25,3	50,4
Juli	1 186,2	655,4	240,6	530,8	74,1	51,4	1 184,6	655,1	240,6	529,5	72,3	40,2	32,1	51,4
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:														
Gewerbliche Zentralkassen														
März	16,3	10,6	4,2	5,7	0,4	0,7	15,6	10,6	4,2	5,0	0,4	0,4	—	0,7
April	18,0	11,4	3,9	6,6	0,4	0,9	17,3	11,4	3,9	5,9	0,4	0,4	—	0,9
Mai	17,5	11,3	3,3	6,2	0,4	0,9	17,2	11,3	3,3	5,9	0,4	0,4	—	0,9
Juni	17,6	10,5	3,2	7,1	0,4	1,0	17,3	10,5	3,2	6,8	0,4	0,4	—	1,0
Juli	16,8	9,7	2,8	7,1	0,4	0,9	16,5	9,7	2,8	6,8	0,4	0,4	—	0,9
Gewerbliche Kreditgenossenschaften														
März	847,4	548,5	63,0	298,9	94,9	75,7	844,2	547,6	63,0	296,6	88,8	84,1	4,7	71,8
April	823,3	527,4	56,1	295,9	96,1	82,8	820,0	526,4	56,1	293,6	89,8	84,8	5,0	78,9
Mai	815,8	527,5	51,6	288,3	96,1	86,8	812,5	526,5	51,6	286,0	89,8	84,7	5,1	82,8
Juni	815,0	524,9	45,8	290,1	94,0	91,3	810,9	523,4	45,8	287,5	91,1	85,9	5,2	87,6
Juli	822,9	532,5	44,2	290,4	95,6	94,7	819,1	531,3	44,2	287,8	93,0	88,0	5,0	91,1
Ländliche Zentralkassen														
März	288,9	146,9	90,1	142,0	2,6	23,3	288,5	146,6	90,1	141,9	2,5	2,5	0,0	23,3
April	268,4	132,1	79,6	136,3	3,1	25,6	268,0	131,8	79,6	136,2	3,0	3,0	0,0	25,6
Mai	252,1	119,7	68,7	132,4	3,6	26,6	251,8	119,4	68,7	132,4	3,5	3,5	0,0	26,6
Juni	247,6	112,8	59,9	134,8	3,6	27,3	247,3	112,5	59,9	134,8	3,6	3,6	0,0	27,3
Juli	258,2	117,8	54,2	140,4	4,1	27,0	258,0	117,6	54,2	140,4	4,0	4,0	0,0	27,0
Ländliche Kreditgenossenschaften														
März	328,8	273,5	8,0	55,3	60,5	48,6	328,8	273,5	8,0	55,3	60,5	58,4	2,1	48,6
April	320,4	265,3	7,3	55,1	58,9	51,1	320,4	265,3	7,3	55,1	58,9	56,7	2,2	51,1
Mai	317,8	264,1	5,6	53,7	59,4	51,8	317,8	264,1	5,6	53,7	59,4	56,8	2,6	51,8
Juni	318,8	265,5	4,1	53,3	59,2	53,9	318,8	265,5	4,1	53,3	59,2	56,7	2,5	53,9
Juli	321,0	268,2	3,7	52,8	57,9	56,6	321,0	268,2	3,7	52,8	57,9	55,5	2,4	56,6

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 4) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durch-

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute										Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:																	
Öffentlich-rechtliche Körperschaften							davon			davon			davon				
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlau- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)	kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	Debitoren		Wechsel- obligo der Kund- schaft	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	Debi- toren	durch- lau- fende Kredite	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlau- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)			
	Debi- toren	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisung., sonstige Wechsel		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite			ins- gesamt	dar- unter Akzept- kredite								
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29			
Kreditbanken, Aufgliederung:																	
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen																	
18,1	4,2	13,9	4,1	3,9	0,2	—	164,9	77,6	12,0	87,3	9,2	8,8	0,4	2,1	März		
72,5	4,0	68,5	4,6	4,1	0,5	—	160,9	73,1	9,0	87,8	12,7	12,3	0,4	2,1	April		
67,2	5,4	61,8	8,5	8,0	0,5	—	183,8	76,1	10,5	107,7	14,1	13,7	0,4	2,1	Mai		
71,7	7,9	63,8	8,9	8,4	0,5	0,1	177,1	77,5	10,5	99,6	13,0	12,6	0,4	2,1	Juni		
106,6	8,2	98,4	9,3	8,8	0,5	0,1	176,9	76,4	10,6	100,5	12,2	11,8	0,4	2,1	Juli		
Staats-, Regional- und Lokalbanken																	
102,9	71,0	31,9	1,8	1,6	0,2	16,8	148,4	39,6	1,0	108,8	31,3	1,3	30,0	0,3	März		
103,2	73,7	29,5	2,9	2,8	0,1	17,0	139,1	42,4	0,3	96,7	32,9	2,2	30,7	0,3	April		
113,6	88,6	25,0	2,1	2,0	0,1	17,5	145,4	50,1	0,1	95,3	34,1	3,4	30,7	0,3	Mai		
99,8	79,0	20,8	2,4	2,4	—	18,2	140,0	45,8	0,1	94,2	8,0	3,7	4,3	0,8	Juni		
72,0	60,4	11,6	2,3	2,3	—	19,4	141,1	47,5	1,2	93,6	6,3	4,3	2,0	0,8	Juli		
Privatbankiers																	
1,1	0,3	0,8	1,4	0,0	1,4	0,0	37,4	16,2	4,9	21,2	2,8	0,5	2,3	—	März		
1,2	0,4	0,8	1,4	0,0	1,4	0,0	36,8	17,5	5,0	19,3	2,8	0,5	2,3	—	April		
1,1	0,3	0,8	1,5	0,0	1,5	0,0	40,3	16,5	4,8	23,8	3,0	0,7	2,3	—	Mai		
3,2	0,3	2,9	1,7	0,2	1,5	0,0	46,4	18,4	4,4	28,0	2,7	0,4	2,3	—	Juni		
1,6	0,3	1,3	1,8	0,3	1,5	0,0	48,1	18,5	4,3	29,6	2,7	0,5	2,2	—	Juli		
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:																	
Gewerbliche Zentralkassen																	
0,7	—	0,7	—	—	—	—	279,3	105,5	0,3	173,8	0,1	0,1	0,0	28,9	März		
0,7	—	0,7	—	—	—	—	263,3	97,9	—	165,4	0,1	0,1	0,0	30,3	April		
0,3	—	0,3	—	—	—	—	258,6	100,5	—	158,1	0,1	0,1	0,0	30,8	Mai		
0,3	—	0,3	—	—	—	—	254,9	99,1	—	155,8	0,1	0,1	0,0	31,1	Juni		
0,3	—	0,3	—	—	—	—	239,6	89,9	—	149,7	0,2	0,2	0,0	32,0	Juli		
Gewerbliche Kreditgenossenschaften																	
3,2	0,9	2,3	6,1	6,1	—	3,9	8,9	4,3	0,6	4,6	2,9	2,9	—	—	März		
3,3	1,0	2,3	6,3	6,3	—	3,9	7,7	3,0	0,6	4,7	3,1	3,1	—	—	April		
3,3	1,0	2,3	6,3	6,3	0,0	4,0	7,8	3,1	0,4	4,7	3,2	3,2	—	—	Mai		
4,1	1,5	2,6	2,9	2,9	0,0	3,7	7,1	3,1	0,5	4,0	3,1	3,1	—	—	Juni		
3,8	1,2	2,6	2,6	2,6	—	3,6	7,3	2,8	0,4	4,5	3,1	3,1	—	—	Juli		
Ländliche Zentralkassen																	
0,4	0,3	0,1	0,1	0,1	—	—	361,6	236,6	1,3	125,0	3,1	3,1	0,0	30,4	März		
0,4	0,3	0,1	0,1	0,1	—	—	356,6	234,5	1,7	122,1	3,7	3,7	0,0	31,1	April		
0,3	0,3	—	0,1	0,1	—	—	354,9	232,9	0,2	122,0	4,1	4,1	0,0	29,8	Mai		
0,3	0,3	0,0	0,0	0,0	—	—	344,0	228,9	0,2	115,1	4,2	4,2	—	30,8	Juni		
0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	—	—	326,5	210,2	0,2	116,3	4,3	4,3	—	31,4	Juli		
Ländliche Kreditgenossenschaften																	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	März		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	April		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Mai		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juni		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juli		

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. —
laufende Kredite. — 5) Vgl. Anmerkung 4). —

5. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-Aktiengesellschaft

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken			Kredite an Kreditinstitute
	insgesamt	davon an:		
		Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	
1949				
September	265,5	260,5	5,0	55,3
Oktober	374,3	359,2	15,1	67,8
November	419,7	399,8	19,9	81,8
Dezember	462,9	432,5	30,4	130,0
1950				
Januar	487,3	451,6	35,7	179,4
Februar	592,0	555,8	36,2	259,5
März	652,1	610,5	41,6	430,4
April	703,5	661,6	41,9	500,7
Mai	736,7	694,7	42,0	573,1
Juni	797,3	755,3	42,0	703,4
Juli	830,6	788,3	42,3	824,3
August	877,7	835,3	42,4	971,1
September	910,1	867,7	42,4	1 129,0
Oktober	953,0	910,5	42,5	1 283,4
November	1 002,2	959,7	42,5	1 394,7
Dezember	1 110,5	1 048,0	62,5	1 541,0
1951				
Januar	1 138,5	1 076,0	62,5	1 604,6
Februar	1 167,8	1 105,3	62,5	1 661,4
März	1 208,7	1 146,2	62,5	1 707,1
April	1 232,7	1 170,2	62,5	1 751,8
Mai	1 248,6	1 186,1	62,5	1 786,0
Juni	1 285,3	1 222,8	62,5	1 833,5
Juli	1 350,9	1 288,4	62,5	1 868,8

6. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen *)

in Mill. DM

Verwendungszweck bzw. Kreditnehmergruppen	Kurzfristige Kredite			Mittel- und langfristige Kredite ²⁾					
	Repräsentativerhebung bei 586 Kreditinstituten im Bundesgebiet ¹⁾			Gesamterhebung bei den Geschäftsbanken im Bundesgebiet u. der KfW u. Finag					
				insgesamt			darunter Kredite aus Gegenwertmitteln		
	1950	1951		1950	1951		1950	1951	
31. 12.	31. 3.	30. 6.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	
1. Wohnungsbau	92,7	81,1	68,9	2 385,2	2 767,5	3 136,8	209,1	217,8	223,6
2. Industrie und Handwerk darunter Kredite an Handwerksbetriebe	5 429,5	5 438,2	5 624,8	2 497,5	2 914,8	3 269,2	1 717,1	1 888,3	2 004,3
3. Land-, Forst- und Wasser- wirtschaft, Jagd, Fischerei	(221,1)	(225,9)	(211,0)	(134,8)	(164,0)	(189,1)			
4. Handel	119,5	118,4	119,1	337,7	428,8	485,8	182,7	205,7	222,0
5. Fremdenverkehr	3 566,3	3 543,4	3 431,9	183,0	241,3	301,5	0,7	1,2	1,1
6. Verkehrsunternehmen und Nachrichtenwesen	38,8	39,2	37,0	44,2	55,8	65,1	11,0	18,6	19,6
7. Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen	147,6	193,3	264,7	222,4	230,5	249,0	75,0	82,6	83,4
8. Sonst. öffentl. Kreditneh- mer (Bund, Länder, Ge- meinden, Städte, Kreise, Sozialversicherungen, Universitäten usw.)	5,6	6,0	5,0	22,4	34,9	36,5	9,6	15,0	15,3
9. Sonstige private Kredit- nehmer	187,9	227,4	262,9	411,0	469,4	553,0	0,5	0,5	0,5
Kredite an Nichtbanken (Pos. 1 bis 9) darunter Kredite für Im- und Export	357,2	298,3	283,6	325,4	371,3	419,6	—	—	—
	9 945,1	9 945,3	10 037,9	6 428,8	7 514,3	8 516,5	2 205,7	2 429,7	2 569,8
	1 846,9	1 916,0	2 136,1						

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Die kurzfristigen Ausleihungen der 586 Kreditinstitute repräsentierten am 30. 6. 1951 = 74,5 vH des kurzfristigen Kreditvolumens (ab Dezember 1950 sind die Schatzwechsel mit enthalten). — ²⁾ Bei mittel- und langfristigen Krediten nur Neuausleihungen seit der Währungsreform.

7. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds ¹⁾

V. Kreditvolumen

in Mill. DM

Freigaben	Stand					
	1949 31. Dezember	1950		1951		
		30. Juni	31. Dezember	30. Juni	31. Juli	31. Aug.
Summe der Freigaben	470,0	1 580,0	2 640,5	3 146,9	3 146,9	3 346,9
davon in Anspruch genommen:						
insgesamt	452,5	1 411,4	2 412,7	2 584,7	2 952,0	3 059,2
davon über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für:						
Energie						
(Elektrizitätswirtschaft)	110,0	337,8	541,5	680,7	714,5	733,5
Kohlenbergbau	185,0	317,8	417,9	465,6	486,7	490,4
Sonstige Industrie	35,0	201,5	389,4	425,8	430,5	436,7
Landwirtschaft	5,0	93,2	182,7	222,0	224,7	248,2
Wohnungsbau	0,0	99,4	175,1	189,6	191,4	229,3
Seeschifffahrt	—	49,9	85,5	93,4	102,7	108,4
Gas und Wasser	—	32,3	65,5	70,5	71,0	71,0
Straßenbahnen	—	6,4	12,8	17,3	17,3	17,3
Fischdampfer	—	4,8	5,0	5,0	5,0	5,0
Eisen und Stahl	—	36,5	67,8	114,6	134,7	140,5
Fremdenverkehr	—	—	11,0	19,6	20,1	20,8
Kleininvestitionen,						
Flüchtlingsbetriebe	—	—	70,5	70,5	70,5	70,6
Binnenschifffahrt	—	—	4,7	9,2	9,4	9,4
Binnenhäfen	—	—	4,7	9,2	9,4	10,0
Privatbahnen	—	—	2,2	6,1	6,1	6,8
Seehäfen	—	—	2,9	4,1	4,2	4,5
Verkehrsgewerbe	—	—	0,3	0,4	0,4	0,6
Bundespost	—	—	20,0	20,0	20,0	20,0
Investitionen zur Förderung des Absatzes im Dollar- raum	—	—	0,2	0,2	0,2	0,2
Exportintensive Industrie	—	—	—	—	—	3,9
Bewag (Berlin)	44,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Besatzungswohnungsbau	30,1	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Finanzierungs-AG für:						
Südwestdeutsche Eisen- bahnen	30,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Energie						
(Elektrizitätswirtschaft)	13,0	14,0	14,0	14,0	14,0	— ²⁾
Gaswirtschaft	0,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Wasserwirtschaft	0,2	1,5	2,0	2,0	2,0	2,0
Bundeshauptkasse Bonn für:						
Zuschüsse für die						
Landwirtschaft	—	—	20,0	20,0	20,0	20,7
Forschung	—	—	11,6	11,6	11,6	11,6
Exportförderung	—	—	—	—	—	0,2
Industriebank AG Berlin für:						
Verschiedene Zwecke	—	86,3	175,4	246,1	255,6	267,6
Noch nicht in Anspruch ge- nommen	17,5	168,6	227,8	299,4	194,9	287,7

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen durch Abrundungen; ohne 360 Mill. DM, die die Bundesbahn aus GARIOA-Mitteln zur Bezahlung von Waggon-Einfuhren erhalten hat. — ²⁾ Ab August 1951 in den über die Kreditanstalt für Wiederaufbau weitergeleiteten Beträgen enthalten.

VI. Geldvolumen

1. Entwicklung und Struktur des Geldvolumens im Bundesgebiet *)

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Bargeld und private Sichteinlagen				Andere private Einlagen und öffentliche Einlagen										Zuschlag für die Einlagen bei den statistisch nicht erfaßten Instituten (Schätzung)	Gesamtes Geldvolumen (Bargeld und Bank-einlagen ohne Spar-einlagen)	Spar-einlagen
	insgesamt	Bargeldumlauf außerhalb der Banken ¹⁾	Sichteinlagen von Wirtschaft u. Privaten		insgesamt	„Asservatenkonto Einfuhrbewilligungen“ bei den Landeszentralbanken (Bardepots)	Sichteinlagen der öffentlichen Hand				Private Termineinlagen (einschließlich Anlagekonten) und Festkonten ⁴⁾ bei Geschäfts-banken ²⁾	Öffentl. Hohe Kommis-sare und sonstige alliierte Dienststellen	Gegenwertmittel				
			bei Geschäfts-banken ²⁾	beim Zentral-bank-system ³⁾			bei Geschäfts-banken ²⁾	beim Zentralbanksystem		Gegenwertkonten des Bundes			Sonderkonten KfW, Berliner Industrie-bank				
								auf Giro-konto	jederzeit widerwüchlich in Aus-gleichsfor-derungen angelegt								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
1948																	
Dez.	11 478	6 054	5 199	225	4 577	—	1 451	880	200	979	612	455	.	—	135	(16 190)	1 599
1949																	
März	11 577	5 931	5 422	224	4 944	—	1 453	933	90	949	953	566	.	—	153	(16 674)	2 097
Juni	12 510	6 287	5 949	274	5 105	—	1 701	702	191	991	842	592	.	86	170	(17 785)	2 469
Sept.	12 959	6 763	6 010	186	5 322	—	1 744	605	411	1 068	892	486	.	116	182	(18 463)	2 751
Dez.	13 777 (13 352)	7 058	6 534 (6 109)	185	7 064 (5 350)	22	1 806	539	402	1 120	995	1 152 (462)	1 024 (. .)	4	504 ⁵⁾	21 345 (19 206)	3 061
1950																	
Jan.	13 180 (12 861)	6 901	6 102 (5 783)	177	6 797 (6 088)	—	1 775	676	540	1 190	1 078	1 018 (466)	157 (. .)	363	504	20 481 (19 453)	3 240
Febr.	13 187 (12 991)	7 000	5 998 (5 802)	189	7 404 (6 210)	—	1 682	825	481	1 246	1 264	1 034 (469)	629 (. .)	243	508	21 099 (19 709)	3 377
März	13 412 (13 297)	7 148	6 080 (5 965)	184	7 434 (6 164)	—	1 659	703	625	1 333	1 251	1 025 (438)	683 (. .)	155	513	21 359 (19 974)	3 498
April	13 738 (13 639)	7 278	6 284 (6 185)	176	7 713 (6 355)	—	1 624	751	498	1 446	1 350	1 070 (448)	736 (. .)	238	522	21 973 (20 516)	3 611
Mai	13 934 (13 848)	7 169	6 560 (6 474)	205	8 152 (6 675)	—	1 657	724	580	1 518	1 493	1 091 (445)	831 (. .)	258	532	22 618 (21 055)	3 702
Juni	14 261	7 441	6 609	211	8 235	—	1 493	563	557	1 757	1 405	1 194	1 098	168	535	23 031	3 825
Juli ⁶⁾	.	7 494	.	208	.	—	.	586	437	.	.	965	951	330	544	23 250	3 855
Aug. ⁶⁾	.	7 410	.	204	.	—	.	569	435	.	.	1 012	1 002	196	554	23 799	3 869
Sept.	15 412	7 628	7 566	218	8 317	—	1 453	585	437	2 091	1 537	1 036	759	419	559	24 288	3 894
Okt. ⁶⁾	.	7 513	.	188	.	131	.	569	369	.	.	1 040	955	296	569	24 785	3 968
Nov.	15 550	7 488	7 857	205	8 924	322	1 410	622	371	2 289	1 648	940	1 179	143	570	25 044	4 009
Dez.	15 778	7 683	7 790	305	9 110	421	1 535	701	220	2 434	1 733	904	988	174	576	25 464 ⁷⁾	4 066
1951																	
Jan.	15 203	7 210	7 739	254	9 321	560	1 386	602	169	2 587	1 801	1 033	1 053	130	576	25 100	4 070
Febr.	15 315	7 223	7 807	285	9 819	634	1 427	679	171	2 757	1 867	1 025	1 177	82	581	25 715	4 076
März	15 311	7 292	7 703	316	9 398	309	1 434	471	309	2 805	1 883	1 009	902	276	580	25 289	4 064
April	15 613	7 451	7 867	295	9 253	277	1 310	332	244	2 874	1 938	1 056	1 004	218	584	25 450	4 091
Mai	15 595	7 396	7 893	306	10 074	687	1 370	423	360	2 956	1 950	1 052	954	322	588	26 257	4 133
Juni	16 294	7 782	8 187	325	10 393	779	1 388	375	388 ⁸⁾	2 964	2 170	1 092	998 ⁹⁾	239	598	27 285	4 201
Juli	16 590	7 947	8 344	299	10 521	852	1 289	419	267 ⁸⁾	3 067	2 239	1 107	1 146 ⁹⁾	135	602	27 713	4 285
Aug.	.	.	.	332	.	845	.	551 ⁸⁾	300	.	.	956 ⁸⁾	1 070	229	.	.	.

*) Bezüglich der in () gesetzten Zahlen vgl. Anmerkung 1) im Oktoberheft 1950, S. 67. —

1) Ohne „B“-Noten; einschließlich Münzumsatz. — 2) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — 3) Positionen des zusammengefaßten Ausweises der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken „Sonstige inländische Einleger“ und „Ausländische Einleger“ abzüglich der Spalten 6 und 14 der obigen Übersicht. — 4) Die Festkonten sind ab Juni 1950 je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen auf Sicht-, Termin- und Spareinlagen aufgeteilt. — 5) Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — 6) Die Aufgliederung der Bankeinlagen nach Fristigkeit fiel vorübergehend nur zum Quartalsultimo an. Gesamtsumme der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken Ende Juli 1950: 11 735 Mill. DM, Ende August 1950: 12 417 Mill. DM, Ende Oktober 1950: 13 155 Mill. DM. — 7) Am 6. 1. 1951 wurde das Ausweisschema der Bank deutscher Länder geändert: Von den „Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ wurden die Vorkonten der Gegenwertfonds auf die Sonderkonten des Bundes (seitdem „Gegenwertkonten des Bundes“) und einige andere Unterpositionen, die ihrem Wesen nach reine Inlandsverbindlichkeiten sind, auf „Sonstige Einlagen“ umgebucht. Die von der Änderung betroffenen Spalten der obigen Übersicht wurden bereits per Ende Dezember 1950 auf das neue Schema umgerechnet. Infolge dieser Umgruppierungen beträgt die tatsächliche Zunahme des gesamten Geldvolumens im Dezember nicht (wie aus den obigen Ziffern zu errechnen) 420 Mill. DM, sondern nur 265 Mill. DM. — 8) Die bisher in Spalte 12 nachgewiesenen Guthaben der STEG-Verwaltung (132,5 Mill. DM) wurden auf den Bund (Spalte 8) übertragen — 9) Gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigte Zahlen.

2. Umschlagshäufigkeit der Bankeinlagen von Nichtbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebietes *) 1)

VI. Geldvolumen

einschließlich Postscheckkämtern

Monat	Girale Verfügungen		Sicht- einlagen	Umschlagshäufigkeit der Sichtdepositen	
	buchmäßig	nach Banktagen bereinigt	Stand am Monats- ende	monatlich ²⁾	Viertel- jahres- durch- schnitt
	Mrd. DM				
	1	2	3	4	5
1948 Oktober	19,3	18,6	5,6	3,3	} 3,5
November	21,5	21,5	6,2	3,5	
Dezember	24,4	23,5	6,4	3,7	
1949 Januar	21,1	21,1	6,4	3,3	} 3,5
Februar	22,9	23,8	6,5	3,7	
März	24,3	22,5	6,6	3,4	
April	23,3	25,3	6,8	3,7	} 3,6
Mai	24,3	24,3	7,0	3,5	
Juni	24,9	25,9	7,0	3,7	
Juli	25,5	24,5	6,9	3,6	} 3,5
August	26,1	24,2	7,2	3,4	
September	26,4	25,4	7,3	3,5	
Oktober	28,3	27,2	7,7	3,5	} 3,8
November	30,5	30,5	7,7	4,0	
Dezember	31,5	30,3	7,7	3,9	
1950 Januar	27,4	26,3	7,3	3,6	} 3,6
Februar	25,2	26,2	7,1	3,7	
März	28,2	26,1	7,2	3,6	
April	25,8	29,3	7,4	4,0	} 3,7
Mai	27,9	29,1	7,7	3,8	
Juni	27,9	26,8	7,8	3,4	
Juli	28,1	27,0	.	.	} .
August	28,9	26,8	.	.	
September	30,8	29,6	8,7	3,4	
Oktober	31,8	30,6	.	.	} .
November	31,7	31,7	8,9	3,6	
Dezember	34,9	36,3	9,0	4,0	
1951 Januar	34,4	33,0	8,8	3,8	} 3,9
Februar	32,3	33,8	8,9	3,8	
März	34,3	35,8	8,8	4,0	
April	33,4	33,4	8,9	3,8	} 3,9
Mai	33,6	36,5	9,0	4,1	
Juni	36,1	34,7	9,3	3,7	
Juli	36,4	35,0	9,3	3,8	.

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne ländliche Kreditgenossenschaften. — 2) Quotient Spalte 2: Spalte 3.

VII. Sonstige Geld-

1. Im Währungsgebiet

Sollzinsen,

	Bayern ²⁾		Hessen ³⁾		Württemberg-Baden ³⁾		Bremen ³⁾		Nordrhein-Westfalen ⁴⁾	
	Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950									
Diskontsatz	6		6		6		6		6	
Lombardsatz	7		7		7		7		7	
	Kreditkosten, gültig ab:									
	27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite										
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2 0/0		Lombardsatz + 1/2 0/0		Lombardsatz + 1 0/0		Lombardsatz + 1/2 0/0		Lombardsatz + 1/2 0/0	
Kreditprovision	1/8 0/0 p. M.		1/4 0/0 p. M.		1/8 0/0 p. M.		1/4 0/0 p. M.		1/4 0/0 p. M.	
	10 1/2		10 1/2		10 2/5		10 1/2		10 1/2	
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2 0/0		Lombardsatz + 1/2 0/0		Lombardsatz + 1 0/0		Lombardsatz + 1/2 0/0		Lombardsatz + 1/2 0/0	
Überziehungsprovision	1/8 0/0 p. T.		1/8 0/0 p. T.		1/8 0/0 p. T.		1/8 0/0 p. T.		1/8 0/0 p. T.	
	13		12		12 1/2		12		12	
2. Akzeptkredite (Normal-konditionen)										
Zinsen	Diskontsatz + 1 0/0		Diskontsatz + 1/2 0/0		Diskontsatz + 1/2 0/0		Diskontsatz + 1/2 0/0		Diskontsatz + 1/2 0/0	
Akzeptprovision	1/8 0/0 p. M.		1/4 0/0 p. M.		1/4 0/0 p. M.		1/4 0/0 p. M.		1/4 0/0 p. M.	
	9		9 1/2		9 1/2		9 1/2		9 1/2	
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20 000 und höher										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2 0/0		Diskontsatz + 1/2 0/0		Diskontsatz + 1 0/0		Diskontsatz + 1/2 0/0 - 1 0/0		Diskontsatz + 1 1/2 0/0	
Diskontprovision	1 0/0 p. M.		1/8 0/0 p. M.		1/12 0/0 p. M.		1/8 0/0 p. M.		1/24 0/0 p. M.	
	8 7/10		8		8		8 - 8 1/2		8	
b) Abschnitte von DM 5 000 bis unter 20 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2 0/0		Diskontsatz + 1/2 0/0		Diskontsatz + 1 0/0		Diskontsatz + 1/2 0/0 - 1 0/0		Diskontsatz + 1 1/2 0/0	
Diskontprovision	1 0/0 p. M.		1/8 0/0 p. M.		1/12 0/0 p. M.		1/8 0/0 p. M.		1/12 0/0 p. M.	
	8 7/10		8 1/2		8		8 - 8 1/2		8 1/2	
c) Abschnitte von DM 1 000 bis unter 5 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2 0/0		Diskontsatz + 1 1/2 0/0		Diskontsatz + 1 0/0		Diskontsatz + 1/2 0/0 - 1 0/0		Diskontsatz + 1 1/2 0/0	
Diskontprovision	1/8 0/0 p. M.		1/8 0/0 p. M.		1/8 0/0 p. M. ¹⁰⁾		1/8 0/0 p. M.		1/8 0/0 p. M.	
	9		9		8 1/2		8 1/2 - 9		9	
d) Abschnitte unter DM 1 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2 0/0		Diskontsatz + 1 1/2 0/0		Diskontsatz + 1 0/0		Diskontsatz + 1/2 0/0 - 1 0/0		Diskontsatz + 1 1/2 0/0	
Diskontprovision	1/8 0/0 p. M.		1/8 0/0 p. M.		1/8 0/0 p. M. ¹⁰⁾		1/4 0/0 p. M.		1/8 0/0 p. M.	
	9 1/2		9		9		9 1/2 - 10		9 ⁹⁾	
4. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 0/0		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision			1/4 0/0 p. M.							
			10 1/2							
Umsatzprovision	1/8 0/0 pr. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/8 0/0 mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe		1/2 0/0 d. größeren Seite abzüglich Saldo-vortrag, mindestens 1/2 0/0 pro Semest. a. Kreditbetrag		1/8 0/0 pro Semester	
Minstdiskontspesen	DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1/2 0/0 min. DM - .50		1/2 0/0 min. DM - .50		1/2 0/0		1/2 0/0		1/2 0/0 min. DM - .50	

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. Diskont- und Lombardsatz sind aus den auf Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Normalsätze, Überschreitet unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.— in Ansatz zu bringen. Netto-Sätze. — ⁹⁾ Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. — ¹⁰⁾ Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen

und Kreditstatistik

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

Niedersachsen ³⁾		Schleswig-Holstein ³⁾		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ³⁾		Baden ³⁾		Württemberg- ³⁾ Hohenzollern	
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950											
6 7		6 7		6 7		6 7		6 7		6 7	
Kreditkosten, gültig ab:											
27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ^{1/2}	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ^{1/2}	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ^{1/2}	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ^{1/2}	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M. ⁷⁾	10 ^{1/2}	Lombardsatz 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ⁸⁾
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz 1/8 ⁰ /00 p. T.	11 ^{1/2}
Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ^{1/2}	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ^{1/2}	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ^{1/2}	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ^{1/2}	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ^{1/2}	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ^{1/2}
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ^{1/2}	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ^{1/2}	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz 1/8 ⁰ /0 p. M.	7 ^{1/2}
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/12 ⁰ /0 p. M.	8 ^{1/2}	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ^{1/2}	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ^{1/2}	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ -1/12 ⁰ /0 p. M.	8-8 ^{1/2}	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/12 ⁰ /0 p. M.	8
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ^{1/2}	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M. ⁴⁾	8 ^{1/2}
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	9 ^{1/2}	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ⁵⁾	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9 ⁶⁾	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ^{1/2}	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M. ⁴⁾	9
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ^{1/2}	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M. ⁷⁾	10 ^{1/2}	nicht einheitlich geregelt	
keine Vereinbarung		Die Berechnung der Umsatzprovision hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. März 1942 zu erfolgen.		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen.		1/8 ⁰ /0 v. d. größ. Seite, mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1 ⁰ /00 a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 ^{1/2} fachen Höchstoll per Quartal		1 ⁰ /00 vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ⁸⁾	
DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM-.50		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM -.50		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM -.50		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM -.50	

geführten Zinssätzen der Landeszentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Tungen in begründeten Fällen zulässig. — ⁴⁾ Richtsätze. — ⁵⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — ⁶⁾ Bei Abschnitten unter DM 1 000.— — ⁷⁾ 1/8⁰/0 per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. — ⁸⁾ Kredite bis DM 5 000.— besonders gegenüber kann die Provision unabhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12⁰/0 p. M. festgesetzt werden.

	Bayern ²⁾	Hessen ²⁾	Württemberg-Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾
gültig ab:	1. 11. 1950	1. 12. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
2) von 12 Monaten und darüber	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
3. für Kündigungsgelder					
	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
a) 1 und weniger als 3 Monate	3 1/4 3 1/2	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
b) 3 und weniger als 6 Monate	3 1/2 3 3/4	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
c) 6 und weniger als 12 Monate	4 1/4 4 1/2	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 4 5/8
d) 12 Monate und darüber	4 3/4 5	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 5
4. für Festgelder					
a) 30 bis 89 Tage	3 1/4 3 1/2	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
b) 90 bis 179 Tage	3 1/2 3 3/4	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
c) 180 bis 359 Tage	4 4 1/4	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2
d) 360 Tage und darüber	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und darüber darf ein Zinsvoraus nicht vergütet werden.	1/4 höchstens	1/4

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. — 2) Höchstsätze. — 3) Im Geschäftsverkehr DM 100 000.— und mehr können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote aus anderen Ländern in die in dem betr. Bankierkundschaft 1 1/4%/o. — 7) Der Bankierkundschaft 1 3/4%/o. — 8) Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder auf Grund unterschiedsätze anwenden, die im Land des Sitzes des Kunden gelten, b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote von Kreditinstituten eines anderen Landes liegende Angebote vorliegen. — 9) Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündigungszeit an nur die Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden.

geltende Zinskonditionen ¹⁾
in Prozenten jährlich

VII. Sonstige Geld- und
Kreditstatistik

Niedersachsen ²⁾	Schleswig-Holstein ²⁾³⁾⁴⁾	Hamburg ²⁾⁵⁾	Rheinland-Pfalz ²⁾	Baden ²⁾	Württemberg ²⁾ Hohenzollern
27. 10. 1950	1. 1. 1951	27. 10. 1950	1. 11. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1	1	1 ⁵⁾	1 ⁶⁾	1 ⁶⁾	1
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2 ⁷⁾	1 1/2	1 1/2
3	3	3	3	3	3
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 4 5/8
4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 5
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2
4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8
1/4	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne von § 2 der Anweisung der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein über Mindestreserven, vom 20. 3. 1950) am 31. Dezember 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1948) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Zinsvoraus darf gewährt werden nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamts für das Kreditwesen v. 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen v. 23. 12. 36, mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941. (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Hereinnahmen von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden.

mit Versicherungsgesellschaften müssen die Konditionen für die Nichtbankierkundschaft eingehalten werden. — ⁴⁾ Bei Festgeldbeträgen von Land festgesetzten Höchstsätze eintreten. — ⁵⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1 1/4%. — ⁶⁾ Der licher Habenzinsfestsetzungen zu verhindern, können die Kreditinstitute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des Landes die Höchsten Landes bis zu den für dieses andere Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, daß ihm solche über den gung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Änder-

2. Festverzinsliche Wertpapiere

Bundesgebiet, Durchschnittskurse und Indexziffern, 4. Vierteljahr 1948 = 100

Zeit	Gesamt- index	darunter 4% ige Schuldverschreibungen							
		Pfandbriefe		Kommunal- obligationen einschl. Stadtanleihen		Industrie- obligationen			
		Durchschnitts- kurse ¹⁾	Indexziffern	Durchschnitts- kurse ¹⁾	Indexziffern	Durchschnitts- kurse ¹⁾	Indexziffern		
1948									
3. Vj.-Durchschn.	121,5	9,17	122,1	8,26	116,2	7,57	122,9		
4. Vj.- "	100,0	7,51	100,0	7,11	100,0	6,16	100,0		
1949									
1. Vj.-Durchschn.	105,4	7,95	105,7	7,47	105,2	6,39	103,8		
1. Vj.- "	102,9	7,69	102,4	7,52	105,8	6,33	102,8		
3. Vj.- "	105,6	7,81	103,9	7,74	108,9	6,86	111,3		
4. Vj.- "	107,1	7,89	105,0	7,83	110,2	7,18	116,5		
1950									
1. Vj.-Durchschn.	107,0	7,85	104,5	7,78	109,4	7,28	118,1		
2. Vj.- "	106,0	7,74	102,9	7,71	108,5	7,37	119,7		
3. Vj.- "	106,1	7,77	103,4	7,68	108,2	7,27	118,1		
Oktober	106,5	7,82	104,1	7,66	107,9	7,28	118,2		
November	105,6	7,79	103,7	7,59	106,8	7,05	114,4		
Dezember	103,5	7,70	102,4	7,59	106,8	6,55	106,3		
1951									
Januar	102,4	7,60	101,1	7,59	106,8	6,52	105,9		
Februar	101,0	7,48	99,6	7,53	105,9	6,44	104,6		
März	99,9	7,39	98,3	7,36	103,5	6,49	105,3		
April	99,1	7,27	96,8	7,25	102,0	6,70	108,7		
Mai	99,1	7,20	95,9	7,23	101,8	7,05	114,4		
Juni	97,4	7,03	93,5	7,16	100,7	7,15	116,2		
Juli	96,2	69,41	92,4	70,49	99,2	70,79	114,9		
August	96,3	69,53	92,5	70,27	98,9	70,66	114,7		

¹⁾ Bis Juni 1951 in DM für 100,— RM Nennwert, ab Juli 1951 in Prozenten des in Verhältnis 10:1 von RM auf DM umgestellten Nennwertes.

3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien

Bundesgebiet, in Mill. DM

Zeit	Langfristige Schuldverschreibungen						Aktien		Summe	
	davon					insgesamt		viertel- jährlich bzw. monatlich		seit der Währungs- reform
	Pfand- briefe	Kommunal- obli- gationen	Industrie- obli- gationen	Schuldver- schreibungen von Kredit- instituten	Anleihen der öffent- lichen Hand	viertel- jährlich bzw. monatlich	seit der Währungs- reform			
1948										
Seit der Währungs- reform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	1,0	1,0	47,5
1949 1. Vierteljahr	135,0	33,5	75,0	—	—	243,5	290,0	17,9	18,9	308,9
2. " "	55,0	20,0	78,0	—	64,0 ²⁾	217,0	507,0	27,2	46,1	553,1
3. " "	152,5	42,0	146,2	160,0	276,4 ³⁾	777,1	1 284,1	8,5	54,6	1 338,7
4. " "	20,0	23,0	1,5	—	—	44,5	1 328,6	4,2	58,8	1 387,4
1950 1. Vierteljahr	76,0	20,0	23,5	8,0	—	127,5	1 456,1	7,2	66,0	1 522,1
2. " "	81,0	25,0	18,0	—	—	124,0	1 580,1	13,9	79,9	1 660,0
3. " "	69,5	10,1	102,0	—	160,0 ⁶⁾	341,6	1 921,7	9,9	89,8	2 011,5
4. " "	43,0	110,0	10,0	—	—	163,0	2 084,7	28,0	117,8	2 202,5
1951										
Januar	25,0	10,0	—	—	57,5	92,5	2 177,2	11,7	129,5	2 306,7
Februar	25,5	5,0	—	—	—	30,5	2 207,7	7,0	136,5	2 344,2
März	26,0	—	20,0	—	—	46,0	2 253,7	5,1	141,5	2 395,3
April	30,0	—	—	—	—	30,0	2 283,7	9,7	151,3	2 435,0
Mai	16,8	5,0	—	—	—	21,8	2 305,5	6,4	157,7	2 463,2
Juni	55,7	—	18,0	—	50,0	123,7	2 429,2	82,0	239,7	2 668,9
Juli	37,0	15,0	—	—	—	52,0	2 481,2	35,6	275,3	2 756,5
August	65,0	10,0	5,0	—	—	80,0	2 561,2	10,7	286,0	2 847,2
zusammen:	945,5	332,6	507,2 ³⁾	168,0	607,9	2 561,2	2 561,2 ¹⁾	286,0	286,0	2 847,2
davon waren am 31. August 1951 verkauft:	694,5	217,7	186,6 ⁴⁾	117,6 ⁵⁾	500,4 ²⁾	—	1 716,8	—	246,8	1 963,6

¹⁾ Von den festverzinslichen Wertpapieren sind 8 Mill. DM mit 3¹/₂%, 0,1 Mill. DM mit 4¹/₂%, 1 299,0 Mill. DM mit 5%, 160 Mill. DM mit 5¹/₂%, 543,9 Mill. DM mit 6%, 500,2 Mill. DM mit 6¹/₂% verzinslich, 50 Mill. DM Prämien-Schatzanweisungen. — ²⁾ Reichsbahn-anleihe. — ³⁾ Hiervon sind 254,7 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen. — ⁴⁾ Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hierin nicht enthalten. — ⁵⁾ Davon 60 Mill. DM aus dem Arbeitsstock. — ⁶⁾ Erhöhung der Reichsbahnleihe durch eine Schuldbucheintragung von 160 Mill. DM.

VIII. Öffentliche Finanzen

1. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern¹⁾

in Mill. DM

Steuerart	Rechnungsjahr 1949/50 insges. ²⁾	Rechnungsjahr 1950/51 ³⁾		Rechnungsjahr 1951/52 ⁴⁾			
		insgesamt	April bis Juni	April	Mai	Juni	April bis Juni
I. Besitz- und Verkehrssteuern							
Insgesamt	11 203,6	11 533,6	2 658,1	922,5	879,9	1 524,7	3 327,1
darunter							
Lohnsteuer	2 113,2	1 693,0	404,4	173,0	195,7	210,6	579,4
Veranlagte Einkommensteuer	2 408,9	1 947,6	533,7	71,4	44,7	345,9	461,9
Körperschaftsteuer	1 448,1	1 532,0	375,6	56,8	34,3	359,7	450,8
Vermögensteuer	115,2	109,2	26,0	2,0	23,1	4,9	30,0
Umsatzsteuer	3 991,1	4 925,1	1 029,2	509,8	445,7	443,7	1 399,2
Kraftfahrzeugsteuer							
einschl. Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	282,2	346,4	73,4	37,6	26,9	29,2	93,7
Wechselsteuer	33,9	47,5	10,1	4,4	4,2	4,2	12,9
Beförderungssteuer	261,7	250,8	44,7	4,7	42,0	26,1	72,8
Notopfer Berlin	325,7	389,2	93,4	34,2	31,9	67,4	133,4
II. Verbrauchssteuern und Zölle							
Insgesamt	4 205,9	4 636,0	929,2	392,5	405,6	415,8	1 213,8
darunter							
Tabaksteuer	2 190,6	2 100,6	449,8	160,6	195,3	194,4	550,3
Kaffeesteuer	280,7	356,3	68,0	35,1	30,7	31,6	97,4
Zuckersteuer	378,1	385,8	51,9	25,0	16,4	25,4	66,8
Salzsteuer	36,3	39,5	7,7	3,1	2,4	2,1	7,6
Biersteuer	302,4	314,7	87,9	16,4	20,1	19,8	56,3
Aus dem Spiritusmonopol	502,0	487,8	90,2	42,0	38,1	34,3	114,4
Zündwarensteuer	53,1	60,9	13,8	4,1	4,6	5,1	13,8
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	48,9	96,7	15,0	34,2	43,5	39,3	117,0
Zölle	346,5	707,2	128,7	63,1	47,7	57,2	167,9
Insgesamt	15 409,5	16 169,7⁴⁾	3 587,4⁴⁾	1 315,0	1 285,5	1 940,5	4 541,0⁴⁾
davon dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet bzw. dem Bund zuzurechnen	1 009,0	9 876,2	1 991,3	924,8	905,1	933,2	2 763,1

¹⁾ Darin Steuern, Monoplabgaben, Zölle und Notopfer Berlin. — ²⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1948/49. — ³⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1949/50. — ⁴⁾ Differenz durch Abrundung. — ⁵⁾ Einschließlich der Nachbuchungen für das Rechnungsjahr 1950/51. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

2. Kurzfristige Verschuldung des Bundes

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kassenkredite von der Bank deutscher Länder	Schatzwechsellauf	Unverzinsliche Schatzanweisungen	Kredit vom Hauptamt für Soforthilfe	Lombardkredit der Landeszentralbanken	Insgesamt	davon im Rahmen des Kreditplafonds in Anspruch genommene Kredite
1949 Dez.	—	213,3	—	—	—	213,3	207,3
1950 März	—	236,0	—	—	—	236,0	230,0
Juni	638,4 ¹⁾	336,4	—	200,0	147,0	1 321,8 ¹⁾	968,8
Sept.	597,3	600,2	—	200,0	—	1 397,5	1 191,5
Dez.	578,4	498,7	—	300,0	—	1 377,1	1 076,8
1951 Jan.	255,4	499,3	50,8	300,0	—	1 105,5	754,7
Febr.	293,5	393,6	146,2	300,0	—	1 133,3	687,1
März	202,8 ¹⁾	457,9	196,1	300,0	—	1 156,8 ¹⁾	660,7
April	271,2 ¹⁾	496,2	196,2	300,0	—	1 263,6 ¹⁾	767,4
Mai	379,0	448,3	196,2	200,0	—	1 223,4 ²⁾	827,3
Juni	526,7	416,0	198,5 ¹⁾	200,0	—	1 341,2 ¹⁾	942,7
Juli	565,0	500,1	198,9	250,0	—	1 514,0	1 065,1
Aug.	592,4	567,9	204,5	250,0	—	1 614,8	1 160,3

¹⁾ Berichtigt. — ²⁾ Differenz durch Aufrunden.

3. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes seit April 1950
in Mill. DM

Einnahme- / Ausgabeart	Rechnungsjahr 1950/51		Rechnungsjahr 1951/52 ²⁾			
	Insgesamt ¹⁾	April bis Juni	April	Mai	Juni	April bis Juni
I. Einnahmen insgesamt	11 757,2	2 108,1	948,7	956,0	1 243,1	3 147,8
darunter:						
1. Bundessteuern	9 840,4	1 981,1	930,1	920,0	1 184,7	3 034,8
darunter:						
Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer	—	—	15,1	15,1	252,0	282,2
2. Ablieferungen der Deutschen Bundespost	134,0	38,5	12,5	12,5	12,5	37,5
3. Ablieferungen der Deutschen Bundesbahn	—	—	—	—	—	—
4. Nettoüberschuß aus der Münzprägung	306,6	—	— 0,9	— 1,9	19,3	16,4 ¹⁾
5. Interessenquoten der Länder	831,6	43,7	0,2	9,9	4,7	14,8
6. Zuschuß aus dem ERP-Sondervermögen	272,4	—	—	—	—	—
II. Ausgaben insgesamt	11 872,4	2 765,6	791,2	970,2	1 308,9	3 070,3
darunter:						
1. Besatzungs- und Besatzungsfolgelasten	4 292,2	1 084,1	174,6	427,4	503,3	1 105,2 ¹⁾
2. Soziale Kriegsfolgelasten	3 130,3	766,0	228,0	190,2	327,4	745,5 ¹⁾
darunter:						
a) Kriegsfolgenhilfe	553,0	122,4	38,3	34,2	38,3	110,9 ¹⁾
b) Versorgung verdrängter Angehöriger des öffentl. Dienstes und ihrer Hinterbliebenen	269,7	55,8	38,0	25,5	26,7	90,2
c) Unterhaltshilfe für ehemalige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen	116,9	30,4	14,5	8,7	11,9	35,1
d) Kriegsopferversorgung	2 179,5	554,8	136,9	120,6	248,7	506,1 ¹⁾
3. Sonstige Soziallasten	1 778,1	459,2	178,4	149,1	151,1	478,7 ¹⁾
davon:						
a) Arbeitslosenhilfe	972,0	250,8	72,6	91,7	88,5	252,8
b) Zuschüsse z. Sozialversicherung	806,2	208,4	105,8	57,4	62,7	225,9
4. Preisausgleich für eingeführte Lebensmittel und Düngemittel	463,2	48,1	33,2	68,6	63,9	165,7
5. Wohnungsbau	391,2	105,1	25,5	9,4	21,5	56,5 ¹⁾
6. Schuldendienst	147,3	4,9	1,9	2,5	58,8	63,3 ¹⁾
III. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (-)	- 115,2	- 657,5	+ 157,5	- 14,2	- 65,8	+ 77,5

¹⁾ Differenz durch Abrunden. — ²⁾ Ohne Auslaufperiode. — ³⁾ Nur Buchungen, die das Rechnungsjahr 1951/52 betreffen. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

4. Die Hauptposten der kurzfristigen Verschuldung der Länder¹⁾

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Direktkredite des Bankensystems			Kredite der Bundespost ³⁾	Schatzwechselkredite und unverzinsliche Schatzanweisungen	Steuer-gutscheine	Kredite des Arbeitsstocks ⁴⁾
	insgesamt	Kassenkredite des Zentralbankensystems	Kredite der Geschäftsbanken ²⁾				
1949 Dezember	209,3	83,9	125,4	44,5	169,5	—	166,2
1950 März	180,4	102,0	78,4	42,5	173,3	—	182,3
Juni	174,2	87,4	86,8	41,5	157,9	—	158,4
September	210,4	85,8	124,6	40,0	217,6	—	146,8
Dezember	200,9	141,9	59,0	36,5	250,1	—	144,8
1951 Januar	282,3	178,9	103,4	36,0	246,2	24,1	143,8
Februar	248,8	164,4	84,4	35,0	252,5	35,2	142,3
März	205,8	124,6	81,2	33,5	213,1	69,2	140,2
April	216,5	140,7	75,8	33,5	203,7	73,8	140,1
Mai	255,0	148,8	106,2	33,5	189,0	79,1	139,1
Juni	205,2	127,4	77,8	33,5	163,5	92,3	138,1
Juli	207,8	146,7 ⁵⁾	61,1	33,5	149,7	99,6	137,1
August		140,0		33,5	150,4	98,2	

¹⁾ Ohne Verschuldung der Länder beim Bund und bei privaten Kreditgebern (z. B. Versicherungsgesellschaften). — ²⁾ Ausschließlich mittel- und langfristiger Kredite. — ³⁾ Ursprünglich kurzfristig gewährte Ausleihungen aus Postscheckgeldern. — ⁴⁾ Vom Arbeitsstock bis Ende März 1950 für Rechnung der Länder verauslagte Beträge im Rahmen der Arbeitslosenfürsorge, die ursprünglich nur für einen Monat kreditiert wurden. — ⁵⁾ Berichtigt.

5. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet

VIII. Öffentliche Finanzen

Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Überschuß (+) oder Fehlbe- trag (-)	Gesamte Überschüsse seit der Währungs- reform ¹⁾	Haupt- unter- stützungs- empfänger in der Arbeits- losenver- sicherung ²⁾
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter				
		Beiträge	Erstat- tungen der Länder für Arbeits- losen- fürsorge		Arbeits- losen- unter- stützung	Arbeits- losen- fürsorge			
Mill. DM									Anzahl
Rechnungsjahr 1949/50	1 685,3	1 148,9	527,9	1 679,9	717,3	649,8	+ 5,4	459,9	.
Rechnungsjahr 1950/51	1 153,9	1 098,1	33,8	880,2	604,8	—	+ 273,7	733,6	.
1950 April	76,9 ³⁾	72,9	3,8 ³⁾	71,2 ³⁾	55,4	—	+ 5,7	465,6	541 047
Mai	89,8	83,6	5,0	78,2	58,6	—	+ 11,6	477,2	468 257
Juni	97,9	90,0	6,5	74,8	51,6	—	+ 23,1	500,3	410 579
Juli	95,6	90,3	3,5	66,8	42,4	—	+ 28,8	529,1	367 498
August	97,0	92,5	3,2	60,8	38,4	—	+ 36,2	565,3	341 956
September	97,5	90,8	5,8	56,2	32,6	—	+ 41,3	606,5	311 234
Oktober	97,3	96,2	0,1	53,0	28,8	—	+ 44,3	650,8	276 245
November	96,3	94,6	0,1	50,7	28,9	—	+ 45,6	696,3 ⁴⁾	306 974
Dezember	98,8	94,6	2,2	65,7	41,2	—	+ 33,1	729,4	484 701
1951 Januar	111,1	106,1	1,2	99,7	78,8	—	+ 11,4	740,8	684 084
Februar	91,3	87,8	1,7	95,8	74,3	—	— 4,6	736,3	587 461
März	98,3	94,6	2,1	85,9	64,4	—	+ 12,4	748,7	484 586
Nachtrag	6,2	4,3	— 1,4	21,3	9,5	—	— 15,1	733,6	.
Rechnungsjahr 1951/52									
April	98,0	95,9	1,6	59,1	40,3	—	+ 38,9	772,5	378 937
Mai	103,1	100,2	1,1	68,3	46,5	—	+ 34,8	807,2	357 320
Juni	110,7	106,9	1,1	70,0	45,3	—	+ 40,7	847,9	340 884
Juli	115,5	109,0	1,1	71,8	45,1	—	+ 43,7	891,7	331 857

¹⁾ Stand am Monatsende; ohne Erstattungsrückstände der Länder. — ²⁾ Stand am Monatsende. — ³⁾ Da die Arbeitslosen-
fürsorge ab 1. April 1950 nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung bevorschußt wird, erscheinen ab April Einnahmen
und Ausgaben verkürzt. Nur bei den Einnahmen werden die Erstattungen der Länder für die von der Arbeitslosenver-
sicherung vor dem 1. April 1950 bevorschußten Zahlungen nachgewiesen. — ⁴⁾ Differenz durch Abrunden. — Quelle:
Bundesministerium für Arbeit.

6. Umlauf von Schatzanweisungen und Schatzwechseln im Bundesgebiet

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Bund		Länder		Dt. Bundesbahn		Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen		Insgesamt (Umlauf am Monats- ende) ¹⁾
	Schatz- anwei- sungen	Schatz- wechsel	Schatz- anwei- sungen	Schatz- wechsel	Schatz- anwei- sungen	Schatz- wechsel	Schatz- anwei- sungen	Schatz- wechsel	
1948 Dezember	—	—	22,6	5,3	94,5	—	—	—	122,3
1949 März	—	—	19,0	5,3	169,5	—	—	5,0	198,8
Juni	—	—	19,0	10,3	206,0	129,0	1,0	18,5	383,7
September	—	156,0	17,7	5,3	160,0	250,0	1,0	—	589,9
Dezember	—	213,4	20,7	148,8	135,2	298,2	1,0	—	817,2
1950 März	—	236,0	20,7	152,7	116,9	387,2	39,6	33,2	986,2
Juni	—	336,4	—	157,9	147,0	402,9	54,9	25,2	1 124,4
September	—	600,2	—	217,6	198,8	380,8	70,0	28,0	1 495,4
Dezember	—	498,7	—	250,0	166,5	537,6	57,7	33,9	1 544,4
1951 Januar	50,8	499,1	—	246,2	139,3	576,3	56,0	41,5	1 609,2
Februar	146,2	393,6	—	252,5	128,9	554,6	62,0	40,7	1 578,5
März	196,2	457,9	—	213,1	126,6	602,3	50,2	29,5	1 675,7
April	196,2	496,2	—	203,7	146,1	606,0	44,2	27,6	1 719,9
Mai	196,2	448,3	—	189,0	155,4	626,3	26,8	26,2	1 668,1
Juni	198,5 ²⁾	416,0	—	163,5	206,7	598,6	24,1	18,5	1 625,8 ²⁾
Juli	198,9	500,1	—	149,7	219,9	613,4	24,1	13,5	1 719,5
August	204,5	567,9	—	150,4	251,1	551,7	24,1	12,9	1 762,5

¹⁾ Differenz durch Aufrunden. — ²⁾ Berichtigt.

X. Produktion, Beschäftigung und Preise

1. Index der industriellen Produktion

Bundesgebiet, arbeitstäglich, 1936 = 100

Zeit	Arb.-tage	Gesamt-index einschl. Energie		Investitionsgüterindustrien															
				insgesamt	Rohstoffe								Fertigwaren						
					gesamt	darunter ausgewählte Industrie-gruppen						gesamt	darunter ausgewählte Industrie-gruppen						
						Eisen-erz-bergbau	Eisen-und Stahl	Eisen-, Stahl-, Tem-pergu	NE-Metalle	Steine und Erden	Säge-und Holz-industrie		Stahlbau ohne Waggonbau	Schiffbau	Maschinenbau	Fahrzeugbau	Elektrotechnische Ind.	Fein-mech. und Optik	Eisen-Stahl-Blech-Metall-waren
1949 Okt.	26	94	95	87	75	114	58	69	68	93	99	95	60	15	96	106	191	85	72
Nov.	25,5	97	99	92	77	112	64	75	68	87	94	101	64	14	101	108	217	88	79
Dez.	26	93	96	88	73	111	64	75	65	72	90	97	59	16	101	102	204	87	75
1950 Jan.	26	89	95	85	73	118	70	76	68	61	88	93	58	15	96	100	187	91	72
Febr.	24	92	98	90	74	126	74	77	70	59	94	99	60	25	103	114	204	94	74
März	27	96	101	93	79	129	75	79	70	76	97	101	65	35	107	120	199	106	74
April	23	102	104	99	83	130	72	80	72	91	113	109	70	41	115	137	203	110	83
Mai	24	105	107	104	89	128	74	82	81	103	108	113	69	41	117	156	196	118	90
Juni	25,5	107	108	107	93	129	81	81	86	110	105	117	75	40	118	166	199	133	92
Juli	26	107	107	106	93	135	80	81	89	113	109	114	70	42	116	151	205	124	91
Aug.	27	114	115	113	98	139	85	85	98	117	109	123	72	42	117	169	232	117	105
Sept.	26	123	125	124	103	143	89	95	105	119	112	138	76	46	131	180	277	138	115
Okt.	26	126	130	130	105	146	90	103	107	118	111	145	77	48	134	192	297	148	124
Nov.	25	130	135	136	106	156	93	111	109	109	110	155	77	47	142	191	324	156	138
Dez.	24	122	129	129	94	152	79	107	109	88	103	150	76	49	153	170	313	142	123
1951 Jan.	26	117	127	124	91	145	84	110	107	69	92	144	70	45	134	184	296	134	130
Febr.	24	125	133	131	95	147	83	109	112	80	110	154	71	51	146	192	318	150	136
März	25	128	136	135	100	151	83	111	116	94	117	157	69	50	154	190	320	156	136
April	25	132	139	141	109	163	92	115	127	107	125	160	78	53	157	195	320	167	139
Mai	23,5	134	139	144	113	163	93	115	.	119	133	163	85	56	164	197	322	164	137
Juni	26	132	137	143	112	163	94	113	.	116	120	163	86	55	173	184	323	159	131
Juli*)	26	127	132	138	110	164	91	105	.	118	116	155	87	53	159	182	311	167	125
Aug.*)	27	126	129	132	107	165	90	104	.	116	.	148	80	.	152	162	312	144	118
Zeit	allgem. Produktionsguterindustrien									Verbrauchsgüterindustrien									
	insgesamt	darunter ausgewählte Industrie-gruppen							insgesamt	darunter ausgewählte Industrie-gruppen									
		Kohle	Strom	Gas	Chemie o. Kunst-faser-erzeug.	Kali- u. Salz-bergbau	Erdl-ge-winnung	Minerl-ver-arbeitung		Papier-erzeug.	Leder-erzeug.	Textilien o. Kunst-faser-erzeug.	Keramik	Bereifg. u. Kaut-schuk-erzeug.	Schuhe				
1949 Okt.	111	94	158	88	96	122	207	74	90	78	74	95	86	111	84				
Nov.	115	99	167	88	97	125	206	84	96	83	77	100	94	119	87				
Dez.	113	96	173	88	95	127	214	77	92	85	70	98	92	104	73				
1950 Jan.	115	97	170	89	98	131	215	78	90	86	67	98	91	94	60				
Febr.	117	98	165	90	102	138	235	95	94	90	68	102	97	98	65				
März	120	98	163	91	109	138	239	120	96	90	64	103	93	95	76				
April	120	98	162	89	112	142	245	117	96	90	66	101	98	92	72				
Mai	121	97	158	88	116	134	241	133	97	95	66	101	95	100	79				
Juni	121	94	156	88	117	135	251	133	94	99	63	96	95	110	71				
Juli	123	96	157	92	120	143	254	135	91	97	65	91	92	113	55				
Aug.	131	96	166	97	130	145	262	174	101	101	74	103	99	125	74				
Sept.	137	98	178	101	138	151	261	178	112	106	86	116	107	142	93				
Okt.	138	101	189	97	132	158	266	166	120	108	84	124	117	146	100				
Nov.	142	109	202	99	126	164	268	179	125	110	90	129	130	154	106				
Dez.	140	109	206	102	120	161	273	186	117	101	84	120	124	143	90				
1951 Jan.	141	107	202	105	132	165	271	149	115	102	87	123	123	133	89				
Febr.	146	109	199	107	141	175	278	150	122	107	91	128	128	150	97				
März	148	110	199	108	143	171	278	173	122	107	84	128	133	158	96				
April	149	110	199	110	147	173	289	167	123	115	74	128	140	144	91				
Mai	147	108	192	110	146	163	298	171	119	112	59	121	145	134	80				
Juni	145	106	186	112	142	165	306	178	114	115	55	120	136	135	66				
Juli*)	142	105	186	114	135	160	308	171	105	113	55	110	131	119	42				
Aug.*)	142	105	192	116	137	155	320	160	107	111	57	110	127	110	64				

*)Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß von	
	monatlich	arbeits-tätiglich	Steinkohle	Koks
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 ..	5 927	234,7	.	.
1948 ..	7 253	285,1	702	542
1949 ..	8 603	338,1	944	646
1949 September	8 776	337,5	940	453
Oktober	8 990	345,8	947	399
November	9 199	368,0	900	534
Dezember	9 125	351,0	1 305	602
1950 Januar	9 327	358,7	919	623
Februar	8 682	361,7	861	649
März	9 802	363,0	922	590
April	8 364	363,6	861	485
Mai	8 667	361,1	816	452
Juni	8 978	345,3	1 123	462
Juli	9 169	352,6	1 160	726
August	9 445	349,8	1 111	861
September	9 216	354,5	1 136	798
Oktober	9 499	365,4	1 020	734
November	10 022	400,9	1 170	747
Dezember	9 584	399,4	823	779
1951 Januar	10 138	389,9	660	738
Februar	9 455	394,0	806	704
März	10 038	401,5	976	824
April	10 023	400,9	672	815
Mai	9 373	390,5	330	813
Juni	10 041	386,2	407	796
Juli	9 814	377,5	533	805
August	10 121	374,8	273	836

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung; Statistisches Bundesamt.

3. Eisen- und Stahlerzeugung

Bundesgebiet, in 1000 t

X. Produktion
Beschäftigung

Zeit	Roheisen einschl. Ferro- legierungen	Rohstahl- blöcke und Stahl- formguß ¹⁾	Walzstahl- fertig- erzeugnisse
Oktober	557	704	518
November	584	765	555
Dezember	633	812	566
1950 Januar	697	907	605
Februar	671	899	573
März	772	1 015	650
April	691	907	575
Mai	724	938	625
Juni	762	1 006	683
Juli	824	1 049	690
August	867	1 088	751
September	887	1 079	762
Oktober	927	1 135	783
November	875	1 112	793
Dezember	774	959	676
1951 Januar	806	1 044	749
Februar	710	942	681
März	783	1 027	713
April	867	1 121	784
Mai	920	1 121	744
Juni	945	1 187	813
Juli	917	1 158	801
August	942	1 186	819

¹⁾ Von April 1950 ab: flüssig. — Quelle: Statistisches Bundesamt

4. Arbeitsmarkt

Bundesgebiet, in 1000

Stand am Monatsende	Beschäftigte	Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorge- unterstützungs- empfänger
		Insgesamt	Männer	Frauen		
1948 Dezember	13 702,8	759,6	548,0	211,6	225,8	380
1949 Januar	.	962,9	723,5	239,4	216,9	521
Februar	.	1 068,9	804,7	264,2	212,3	650
März	13 447,3	1 168,1	873,9	294,2	197,2	749
April	.	1 232,4	896,8	335,6	183,6	771
Mai	.	1 256,9	909,2	347,7	157,1	827
Juni	13 488,7	1 283,3	931,5	351,8	144,6	887
Juli	.	1 302,9	938,0	364,9	135,7	931
August	.	1 308,1	926,1	382,0	125,7	963
September	13 604,4	1 313,7	921,0	392,7	127,9	963
Oktober	.	1 316,6	917,2	399,4	119,7	969
November	.	1 383,8	974,9	408,9	99,5	1 030
Dezember	13 556,2	1 558,5	1 123,1	435,4	75,4	1 203
1950 Januar	.	1 897,6	1 408,6	489,0	87,7	1 446
Februar	.	1 981,9	1 481,1	500,8	106,1	1 622
März	13 307,3	1 851,9	1 362,9	489,0	126,6	1 544
April	.	1 783,8	1 291,1	492,7	119,6	1 446
Mai	.	1 668,3	1 192,1	476,2	116,9	1 363
Juni	13 845,6	1 538,1	1 081,9	456,2	124,3	1 264
Juli	.	1 451,9	1 005,9	446,0	128,2	1 177
August	.	1 341,2	917,5	423,7	133,9	1 102
September	14 295,6	1 271,8	863,5	408,1	142,3	1 030
Oktober	.	1 230,2	827,6	402,6	129,9	984
November	.	1 316,2	899,6	416,6	100,2	1 034
Dezember	14 163,1	1 690,0	1 240,8	449,2	71,9	1 295
1951 Januar	.	1 821,3	1 350,9	470,4	104,0	1 542
Februar	.	1 662,5	1 207,1	455,4	132,4	1 449
März	14 246,5	1 566,7	1 120,6	446,1	144,5	1 346
April	.	1 446,1	994,2	451,9	135,3	1 213
Mai	.	1 386,9	932,1	454,8	126,9	1 166
Juni	14 720,6	1 325,7	874,9	450,8	125,9	1 110
Juli	.	1 292,1	846,3	445,8	124,8	1 070
August	.	1 259,3	818,7	440,6	122,9	1 040

Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

5. Preisindexziffern

1938 = 100

Zeit	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet											USA	Groß- britan- nien
	Indexziffer der Grundstoffpreise			Indexziffer der Erzeu- gerpreise industrieller Produkte				Indexziffer der Lebenshaltungskosten					
	Gesamt	darunter		Gesamt	darunter			Gesamt	darunter			Moody's Index 1)	Reuter's Index 1)
		Nah- rungs- mittel	Indu- strie- stoffe		Grund- stoffe- erzeugende Industrien	In- vesti- tions- güter- erzeugende Industrien	Ver- brauchs- güter- erzeugende Industrien		Ernäh- rung	Beklei- dung	Haus- rat		
1948 August	172	129	200	183	187	194	171	157	147	230	198	298	278
September	179	132	210	187	192	193	175	159	147	244	202	292	290
Oktober	188	149	214	190	194	195	181	165	156	261	206	282	294
November	190	151	217	192	195	195	185	166	164	272	210	279	293
Dezember	193	154	218	192	195	195	185	168	168	271	211	276	290
1949 Januar	190	155	214	191	195	192	183	167	169	260	208	272	292
Februar	188	156	210	190	196	191	181	167	173	250	203	262	292
März	187	156	208	189	195	190	179	167	175	240	198	259	291
April	185	153	206	187	194	187	176	163	168	232	192	245	289
Mai	188	168	202	186	191	186	176	161	166	223	187	240	289
Juni	190	174	201	184	190	184	175	159	164	215	183	236	286
Juli	191	178	199	183	189	184	173	159	166	209	178	237	283
August	192	182	199	182	188	183	173	157	160	204	175	237	284
September	192	185	197	182	187	182	173	155	158	201	173	241	301
Oktober	199	190	204	183	189	182	174	155	160	200	172	236	335
November	197	186	205	182	189	179	173	156	162	199	171	240	337
Dezember	195	181	204	181	190	178	171	156	163	199	171	241	335
1950 Januar	196	169	214	182	192	176	172	154	160	197	170	245	336
Februar	197	170	214	181	192	175	167	154	160	194	168	249	341
März	196	168	215	180	191	174	166	153	159	191	166	249	342
April	197	169	216	179	190	173	165	153	160	189	164	252	343
Mai	197	168	216	178	190	171	164	156	168	188	163	266	352
Juni	198	168	218	178	190	170	165	151	157	185	162	277	356
Juli	203	176	222	179	191	170	166	149	153	183	161	302	366
August	207	176	228	180	192	169	170	148	150	182	159	320	384
September	218	179	245	185	198	169	175	148	149	184	160	329	395
Oktober	220	177	249	187	201	169	176	149	150	187	161	325	398
November	224	177	256	189	206	170	177	150	152	189	163	336	403
Dezember	229	176	265	195	216	172	178	151	155	192	165	345	411
1951 Januar	240	182	279	205	229	177	186	154	157	197	171	364	428
Februar	245	184	286	212	238	181	193	156	159	203	177	371	444
März	251	187	293	218	244	183	201	161	168	209	183	366	445
April	250	192	289	222	249	185	205	163	170	211	186	362	449
Mai	245	191	281	223	248	189	205	165	175	212	188	350	446
Juni	245	196	278	222	247	190	205	167	180	211	189	342	446
Juli	247	202	278	221	245	190	203	167	179	210	190	330	432
August	251 ²⁾	207 ²⁾	280 ²⁾	222	247	192	203	166	176	208	190	321	430

Quelle: Statistisches Bundesamt. — 1) Umgerechnet auf Grund der Originalziffern des Statistischen Bundesamtes. —
2) Vorläufig.